G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Kurt Schacht
Sozialdemokratie und europäische Sicherheit

Gerd Bansamir und Konrad Ruff
Die Entwicklung der westlichen Währungskrise

Franz Broockmann
Helmut Schmidts neues Bildungskonzept

Rudi Maslowski
Zur Lage in Uruguay

Helmut K. John
United States versus „New York Times"

9'71

September 1971 Einzelheft 4,00 Im Abonnement 3,00 DM,
für Studenten, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende 2,50 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

September 1971

CHRONIK DES MONATS AUGUST 1971 885

KOMMENTARE UND BERICHTE

Zum Westberlin-Abkommen . . . . . *Paul Neuhöffer* 888

Mißbrauch der Demokratie? . . . . . *Jan Stehl* 890

Kuba im Geschichtsbuch . . . . . *Horst W. Jung* 893

HAUPTAUFSÄTZE

Sozialdemokratische Parteien und europäische Sicherheit . . *Kurt Schacht* 898

Die Entwicklung der westlichen Währungskrise. Zu den gegenwärtigen Auseinandersetzungen zwischen Westeuropa und den USA . . . . . *Gerd Bansamir und Konrad Ruff* 904

Helmut Schmidts neues Bildungskonzept. Zu den Vorschlägen der Ellwein-Kommission . . . . . *Franz Broockmann* 913

Zur Lage in Uruguay . . . . . *Rudi Maslowski* 919

United States versus „New York Times". Spielräume liberaler Verfassungsjustiz . . . . . *Helmut K. John* 932

Modernes Management (II) . . . . . *Gerd Peter* 940

Bemerkungen zu den Feierlichkeiten anläßlich der Gründung des persischen Reiches vor 2500 Jahren . . . . . *Hassan Nazari* 950

FERNSEH-SPALTE

Ein Platz an der Sonne . . . . . *E. H. Wahl* 961

BÜCHER

Martin Greiffenhagen, Das Dilemma des Konservatismus in Deutschland . . . . . *Michael-Viktor Graf Westarp* 962

Bassam Tibi (Hrsg.), Die arabische Linke. / Mehdi Ben Barka, Revolutionäre Alternative. / Mohammed Kischli, Kapitalismus und Linke im Libanon. / Bassam Tibi, Nationalismus in der Dritten Welt am arabischen Beispiel . . . . . *Wilfried v. Bredow* 964

Helge Pross / Karl W. Boetticher, Manager des Kapitalismus *Manfred Bosch* 966

Jürgen P. Wallmann (Hrsg.), Von den Nachgeborenen. Dichtungen auf Bertolt Brecht . . . . . *Peter Maiwald* 968

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 969

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Die geheimen Vietnam-Dokumente des Pentagon (III) 972

Rede Richard M. Nixons über wirtschafts- und währungspolitische Maßnahmen der USA vom 15. August 1971 (Wortlaut) 991

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Sechzehnter Jahrgang · Heft 9/1971

Herausgeber

HILDE BENTELE †
GERHARD GOLLWITZER
ANTON NEUHÄUSLER
KNUT NEVERMANN
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HAROLD RASCH
HERMANN RAUSCHNING
HANS RHEINFELDER
HELMUT RIDDER
ROBERT SCHOLL
FRITZ STRASSMANN
KARL GRAF v. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Vorgebirgstraße 115

Chronik des Monats August 1971

1. 8. — Schweden. Auf einer Pressekonferenz unterrichtet Ministerpräsident Olof Palme über ein Treffen sozialdemokratischer Politiker in Harpsund. Die Fragen der Journalisten beantworten u. a. Bundeskanzler Brandt, der österreichische Bundeskanzler Kreisky, der norwegische Ministerpräsident Bratteli und die Außenminister Cappelen (Norwegen) und Wickman (Schweden). Palme nennt das Jahr 1972 als möglichen Termin einer Europäischen Sicherheitskonferenz.

2. 8. — USA/China. Staatssekretär Rogers erläutert in Washington die künftige Haltung der Vereinigten Staaten zu einer Mitgliedschaft der Volksrepublik China in den Vereinten Nationen. Rogers teilt mit, die USA würden auf der bevorstehenden UN-Generalversammlung die Aufnahme der VR China unterstützen, sich aber allen Bestrebungen widersetzen, Formosa aus der Organisation auszuschließen. — Am 11. 8. publiziert die „New York Times" ein Interview mit Ministerpräsident Tschou En-lai, der sich gegen die Zwei-China-Theorie wendet. Die VR China werde niemals in die UNO einziehen, falls Formosa als unabhängiger Staat seinen Sitz beibehalten sollte. Die „Befreiung" Formosas sei eine interne chinesische Angelegenheit.

— Sowjetunion. Auf der Krim findet „ein freundschaftliches Treffen der in der Sowjetunion zur Erholung weilenden Füh-

rer der kommunistischen und Arbeiterparteien einer Reihe sozialistischer Länder und sowjetischer Partei- und Staatsführer" statt. Die Nachrichtenagentur TASS berichtet weiter, Teilnehmer seien neben einer Abordnung unter Parteisekretär Breschnew die Parteisekretäre Shiwkoff (Bulgarien), Kadar (Ungarn), Honecker (DDR), Zedenbal (Mongolische Volksrepublik), Gierek (Polen) und Husak (CSSR) gewesen. Über die Themen der Beratung heißt es, die Teilnehmer hätten sich gegenseitig „über den Verlauf des sozialistischen und kommunistischen Aufbaus in ihren Ländern" informiert und „aktuelle Fragen der Entwicklung der kommunistischen Weltbewegung sowie Probleme der Außenpolitik behandelt, die von gegenseitigem Interesse sind".

4. 8. — China/Türkei. Nach mehrmonatigen Verhandlungen vereinbaren beide Staaten die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. In einem gemeinsamen, gleichzeitig in Peking und Ankara veröffentlichten Kommuniqué anerkennt die türkische Regierung „die Regierung der VR China als die einzige legale Regierung Chinas". Formosa beruft noch am gleichen Tag seinen Botschafter aus der Türkei ab. In einer Stellungnahme aus Taipeh ist nicht von einem „Abbruch", sondern erstmals von einer „Suspendierung" der Beziehungen die Rede.

5. 8. — Abrüstung. Die Delegationen der Sowjetunion und der übrigen in Genf vertretenen Warschauer-Pakt-Staaten sowie die Delegation der Vereinigten Staaten unterbreiten der Abrüstungskonferenz zwei getrennte, aber inhaltlich übereinstimmende Entwürfe für eine Konvention über das Verbot der Entwicklung, Produktion und Lagerung von bakteriologischen (biologischen) und toxischen Waffen und deren Vernichtung. Der sowjetische Chefdelegierte Roschtschin bezeichnet den Text als einen ersten Schritt zur Eliminierung von Massenvernichtungswaffen und kritisiert die Ablehnung „gewisser westlicher Mächte", das Verbot chemischer Waffen in den Vertrag mit einzubeziehen.

9. 8. — Indien/Sowjetunion. Die Außenminister Gromyko und Singh unterzeichnen in Neu Delhi einen „Vertrag über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Republik Indien". Der Vertrag, der schon am 11. 8. von beiden Staaten ratifiziert wird, hat eine Laufzeit von 20 Jahren und sieht „regelmäßige Kontakte miteinander über wichtige internationale Probleme, die die Interessen beider Seiten berühren, durch Zusammenarbeit und Meinungsaustausch zwischen ihren führenden Staatsmännern" (Art. 5) vor. Beide Seiten erklären „feierlich, daß sie einer gegen die andere Seite gerichteten Militärallianz nicht beitreten" (Art. 8) werden. Art. 9 des Vertrages lautet: „Jede der Hohen Vertragschließenden Parteien verpflichtet sich, sich jedweder Hilfeleistung an eine dritte Seite, die sich in einem bewaffneten Konflikt mit der anderen Seite befindet, zu enthalten. Im Falle, daß irgendeine der Parteien angegriffen oder mit Angriff bedroht wird, werden die Hohen Vertragschließenden Parteien unverzüglich gegenseitige Konsultationen in der Absicht aufnehmen, diese Drohung zu beseitigen und angemessene wirksame Maßnahmen zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit für ihre Länder zu ergreifen." In einem Kommuniqué über den Besuch Gromykos in Indien (8.—12. 8.) wird eine „politische Lösung" der Krise in Ostpakistan befürwortet.

11. 8. — Pakistan. Vor einem militärischen Sondergericht beginnt ein Geheimverfahren gegen den Führer der ostpakistanischen Awami-Liga, Sheikh Mujibur Rahman. Dem Politiker, dessen inzwischen verbotene Partei bei den Parlamentswahlen in Ostpakistan die meisten Stimmen erhalten hatte, wird die „Anstiftung eines Krieges" vorgeworfen. Einzelheiten über Ort und Verlauf des Verfahrens werden nicht bekannt gegeben.

14. 8. — Bahrein-Inseln. Das britische Protektorat (ca. 30 Inseln, 532 qkm = 0,2 Mill. Einw.) proklamiert seine Unabhängigkeit und beantragt Aufnahme in die Arabische Liga und die Vereinten Nationen. — Am 15. 8. schließen Großbritannien und der neue Staat einen „Freundschaftsvertrag", der eine Zusammenarbeit und insbesondere Konsultationen in Sicherheitsfragen vorsieht. — Am 18. 8. befürwortet der UN-Sicherheitsrat einstimmig die Aufnahme Bahreins auf der kommenden Generalversammlung.

15. 8. — USA. Der anhaltende Kursverlust des Dollar auf den internationalen Devisenmärkten veranlaßt die amerikanische Regierung zu einschneidenden wirtschaftlichen Maßnahmen. Wichtigste Punkte

des Programms, das Präsident Nixon in einer Ansprache bekanntgibt, sind die Aussetzung der jederzeitigen Konvertierbarkeit des Dollar in Gold sowie die Einführung zusätzlicher Abgaben auf bestimmte Importe in Höhe bis zu 10 Prozent (vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen").

18. 8. — Australien. Premierminister William McMahon kündigt den Rückzug des australischen Truppenkontingents in Südvietnam (derzeit rund 6000 Mann) bis Ende des Jahres an. Die Stärke der Streitkräfte solle von 44 000 auf 40 000 reduziert und die Dienstzeit für Wehrpflichtige von 24 auf 18 Monate herabgesetzt werden. Die Regierung habe beschlossen, Südvietnam in den nächsten drei Jahren Hilfe im Wert von 25 Mill. australischen Dollar zu gewähren.

19. 8. Bolivien. Die Regierung verhängt den Ausnahmezustand, um einen Staatsstreich rechtsgerichteter Militärs abzuwehren. Ausgangspunkt der Aktion regierungsfeindlicher Kräfte ist die Stadt Santa Cruz. Präsident Torres, der das Land seit Oktober 1970 regiert, ruft zum bewaffneten Widerstand auf; der größte Teil der Armeeführung stellt sich jedoch gegen den Präsidenten. In einigen Teilen des Landes kommt es zu bewaffneten Auseinandersetzungen. — Am 22. 8. übernimmt eine Militärjunta die Macht, an deren Spitze Oberst Hugo Banzer Suares steht. Die neue Regierung geht mit Waffengewalt gegen Arbeiterbrigaden und Studenten vor und läßt am 24. 8. die Universität bombardieren und von der Armee erstürmen. Präsident Torres kann in die peruanische Botschaft flüchten und erhält mit seiner Begleitung am 26. 8. „freies Geleit" zur Ausreise nach Peru.

— EWG. Die Finanz- und Wirtschaftsminister sowie die Notenbankpräsidenten der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften erörtern in Brüssel die von Präsident Nixon am 15. 8. verkündeten Maßnahmen zur Stützung des Dollar. Einigung über ein gemeinsames Vorgehen wird nicht erzielt. In einer Pressemitteilung heißt es: „Der Rat ist übereingekommen, daß sich die Kurse des US-Dollar weiterhin in einigen Ländern der Gemeinschaft frei auf einem einzigen Devisenmarkt bilden und sich in anderen Ländern auf einem gespaltenen Devisenmarkt bilden werden."

20. 8. — Korea. Vertreter der Rot-Kreuz-Gesellschaften der Demokratischen Volksrepublik Korea (Nordkorea) und der Republik Korea (Südkorea) nehmen in Panmunjom den ersten offiziellen Kontakt zwischen beiden Ländern seit 26 Jahren auf. — Am 21. 8. schreibt das Organ des Zentralkomitees der Arbeiterpartei Koreas „Rodong Sinmun". „Wenn allgemeine Wahlen in ganz Nord- und Südkorea gegenwärtig nicht möglich sind, dann sollten wir eine Konföderation aus Nord und Süd, die die politischen Systeme in Nord- und Südkorea intakt läßt, als Übergangsschritt für die Lösung dringender Fragen gemeinsamen Interesses der Nation und für die allmähliche Verwirklichung einer vollständigen Wiedervereinigung bilden." Falls dieser Vorschlag für Südkorea unannehmbar sei, sollten zunächst ein Wirtschafts- und Kulturaustausch und humanitäre Maßnahmen eingeleitet werden.

23. 8. — Berlin. Über das 33. Berlin-Gespräch der Botschafter Großbritanniens, Frankreichs, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten, das erstmalig in der Residenz von Botschafter Rush (USA) stattfindet, wird ein Kommuniqué veröffentlicht, in dem es heißt: „Die Botschafter einigten sich auf den Textentwurf eines Gesamtabkommens, das sie ihren Regierungen zur Prüfung vorlegen werden."

25. 8. — VAR. Vor einem eigens eingesetzten Tribunal werden 91 Personen, unter ihnen der ehemalige Vizepräsident Ali Sabri und der ehemalige Verteidigungsminister General Mohammed Fawzi, des Hochverrats angeklagt. Ihnen wird vorgeworfen, sie seien an einem Komplott zum Sturz Präsident Sadats im Mai dieses Jahres beteiligt gewesen.

27. 8.— Tschad. Die Regierung gibt die Niederschlagung eines Putsches gegen Präsident Tombalbaye bekannt und beschuldigt Libyen in diesem Zusammenhang der Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Tschad. Der Präsident verfügt am 28. 8. den Abbruch der diplomatischen Beziehungen und fordert den libyschen Botschafter auf, das Land in kürzester Zeit zu verlassen.

31. 8. — Schweiz/Nordvietnam. Der schweizerische Geschäftsträger in Paris teilt dem Generaldelegierten der Demokratischen Republik Vietnam die diplomatische Anerkennung durch die Schweizerische Eidgenossenschaft mit. In Bern heißt es dazu, die Anerkennung stelle einen einseitigen Akt des Bundesrates dar und erfolge ohne Bedingungen. Über die Art der auszutauschenden Vertretungen sei noch keine Vereinbarung getroffen worden.

Kommentare und Berichte

Zum Westberlin-Abkommen*)

Nach siebzehnmonatigen Verhandlungen einigten sich am 23. August die Botschafter Englands, Frankreichs, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten auf ein Rahmenabkommen über Westberlin. Daß die ehemaligen Kriegsalliierten zu einem Arrangement über das seit dem Zweiten Weltkrieg immer wieder umstrittene Problem Westberlin gekommen sind, hat in Europa und darüber hinaus in der ganzen Welt ein lebhaftes, überwiegend positives Echo gefunden.

Den bisherigen Verlautbarungen zufolge (die authentische Übersetzung des Abkommens liegt bis zur Stunde nicht vor) haben die vier Mächte darauf verzichtet, den völkerrechtlichen Status von Westberlin ausdrücklich zu definieren, weil in dieser Hinsicht Differenzen fortbestehen. Sie einigten sich auf eine Reihe von praktischen Regelungen, die auf den Viermächte-Vereinbarungen aus der Kriegs- und Nachkriegszeit sowie der seither entstandenen politischen Situation basieren. Völkerrechtlich bleibt Westberlin demnach ein Gebiet mit besonderem politischen Status, ist also wie bisher nicht Land und nicht Teil der BRD und darf daher nicht von der Bundesrepublik aus regiert werden.

Das Abkommen ermöglicht in gewissen Grenzen die Wahrnehmung der Außeninteressen Westberlins durch die BRD, erleichtert ganz erheblich das Reisen von und nach Westberlin, räumt der Sowjetunion die Errichtung eines Generalkonsulats ein und untersagt es der Bundesrepublik, künftig Hoheitsakte in Westberlin durchzuführen.

Was den Personen- und Warenverkehr von und nach Westberlin betrifft, ersuchen die vertragsschließenden Staaten die Regierungen der BRD und der DDR, einen Vertrag über praktische Verkehrsregelungen zu schließen, der dann in das Abkommen der vier Mächte eingefügt werden soll. Da beide Regierungen das Viererabkommen begrüßen, dürfte in absehbarer Zeit mit dem Abschluß eines solchen Verkehrsvertrages zu rechnen sein. Auch zwischen dem Senat von Westberlin und der Regierung der DDR sollen entsprechende Verhandlungen geführt werden, deren Ergebnisse dann ebenfalls in das übergeordnete Rahmenabkommen aufgenommen werden.

Die Tatsache einer erstmaligen vertraglichen Einigung der vier Mächte über Westberlin betreffende Fragen läßt den Schluß zu, daß alle Seiten, wie unterschiedlich ihre jeweiligen Motive auch sein mögen, daran interessiert sind, das Problem Westberlin aus dem Katalog der Meinungsverschiedenheiten so weit wie möglich auszuklammern.

Die breite Öffentlichkeit in der Bundesrepublik hat das Abkommen mit Erleichterung und Zustimmung aufgenommen. Betroffen hingegen zeigen sich lediglich jene, die Westberlin weiterhin als Instrument zur Fortsetzung einer Politik des Kalten Krieges und schließlich zur Veränderung des territorialen Status quo in Europa benutzen möchten. Die Ausfälle des F. J. Strauß und die Verlegenheiten Rainer Barzels zum Westberlin-Abkommen zeigen, wer sich zur Ader gelassen fühlt.

Die hauptsächliche Bedeutung des Abkommens ist zweifellos darin zu sehen, daß es starke, zu weiterer Entspannung drängende Impulse freisetzt und all jene ermutigt, die der positiven Veränderung der europäischen Szene bis-

*) Der Wortlaut des Abkommens wird in Heft 10/1971 der „Blätter" dokumentiert.

her zweifelnd und zögernd gegenüberstanden. Es ist sichtbar geworden, daß Verhandlungen nützlich und weitere Schritte auf dem Wege zu Entspannung und Sicherheit möglich sind.

Die Bundesregierung sollte sich jetzt mehr denn je gedrängt fühlen, die Verträge mit Moskau und Warschau dem Bundestag zur Ratifizierung vorzulegen. Dazu müßte sie sich schon allein aus der Konsequenz des von ihr vertretenen Junktims veranlaßt sehen. Wehner und Bahr haben inzwischen erklärt, die Bundesregierung wolle nach dem Abschluß eines völkerrechtlich verbindlichen Generalvertrages mit der DDR sich auch der Mitgliedschaft beider deutscher Staaten in der UNO nicht länger in den Weg stellen. Statt vieler lauter und nicht immer eindeutiger Worte täte die Bundesregierung gut daran, nunmehr ohne weitere Verzögerungen und ohne weitere Wenn und Aber völkerrechtliche Beziehungen zur DDR herzustellen und die Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO aktiv zu betreiben. Mit der Herstellung normaler Beziehungen zur DDR und der Mitgliedschaft beider deutscher Staaten in den Vereinten Nationen wäre endlich ein Schlußstrich unter die Nichtanerkennungs- und Alleinvertretungspolitik der Bundesrepublik gezogen, wäre endlich der Weg zu umfassenden Vereinbarungen für den Frieden und die Sicherheit Europas frei.

Das Abkommen über Westberlin fällt in eine Zeit wachsender westeuropäischer Kritik an den Bevormundungspraktiken der Regierung Nixon, der erhebliche innerwestliche währungs- und wirtschaftspolitische Differenzen zugrundeliegen. Es scheint die Erkenntnis um sich zu greifen, daß die westliche Welt enger geworden ist und ihre ökonomischen und sozialen Prozesse erhebliche Probleme mit sich bringen. Die Krise des Dollars und der massive Versuch Nixons, die Wirtschaft und die Politik der USA auf Kosten Westeuropas zu sanieren, sind hierfür nur Beispiele. Kein Wunder, daß sich unter diesem Aspekt die Zeichen für ein zunehmendes Bewußtwerden der Interessendivergenzen zwischen den westeuropäischen Staaten und den USA mehren und zugleich die Bereitschaft zu einer Politik der friedlichen Koexistenz und Kooperation mit den sozialistischen Ländern Europas wächst.

Für die sozialistischen und die kapitalistischen Staaten Europas geht es darum, ein System der Beziehungen zueinander zu erarbeiten, das Sicherheit und Frieden garantiert. Die Zeit hierzu scheint herangereift. Es wäre daher ein großer Fortschritt, wenn alle europäischen Staaten sich auf einer Sicherheitskonferenz an der Suche nach konkreten Schritten zur Abrüstung und zur Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, technischem und wissenschaftlichem Gebiet beteiligen. Dabei würde gewiß auch zu Tage treten, daß die Sicherheit der Bundesrepublik und der übrigen Staaten Westeuropas nicht von der NATO und den Rüstungsmilliarden für Helmut Schmidts Bundeswehr abhängen. Vielmehr dürfte sich dann offenbaren, was manchen heute noch nicht geläufig ist, nämlich, daß Sicherheit für Europa nicht gegen, sondern nur mit der Sowjetunion zu erreichen ist. Die Verpflichtung zu aktiver Förderung der Vorbereitung und Durchführung einer Europäischen Sicherheitskonferenz hat die Bundesregierung in der Absichtserklärung zum Moskauer Vertrag (in Ziffer 10 des sogenannten Bahr-Papiers) ausdrücklich übernommen. Zur Überwindung der zögernden Haltung Bonns würde es zweifellos beitragen, wenn die Öffentlichkeit sich aktiver als bisher für die Vorbereitung der Sicherheitskonferenz einsetzt.

Der Prozeß der Entspannung in Europa, zu dessen Förderung das Abkommen über Westberlin entscheidend beigetragen hat, verläuft nicht automatisch. Die Rechtskräfte wehren sich mit allen Mitteln gegen weitere Schritte. Sie werden alles tun, was geeignet ist, den Fort-

gang einer für Europa notwendigen Entwicklung aufzuhalten. Der Entspannungsprozeß ist aber dann nicht aufzuhalten, wenn seine Befürworter ihr ganzes gemeinsames Gewicht zur Geltung bringen.

Paul Neuhöffer

Mißbrauch der Demokratie?*)

Solidarisch mit der „überwältigenden Mehrheit unseres Volkes" stellte der Politische Beirat des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) sich schützend vor sie: „Neun Thesen gegen den Mißbrauch der Demokratie". Wohlmeinender Zufall wollte es, daß im selben Zeitraum zwei andere Publikationen sich ihnen zugesellt haben und auf die Behauptung vom Mißbrauch ein bezeichnendes Licht werfen: H. Grebing, Konservative gegen die Demokratie. Konservative Kritik an der Demokratie in der Bundesrepublik nach 1945 (Frankfurt 1971); M. Greiffenhagen, Das Dilemma des Konservatismus in Deutschland (München 1971). Beide Titel treffen den Sachverhalt der Thesen, ihre ideologische Herkunft und Mentalität. Man sollte deshalb nicht — wie in der Presse geschehen — einfachhin von „katholischen Thesen" sprechen: Es handelt sich um eine von Katholiken vorgelegte Version konservativer Kritik an der Demokratie. Man muß sie so einordnen, weil der Mißbrauch, gegen den sie Klage erheben, in Versuchen besteht, defekte Demokratiewirklichkeit bewußt zu machen und zu verändern, mit der Verwirklichung von Demokratie voranzuschreiten, in politisch relevante Bereiche vorzudringen, die bisher hartnäckig verschlossen gehalten wurden. Der angebliche Mißbrauch von Demokratie ist deren Gebrauch, kritisch und dynamisch, unter geschichtlichen Bedingungen unausweichlich. Alte Versäumnisse dauern noch an, neue sind nicht nur eine Drohung der Zukunft: Man begeht sie schon jetzt. Demokratie ist nur im Prozeß der Demokratisierung zu haben. Anders erstarrt sie in Einschnürungen, Fiktionen und Formalitäten. Weil die Thesen dieser Einsicht sich versperren, trifft ihre Kritik am Mißbrauch der Demokratie die Demokratie selbst.

Dieser Umstand träte noch deutlicher hervor, wenn die Autoren es nicht vorgezogen hätten, abstrakt zu bleiben. Obschon sie gegen die Mißbrauchsubjekte den Vorwurf erheben, durch abstrakte, die gesellschaftliche und menschliche Wirklichkeit außerachtlassende Zielsetzungen die demokratische Ordnung eines freiheitlichen Rechtsstaates zu gefährden, enthalten sie weder eine konkrete Vorstellung des gegnerischen Adressaten noch eine differenzierte Beurteilung seiner Argumente. Der Vorwurf der Abstraktheit fällt deshalb auf sie selbst zurück. Konkret ist von der politischen, gesellschaftlichen Wirklichkeit der BRD, von ihren sozioökonomischen Verhältnissen und Machtstrukturen, von dem tatsächlichen Zustand behaupteter Verfassungs-, Sozial- und Rechtsstaatlichkeit keine Rede. Eine Analyse des Status quo fehlt ebenso wie die Diskussion möglicher und notwendiger Reformen. Allein daran wäre der Vorwurf des Mißbrauchs von Demokratie zu verifizieren gewesen. Dessen Konturen wie die seiner vorgeblichen Akteure sind so vage gehalten, daß nach links hin nahezu alles zum Gegner erklärt werden kann: angefangen von Sozialliberalen über arbeitnehmerorientierte Sozialdemokraten bis zu Jungsozialisten und Marxisten. Eine Gefahr von rechts

*) Neun „Thesen gegen den Mißbrauch der Demokratie" wurden am 4. August 1971 vom politischen Beirat des Zentralkomitees der deutschen Katholiken veröffentlicht. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete darüber auf der Titelseite ihrer Ausgabe vom 5. 8. 1971 unter der bezeichnenden Überschrift: „Katholiken warnen vor ‚totalitärer' Demokratie" / „Sorge über pseudo-religiöse Verfälschung".

wird nicht erwähnt. Nur von „offenen Feinden" ist einmal die Rede: aber gefährlicher als sie wären für den demokratischen Staat die „Demokratie-Ideologen".

Wenn Hermann Schmitt-Vockenhausen, SPD-Abgeordneter, Bundestagsvizepräsident und stellvertretender Vorsitzender im Politischen Beirat des ZdK, behauptet, die Thesen richteten sich gegen den rechten wie linken Radikalismus, ist dem nur zu entnehmen, daß er beide ablehnt, von keinem aber mehr als nur eine grobe Ahnung hat. Anders schlägt man sie nicht wie zwei Fliegen mit einer Klappe. Die vagen Qualifikationen der Thesen sind im ideologischen Arsenal der Rechten am wenigsten unterzubringen. Überdies liegt das Problem nicht im Radikalismus. Zum überwiegenden Teil ist er Symptom und Reflex auf hinhaltende Manöver, von denen Demokratisierung aufgeschoben und ausgesperrt wurde. Weil an diesem Unternehmen Kräfte aus allen Parteien beteiligt sind, ist Schmitt-Vockenhausens Lesehilfe zuzustimmen, die Thesen verträten keinen einseitigen parteipolitischen Standpunkt. Jedoch sind nicht alle Parteien in gleicher Weise imstande, aus ihren Affirmationen Nutzen zu ziehen. Fehlt auch das parteipolitische Etikett, so doch nicht eine ausgeprägte Affinität. Dem Bensberger Kreis ist deshalb recht zu geben, wenn er die Thesen als den Versuch charakterisiert, „jene ideologische Plattform wieder herzurichten, von der aus den restaurativen Kräften der fünfziger und sechziger Jahre die Rückkehr in die politischen Machtpositionen erleichtert werden soll".

In dieselbe Richtung weist die Kritik des Bundesvorsitzenden der „Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung" (KAB), Alfons Müller, einseitige „Fixierung" auf die Ideologie von linken Minderheiten hätte die Verfasser der Thesen nach rechts hin blind gemacht und sie die Gefahren der Fehlentwicklung einer erstarrten Demokratie übersehen lassen. Der Hauptgeschäftsführer der CDU-Sozialausschüsse, Norbert Blüm, Mitglied des Politischen Beirats, hat sich von den Thesen ebenfalls distanziert. Wie die scharf und detailliert ablehnende Stellungnahme der „Zweiten Ferienakademie der Cusaner" in Dingden zeigt, greift die Kritik auch unter katholischen Studenten um sich.

Dieser aufmerksame und konkret bezogene Protest der Öffentlichkeit, der den Rückhalt an der „überwiegenden Mehrheit unseres Volkes" zu bezweifeln gestattet, macht offenbar, daß die Abstraktheit der Thesen nicht beeindruckt und vor prüfendem Zugriff sie nicht bewahrt hat. Wie von Schmitt-Vockenhausen zu hören war, wollte man aus dem Für und Wider politischer Programme und Zielsetzungen sich heraushalten, dem allseitigen Respekt nur Grundsätze und Normen empfehlen.

Der Verzicht auf konkrete Auseinandersetzung ist verständlich. So läßt sich am leichtesten glauben, den Gegner gestellt und Entscheidendes ihm entgegengehalten zu haben. Dieser Illusion stehen die Leerformeln konservativer Politikwissenschaft gern zu Diensten, die vom Status quo sich Konkretion und politische Relevanz vorgeben lassen, gegenüber kritischer Veränderung jedoch die Schamhaftigkeit unpolitischer Wissenschaft beobachten. In dieser Haltung erlesener Funktionalität spricht man tatsächlich von der politischen Wirklichkeit der BRD auch dann, wenn nur ein Orakel — als „praktische Vernunft" so irreführend wie spärlich verschleiert — aus theologischen, ontologischen und naturrechtlichen Hintergründen zu hören ist. Auf abstrakte Weise ist man konkret, präsentiert Konservatismus als Kritik und bleibt doch so unpolitisch wie kritiklos: den Handlungsraum des Politikers begrenzen „das Selbstverständliche" und die „sichere Realisierbarkeit". Kategorien wie „Demokratismus", „Pseudoreligiosität", Absolutsetzung von Freiheit und Gleichheit, „Gerechtigkeit", „Soli-

darität" sollen jene, die schon immer etwas ahnten, schrecken, zugleich sie einladen, die Angst vor der Katastrophe gemeinsam zu tragen, das Heil oder die Vernunft zu fördern, auch ohne zu wissen, worum es geht.

Diese Abstraktheit hat Methode und funktioniert als Strategie. Man erörtert nicht: Die Macht- und Entscheidungskonzentration in der BRD bei wenigen Hundert; das Politik-Kombinat Staat-Wirtschaft-Wissenschaft; die technokratische Disziplinierung zur formierten Gesellschaft; die politische und sozioökonomische Bedingtheit von Verfassung und sogenannter „Herrschaft des Rechts"; die gesamtgesellschaftliche Relevanz von Wissenschaft, Universität und Schule. Hingegen bewältigt man Wirklichkeit definitorisch: Parlamentarische Repräsentation wird formell behauptet, mit ihrer Wirklichkeit nicht konfrontiert. Demokratie, Politik, gesamtgesellschaftliche Belange liegen in den Händen des Staates, wohlverwahrt durch Repräsentation, Amt und Mandat — alles mit Dienstcharakter. Die Gesellschaft dagegen genießt, institutionell entlastet, unter der „Herrschaft des Rechts" wohlausbalancierte Freiheit und Gleichheit; durch „Gerechtigkeit" und „Solidarität" mit Ungleichheiten ausgesöhnt; als Ensemble von „Einzelpersönlichkeiten" in spezifische „Partizipations"-Einheiten gegliedert: zum Wohle von Wirtschaft, Universität, Schule, Kirche und Bundeswehr. Kürzer: Die Demokratie verwaltet der Staat — der diensttuende, verantwortliche Politiker und Beamte, die Gesellschaft dagegen ist zur „Partizipation" abgestellt, „Demokratisierung" ihr nicht gestattet.

Im geschichtlichen Hintergrund dieses Konzepts stehen frühere Bemühungen offizieller katholischer Soziallehre, durch Entpolitisierung Frieden und Harmonie zu schaffen. Man erinnere sich an: „christliche Demokratie", „berufsständische Ordnung", harmonistische Sozialpolitik, an das „Subsidiaritätsprinzip": „Das aber, worauf es ankommt, nämlich die ursprüngliche Mitverantwortung und aktive Mitgestaltung, die actuosa participatio, fließt unmittelbar aus der Subsidiarität alles Gesellschaftlichen, auch der Kirche" (Anton Rauscher S. J.).

In dieser Tradition wird dem schemenhaften Gegner nachgesagt: „absolute Gleichheit" anzustreben, dem „utopischen Bild eines ‚neuen Menschen'" zu folgen, sich mit der Absicht zu tragen, einen „neuen, durch und durch guten Menschen zu schaffen", den Demokratiebegriff mit „Heilserwartungen" zu befrachten, mithin einer „Pseudoreligion" anzuhängen, die Grundsätze der „Freiheitlichkeit, Gleichheit, Öffentlichkeit" zu verabsolutieren, „moralischem Fanatismus" verfallen zu sein, den „Totalitarismus" heraufzubeschwören.

Hier finden die Thesen Anschluß an die von „politischer Theologie" getragene Gegenrevolution des europäischen 18. und 19. Jahrhunderts. Als Politischer Beirat des ZdK hätte man sich eigentlich der katholischen Vorfahren dankbar erinnern müssen. Jedoch nicht in deren Namen zu sprechen, sondern auf „praktische Vernunft", politische Nüchternheit und illusionslose Menschenkenntnis sich zu berufen, dient der Projektion: die religiösen und theologischen Implikationen — z. B. einer pessimistischen Anthropologie — landen als „Pseudoreligiosität" auf seiten des Gegners. Gelänge es nicht, ihm die Gestalt des eigenen Denkens zu geben, man wüßte offenbar nicht mit ihm fertigzuwerden. Statt kritisch und konkret mit ihm die nächsten Schritte notwendiger und möglicher Demokratisierung zu erörtern, verdächtigt man ihn absoluter Forderungen und Zielsetzungen. Der „praktischen Vernunft" leiht man die heimliche Unterstützung der Theologie: nicht unpassend, denn zu politischem Konservatismus haben beide das Zeug. Auf diese Weise gewinnen die Thesen

einen spezifischen Charakter, der verleiten mag, sie „katholisch" zu nennen und damit alles für erklärt zu halten. Die Thesen sind von Katholiken verfaßt, und der Blick auf die „überwältigende Mehrheit unseres Volkes" gilt sicher nicht zuletzt den Katholiken. Deswegen muß desto deutlicher gesagt werden, daß die Mißbrauch-Warnung aus dem kirchlichen und politischen Pluralismus auf katholischer Seite nur die konservativen und restaurativen Tendenzen vertritt. Hinter progressiven Entwicklungen seit dem Zweiten Vaticanum bleibt sie merklich zurück. Ein Vergleich etwa mit dem Brief Paul VI. an Kardinal Roy zeigt, daß hier der gesellschaftlichen Relevanz von Utopien mehr Verständnis entgegengebracht wird. Die Arbeitsunterlagen „Über die Gerechtigkeit in der Welt" der bevorstehenden römischen Bischofssynode unterstützen bei allen Mängeln jedenfalls nicht einen Ethnozentrismus, der aus dem eigenen politischen und gesellschaftlichen Haushalt kritische Fragestellungen verbannt sehen möchte, die auch angesichts der Länder der Dritten Welt sich aufdrängten. Da progressive Theologien durch Rezeption und Verarbeitung dieser Kritik geprägt sind, isolieren sich die Thesen auch in dieser Hinsicht. Jedoch scheint das ihre Autoren nicht zu kümmern. Verständlich, nachdem sie auch handgreiflichere Wirklichkeiten außerachtgelassen haben.

Den politischen Erfordernissen von Menschen unter ganz bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen werden fragwürdige Definitionen und Grenzziehungen nicht gerecht. Weder ist ihnen durch unvermittelte Utopie beizukommen noch mit sozialtechnischer Realpolitik, die sich — wie die Thesen empfehlen — auf das „Selbstverständliche" stützt und „sichere Realisierbarkeit" den Ausschlag geben läßt. Diese kalkulierte, opportunistische Beschränktheit auf das einzige Ziel, risikolos die Macht zu behalten oder sie wiederzugewinnen, sollte christlich motivierter so gut wie menschenwürdiger Politik fremd sein. Auch wenn es 1973 um die Wahl des Bundestags geht.

Jan Stehl

Kuba im Geschichtsbuch*)

Spätestens seit dem Tod des Che ist das Überleben der Ideen der kubanischen Revolution gesichert, und selbst wenn man von so ambivalenten Phänomenen wie den modischen Bildnissen des Erzmärtyrers unseres Jahrhunderts in Diskotheken und Schlafzimmern absieht, wird man nicht bestreiten können, daß nicht der in Dallas gefallene Liberale, sondern der in Bolivien von anderen Faschisten zu Tode gehetzte Sozialist weltweit zu einer Losung der Jugend geworden ist. Das ist denn Kubas zweiter Sieg über den großen Nachbarn.

Die bundesrepublikanischen höheren Geschichtsbücher jedoch widerlegen — wenigstens in ihrem Kuba-Kapitel — kaum den öfters gemachten Vorwurf, als Enzyklopädien des Ewiggestrigen das Verständnis des Heute zu erschweren und die Verantwortlichkeiten von morgen nicht hinreichend bereiten zu helfen. Die dieser vergleichenden Untersuchung zugrundeliegenden Geschichtsbücher aus vier führenden Schulbuchverlagen [1]) zeichnen sich nicht

*) Bei Abschluß der Arbeit war dem Verfasser das neue Mittelstufenwerk des Klett-Verlags, auf das die hier erhobenen Vorwürfe zum großen Teil nicht zutreffen, noch nicht bekannt. D. Red.

1) Bayerischer Schulbuchverlag, München. — Unsere Geschichte unsere Welt, Bd. 3. ²1969, S. 256; zitiert: BS. — Verlag Moritz Diesterweg, Frankfurt, Bonn, München. a) Grundzüge der Geschichte. Mittelstufe Bd. 4 ²1969, S. 280 u. 305 f.; zitiert: D 1. b) Grundzüge der Geschichte. Einheitsausgabe für mittlere Klassen, Bd. 4. ¹⁴1967, S. 187; zitiert: D 2. c) Grundzüge der Geschichte. Oberstufe. Textband II. ⁴1970, S. 231; zitiert: D 3. d) Grundzüge der Geschichte. Oberstufe. Einbändige Ausgabe. ¹⁶1970, S. 338; zitiert: D 4. —

nur durch einen weitgehenden Mangel an (heute durchaus schon möglicher) Analyse der kubanischen Revolution aus, sie bilden auch, weit davon entfernt, auf die historische Perspektive zu verzichten, einen nicht zu unterschätzenden Bestandteil der Nachhut-Literatur zum undifferenzierten Antikommunismus der fünfziger und sechziger Jahre.

Eine Reihe der untersuchten Werke [2]) verschweigt die Tatsache der Revolution in Kuba ganz. Einigen erscheint es aber immerhin notwendig, auf den „Diktator Fidel Castro" hinzuweisen. Der aber ist ausschließlich als Rädchen in der russisch-amerikanischen Auseinandersetzung gesehen. Der Bayrische Schulbuchverlag weiß darüber hinaus sogar von einer 1959 erfolgten „Revolte" zu berichten, durch die Fidel zur Regierung gekommen ist. Der denunziatorische Begriff, so darf der Verlag hoffen, wird dank der vorauszusetzenden negativen Implikationen seine aufklärerische Wirkung tun, um so mehr, als sich der Autor der Darstellung über Ursachen, Anlaß, Methoden und Ziele der „Revolte" ausschweigt.

Gegenüber diesem nicht mehr zu überbietenden Konglomerat aus Informationsdefizit und Indoktrinationsversuch nimmt sich der Mittelstufenband von Diesterweg [3]) geradezu wie ein kritischer Kommentar aus: „Auf Kuba, der Zuckerinsel im Karibischen Meer, hat ein junger Advokat, Fidel Castro, von Mexiko kommend, in den Jahren 1956 bis 1959 durch Kleinkrieg gegen die Truppen des Diktators Batista die Herrschaft errungen. Castros Bewegung hatte als Ziel zunächst die nationale und soziale Revolution proklamiert und die Wiederherstellung der bürgerlichen Freiheiten, allgemeiner Wahlen, Nationalisierung der Wirtschaft und eine Agrarreform versprochen." Werden hier wenigstens der Begriff der Revolution und einige Programmpunkte genannt, wird mit der Anspielung Kleinkrieg wenigstens der Ansatz einer Information geboten, so zeigt die Behandlung der personellen und sachlichen Voraussetzungen der Revolution die in der weiteren Darstellung in explizierterer Form erkennbare Uminterpretation der Sachverhalte. Zwar erfährt der Schüler im Bildzeitungsstil, daß es sich bei Kuba um „die Zuckerinsel" handelt, die im Karibischen Meer gelegen ist — ein Blick in den Atlas hätte ihm diese Erkenntnisse kaum vorenthalten —, aber auch nur der schüchternste Hinweis auf die kapitalistischen und imperialistischen Konstituenten der Monokultur fehlt. (Das zur Entschuldigung von Schulbuchautoren gern beschworene Argument des Platzmangels kommt hier, wie unten näher gezeigt wird, nicht zum Zuge.)

Interessant ist auch, daß das Stichwort USA zum erstenmal im Zusammenhang mit der Luftaufklärung in der Krise des Jahres 1962 fällt. Zwar kann der Schüler aus der Abbreviatur des Revolutionsprogramms auf das politische Profil des Diktators Batista zurückschließen, doch wird auch hier die eigentliche vorrevolutionäre Macht in Kuba mit keinem Wort erwähnt. Stattdessen widmet man sich mit großer Sorgfalt der Charakteristik des neuen Mannes: Welche Assoziationen sollen eigentlich „junger Advokat" und „aus Mexiko kommend" hervorrufen? Etwa die: „zugereister langhaariger und bärtiger Student"? So überrascht es denn den Leser auch nicht, daß dieser Mann, nachdem er „die Herrschaft errungen hatte" — unter anderem auch dadurch, daß er die zitierten Programmpunkte verwirklichte — nur mehr die Larve wegzunehmen brauchte: „... Er bekannte sich offen als Kommunist und trieb den Aufbau einer kommunisti-

Verlag Ernst Klett, Stuttgart. a) Staatensystem und Weltpolitik. Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk für die Mittelklassen. Ausgabe c. Bd. 4. 11969, S. 151; zitiert: K 1. b) Grundriß der Geschichte für die Oberstufe der Höheren Schulen. Gekürzte zweibändige Ausgabe, Bd. 2. 11966, S. 295 f.; zitiert: K 2. c) Grundriß der Geschichte für die Oberstufe der Höheren Schulen. Ausgabe B. Bd. 3. 51968, S. 213; zitiert: K 3. — Verlag Schöningh-Schrödel, Paderborn. a) Zeiten und Menschen. Ausgabe B. Bd. 4. 11966, S. 219 f.; zitiert: S 1. b) Zeiten und Menschen. Oberstufe. Ausgabe G. Bd. 2. 11970, S. 175 und 385 f. (Dokumente).

[2]) K 1, K 2, K 3, D 2, D3, D 4.

[3]) D 1, 280.

schen Diktatur voran." Die gewünschte Assoziationskette zu diesem Abschnitt wird in einer schönen Offenheit durch Sperrdruck signalisiert: Kuba — Batista — Fidel Castro — kommunistische Diktatur. Auf Batista, bei dem sicher nicht alles Gold war, was glänzte, dem man aber wenigstens drucktechnisch das Attribut Diktator nehmen zu können glaubt, folgt nach einer irreführenden linksliberalen Propagandaphase die rote Diktatur. Worin diese besteht, darüber schweigt sich der Verfasser aus. Gar zu leicht wäre er nämlich bei dem Versuch der inhaltlichen Füllung des Begriffs auf das Gebiet des Aufrechnens positiver und negativer Aspekte geraten, was ein Verlassen des reinen (antikommunistischen) Standpunktes bedeutet hätte.

Ein Maximum dessen, was er dem durchschnittlichen politischen Bewußtsein des Oberschülers einstweilen zumuten zu können glaubt, zugleich ein Beispiel für ein Maximum an Information mit sparsamsten Mitteln liefert der Oberstufenband des Schöningh-Verlages: „Auf Kuba hatte der junge Sozialrevolutionär Fidel Castro einem den USA nahestehenden Diktator die Macht entrissen. Da er US-amerikanischen Besitz enteignet hatte, litt sein Land unter dem Boykott durch die amerikanische Wirtschaft. Daher näherte er sich politisch der Sowjet-Union und errichtete auf der Insel eine kommunistische Diktatur." Ein Fortschritt in dieser Darstellung stellt zweifellos die Einführung der Rolle der USA dar. Auch ist der Terminus Sozialrevolutionär von Diskriminierung frei. Aber die Halbherzigkeit im Versuch, Kausalitäten aufzuzeigen, ist nicht zu übersehen. Wieder unterbleibt jede Analyse der sozioökonomischen Strukturen und ihres imperialismustheoretischen Kontextes, der 1) auf den „den USA nahestehenden Diktator" heruntergespielt wird und 2) in die angebliche Ursache-Wirkung-Kette: Enteignung amerikanischen Besitzes — Boykott der kubanischen Wirtschaft durch die USA, monokausalistisch umgefälscht wird.

Der Grad der Verlogenheit, deren bundesrepublikanische Geschichtsbücher fähig sind, wenn es um die Kaschierung schwacher Stellen des Systems, besonders aber schwacher Stellen der westlichen Führungsmacht geht, wird im Zusammenhang mit der Behandlung der Raketen-Krise des Jahres 1962 deutlich. Nicht ein einziges Werk bemüht sich um einen Abriß der Ereignisse, die zum Zusammenstoß der beiden Weltmächte geführt haben. Gemeinhin ist den Darstellungen 1) der Verzicht auf eine genetische Analyse zugunsten der Perspektive des Kalten Krieges, 2) die Betonung der angeblichen sowjetischen Initiative unter Verzicht auf die Bewertung der Rolle Fidel Castros, 3) die Stilisierung der Rolle der USA als der hypostatischen Union aus unschuldig Bedrohten und Friedensengel.

Ad 1: Als Beleg einige einleitende Formulierungen zum Kapitel der Kuba-Krise: „Wie gefährlich die Gegensätze aufeinanderprallen können, zeigte die antiamerikanische Politik der Sowjet-Union in Kuba. Als die UdSSR versuchte ..." [4]). „Ein Jahr nach dem Bau der Berliner Mauer stellte die amerikanische Luftaufklärung fest, daß die Sowjet-Union im Begriff war ..." [5]). „In Kuba wagte er (d.i.: Chruschtschow) sich noch weiter (d.i.: als in Berlin) vor" [6]). „Angesichts der geringen Erfolge in Afrika war es für Chruschtschow ein um so willkommenerer Trumpf ..." [7]).

Ad 2: Kein Autor kann sich vorstellen, daß Kuba etwa selbst um massive Waffenunterstützung nachgesucht haben könnte, obwohl der hier gewiß nicht verdächtige Boris Goldenberg von Bemühungen Castros um eine stärkere Anlehnung an das östliche Militärsystem spricht, „da ihm die mehr oder

4) D 2, 187.
5) D 1, 280.
6) K 1, 151.
7) BS 256.

weniger unverbindlichen Garantieerklärungen Chruschtschows nicht ausreichten" [8]), ganz zu schweigen von der mehr als deutlichen Sprache des sowjetisch-kubanischen Kommuniqués vom 1. 11. 1962.

Ad 3: Nach allem, was uns die Autoren bisher geboten haben, wird man nicht erwarten können, daß sie von einer Gefahr der Bedrohung Kubas durch die USA oder wenigstens vom auf der Insel herrschenden Gefühl des Bedrohtseins zu berichten wissen. Zwar sind sowjetische Interessen in Berlin und in Afrika durchaus geeignet, Indoktrinationsatmosphäre zu liefern; die in den letzten fünfzig Jahren mit über sechzig Interventionen in Lateinamerika belastete „Politik zur Wahrung wirtschaftlicher Interessen des Monopolkapitals" [9]), die zweifellos erheblich zum Verständnis des Phänomens Kuba beiträgt, bleibt vorerst für bundesdeutsche Geschichtsbücher tabu. Während die Konkurrenz mit beredtem Schweigen die amerikanische Kuba-Politik von 1959 bis 1962 kommentiert, deckt der Oberstufenband des Bayerischen Schulbuchverlages mit Geschwätzigkeit die ideologische Blöße: „Danach erfolgte der endgültige Bruch mit den USA im Sommer 1960 durch die Beschlagnahme der amerikanischen Ölraffinerien und weiteren amerikanischen Eigentums." Daß diese Ölraffinerien beschlagnahmt wurden, weil sie sich weigerten, die an Stelle des teueren (von amerikanischen Gesellschaften geförderten) venezulanischen Öls aus der Sowjet-Union eingeführte Rohstoffe zu verarbeiten [10]), ist für das Verhältnis USA—Lateinamerika zwar typisch, aber deshalb für unsere Geschichtsbücher nicht mitteilenswert. Die bayerischen Oberschüler erfahren auch, daß Chruschtschow die USA „drohend vor einer Invasion in Kuba" warnte, aber sie erfahren — wie übrigens alle übrigen bundesrepublikanischen Oberschüler — aus ihrem Geschichtsbuch weder, daß es seit Ende 1959 in den USA Pläne zu einer Invasion der Insel gegeben hat, noch daß es schließlich im April 1961 zu einer der größten Blamagen in der Geschichte der amerikanischen Interventionspolitik durch das Scheitern des Unternehmens in der Schweinebucht gekommen ist. Es war Chronistenpflicht, wenigstens in einem Nebensatz auf dieses entscheidende Kapitel in der Vorgeschichte der Kuba-Krise hinzuweisen. Oder sollte in dem harmlosen Satz: „Eisenhower betonte demgegenüber, daß die USA zusammen mit den übrigen amerikanischen Staaten die Bildung einer kommunistischen Macht in der westlichen Hemisphäre verhindern würden", die Tatsache angedeutet werden, daß dieser Präsident zu den Invasionsplänen im März 1960 [11]) seine Zustimmung gegeben hat?

Der Diesterweg-Verlag vorenthält den Untersekundanern wie alle anderen jeden Hinweis auf das Problem der geplanten, erfolgten und wieder permanent drohenden Invasion, entschädigt aber dafür durch detaillierte Angaben über Waffensysteme („mindestens 30 Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite von 1600 km ... Abschußrampen werden in aller Eile montiert ...") und Waffen- und Truppenpotential („40 amerikanische Kriegsschiffe befanden sich bereits im Karibischen Meer, weitere hundert waren klar zum Auslaufen. 450 000 Mann, darunter fünf Divisionen Fallschirmtruppen, standen kampfbereit. Über 1000 strategische Bomber hätten innerhalb 15 Minuten starten können.") Der Ton des Kriegsberichterstatters mischt sich mit dem des Strategen, und die Ideologie („Angriffsbasis", „Erpressung") wird gleich mitgeliefert.

Was das Ergebnis der Kennedyschen Demarche angeht, so reichen die Darstellungen von der nüchternen Feststellung: „Chruschtschow vermied den

8) Goldenberg, Boris, Lateinamerika und die Kubanische Revolution. Köln-Berlin 1963, 408.
9) Sven Papcke im Nachwort zu: Bosch, Juan, Der Pentagonismus. Hamburg 1969, 123.
10) Vgl. Goldenberg, a.a.O., 281.
11) A.a.O., 349.

militärischen Zusammenstoß und zog die Raketen aus Kuba ab. Andererseits griffen die Amerikaner nicht in die inneren Verhältnisse des kommunistischen Inselstaates ein" [12]) bis zur Propaganda-Schablone: „Damit haben die USA nicht nur eine unmittelbare Bedrohung der westlichen Hemisphäre abgewehrt, sondern zugleich der Welt bewiesen, daß sie bereit sind, zur Verteidigung der Freiheit notfalls das Risiko einer weltweiten Auseinandersetzung auf sich zu nehmen" [13]).

Der Oberstufenband des Klett-Verlages aber triumphiert über ein ganz unerwartetes Ergebnis des Konfliktes: „Das sozialistische Lager ist gespalten."

Die Tugend in Gestalt des zum letzten Risiko entschlossenen Amerika, so wird suggeriert, zieht den Lohn, die Ablehnung der russischen Führungsrolle durch Peking, unmittelbar nach sich. Man sieht: Wenn sie nur nützen, so ist man um Perspektiven nicht verlegen; und auch dann glaubt man nicht auf sie verzichten zu können, wenn die Geschichte selbst ihren ironischen Kommentar dazu geschrieben hat, wie im Falle der Monroe-Doktrin, des Prunkstücks apologetischen Bemühens in Politik und Wissenschaft. Dieser Ladenhüter dilettantischer Propaganda mit den Mitteln dilettantischer Historiographie taucht denn auch im selben Werk auf, das an die Stelle der Analyse die Kriegsberichterstattung setzt. „Sowjetische Verletzung der Monroe-Doktrin" lautet in Fettdruck der Kommentar zu Chruschtschows Waffenlieferungen. Sollte dem Autor etwa nicht bekannt sein, daß die Londoner Times vom 19. Februar 1962 die Aufforderung der USA an ihre europäischen Verbündeten, Kuba zu boykottieren, mit der ironischen, im übrigen von echtem Sinn für historische Perspektiven zeugenden Schlagzeile „US Reversal of Monroe Doctrine over Cuba — Old Word called on to put Pressure on Dr. Castro" [14]) der Lächerlichkeit preisgibt? Mit welcher Genugtuung weiß allerdings das gleiche Schulbuch über die geringen Chancen des Ausgreifens der kubanischen Revolution auf das lateinamerikanische Festland zu berichten, da — von den nur geringen Anhang aufweisenden und uneinigen Kommunisten abgesehen — die lateinamerikanischen Erneuerungsbewegungen „Diktatur jeglicher Art" (!) und damit auch die kubanische Revolution ablehnten. Die Begründung für die Ablehnung der letzteren :„Weil sie menschliche Freiheit und Würde verraten habe" [15]), stellt eine der zynischen Plattitüden dar, an denen die fünfziger und sechziger Jahre so reich sind.

Horst W. Jung

12) S 1, 220.
13) B 1, 256.
14) Vgl. Goldenberg, a.a.O., 466, Anmerkung 2.
15) D 1, 305 f.

Sozialdemokratische Parteien und europäische Sicherheit

Von Kurt Schacht

Die Voraussetzungen für die baldige Einberufung einer Europäischen Sicherheitskonferenz werden zusehends günstiger. Je näher der Termin einer solchen möglichen Konferenz rückt, desto stärker sehen sich die relevanten politischen Kräfte in Europa veranlaßt, ihre Position zum essentiellen Problem der europäischen Sicherheit zu bestimmen. Das gilt insbesondere auch für die westeuropäische Sozialdemokratie, die in einer Reihe europäischer Länder Regierungsverantwortung trägt oder erheblichen Einfluß auf die politische Entwicklung ausübt. Ihr Verhalten kann sich auf die Entwicklung in Europa positiv oder negativ auswirken, kann die Bemühungen um europäische Sicherheit fördern oder bremsen.

In zunehmendem Maße haben sich sozialdemokratische und sozialistische Parteien Westeuropas dem Problem der europäischen Sicherheit zugewandt. Sie rückten diese Frage in den Mittelpunkt der Generalratstagung der Sozialistischen Internationale vom 25. bis 27. Mai 1971 in Helsinki, um einen gemeinsamen Standpunkt zu erarbeiten. Das ist ihnen nur bedingt gelungen. Meinungsverschiedenheiten zeigten sich nicht nur über Inhalt und Zielsetzung einer gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz, sondern im engen Zusammenhang damit auch über die Bewertung der veränderten Machtbedingungen auf dem europäischen Kontinent.

Für einige sozialdemokratische Parteien ist die Einstellung auf die neue Lage in Europa ein schmerzvoller Prozeß, vor allem für diejenigen, die den Kalten Krieg nach dem Zweiten Weltkrieg an der Seite der USA bedingungslos mitmachten, an der Schaffung der NATO als militärisches Instrument der Politik des „Zurückrollens" der kommunistischen Länder maßgeblich beteiligt waren und die antikommunistische Hysterie schüren halfen. In die Konkursmasse dieser Politik wurden rechtsgerichtete sozialdemokratische Parteien mit hineingerissen. Die Sowjetunion ließ sich durch die „Politik der Stärke" nicht in die Knie zwingen. Ihre wachsende Macht begrub die antikommunistischen Kreuzzugshoffnungen. In Osteuropa entwickelte und konsolidierte sich trotz mancher Rückschläge und Schwierigkeiten die vom Westen bekämpfte neue revolutionäre Ordnung. Die DDR stieg zu den führenden Industrienationen auf. Andererseits geriet die Führungsmacht der NATO, die USA, durch ihre ebenso abenteuerliche wie grausame Aggression in Indochina in eine tiefe wirtschaftliche, politische und moralische Krise. Nach dem Ausscheiden Frankreichs aus der militärischen Integration der NATO begannen auch die sozialdemokratischen Parteien Frankreichs, Dänemarks und Norwegens, Belgiens, Hollands und Luxemburgs unter dem Einfluß von Bewußtseinsveränderungen in der Bevölkerung ihrer Länder mit einer Überprüfung ihrer Politik. Ihre Einstellung zur NATO und zum US-Imperialismus wurde distanzierter und kritischer. Malta und Island sind die jüngsten Signale dieses Abwendungsprozesses von der NATO. Während aber auf Malta die an die Regierungsmacht gelangte sozialdemokratische Partei selbst die Einschränkung und Beendigung der NATO-Präsenz betreibt, verlor die sozialdemokratische Partei Islands bei den jüngsten Parlamentswahlen fast die Hälfte ihrer Anhängerschaft an die Linkssozialisten und Kommunisten, denen damit die Voraussetzung

gegeben war, sich an einer Linksregierung zu beteiligen, die auf den Abzug der amerikanischen NATO-Truppen von ihrer Insel hinarbeitet.

So erweisen sich innerhalb der westeuropäischen Sozialdemokratie vor allem noch die SPD-Führung, die Führungsmehrheit der englischen Labourpartei und die rechtssozialdemokratische Partei Italiens als ein die NATO konsolidierendes Element. Noch stark beeindruckt von den Kategorien der Politik der Stärke, wie sie einstmals von Dulles und Adenauer symbolisiert wurde, rühmt Harold Wilson die Rolle, die die gestürzte Labourregierung bei der „Stärkung der NATO" **gespielt hat [1]), und suggeriert** Helmut Schmidt den trügerischen Glauben, daß die NATO unerläßlich „für unsere Sicherheit und für die Sicherheit aller Partner ist" [2]).

Eben das bezweifeln in zunehmendem Maße andere sozialdemokratische und sozialistische Parteien West- und Nordeuropas. Ein entscheidender Beweggrund für ihre verstärkte Orientierung auf die Überwindung der Militärblöcke und die Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems besteht in ihrer wachsenden Erkenntnis, daß sich unter den neuen Machtverhältnissen in Europa die Anhäufung immer modernerer Waffensysteme und hochexplosiver Atomsprengkörper in den westeuropäischen Kernländern gegen die Existenzbedingungen der eigenen Völker richtet und sie mit der Gefahr der Selbstvernichtung konfrontiert.

Als Beweggrund für die sozialdemokratischen Parteien neutraler Länder kommt hinzu, daß der Abbau der militärischen Konfrontation und die Auflösung der Militärblöcke die Souveränität ihrer Länder stärkt und bessere Voraussetzungen zur Entfaltung ihrer Wirtschaft, ihres Handels schafft. „Es ist offensichtlich", hob der finnische Außenminister Väinö Leskinen als Sprecher der Sozialdemokratie seines Landes auf der Generalratskonferenz der Sozialistischen Internationale in Helsinki hervor, „daß es ein kleines neutrales Land wie Finnland leichter haben wird, seine Unabhängigkeit zu erhalten, wenn wahrer Frieden herrscht", und daß es im Prozeß zu einem System europäischer Sicherheit leichter fallen würde, „die Wirtschaftsblöcke, die Außenstehende diskriminieren, zu überwinden" [3]).

Wie weit die Überprüfung bisheriger Positionen bei einigen sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien gediehen ist, zeigt das Beispiel der holländischen Partei der Arbeit, die, einstmals fest auf NATO-Kurs eingeschworen, in ihrem neuen Programm für die Errichtung eines europäischen Sicherheitssystems eintritt, „das eine effektive Garantie für die Einheit und Unabhängigkeit aller beteiligten Staaten gewährleistet und den Warschauer Pakt und die NATO ersetzen soll" [4]). Die dänische Sozialdemokratie sieht — wie es in ihrem neuen Programm heißt — zwar noch keine „Alternative für eine dänische Mitgliedschaft in der NATO", aber ausgehend von dem Gesichtspunkt, „daß eine möglichst breite Anerkennung der faktischen Grenzen an sich die Entspannung fördern wird", will sie „für eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze arbeiten und innerhalb der NATO die Frage bezüglich einer Revision der Beschlüsse aufwerfen, die die Anerkennung der DDR verhindern" [5]). Und auch die ehemals fest an die NATO gekettete Sozialistische Partei Frankreichs visiert in einer gemeinsamen Erklärung mit der Kommunistischen Partei Frankreichs die Auflösung der Militärbündnisse an: „Die Überwindung der bestehenden Militärblöcke, ihre gleichzeitige Auf-

1) Harold Wilson, Zur internationalen Lage. Rede auf der Generalratstagung der Sozialistischen Internationale vom 25. bis 27. Mai 1971 in Helsinki, vervielfältigtes Manuskript, S. 7.
2) Helmut Schmidt, Zwischenbilanz. Beilage zum „Vorwärts", im Juli 1971, S. 3.
3) Vervielfältigtes Manuskript, S. 5.
4) Außenpolitisches Programm der Partei der Arbeit, angenommen auf ihrem 12. Parteitag im März 1969, zitiert nach: Frieden für Europa, W. Runge-Verlag, Hamburg 1970, S. 105.
5) Programm der dänischen Sozialdemokratie, beschlossen im Juli 1969, ebenda, S. 104.

lösung in Verbindung mit der Schaffung eines für alle Staaten, unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung, offenen Systems der kollektiven Sicherheit stellen ein gemeinsames Ziel der beiden Parteien dar" [6]).

Die sich vertiefende Krise vieler sozialdemokratischer Parteien Westeuropas setzt, so paradox es klingen mag, ebenfalls Antriebe in Richtung Entspannung, Abrüstung und europäische Sicherheit frei. Das ist einfach so zu erklären, daß viele Sozialdemokraten einen Ausweg aus dieser Krise darin sehen, über den Weg von Entspannung und Abrüstung mehr Spielraum für die Verwirklichung sozialreformerischer Maßnahmen zu gewinnen, um auf diese Weise die sich vertiefende Vertrauenskrise zwischen Führung und Anhängerschaft zu mildern und abzufangen. Eine der Hauptursachen für diese Vertrauenskrise lag ja gerade darin, daß sich sozialdemokratische Parteien durch ihre Unterstützung des NATO-Kurses und der damit verbundenen enormen Aufrüstungskosten selbst den Spielraum für sozialreformerische Pläne beschnitten. Für den historisch in der Sackgasse gelandeten Sozialreformismus erwies sich der Würgegriff des NATO-Militarismus als nahezu tödlich. Seine Bestrebungen, sich aus dieser für ihn verhängnisvollen Umklammerung zu lösen, bieten heute einen realen Ansatzpunkt für das gemeinsame Wirken von reformistisch orientierten Sozialdemokraten und Marxisten für friedliche Koexistenz in Europa.

Wohin es schließlich führt, wenn sich sozialdemokratische Regierungen in die Gefolgschaft der USA und der NATO begeben, hat in jüngster Zeit das Schicksal der Wilson-Regierung gezeigt. Sie ist hauptsächlich daran gescheitert, daß sie die Forderungen ihrer Anhängerschaft und einer Gruppe von Labour-Abgeordneten mißachtete, das britische NATO-Engagement zu drosseln, konstruktive Schritte zur Vorbereitung und Durchführung einer gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz einzuleiten und einen eigenen Abrüstungsbeitrag zu leisten, der „es erlaubt hätte, das Programm der Labourpartei auf dem Gebiet des Wohnungsbaus, der Renten, der Bildung usw. erheblich zu erweitern sowie die Deflationsmaßnahmen und die daraus folgende Arbeitslosigkeit zu mildern" [7]). An die Versäumnisse der Wilson-Regierung mag der Vorsitzende der neuerdings nach links tendierenden Sozialistischen Partei der Schweiz, Arthur Schmidt, gedacht haben, als er auf der Generalratstagung der Sozialistischen Partei in Helsinki auf die Notwendigkeit von Abrüstung und europäischer Sicherheit hinwies. In seinen Worten: „Wenn wir die sozialdemokratische Aufgabe der Umgestaltung der Gesellschaft in Angriff nehmen wollen, die großen Aufgaben auf dem Gebiet des Bildungswesens, der sozialen Reformen, des Umweltschutzes, dann müssen wir alles unternehmen, um Abrüstung und Entspannung voranzutreiben" [8]), kam das sozialreformerische Interesse an europäischer Sicherheit sozusagen klassisch zum Ausdruck.

Hingegen ist die SPD-Führung auf dem besten Wege, die Fehler der Wilson-Regierung zu wiederholen. Wenn sie die Chance, die sich aus den Verträgen mit der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen ergibt, nicht für die Verwirklichung von sozialen Reformen nutzt, dann ist daran aber nicht nur die Fortsetzung der Aufrüstung und des Kurses der NATO-Stärkung unter dem Vorwand „militärischer Gleichgewichtsherstellung" schuld, sondern ebenso eine zunehmende Distanz zum Sozialreformismus selbst. Wie anders soll man es verstehen, wenn Helmut Schmidt neuerdings davor warnt, „die Ostpolitik als Vehikel zu einer Generalrevision der bestehenden innenpolitischen Struktur und

[6]) Gemeinsame erste Bilanz der Sozialistischen Partei Frankreichs und der Kommunistischen Partei Frankreichs, zitiert nach: SK-Extra, Sozialistische Korrespondenz Hamburg, Januar 1971, S. 8.
[7]) Frank Allaun, Mitglied des englischen Labourvorstandes, in: Frieden in Europa, a.a.O., S. 44.
[8]) Arthur Schmidt, Diskussionsbeitrag auf der Generalratskonferenz der Sozialistischen Internationale in Helsinki, nach persönlichen Aufzeichnungen des Verfassers o. Beitrages.

außenpolitischen Verflechtung der Bundesrepublik Deutschland zu mißdeuten" [9])? Gerade dieser Aspekt im Zusammenhang mit den Bemühungen um europäische Sicherheit wird von progressiven Sozialdemokraten in der Bundesrepublik und in anderen westeuropäischen Ländern, bezogen auf ihre innere Entwicklung, hervorgehoben.

Eine breite Übereinstimmung zeichnet sich in der westeuropäischen Sozialdemokratie jedoch immer mehr darüber ab, daß bei der Lösung der europäischen Probleme von den bestehenden territorialen Realitäten in Europa ausgegangen werden muß. Die Verträge der BRD mit der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen haben bei den meisten sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien deshalb große Zustimmung gefunden, weil sie von diesem Prinzip ausgehen, das bis vor kurzem noch von den Regierungen unter CDU/CSU-Führung verworfen wurde. Dadurch, daß die Brandt-Scheel-Regierung die Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen in Europa vertraglich akzeptierte, ergeben sich günstigere Voraussetzungen für den Prozeß zu einem System kollektiver Sicherheit in Europa. Einige sozialdemokratische Parteien geben darüber hinaus ihrer Hoffnung Ausdruck, daß die Ratifizierung und Verwirklichung der Verträge den Einfluß jener ultrakonservativen Kräfte in der BRD zurückdrängen wird, deren Politik eine Gefahr für den Frieden in Europa darstellt.

So sehr sich die SPD-Führung des Zuspruchs anderer sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien hinsichtlich der mit den Ostverträgen eingeleiteten Politik gegenüber den sozialistischen Ländern sicher sein kann, so wenig kann sie darauf hoffen, allgemeine Zustimmung für die Intentionen und Zielsetzungen ihrer Ostpolitik in der westeuropäischen Sozialdemokratie zu finden. Während die SPD-Führung zum Beispiel ihr Konzept der Ostpolitik in eine — in den USA geborene — Strategie der ideologischen und politischen Einflußnahme auf die innere Entwicklung der sozialistischen Länder einordnet und „ausstrahlende Erfolge" in diesen Ländern in Richtung einer Transformation zum „demokratischen Sozialismus" erhofft [10]), der im eigenen Lande als soziale Ausgestaltung der spätkapitalistischen Gesellschaft interpretiert wird, wenden sich die finnischen Sozialdemokraten sowohl gegen „die Übertragung des westlichen Modells auf Osteuropa" als auch gegen die Auffassung von der „globalen Gültigkeit des sozialdemokratischen Modells" [11]). Während außerdem die schwedischen und finnischen Sozialdemokraten mit europäischer Sicherheit den Abbau diskriminierender Handelsschranken und die Auflockerung der Wirtschaftsblöcke verbinden, versprechen sich maßgebende SPD-Politiker umgekehrt „durch die Stärke wachsender wirtschaftlicher Kraft der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, durch den Prozeß ihres politischen Zusammenwachsens" Rückhalt für die von ihnen mitvertretenen Außenpolitik [12]). Und während schließlich die SPD-Spitze darauf besteht, daß die Bemühungen um europäische Sicherheit auf keinen Fall die Bündnisbande mit den Vereinigten Staaten zerschneiden dürfen, erhofft sich die Sozialistische Partei Italiens gerade davon eine Loslösung von amerikanischer Vormundschaft [13]).

Nur wenige sozialdemokratische Parteien Westeuropas teilen den Standpunkt der reaktionären NATO-Kreise, die Einberufung einer Europäischen Sicherheitskonferenz von einer „befriedigenden Lösung" der Westberlinfrage abhängig zu machen.

9) Helmut Schmidt, Zwischenbilanz, a.a.O., S. 4.
10) Willy Brandt, Rede vor dem SPD-Parteitag 1970 in Saarbrücken, Parteitagsprotokoll, S. 478.
11) Paavo Lipponen, Diskussionsbeitrag auf einem Seminar sozialdemokratischer Parteien am 7./8. Dezember 1970 in Wien, zitiert nach: Socialist Affairs, Monatsschrift der Sozialistischen Internationale, Januar 1971, Vol. XXI No. 1.
12) Helmut Schmidt, Zwischenbilanz, a.a.O., S. 3.
13) G. Finocchiaro, Diskussionsbeitrag auf der Generalratstagung der Sozialistischen Internationale in Helsinki, nach Aufzeichnungen des Verfassers.

Am entschiedensten wenden sich die finnischen Sozialdemokraten gegen „alle Vorbedingungen für die Einberufung einer Europäischen Sicherheitskonferenz" [14]). Dem Vorsitzenden der Sozialistischen Partei Österreichs, Bruno Kreisky (der übrigens für die bedingungslose Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO eintritt), erscheint die „von der UdSSR vorgeschlagene Sicherheitskonferenz" als zu der Art von politischen Konferenzen gehörig, „die ihrer Natur nach unabweisbar sind" [15]). Und ebenso wie die finnische Sozialdemokratie dringt die Sozialistische Partei Italiens darauf, „sofort mit der praktischen Vorbereitung einer Europäischen Sicherheitskonferenz zu beginnen" [16]). Was das Junktim zwischen einer „befriedigenden Regelung" der Westberlinfrage mit der Ratifizierung der Ostverträge angeht, so halten sich die meisten sozialdemokratischen Parteien zwar mit Stellungnahmen zurück, aber daß sie in ihrer Mehrheit den Standpunkt der SPD-Führung nicht teilen, ist daraus zu schließen, daß es die Sozialistische Internationale auf ihrer Tagung in Helsinki in der Hauptresolution zur europäischen Sicherheit sorgfältig vermied, eine Westberlin-Regelung als Vorbedingung für irgendeine Sache hochzuspielen.

Unumstritten dagegen ist heute in der westeuropäischen Sozialdemokratie, daß die DDR als gleichberechtigter Partner an einer gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz teilnimmt. In der Minderheit befinden sich allerdings noch diejenigen Parteien, die sich für eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR ausgesprochen haben. Dazu gehören die finnischen, holländischen, dänischen und Schweizer Sozialdemokraten. Ihre Einstellung wird weitgehend von der Einsicht bestimmt, daß die DDR zu einem unumstößlichen Faktor in der europäischen Landschaft geworden ist „und es im Interesse des Friedens liegt, wenn alle europäischen Staaten die Existenz zweier souveräner und gleichberechtigter deutscher Staaten und ihre gegenwärtigen Grenzen anerkennen würden" [17]).

Heute kann die SPD-Führung zwar noch andere sozialdemokratische Parteien veranlassen, von einer offiziellen Befürwortung der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR „aus Rücksicht" auf die Politik der Brandt/Scheel-Regierung Abstand zu nehmen; sie kann es sich aber nicht mehr leisten, eine sozialdemokratische Partei, die sich für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR ausspricht, in der Art zu schulmeistern, wie es Willy Brandt Anfang 1969 noch gegenüber der holländischen Partei der Arbeit getan hat, der er vorwarf, ihr Beschluß für die völkerrechtliche Anerkennung der DDR könne sehr leicht so aufgefaßt werden, „als setze sich eine sozialdemokratische Partei in einem befreundeten Nachbarland über das Empfinden der Deutschen und die Überlegungen der SPD hinweg und entlaste das Regime in Ostberlin ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, in dem dieses besonders entspannungs- und friedensfeindlich auftritt" [18]). Das Attribut „entspannungsfeindlich" handelte sich die DDR ein, weil sie die Weigerung Bonns, die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten auf der Grundlage völkerrechtlicher Anerkennung zu regeln, als Ausdruck des Festhaltens am Alleinvertretungsanspruch charakterisierte.

Obgleich differenzierte Auffassungen unter den sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien Westeuropas über Voraussetzungen und Zielsetzung einer gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz bestehen, einigten sie sich auf ihrer Tagung in Helsinki, die stark im Zeichen der sowjetischen Friedensvorschläge

14) Väinö Leskinen, a.a.O., S. 3.
15) Bruno Kreisky, Rede auf der Generalratstagung der Sozialistischen Internationale in Helsinki, vervielfältigtes Manuskript, S. 5.
16) G. Finocchiaro, a.a.O.
17) Außenpolitisches Programm der finnischen Sozialdemokratie, zitiert nach: Frieden in Europa, a.a.O., S. 102.
18) Brief Willy Brandts an die holländische Partei der Arbeit, zitiert nach: Sozialdemokrat, Mitteiluntsblatt der südbayerischen SPD, April 1969, S. 7.

stand, auf folgendes gemeinsames Konzept: „Diskussionen über Entspannung und Zusammenarbeit sollten alle Mitglieder der NATO, des Warschauer Paktes sowie neutrale und nichtgebundene Länder einschließen. Sie sollten danach streben, größere militärische Sicherheit für ganz Europa durch beiderseitige ausgewogene Verringerung der Truppen zu erreichen, und sollten ein allgemeines Abkommen über Gewaltverzicht in innereuropäischen Beziehungen abschließen. Sie sollten eine größere Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet in Europa fördern" [19]).

Der Mangel dieser Resolution besteht unter anderem darin, daß sie die sozialdemokratischen Parteien nicht zu konkreten Aktionen für das gemeinsam formulierte Konzept verpflichtet. Bisher hat sich nur die finnische Sozialdemokratie offiziell in der Bewegung für europäische Sicherheit engagiert. In den meisten sozialdemokratischen Parteien ist es aber — im Unterschied zur SPD — möglich, daß sich sozialdemokratische Politiker und Mandatsträger ohne Furcht vor innerparteilichen Repressalien an Mobilisierungsbewegungen für die baldige Einberufung einer Europäischen Sicherheitskonferenz beteiligen können. Im Gegensatz auch zur Auffassung der SPD-Führung, die „die Vorbereitung einer Konferenz über die Sicherheit in Europa" allein als „Sache der Regierungen" deklarierte [20]), rief die Generalratstagung der Sozialistischen Internationale in Helsinki sowohl die Regierungen als auch die Völker auf, „auf die Abhaltung einer Europäischen Sicherheitskonferenz zum frühesten Zeitpunkt hinzuwirken" [21]).

Einige sozialdemokratische Parteien fassen es auch nicht als „Vortäuschung von Gemeinsamkeiten" auf [22]), wenn sie mit der kommunistischen Partei ihres Landes gemeinsam für das baldige Zustandekommen einer Europäischen Sicherheitskonferenz eintreten. Sie berücksichtigen in ihrer Politik die simple Tatsache, daß Kommunisten genauso an der Erhaltung des Friedens und an europäischer Sicherheit interessiert sind wie die Sozialdemokraten und daß die gemeinsame Kraftanstrengung für das gleiche Anliegen mehr Erfolg verspricht als getrenntes Handeln oder ein Gegeneinander. Die Frage, die der Vertreter der finnischen Sozialdemokratie an die Tagung der Sozialistischen Internationale in Helsinki richtete: „Sollte die Sozialistische Internationale nicht sorgfältig die jüngsten Vorschläge im Namen der kommunistischen Parteien prüfen, um herauszufinden, ob es eine Grundlage der Verständigung gibt?" — hat diese Partei ebenso wie die Sozialistische Partei Frankreichs für sich schon positiv beantwortet.

Der Prozeß der Neuorientierung der westeuropäischen Sozialdemokratie in der europäischen Politik ist also noch längst nicht abgeschlossen. Hinderlich macht sich der Einfluß derjenigen Führungsgruppen bemerkbar, die die Rolle der Sozialdemokratie noch immer bestimmen als eingegliederter Teil der von imperialistischen Macht- und Herrschaftsansprüchen, vor allem der herrschenden Kreise der USA, geprägten NATO-Strategie. An Bedeutung nimmt jedoch die Tendenz in der Sozialdemokratie zu, die sich dem Verlangen der Völker und der eigenen Anhängerschaft nach einer realistischen Entspannungspolitik und den Konsequenzen veränderter Machtbedingungen in Europa nicht verschließen kann. Je kraftvoller diese Tendenz anwächst, desto bessere Voraussetzungen ergeben sich für das Bündnis aller demokratischen Kräfte, für den Erfolg der europäischen Friedens- und Entspannungsbewegung, für die Verwirklichung eines effektiven und allumfassenden Systems kollektiver Sicherheit in Europa.

---

19) Vervielfältigte Entschließungszusammenfassung.
20) SPD-Präsidiumserklärung vom 21. 9. 1970.
21) Vervielfältigte Entschließungszusammenfassung.
22) SPD-Präsidiumserklärung vom 21. 9. 1970.

Die Entwicklung der westlichen Währungskrise

Zu den gegenwärtigen Auseinandersetzungen zwischen Westeuropa und den USA*)

Von Gerd Bansamir und Konrad Ruff

I

Die Schwierigkeiten des bestehenden westlichen Währungssystems können sinnvoll nur im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg gesehen und verstanden werden.

Die beiden Weltkriege bedeuteten für die Vereinigten Staaten eine entschiedene Stärkung ihrer wirtschaftlichen Position gegenüber den westeuropäischen Ländern. Während Westeuropa einen Großteil seines Auslandsbesitzes verloren hatte, darüber hinaus eine mit der Entstehung und dem Aufbau der sozialistischen Gesellschaften verbundene Einengung seiner traditionellen Märkte erfahren mußte, konnten die USA als größter industrieller und agrarischer Produzent eine starke Vormachtstellung auf den internationalen Märkten erringen [1]). Durchweg ungünstige Handels- und Zahlungsbilanzen der westeuropäischen Länder, denen positive Bilanzsalden mit hohen Exportüberschüssen auf amerikanischer Seite gegenüberstanden, waren Ausdruck dieses Entwicklungsprozesses. Damit wurden die USA zu einem Gläubiger, der seine Anteilsrechte auf das westeuropäische Sozialprodukt (Devisenüberschüsse) nicht einlösen konnte, und die westeuropäischen Länder wurden zu Schuldnern, die zahlungsunfähig waren. Man praktizierte so ein in der kapitalistischen Wirtschaftswelt sonst unübliches Verfahren, nämlich mehr an Waren herzugeben, als über den Handel hereinkommen kann.

Diese Form der außenwirtschaftlichen Beziehungen wurde jedoch in der Nachkriegszeit unvermeidliche Notwendigkeit zur Erhaltung der gesellschaftlichen Stabilität. Sie versetzte die westeuropäischen Regierungen in die Lage, Wiederaufbauprogramme zur Überwindung der kriegsbedingten Disproportionalitäten zu entwickeln. Dadurch konnten mit Hilfe der USA die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden, um den allgemeinen Prozeß der Kapitalbildung wieder einzuleiten. Die mit der sich rekapitalisierenden Wirtschaft Westeuropas einhergehende Expansion des Welthandels erforderte die Ablösung der „Devisenzwangswirtschaft" durch eine neue institutionalisierte Währungsverfassung, die genügend internationale Liquidität bereitzustellen vermochte [2]). Da die Goldreserven als alleinige Zahlungsmittel nicht ausreichten und das Festhalten an der Goldwährung die Aufgabe einer autonomen nationalstaatlichen Wirtschaftspolitik bedeutete [3]), mußten neben dem Gold zusätzliche Zirkulationsmittel ge-

*) Vgl. den Wortlaut der Rede Richard M. Nixons vom 15. August 1971 im Dokumentarteil dieses Heftes.

1) Vgl. Eugen Varga, Der englisch-amerikanische Gegensatz im zweiten imperialistischen Krieg, in: E. Varga, Die Krise des Kapitalismus und ihre politischen Folgen, hrsg. u. eingel. v. Elmar Altvater, Frankfurt-Wien 1969, S. 404 ff.

2) Vgl. Elmar Altvater, Die Weltwährungskrise, Frankfurt-Wien 1969, S. 45 f.

3) Daneben erlaubt nationales Kreditgeld den Banken durch Manipulation der Höhe des Geldumlaufs und des Kreditvolumens, Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung zu nehmen, unabhängig von der Verfügbarkeit über nationale Goldreserven. Vgl. Adolf Weber in Verbindung mit Werner Hofmann, Geld und Kredit, Banken und Börsen, 6. Aufl., Heidelberg 1959, S. 152 f.

schaffen werden. Man einigte sich im Juli 1944 in Bretton Woods, primär nationale Währungen als internationale Reservemedien fungieren zu lassen. Mit ihrer Einlösbarkeit in Gold zu einer festen Parität (Goldkonvertibilität) sollte lediglich die „letzte" Rückgriffmöglichkeit auf ein Zahlungsmittel garantiert werden [4]), welches „als vergegenständlichte Arbeitszeit ... für seine eigene Wertgröße" [5]) bürgt und damit unabhängig von nationalstaatlicher Manipulation Weltgeld ist. Diese Rolle einer Leitwährung übernahm der Dollar, zu dem die Wechselkurse der übrigen Länder in einem festen Verhältnis gebunden und hierdurch auch untereinander fixiert wurden. Diese Regelung entsprach der starken ökonomischen und politischen Vormachtstellung der Vereinigten Staaten in der Nachkriegszeit. Aufgrund ihres hohen Anteils am Welthandel und an den damit verbundenen weltweiten Außenwirtschaftsverflechtungen konnten Dollars in hinreichendem Maß Zugang in die internationale Zirkulationssphäre erlangen. Als weitere notwendige Voraussetzungen, um das verbriefte Versprechen „Dollar" gegen vergegenständlichte Arbeit einlösen zu können, verfügten die USA als einziges kapitalistisches Land über reiche Goldvorräte sowie über einen intakten Produktionsapparat und ein im Krieg stark ausgeweitetes Wirtschaftspotential.

II

Diese Situation änderte sich jedoch mit dem ökonomischen Erstarken der westeuropäischen Länder gegen Ende der Restaurationsphase. Obwohl die amerikanische Leistungsbilanz auch weiterhin Exportüberschüsse aufgewiesen hat, ergab sich in den Jahren seit 1950 — von wenigen Ausnahmen abgesehen — insgesamt eine defizitäre Zahlungsbilanz [6]). Kapitaltransfers sowie militärische Transaktionen und Auslandshilfe haben die Leistungsbilanz überkompensiert [7]). Durch den zunehmenden Export von nicht in den USA verwertetem Kapital nach Europa wurde ein schon in der unmittelbaren Nachkriegszeit bestehender Trend verstärkt. Die beständig steigenden Überkapazitäten, die vor allem durch den starken Lohnanstieg bedingte sinkende Profitrate in den USA und die gleichzeitig steigenden Profitchancen in Europa waren die Hauptursachen für die gewaltige Expansion der Auslandsinvestitionen amerikanischer Großkonzerne [8]).

Da das amerikanische Geldkapital gleichzeitig internationales Zahlungsmedium ist, stellt sich hier das Problem des amerikanischen Kapitalexports unter einem besonderen Aspekt: „Das Weltwährungssystem, das den Dollar zum wichtigsten Medium der Währungsreserven bestimmt, hat für die USA den unschätzbaren Vorteil, daß sie ihre außenwirtschaftlichen Zahlungsverpflichtungen, solange von ihnen kein Gold verlangt wird, nicht mit Devisen zu begleichen brauchen — also nicht mit Forderungen auf fremde Sozialprodukte, die sie sich vorher ‚erarbeitet' haben —, sondern mit Dollars. Dollars sind, von der übrigen Welt aus betrachtet, verbriefte Forderungen auf das US-Sozialprodukt, demnach amerikanische Schulden. Die Vereinigten Staaten begleichen also ihre internationalen Rechnungen in Höhe ihres jeweiligen Zahlungsbilanzdefizits mit Schulden, die sie, solange das System funktioniert, in fast unbegrenzter Höhe produzieren können" [9]). Vor diesem Hintergrund muß der amerikanische Kapitalexport als eine weltweite Ge-

4) Vgl. E. Altvater, a.a.O., S. 48.
5) Karl Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie, MEW Bd. 13, Berlin 1961, S. 105.
6) Die Zahlungsbilanz stellt eine Übersicht über alle monetären Transaktionen dar, die innerhalb eines Jahres zwischen dem In- und Ausland stattgefunden haben. Die beiden Hauptaggregate sind die Leistungsbilanz — als statistische Aufzeichnung des Waren- und Dienstleistungsaustauschs — und die Kapitalbilanz, die kurz- und langfristige Kapitalzu- und -abflüsse erfaßt.
7) Vgl. Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1969, Tabelle „Zahlungsbilanzentwicklung der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der EWG-Länder 1953—1969", S. 34.
8) Vgl. hierzu: Ernest Mandel, Die EWG und die Konkurrenz Europa — Amerika, 3. verbesserte Auflage, Frankfurt 1969, S. 6 ff., und Katja Nehls, Kapitalexport und Kapitalverflechtung, Frankfurt 1970, S. 19 ff.
9) „Handelsblatt" vom 29. 4. 1971, S. 2.

währung von Krediten [10]) an die USA verstanden werden. Mit anderen Worten: es sind somit europäische Geld- und Kreditinstitute, die den amerikanischen Großkonzernen Kapital leihen, mit dem diese europäischen Unternehmen Marktanteile entreißen oder sie gar aufkaufen. Während die amerikanischen Direktinvestitionen vom Ausland auf Kreditbasis finanziert werden, fallen die erzielten Profite auf diese Weise amerikanischen Unternehmen bzw. Eignern zu.

Die in Bretton Woods institutionalisierte Konstruktion des Gold-Dollar-Standards erwies sich also mehr oder weniger als ein Mechanismus, der dem US-amerikanischen Kapital in der Auseinandersetzung um internationale Anlagesphären seinen Konkurrenten gegenüber eine günstige Position sicherte. Solange die USA ihre Vormachtstellung auf dem Weltmarkt halten konnten und ihnen von seiten der übrigen entwickelten kapitalistischen Länder keine erheblichen Widerstände entgegengesetzt wurden, blieb das Währungssystem relativ stabil. Aufgrund der veränderten ökonomischen Machtverhältnisse — hauptsächlich in den letzten Jahren — wandelten sich jedoch zwangsläufig die Bedingungen für das Funktionieren des internationalen Finanzsystems. Mit dem wirtschaftlichen Erstarken, dem zunehmenden Anteil am Welthandel (steigende Exportüberschüsse) der westeuropäischen Länder sowie Japans mußte die auf die Vormachtstellung der USA ausgerichtete Währungsverfassung Krisen durchlaufen, die ihre Stabilität unterhöhlten. Das Währungssystem ist nunmehr zu einem bedeutenden Kampffeld bei der Auseinandersetzung um Macht- und Anlagesphären geworden. Für Länder mit relativ gefestigter Außenhandelsposition ergaben sich zunehmend Möglichkeiten, innerhalb des bestehenden Währungssystems auf Kapitalzu- und -abflüsse mit Wechselkursänderungen zu reagieren — wie das Beispiel der Bundesrepublik zeigt [11]). Um sich des Dollarzustroms zu erwehren, ohne dabei den Exporthandel gefährden zu müssen, versuchte Frankreich zeitweilig durch Dollarumtauschaktionen die systembedingte Begünstigung des US-Kapitals zu neutralisieren.

Der amerikanische Kapitalexport und die ständigen hohen Exportüberschüsse blähten die im Ausland zirkulierenden Dollarreserven auf und erhöhten damit die Diskrepanz zu den vorhandenen US-Goldreserven [12]). Diese Diskrepanz mußte Interessengegensätze bedingen, deren Lösung bis dahin u. a. durch bilaterale Stillhalteabkommen, d. h. zeitweiligen Verzicht auf Goldkonvertibilität, aufgeschoben wurde [13]); sie erfuhr ihre Zuspitzung durch die hohe amerikanische Inflationsrate, die die ständig steigenden amerikanischen Auslandsschulden entwertete. Wachsende Rüstungs- und Kriegsausgaben, die zunehmende Staatsver-

10) Vereinfachend läßt sich dieser Kreditierungsvorgang wie folgt beschreiben: Die in den USA geschöpften Papierdollars werden von amerikanischen Unternehmen beispielsweise nach Westdeutschland transferiert, dort gegen DM-Beträge eingetauscht, die ihrerseits zur Finanzierung von Produktionsmitteln dienen. Die Dollarnoten gelangen gleichzeitig über das Bankensystem in die Verfügung der Deutschen Bundesbank. Hier stellen sie in Höhe der jeweiligen Dollarreserven Forderungen gegenüber den USA dar.

11) Die BRD konnte eine aufwertungsinduzierte Beeinträchtigung ihres Außenhandels hinnehmen. Die Aufwertungen ermöglichten es ihr, die amerikanische Kapitalanlage auf dem Binnenmarkt zu erschweren und gleichzeitig durch verbilligte eigene Auslandsinvestitionen ihre ausländischen Märkte abzusichern. Dies war um so notwendiger, als Westdeutschland im Gegensatz etwa zu England und Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg an keine traditionellen Außenhandelskontakte anknüpfen konnte.

12) „Das Versprechen zur Einlösung von Papierdollar in Gold ist (damit) so leer wie die Schatzkammern von Fort Knox, wo nicht viel mehr als 14 Mrd. Dollar (inzwischen knapp 10) in Gold lagern, während mindestens das Fünffache dieser Summe an Papierdollar im Ausland herumschwirrt". „Handelsblatt" vom 13. 5. 1971, S. 23.

13) Treffend beschreibt Klaus Bernhardt (Das weltweite Dollarrisiko, in: „Handelsblatt" vom 10. 5. 1971, S. 2) die Widersprüchlichkeit von nationalen und gesamtkapitalistischen Interessen im Weltwährungssystem: „Diese Ordnung ist darauf angewiesen, daß ihre Mitglieder ihre nationale Wirtschaftsentwicklung freiwillig den Erfordernissen eines stabilitätsorientierten Zahlungsbilanzausgleichs anpassen. . . . Diese Erkenntnis haben alle. Aber nur weil sie so unbequem ist, wird das grundlegende Ordnungserfordernis immer wieder und so lange verdrängt, bis die Lage unhaltbar geworden ist, zu Auf- oder Abwertungen zwingt oder zu dirigistischen, den freien weltwirtschaftlichen Güter-, Leistungs- und Währungsaustausch strangulierenden Maßnahmen. Erstaunlich ist nur, wie es immer wieder gelingt, mit zweifelhaften internationalen Kooperationen auf dem Währungsgebiet, mit sogenannten Swap-Arrangements, bilateralen Stillhalteabkommen, Standby-Kreditzusagen, Placierung von Zertifikaten und Bonds, mißbrauchten Sonderziehungsrechten und wie die vernebelten Transaktionen noch alle heißen mögen, die Miseren wieder so lange zu vertuschen."

schuldung im Rahmen einer „deficit-spending-policy", rücksichtslose Preistreiberei der Konzerne etc. haben eine Preissteigerungsrate von gegenwärtig etwa 6 % zur Folge. Das bedeutet aber nichts anderes, als daß ausländische Zentralnotenbanken aufgrund der Konvertibilitätsverpflichtung gezwungen sind, Dollars gegen eigene Währungen zu einem festen Nominalwert bei ungleichen Wertrelationen einzutauschen [14]). Durch diese Wechselkursdisparität sowie durch die Entwertung der Dollarreserven verstärkt sich die Tendenz, die nationalen Devisenreserven in Gold oder stabileren Währungen anzulegen. Die Leitwährung „Dollar" hört auf, international anerkanntes Zahlungsmittel zu sein.

III

Die im Weltwährungssystem angelegten strukturellen Widersprüche, die in immer kürzeren Abständen offen auftraten, spitzten sich aufgrund der spezifischen konjunkturellen Situation der bedeutendsten kapitalistischen Staaten derartig zu, daß der Währungsmechanismus in wenigen Monaten funktionsunfähig und seine institutionelle Regelung faktisch aufgehoben wurde. Die wichtigsten Etappen dieses Entwicklungsprozesses lassen sich wie folgt skizzieren: Bis 1969 versuchte die Nixon-Regierung durch geld- und kreditpolitische Maßnahmen, der „galoppierenden Inflation" Herr zu werden. In dieser Phase der Hochzinspolitik versorgten sich allerdings die amerikanischen Kreditinstitute mit liquiden Mitteln über den Eurodollarmarkt. Diese Situation änderte sich schlagartig, als sich die amerikanische Regierung wegen der verschärften Rezession und der zugespitzten sozialen Konflikte im Inneren gezwungen sah, die Restriktionsmaßnahmen aufzuheben, um auf Expansionskurs zu gehen. Zu diesem Zeitpunkt setzte infolgedessen auch die jüngste Dollarschwemme nach Europa in einem bislang noch nicht gekannten Ausmaß ein, zumal die damals noch expandierenden Länder Westeuropas erheblich günstigere Anlagemöglichkeiten für kurz- und langfristige Gelder boten. Während in der amerikanischen Restriktionsperiode die dortigen Geschäftsbanken über 10 Mrd. Dollar an sich zogen, zahlten sie dann ab 1970 bis heute diesen Betrag beinahe vollständig wieder zurück. Die großen Reservezuflüsse, die im Jahre 1970 von westeuropäischen Ländern verzeichnet wurden, stimmten in ihrem Gesamtumfang ziemlich mit diesen Rückzahlungen der amerikanischen Banken an den Euromarkt überein. Die europäischen Länder, in denen man noch gegen die Inflation vorzugehen versuchte, konnten dieser plötzlichen Abwärtsbewegung des amerikanischen Zinsniveaus keineswegs rasch genug folgen. Die Bundesregierung senkte zwar den Diskontsatz ab Juli 1970 schrittweise von 7½ auf 5 % im März dieses Jahres. Aber das genügte nicht annähernd, das brachliegende US-Kapital abzuwehren [15]). Nachdem Ende April die Bundesbank innerhalb von drei Tagen 3 Mrd. Dollar aufkaufen mußte und der Dollar-Zufluß am 5. Mai mit rd. 1,5 Mrd. seinen Höhepunkt erreichte, wurde am darauf folgenden Tag die westdeutsche Devisenbörse geschlossen, ebenso die der Schweiz, Belgiens und der Niederlande. Auf der Ministerratstagung am 8. und 9. Mai in Brüssel konnten sich die EWG-Länder nicht auf ein einheitliches währungspolitisches Vorgehen einigen. Daraufhin ließen die Bundesrepublik und

14) „Das bedeutet für die BRD, daß mit jedem Dollar-Umtausch 1,50 bis 1,70 DM in die Kriegskasse der USA gezahlt werden (von den Stationierungskosten und Waffenkäufen ganz abgesehen!), weil Nominalwert und Realwert der US-Währung so weit auseinanderklaffen." Lorenz Knorr, Wie funktioniert die Inflation? Wem nützt sie?, in: „Blätter für deutsche und internationale Politik", Nr. 6, 16. Jg., Juni 1971, S. 591.

15) So stieg die Position der „freiverfügbaren bzw. leicht mobilisierbaren Guthaben in US-Dollar" bei der Deutschen Bundesbank im Jahre 1970 um 26,3 Mrd. DM und im ersten Vierteljahr 1971 um weitere 7,0 Mrd. DM und erreichte damit am 31. 3. einen Stand von 35,6 Mrd. DM. Quelle: Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1970, Tabelle S. 100. Vgl. weiterhin S. 33.

Holland ihre Währungen floaten [16]), was für Westdeutschland bis zum 13. August einen 8%igen Aufwertungseffekt zur Folge hatte. Die erwarteten Dollarabflüsse blieben allerdings weitgehend aus; vielmehr waren weitere Länder, insbesondere Frankreich, vom Dollarzustrom betroffen. Mit Ausnahme der Warenhandelsgeschäfte stoppte die Banque de France daraufhin am 4. August alle Devisentransaktionen und leitete mit dieser dirigistischen Maßnahme die Dollars in die übrigen westeuropäischen Länder um. Die folgenden nationalstaatlichen Interventionen trieben die „Flucht aus dem Dollar" voran. Den vorläufigen Abschluß fand dieser Prozeß in der Verkündigung der „Stabilitätsmaßnahmen" durch Präsident Nixon am 15. August 1971, welche die neue Phase der außenhandels- und währungspolitischen Auseinandersetzung zwischen den drei großen kapitalistischen Wirtschaftsblöcken USA, EWG und Japan einleiteten.

IV

Der Streit um die bisher getroffenen Maßnahmen und die geäußerten Vorstellungen über die Währungssituation verdeutlicht bereits die unterschiedlichen nationalen Positionen, die bei den anstehenden Verhandlungen über eine Neuordnung des Währungssystems ausschlaggebend sein dürften.

Da sich die USA gegenwärtig in einer Rezession mit anhaltender Inflation befinden und die sozialen Konflikte an Schärfe zugenommen haben, ist es vordringliches Ziel der amerikanischen Regierung, die indländische Produktion anzukurbeln, die Massenarbeitslosigkeit einzudämmen und die Inflationsrate herabzusetzen. Dazu sind vor allem Maßnahmen notwendig, die die US-Wirtschaft vor der internationalen Konkurrenz schützen. Unter diesem Aspekt stellt die Überbewertung des Dollars — sonst als Begünstigung des Kapitalexports geschätzt — eine wesentliche Belastung dar, da sie die amerikanischen Warenexporte erschwert und den Import erleichtert. Eine formelle Abwertung [17]), wie sie u. a. vom Reuss-Ausschuß vorgeschlagen worden war, würde allerdings den Interessen des US-Kapitals zuwiderlaufen. Daß eine solche Aufwertung des Goldes hauptsächlich Westeuropa zugute gekommen wäre, das heute über entschieden größere Goldbestände verfügt als die USA, muß wohl nicht weiter ausgeführt werden. Darüber hinaus „müßten die Vereinigten Staaten mit Recht befürchten, daß die Mehrzahl aller Länder einem solchen Schritt folgen würde, weil sie entweder wirtschaftlich eng mit Amerika verbunden sind oder weil sie den Hauptteil ihrer Währungsreserven in Dollars halten" [18]). Demgegenüber versuchen die USA die kapitalistischen Konkurrenten zur Aufwertung ihrer Währungen zu „bewegen". Die Aufhebung der Goldkonvertibilität ermöglichte es der Nixon-Regierung, weitere Goldabflüsse zu verhindern und gleichzeitig die übrigen Länder unter Druck zu setzen, ihre Währungsparitäten zum Dollar hin „neu zu überdenken" (Nixon).

Die eingeführte Importsteuer schirmt die US-Schlüsselindustrien (in der Hauptsache die Stahl- und Automobilindustrie) [19]) vor ausländischer Konkurrenz ab. Ihre wesentliche Funktion besteht allerdings darin, daß durch sie die betroffenen Länder zur Aufwertung ihrer Währungen genötigt werden sollen, wofür die USA

16) Floating bedeutet, daß sich die Wechselkurse nach Zufuhr und Nachfrage an Devisenmärkten bilden. Nach der Wechselkursfreigabe intervenieren die Zentralbanken nicht mehr, um die Währungsparität innerhalb der festgesetzten Bandbreiten zu halten.
17) Das entspricht einer Erhöhung des seit 1934 unverändert gehaltenen offiziellen Goldpreises von 35 Dollar je Feinunze.
18) „Neue Zürcher Zeitung" vom 18. 8. 1971, nach: Auszüge aus Presseartikeln, Hrsg. Deutsche Bundesbank, Nr. 65 vom 19. 8. 1971, S. 9.
19) Von jeweils sechs amerikanischen Arbeitsplätzen entfällt einer direkt auf die Automobilindustrie. Vgl. „Die Zeit", Nr. 35 vom 27. 8. 1971, S. 17.

als Gegenleistung auf dem Verhandlungswege die Aufhebung der Importrestriktionen anbieten. Ein weiterer Vorteil der 10%igen Abgabe, die ungefähr 50 % aller amerikanischen Einfuhren betrifft [20]), liegt in der Möglichkeit ihres gezielten und differenzierten Einsatzes.

Der neunzigtägige Lohnstopp soll durch Erhöhung der Ausbeutungsrate die Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Wirtschaft erhöhen. Ergänzt werden die Nixon-Maßnahmen durch die auf ein Jahr befristete Steuererleichterung für Investitionen, die Vorverlegung der geplanten Senkung der Einkommensteuer sowie durch die Kürzung der Verbrauchssteuer für Automobile.

Abgesehen von der Frage der Wirksamkeit eines Teils der Regelungen wird offenbar selbst von der amerikanischen Großindustrie der Erfolg der Lohnreglementierung nicht von vornherein als gesichert angesehen. Die außergewöhnlich hohen Lagerbildungen in der Stahl- und Aluminiumindustrie als Vorsorge für künftige Lohnkämpfe deuten darauf hin, daß weit schärfere Eingriffe zu erwarten sind. Die Versorgung mit ausländischen Stahl- und Aluminiumerzeugnissen hatte in der ersten Jahreshälfte 1971 einen Umfang angenommen, der ausreichte, die Handelsbilanz ins Defizitäre umschlagen zu lassen [21]). Von daher dürfte der Verhandlungsspielraum der US-Regierung beim zukünftigen IWF-Treffen nicht sehr groß sein. Die Forderung nach Aufwertung der westeuropäischen Währungen und des japanischen Yen unter Beibehaltung der Gold-Dollar-Parität werden damit auch in Zukunft wesentlicher Bestandteil der amerikanischen Währungsstrategie bleiben.

In Westeuropa haben die Auseinandersetzungen einerseits der Herausbildung eines europäischen Währungsblocks neuen Auftrieb gegeben, andererseits wurden jedoch im Streit um die geeigneten Dollar-Abwehrmaßnahmen die nationalen Interessengegensätze und Positionskämpfe deutlich. Ausschlaggebend waren die unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen Frankreichs und Italiens sowie Westdeutschlands und der restlichen EWG-Länder, die Ungleichzeitigkeit ihrer ökonomischen wie sozialen Entwicklung: Die Haltung Frankreichs, den Franc keinesfalls gemeinsam mit den übrigen EWG-Währungen aufzuwerten, ist primär von Rücksichten auf seinen Export bestimmt. Da Frankreichs Exporte zu mehr als zwei Dritteln in die europäischen Länder gehen und die BRD allein 20 % der französischen Ausfuhren aufnimmt, kommt jede DM-Aufwertung Frankreich gelegen. „Hier nun liegt der ... Schlüssel für die Hartnäckigkeit, mit der sich Paris jeder noch so geringen Aufwertung des Franc widersetzt: die zum größten Teil an der untersten Grenze der Rentabilität wirtschaftende französische Industrie könnte eine wesentliche Preiserhöhung ihrer Erzeugnisse auf den Exportmärkten nicht abfangen. Da obendrein das Pariser Wirtschaftsministerium für 1972 mit fortschreitender Stagnation auf den wichtigsten europäischen Ausfuhrmärkten rechnet, steuerte Frankreich auf eine schwere Krise zu, falls zusätzliche Belastungen die Ausfuhr hemmen; schon ein Prozent Rückgang der französischen Ausfuhren gefährdet heute fast zwanzigtausend Arbeitsplätze" [22]). Angesichts der starken organisierten Arbeiterbewegung ist eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit für das französische Kapital jedoch schwer tragbar.

Durch die Bedeutung der Agrarproduktion in Frankreich — ähnliches gilt für Italien — ist die französische Regierung in ihrer Währungspolitik außerdem gezwungen, Rücksicht auf die Landwirtschaft zu nehmen; denn durch eine Franc-

20) „Süddeutsche Zeitung" vom 17. 8. 1971, S. 1.
21) Vgl. „Neue Zürcher Zeitung" vom 30. 7. 1971, nach: Auszüge aus Presseartikeln (vgl. Anm. 18), Nr. 60 vom 5. 8. 1971, S. 9.
22) „Süddeutsche Zeitung" vom 27. 8. 1971, S. 4.

Aufwertung würden die Agrarpreise gegenüber dem übrigen Preisniveau reduziert und damit die Einkommensdisparitäten zwischen agrarischen und industriellen Produzenten vergrößert [23]). Vor diesem Hintergrund ist die Weigerung Frankreichs zu verstehen, den Wechselkurs freizugeben. Mit dirigistischen Devisenkontrollen [24]) unter Beibehaltung der Franc-Dollar-Parität konnten die Dollarzuflüsse abgewehrt werden, ohne dabei die Außenhandelsposition der französischen Exportindustrie gefährden und die landwirtschaftlichen Einkommen schmälern zu müssen. Dieser Sachverhalt verbirgt sich hinter der Feststellung des Wirtschaftsmagazins „Les Informations", daß „Frankreich ... gesellschaftspolitisch nicht reif (sei) für ein Europa nach deutschem Muster ... Er (Pompidou) erinnert sich an den Mai 1968. Er kann nicht den Zwang einer von den Deutschen verfolgten Inflation (Stabilitätsgemeinschaft) hinnehmen, ohne eine Explosion der Arbeiter und Bauern fürchten zu müssen [25]).
Demgegenüber braucht das westdeutsche Kapital nicht die gleichen Rücksichten auf die innenpolitischen Verhältnisse zu nehmen. Seine Position ist gekennzeichnet durch einen hohen Anteil der Exportwirtschaft am Sozialprodukt (1970: 18 %) [26]), die aber vergleichsweise konkurrenzfähig ist, so daß durch den Aufwertungseffekt nach Freigabe der Wechselkurse im Mai keine starken Exporteinbußen hingenommen werden mußten [27]). Selbst die zehnprozentige Exportsteuer dürfte der BRD gesamtwirtschaftlich keine erhebliche Belastung bringen, da die westdeutschen Exporte international breit gestreut sind. Während beispielsweise die kanadischen und japanischen Exporte mit 65 bzw. 31 % auf den amerikanischen Markt konzentriert sind [28]), werden von den westdeutschen Gesamtexporten lediglich 9 % in den USA abgesetzt. Allerdings wird dieser Anteil von nur wenigen Branchen (hauptsächlich Automobilindustrie, danach mit Abstand Maschinenbau-, chemische und Eisen- und Stahlindustrie) bestritten [29]). Insgesamt brachte also die jüngste Währungskrise der westdeutschen Exportindustrie weniger Einbußen, als man in der Öffentlichkeit vorgab. Aus lohntaktischen Gründen sollen die Gewerkschaften in den bevorstehenden Tarifverhandlungen unter Druck gesetzt werden. So wertete Otto A. Friedrich, Präsident der BDA, die Aufforderung von Bundesbankpräsident Klasen, angesichts der Beschlüsse des amerikanischen Präsidenten „eiserne Lohn- und Preisdisziplin" zu üben, als „notwendigen Appell an die wirtschaftspolitische Vernunft". Die deutsche Exportwirtschaft, die durch die Wechselkursfreigabe und die jüngsten amerikanischen Beschlüsse in Konkurrenzschwierigkeiten geraten sei, dürfe jetzt „nicht noch unter einen zusätzlichen Druck durch unverkraftbare Lohnkosten" gebracht werden [30]).

Die Wechselkursfreigabe schmälerte zwar die kurzfristigen Absatzchancen einiger Zweige der Exportindustrie, begünstigte aber gleichzeitig den Kapitalexport. Von den EWG-Ländern hat die BRD in den letzten Jahren eine besonders starke Steigerung ihrer Kapitalexporte zu verzeichnen. Während sich die westdeutschen

---

23) Die EWG-Agrarmarktordnungen sind bekanntlich so konstruiert, daß die gemeinsamen Richt- und Orientierungspreise für Agrarprodukte im gesamten EWG-Bereich in Rechnungseinheiten „Dollar" („grüne Dollars") ausgedrückt sind. Wird der Franc gegenüber dem US-Dollar aufgewertet, erfolgt automatisch eine Abwertung des „grünen Dollars", die einer Senkung des Agrarpreises gegenüber allen anderen Preisen gleichkommt.
24) Das heißt Verbot von Dollar-Devisentransaktionen. Unter der gegenwärtig eingeschlagenen Politik des gespaltenen Devisenmarktes versteht man einen Devisenmarkt, der mehrere Kurse für dieselbe Währung zuläßt. Dabei werden Devisen aus dem Warenhandel und aus reinen Kapitaltransfergeschäften unterschiedlich bewertet.
25) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 30. 8. 1971, S. 4.
26) Quelle: „Süddeutsche Zeitung" vom 28./29. 8. 1971, Graphik S. 23.
27) Vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 1. 9. 1971, S. 17.
28) Quelle: „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 1. 9. 1971, Graphik S. 17.
29) Vgl. „Handelsblatt" vom 1. 9. 1971, Graphik S. 4.
30) Zitiert nach: Arbeitgeberverbände stützen Klasens Appell, in: Vereinigte Wirtschaftsdienste, Finanzen, Frankfurt, vom 19. 8. 1971, nach: Auszüge aus Presseartikeln, herausgegeben von der Deutschen Bundesbank Nr. 66 vom 25. 8. 1971, S. 18.

Direktinvestitionen im Jahresdurchschnitt in den 50er Jahren nur auf eine halbe Mrd. DM beliefen, 1965 auf über eine Mrd. DM anstiegen, erreichten sie von 1967 bis 1969 eine Höhe von über zwei Mrd. DM [31]). Neben den langfristigen Interessen zur Konsolidierung des Warenexports sowie zur Sicherung von Rohstoffquellen sind u. a. die strukturelle Knappheit an Arbeitskräften, das relative Lohngefälle — vor allem für arbeitsintensive Branchen — und der beträchtliche Anstieg der Baukosten in der gegenwärtigen Situation ausschlaggebende Faktoren für die Verlagerung der Produktion ins Ausland.

V

Diese für einen Kapitalexport relevanten einzelkapitalistischen Rentabilitätsüberlegungen fallen darüber hinaus mit dem „nationalen" gesamtkapitalistischen Interesse der BRD zusammen, ihre Position im übrigen EWG-Bereich, vor allem in Frankreich, zu festigen, solange der Spielraum für eine Franc-Abwertung gering ist. Die BRD muß — angesichts ihrer engen politischen und wirtschaftlichen Bindung an die USA — selbstverständlich eine schärfere handelspolitische Auseinandersetzung mit den Vereinigten Staaten meiden und daher gegenüber der Aufwertungsforderung Zugeständnisse machen. Ihr Interesse ist es, durch gemeinsames floating den Warenexport zu entlasten. Hauptziel der bundesrepu-

31) Quelle: Swetla Hempel, Zur Kapitalverflechtung in Form von Direktinvestitionen zwischen den USA und den westeuropäischen Ländern, in: „DWI-Berichte", 21. Jg., Heft 12, Dezember 1970, S. 10.

Hassan Nazari

Der ökonomische und politische Kampf um das iranische Erdöl

Kleine Bibliothek, Bd. 7, 217 Seiten, 10 Karten, engl. br. DM 9,80

Inhalt: Entstehungsbedingungen — Geschichte der Anglo-Franian Oil Company — Die soziale Lage der Bevölkerung und der Kampf um die Verstaatlichung der Erdölindustrie — Der Kampf der US-Gesellschaften um die Ölquellen — Die Lage nach der Verstaatlichung — Die Stellung der Erdölindustrie in der gesamten Politik und Ökonomie des Landes.

Beilagen: Die Tochtergesellschaften der AIOC, die Erdölgebiete ausländischer Gesellschaften, die Erdölabkommen mit ausländischen Gesellschaften nach der Nationalisierung. Literatur-Register.

Pahl-Rugenstein

blikanischen Vorschläge, die EWG-Wechselkurse nach außen flexibel zu gestalten und nach innen einzufrieren, ist die Schaffung einer europäischen Währungsunion, in der der BRD ein wirtschaftliches Übergewicht gesichert wäre. Die europäische Währungsblockbildung würde einerseits eine effektivere Abwehr von US-Kapitalexporten nach Europa gewährleisten und andererseits aufgrund der hohen Außenwirtschaftsverflechtungen, des vergleichsweise starken Wirtschaftspotentials und der hohen Devisenbestände der BRD die DM zur Quasi-Leitwährung erheben.

Nur dürfte sich in der geschilderten Situation diese währungspolitische Integration Westeuropas nicht verwirklichen lassen, da sie Frankreich zur Aufwertung seiner Währung zwingen und damit seine Exportmöglichkeiten einengen würde. Überdies befindet sich Frankreich derzeit in einer auslaufenden Phase der Hochkonjunktur, die den Spielraum für eine gemeinsame Aktion gegen den Dollar weiter einengt. Für die BRD ergibt sich damit die Notwendigkeit der De-facto-Aufwertung durch floating zur Dollarabwehr. Dies bedeutet für Frankreich einerseits kurzfristig die Erleichterung seiner Warenexporte in die BRD, andererseits begünstigt die DM-Aufwertung die westdeutschen Kapitalimporte nach Frankreich, wodurch dieses längerfristig doch noch ins Hintertreffen gerät. Somit ergeben sich selbst durch die augenblickliche provisorische Lösung Möglichkeiten für die westdeutsche Wirtschaftsmacht, unter Hinnahme leichter Exporteinbußen ihre Kapitalexportchancen zu vergrößern und ihre Position in Westeuropa zu festigen.

Haben die währungspolitischen Verhandlungen während der letzten Monate auch offenkundig den Versuch dargestellt, erstmalig ein gemeinsames Vorgehen gegen die Vormachtstellung des Dollar als Leitwährung zu praktizieren, so hat gerade die vorläufige Unmöglichkeit der Errichtung der westeuropäischen Währungsunion und die damit verbundene faktische DM-Aufwertung gezeigt: Die mit dem Zusammenbruch des bisherigen Währungssystems entbrannte Auseinandersetzung bei der Errichtung eines neuen, das dem erreichten ökonomischen Kräfteverhältnis entspricht, wird also in der ersten Phase vornehmlich von dem Kampf um die Vormachtstellung innerhalb des westeuropäischen Währungsblocks bestimmt.

Helmut Schmidts neues Bildungskonzept

Zu den Vorschlägen der Ellwein-Kommission

Von Franz Broockmann

Durch Erlaß vom 11. Juli 1970 berief der Bundesminister der Verteidigung, Helmut Schmidt, eine „Kommission zur Neuordnung der Ausbildung und Bildung in der Bundeswehr". Der Kommission, die unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Thomas Ellwein stand, gehörten Soldaten, Ministerialbeamte, Universitätsprofessoren und Vertreter der Arbeitgeber- sowie Arbeitnehmerorganisationen an. Am 18. Mai 1971 übergab der Vorsitzende das erstellte Gutachten an den Bundesminister der Verteidigung.

Nach der Bekanntgabe fand das Gutachten in der Öffentlichkeit lebhafte Beachtung. Fast sämtliche Zeitungen — von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" bis zur „Welt der Arbeit" — berichteten in mehr oder weniger umfangreichen Artikeln, meist ohne Kommentar. Aber, und das ist das Überraschende, die Vorschläge der Kommission fanden kaum ein Wort der Kritik. Selbst die Oppositionsparteien sparten nicht mit Lob [1]).

Dabei ergäben die im Gutachten niedergelegten Vorschläge, würden sie in die Praxis umgesetzt, so einschneidende Änderungen für die Bundeswehr und unsere Gesellschaft, daß eine kritische Auseinandersetzung mit ihnen notwendig ist. Das Gutachten ist im Zusammenhang zu sehen mit dem gleichzeitig erstellten Gutachten der Personalstrukturkommission [2]) und dem Bericht zur „Wehrgerechtigkeit". Alle drei bilden eine Einheit, weshalb auch Überschneidungen in Teilbereichen vorkommen. Jedoch sind die Gutachten der Bildungskommission und der Personalstrukturkommission (natürlich nicht in der offiziellen Erklärung) für die Bundeswehrführung und die interessierten Gruppen, vor allem in der Wirtschaft, am bedeutendsten und wichtigsten. Denn über die „Wehrgerechtigkeit" wurden wohl nur Untersuchungen angestellt, um die herrschende Ungerechtigkeit zu mildern und den Unwillen darüber zu dämpfen. Auch Wehrpflichtige und Ersatzdienstleistende sind Wähler! Als Ziele der Gutachten und zur Motivierung der vorgeschlagenen Änderungen wurden ausdrücklich genannt: Bessere Integrierung der Bundeswehr in die Gesellschaft und, vor allen Dingen, die Behebung der Personalmisere, besonders bei den Spezialisten.

Bei näherem Hinsehen wird man jedoch weit mehr erkennen, nämlich eine Intensivierung des militärisch-industriellen Komplexes in der Bundesrepublik [3]). In Ziffer 20 des Gutachtens zur Bildungskonzeption wird festgestellt:„Der Auftrag der Bundeswehr fordert die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte. Die Einsatzbereitschaft wird wesentlich von Zahl und Ausbildungsstand der Soldaten bestimmt" [4]). Die erforderliche Zahl von Berufs- und längerdienenden Soldaten soll durch Attraktivität der Ausbildung erreicht werden. Diese soll den Soldaten als militärischer Teil innerhalb der Bundeswehr vermittelt werden durch fachliche Ausbildung sowohl in der Truppe als auch an zivilen Aus- und Fortbildungsstätten

1) CDU-MdB Klepsch in der Tagesschau am 17. 8. 1971.
2) Vgl. Der Spiegel, Nr. 32 vom 2. Aug. 1971, S. 29 ff.
3) Vgl. hierzu die aufschlußreiche Schrift eines der bekanntesten amerikanischen Wirtschaftstheoretiker, G. K. Galbraith, Wie man Generale bändigt, Hamburg 1970; und: für die Bundesrepublik ror allem Rainer Rilling, Kriegsfoschung und Venichtungswissenschaft, Köln 1970.
4) Neuordnung der Ausbildung und Bildung in der Bundeswehr, Gutachten der Bildungskommission an den Bundesminister der Verteidigung, 1971, S. 24.

mit den entsprechenden Abschlußzertifikaten. Daneben soll innerhalb der gesamten Ausbildung das Angebot einer fachlichen Aus-, Fort- und Weiterbildung dem Soldaten auf Zeit den Übergang in den Zivilberuf erleichtern. Der Anspruch auf Weiterbildung ist gegenüber den gegenwärtig geltenden Bestimmungen sowohl zeitlich als auch inhaltlich erheblich erweitert. Das Gutachten empfiehlt in diesem Zusammenhang eine enge Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Arbeit und „mit den beteiligten Bundes- und Länderministerien, den Kammern und den Verbänden der Wirtschaft, der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber" [5]). Wahrlich eine konzertierte Aktion „zum Wohle der Soldaten"!

Die wohl einschneidendste Änderung für den inneren Dienstbetrieb würde die Einführung der „Verantwortungsbereiche" bedeuten. Hier wird ein Angriff auf die Einheitlichkeit des öffentlichen Dienstes gestartet. Generalinspekteur de Maizière sprach zwar nur von einem „bedeutenden Beitrag zur Diskussion der Reform des öffentlichen Dienstes" [6]), Realität jedoch ist, daß eine staatliche Institution durch Schaffung von Tatsachen versucht, einheitliche Änderungen und Reformen vorwegzunehmen. Interessant ist, daß auch die Personalstrukturkommission vorgeschlagen hat, die Tätigkeit der Soldaten nach Verwendungsreihen und Verantwortungsbereichen zu gliedern. Das Ergebnis wäre eine Bezahlung nach Leistung, eine Besoldung entsprechend der ausgeübten technisch-qualifizierten Tätigkeit, auch wenn der der Vergütungsstufe entsprechende Dienstgrad noch nicht erreicht ist und eventuell nie erreicht wird. „Die fachliche Verantwortung des Spezialisten mit entsprechender Ausbildung kann im Dienstgrad nicht immer angemessen zum Ausdruck kommen. Seine Besoldung soll infolgedessen auch, losgelöst vom Dienstgrad, entsprechend seiner Funktion erfolgen" [7]).

Das Gutachten schlägt fünf Verantwortungsbereiche vor, für die unterschiedliche „Einstellungs- und Eingangsvoraussetzungen" verbindlich gemacht werden — Schulabschlüsse, die u. U. auch während der Dienstzeit nacherworben werden können, sowie verschiedene militärische und fachliche Fortbildungsstufen, die sowohl an bundeswehreigenen als auch an zivilen Einrichtungen absolviert werden sollen.

Der Verantwortungsbereich I (Fachkräfte ohne Vorgesetztenfunktion) umfaßt „längerdienende Mannschaften, die in der Truppe Spezialaufgaben wahrnehmen". Einstellungsvoraussetzung ist die Erfüllung der Schulpflicht, die Verpflichtungszeit beträgt, je nach Vorbildung, zwischen 2 und 10 Jahren. Die Übernahme in den Verantwortungsbereich II ist möglich.

Dieser umfaßt „die Führungsaufgaben vom Gruppenführer bis zum stellvertretenden Einheitsführer und die entsprechenden Fachaufgaben". Einstellungsvoraussetzung ist der Abschluß der Sekundarstufe I (Mittlere Reife). Eingangsvoraussetzungen sind „militärische und fachliche Ausbildung" und der militärische Teil der Fortbildungsstufe A (bis zu 6 Monate). Der fachliche Teil der Fortbildungsstufe A (bis zu 24 Monate) schließt sich entweder sofort an oder wird später durchgeführt. Hier werden dem Meisterbrief entsprechende Abschlüsse angeboten. Die Verpflichtungszeit beträgt, je nach Vorbildung, zwischen 8 und 12 Jahre, die Höchstverpflichtungszeit ist 15 Jahre, der Wechsel zum Status des Berufssoldaten ist möglich.

Die Verantwortungsbereiche III bis V „umfassen alle Offiziere vom Einheitsführer oder einer gleichwertigen Verwendung an aufwärts. Einstellungsvoraussetzung ist der Abschluß der Sekundarstufe III ... Die Ausbildung erfolgt in

[5]) Gutachten, S. 31.
[6]) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 14. 8. 1971, S. 2.
[7]) Gutachten, S. 33 f.

einer geschlossenen fünfjährigen Ausbildungsstufe" [8]). Diese fünfjährige Ausbildungsstufe umfaßt ein dreijähriges wissenschaftliches Hochschulstudium mit berufsbefähigendem Abschluß. Damit käme jeder Offizier in den Besitz eines Hochschulabschlusses. Wie bereits angeführt, soll die Ausbildung sowohl an bundeswehreigenen als auch an zivilen Einrichtungen durchgeführt werden. Das Hochschulstudium jedoch soll fast ausschließlich (bis auf Sanitäts-, militärgeographischen und Musikdienst) an neueinzurichtenden „Hochschulen der Bundeswehr" absolviert werden, was mit der Einheit von wissenschaftlicher und militärischer Ausbildung begründet wird. „Das Studium muß deshalb sowohl auf den Beruf des Offiziers wie auf einen zukünftigen zivilen Beruf vorbereiten. Wie in anderen Verantwortungsbereichen wird das um so eher zu erreichen sein, je mehr es gelingt, Studiengang und militärische Verwendung einander zuzuordnen ... In der Auswahl einzelner Studieninhalte, in der zeitlichen Anlage des Studiums und in der Bezugnahme auf den Beruf des Offiziers kann der grundsätzlich geforderten Zuordnung von Studium und Beruf besser entsprochen werden als an allgemeinen Hochschulen" [9]). Die Verantwortungsbereiche IV und V (Verbandsführer und Großverbandsführer) werden über die Fortbildungsstufen C und D erreicht. Diese Fortbildungsstufen sollen an einer „Akademie der Bundeswehr" und an einer „Bundesverteidigungsakademie" durchgeführt werden. Beide müßten neu eingerichtet werden.

Die erklärten Ziele der vorgeschlagenen Änderungen sind eine weitergehende und bessere Integration der Soldaten in die Gesellschaft, die Verbindung und Durchlässigkeit zwischen militärischem und zivilem Bereich, die Erhöhung der Attraktivität des Soldatenberufs zur Behebung der Personalmisere. Und dahinter steht als Ziel eine weitgehende Verflechtung des wirtschaftlichen Bereichs mit dem militärischen auch auf dem Gebiet der Ausbildung von Fach- und Aufsichtspersonal.

Was sind die Folgerungen?

1) Im Gutachten wird angeführt: „alle Überlegungen zur Ausbildung und Bildung in der Bundeswehr müssen vom Auftrag der Bundeswehr ausgehen" [10]). Zum Auftrag der Bundeswehr heißt es im Weißbuch 1970 [11]): „In der Krise und im Spannungsfall stellt sie (die Bundeswehr, d. Verf.) eine Plattform dar, von der aus die politische Führung handeln und verhandeln kann, ohne befürchten zu müssen, daß ihr ein fremder politischer Wille aufgezwungen wird. Kommt es trotz Abschreckung und Krisenmanagement zum Verteidigungsfall, soll sie die Unversehrtheit des eigenen Hoheitsgebietes bei maximaler Schadensbegrenzung wahren oder wiederherstellen, mindestens einen Angriff so bremsen, daß Zeit zur Mobilisierung und zur Fassung politischer Entschlüsse bleibt." Die Bundeswehr ist, auch zusammen mit ihren Verbündeten, nicht in der Lage, diesen politischen Auftrag zu erfüllen.

Zu dieser Einsicht kommen nicht nur weiterblickende Militärs (die das öffentlich nicht sagen), sondern sogar schon konservative Zivilisten, die Einblick in die Bundeswehr und die NATO haben, wie z. B. der ZDF-Chefredakteur Rudolf Woller, der Präsident des Reservistenverbandes der Bundeswehr ist. Er legt in seinem Buch [12]) dar, daß weder die Bundeswehr noch die NATO in der Lage sind, die territoriale Integrität der Bundesrepublik zu wahren oder effektiv und zeit-

8) Ebenda, S. 46.
9) Ebenda, S. 50, Ziff. 57.2.
10) Ebenda, S. 16.
11) Weißbuch 1970. Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der Bundeswehr, Hrsg. Bundesminister der Verteidigung, Ziff. 63.
12) Woller, R., Der unwahrscheinliche Krieg, Stuttgart 1971, S. 145 ff.

gerecht zu mobilisieren. Carl-Friedrich v. Weizsäcker [13]) stellt fest: „Rein militärisch aber gilt, daß wir einen massierten konventionellen Angriff des Warschauer Paktes nicht rein konventionell erfolgreich abwehren könnten." Weizsäckers Studie ist, einer Fernsehnachricht zufolge, von der Bundeswehr angegriffen worden, wohl aus Selbsterhaltungstrieb. Jedenfalls ist bereits die Eingangsvoraussetzung der Ellwein-Kommission, daß von dem im Weißbuch definierten „Auftrag" der Bundeswehr auszugehen sei, fragwürdig.

Das Gutachten führt weiterhin aus: „Die Gegebenheiten der Zeit und die Lage unseres Volkes erfordern zur Erhaltung des Friedens einsatzbereite Streitkräfte. Ihre Einsatzbereitschaft aber ist abhängig von der Befähigung und Bereitschaft des Soldaten zum Kampf. Diese scheinbare Paradoxie zu begreifen, für sie einzutreten und die soldatische Pflicht zu erfüllen, ist nicht leicht" [14]). Diese Einsatzbereitschaft, die „Befähigung und Bereitschaft des Soldaten zum Kampf", soll durch die beschriebene Ausbildung erreicht und verbessert werden. Die Folgerung ist, daß nach einem längeren Zeitraum ein nicht unbeträchtlicher Teil unserer Bevölkerung, der die Ausbildung in der Bundeswehr durchlaufen hat, bewußt oder unbewußt in ein bestimmtes gedankliches und geistiges Schema gepreßt worden ist. Diese Art von Bildung hat mit dem, was man herkömmlicherweise darunter versteht („bewußte Entwicklung der natürlichen Anlagen des Menschen durch Erziehung und eigenes Streben zur innerlichen Erfassung der religiösen, sittlichen, künstlerischen und wissenschaftlichen Werte" [15])), wenig zu tun. Es werden fachliche Spezialisten im Geiste moderner Militärideologie ausgebildet. „Im militärischen Bereich sind die Verpflichtungen zu Gehorsam und Disziplin gesetzlich festgelegt. Beide werden sich durch den genannten Weg (Bildung, Ausbildung und Erziehung der Vorgesetzten im obigen Sinn, d. Verf.) am wirksamsten erreichen lassen" [16]).

2) Durch die Schaffung der Bundeswehr-Hochschulen sollen weiterführende Fachschulen einer staatlichen Institution (Träger ist der Bundesminister der Verteidigung) die staatliche Anerkennung als Hochschule gemäß § 54 des Entwurfs für ein Hochschulrahmengesetz erhalten. Von einer Autonomie dieser Hochschulen kann natürlich keine Rede sein. So heißt es ganz klar: „Es werden nur solche Fachbereiche eingerichtet, die zu ihrem Teil sowohl zur Vorbereitung des Offizierberufs beitragen als auch — mit Rücksicht auf die Offiziere auf Zeit — den Übertritt ins zivile Berufsleben ermöglichen", und „Im Studium werden bei der Auswahl der einzelnen Fachinhalte die Belange der Streitkräfte berücksichtigt" [17]).

Folgende Fachbereiche sollen eingerichtet werden:

a) Führung und Organisation: Organisations- und Betriebswissenschaft; Pädagogik; Informatik. — b) Technik: Maschinenbau; Luft- und Raumfahrttechnik; Elektrotechnik; Bauingenieurwesen; und evtl. Biologie.

Aus dieser Aufstellung ergibt sich, daß nur diejenigen Bereiche angeboten werden, die der Offizier in den Streitkräften und später im Zivilleben verwenden kann.

Interessant ist die Auswahl der zivilen Tätigkeiten, welche nach den Vorstellungen der „Reformer" in der Ellwein-Kommission künftig von in dieser Weise vorgebildeten ehemaligen Militärs ausgeführt werden können [18]): Organisations- und Betriebswissenschaft = Tätigkeiten in der Stadt- und Landesplanung und in

13) v. Weizsäcker, C. F. (Hrsg.), Kriegsfolgen und Kriegsverhütung, München 1971, S. 9.
14) Gutachten, S. 19.
15) Vorauslexikon zu Meyers Enzyklopädischem Lexikon.
16) Gutachten, S. 27.
17) Ebenda, S. 50.
18) Ebenda, S. 73 ff.

Führungsstäben von Wirtschaft und Verwaltung; Pädagogik = Erziehungs- und Bildungsarbeit (Freizeithilfe, Jugendpflege), fürsorgerische Therapie (Heimerziehung, Strafvollzug, Tätigkeit bei der Resozialisierung randständiger Gruppen), Sozialadministration (kommunale Verwaltung, freie Wohlfahrtspflege); Informatik = Fachkräfte in Informations- und Führungssystemen; Technik = Ingenieure der verschiedensten Fachrichtungen. Ein nicht unbeträchtlicher Teil von Führungspositionen in der Gesellschaft kann also mit Kräften besetzt werden, die den Ausbildungsgang in der Bundeswehr durchlaufen haben und ideologisch dementsprechend fixiert sind.

Die Hochschulen der Bundeswehr werden keine Hochschulen im eigentlichen Sinn sein, von wissenschaftlicher Freiheit gar nicht zu reden. Recht verschämt wird das so umschrieben: „An die Stelle der bisher üblichen Einteilung in Semester tritt eine solche nach Studienjahren ... Die Einteilung in Studienjahre erlaubt folgende Gliederung des Studiums: Im ersten Jahr erfolgt nach einer hochschuldidaktischen Einweisung eine breite Grundlegung des gewählten Fachbereichs. Im zweiten Jahr steht der Fachbereich als Ganzes im Mittelpunkt. Das dritte Jahr ermöglicht eine weitere Spezialisierung, die ggf. mit der anzufertigenden Prüfungsarbeit verbunden werden oder in diese einmünden kann. Neben neun Monaten Studienzeit und Jahresurlaub verbleiben in jedem Studienjahr noch etwa acht Wochen, die für militärische und fachliche Praktika genutzt werden können. Planung und Straffung bedeuten nicht Zwang. Im Rahmen des Möglichen sollen auch an den Hochschulen der Bundeswehr die individuelle Wahl der Vorlesungen und Übungen wie die freie Dozentenwahl gewährleistet sein." [19])

Im Klartext bedeutet das also einen Schulbetrieb auf etwas höherer Ebene. Die strenge Reglementierung kann man sich leisten, weil der zukünftige Offizier zum Studium kommandiert wird und man ihn dafür bezahlt. Hierbei muß noch berücksichtigt werden, daß neben der fachlichen auch noch die geistige Ausrichtung kommt. „Inhaltlich geht es (bei der Vorbereitung für den Beruf des Offiziers, d. Verf.) z. B. um rechtliche, historische oder politische Grundkenntnisse, über die der Offizier verfügen muß, methodisch geht es um Führung, Organisation, Planung usw." [20]). — Ein Beispiel für Hochschulreform also, wie es eines Tages auch den zivilen Universitäten drohen kann, wenn das Kapital sich gezwungen sieht, seine Formierungsbestrebungen zu forcieren.

3) Eine weitere Tatsache darf nicht übersehen werden: alle Offiziere werden auf Kosten des Staates einen berufsbefähigenden Hochschulabschluß bekommen, in völliger finanzieller Sicherheit, denn es ist daran gedacht, allen Studierenden Leutnantsgehalt (A 9) zu zahlen. Keine Scherereien also mit dem neuen Ausbildungsförderungsgesetz und mit Honnef! Das wird wohl nicht wenigen den Entschluß leicht machen. Die Privilegierung der Bundeswehrstudenten liegt klar auf der Hand und hat Methode — ist doch sowohl der Bundeswehr als auch der Industrie an ideologisch zuverlässigen und technisch funktionierenden Führungskräften gelegen, denen durch Separation und Privilegierung gegenüber dem normalen Universitätsbetrieb jede Möglichkeit zur Entwicklung kritischen Bewußtseins beschnitten werden soll.

Auf der Ebene darunter, im Verantwortungsbereich II, ist der Anreiz ebenso beträchtlich. Wo anders wird denn bei fortlaufender Bezahlung eine Weiterbildung angeboten, die mit dem Erwerb des Meisterbriefs oder eines entsprechenden Zertifikats abschließt? Diese massiven materiellen Anreize sind besonders

[19]) Ebenda, S. 52.
[20]) Ebenda, S. 54.

geeignet, „zugunsten des Militärs eine Sogwirkung auf die Gesellschaft" [21]) auszuüben. Bis auf den heutigen Tag hat die Bundeswehr unter einem erheblichen Mangel an Personal, besonders an Spezialisten, zu leiden. Die Neigung, freiwillig Soldat zu werden, hat in der Nachkriegszeit stetig abgenommen. Das läßt sich am besten verdeutlichen anhand der Aufkommensentwicklung der Freiwilligen [22]). Betrug 1962 das Fehl an Offiziersanwärtern noch 9 %, so fehlten 1970 bereits 45 %. Bei den Unteroffizieren ist die Entwicklung ähnlich. 1971 fehlten 20,7 % Unteroffiziere mit Portepee und 14,8 % der Unteroffiziere ohne Portepee. Gründe für diese Entwicklung liegen u. a. in der Vollbeschäftigung der Wirtschaft, in den ungenügenden materiellen Anreizen des Soldatenberufs, aber vor allem in der wachsenden Ablehnung der Jugendlichen gegenüber dem Kriegsdienst. Gegenüber der Abwärtsentwicklung des Freiwilligenaufkommens ist eine steigende Zahl der Wehrdienstverweigerer zu konstatieren. 1962 waren 4489 Anträge zu verzeichnen, 1969 jedoch bereits 14 420 [23]). Die Gründe hierfür sind u. a. die Wehrungerechtigkeit und bei manchen Verweigerern auch der Versuch, Unruhe in den Apparat Bundeswehr hineinzutragen. Letzteres dokumentiert sich daran, daß immer mehr Wehrdienstverweigerer ihren Antrag erst stellen, wenn sie bereits eingezogen worden sind. 1962 stellten 162 Soldaten Anträge auf Wehrdienstverweigerung, 1969 waren es bereits 2600.

Diese Erscheinungen sollen nun mit einem beachtenswerten Trick durch die Reorganisation des Ausbildungswesens behoben werden. Menschen, die sich vielleicht bisher noch nicht einmal mit dem Gedanken befaßt hatten, zur Bundeswehr zu gehen, soll ein so großer Anreiz geboten werden, daß sie trotz eventueller Einwände, die sie noch hatten, diesen Schritt doch vollziehen. Dabei gibt sich das Konzept nach außen hin äußerst sozial. Wird die Bundeswehr durch das neue Ausbildungskonzept doch gerade für diejenigen besonders attraktiv, die z. B. finanziell nicht in der Lage sind, sich eine bessere Ausbildung zu ermöglichen. Oder für diejenigen, die aufgrund der herrschenden sozialen Ungerechtigkeiten nur einen niedrigen Schulabschluß erreicht haben. Die Bundeswehr ermöglicht den Unterprivilegierten den Aufstieg. Sie müssen sich nur für eine bestimmte Zeit verpflichten. Und für das Auskommen danach wird auch gesorgt: Übergangsgebührnisse, Examen des zivilen Bereichs, Hilfe bei der Zulassung zu allgemeinen Hochschulen, Verschaffen von Anstellungen in der Wirtschaft, deren Ausbildungseinrichtungen für Führungskräfte bereits während der Dienstzeit mitbenützt werden.

Durch diese Maßnahmen erfährt die Bundeswehr als Faktor unserer Gesellschaft eine nicht unerhebliche Aufwertung. Sie kann zu dem werden, was nicht wenige in ihr schon immer sehen wollten: ein Pol, von dem Stabilität, Beharrung, Ruhe und Ordnung ausgeht. Auf die Gefahr des Wiedererstarkens des Militarismus muß ganz deutlich hingewiesen werden, denn die Gefahr einer einseitigen Ausrichtung ist ohne Zweifel vorhanden. Daß eine Kontrolle der Öffentlichkeit über die Lehrinhalte und über die Art, wie sie vermittelt werden, gegeben ist, darf wohl mit Recht bezweifelt werden.

So werden die Schwäche und die Ungerechtigkeit des zivilen Bildungssystems für die Zwecke von Bundeswehr und Wirtschaft ausgenutzt werden. Wie hoch die Bildungskommission den Anreiz der Ausbildung einschätzt, geht daraus hervor, daß ein Verhältnis von Ausbildung zu Verwendung in der Truppe von 40:60 noch als tragbar erscheint. So wird die Bundeswehr wieder zu dem, was die Reichswehr einst beanspruchte, nämlich zur Schule der Nation.

21) FAZ vom 14. 8. 1971, S. 2.
22) Zahlen bezüglich des Freiwilligenaufkommens aus: Gutachten, S. 191 ff.
23) Zahlen bezüglich Wehrdienstverweigerer aus: Weißbuch 1970, Ziff. 101.

4) Im Gutachten wird immer wieder die enge Verzahnung zwischen Militär und Wirtschaft angeführt. Offiziell wird das damit begründet, daß den Soldaten auf Zeit der Übergang ins Zivilleben erleichtert werden soll. Die Konsequenz ist jedoch eine andere. Durch die Ausbildung in der Truppe, in zivilen Einrichtungen und bundeswehreigenen Hochschulen wird der Soldat zu dem erzogen, was die Wirtschaft braucht: funktionierende Spezialisten, die sich nahtlos in den Produktionsprozeß einpassen. Und diejenigen Offiziere, die in die Wirtschaft überwechseln und dort Führungspositionen übernehmen, bleiben unter sich. Ihre Gesprächspartner sind ihre Kameraden von der Hochschule der Bundeswehr. Das Kapital ist der große Nutznießer der Ausbildungsreform der Bundeswehr, denn die Kosten der Ausbildung ihres künftigen Führungs- und Aufsichtspersonals trägt die Allgemeinheit. Die Kommission ist sich „darüber im klaren, daß die Durchführung der Reform erhebliche personelle, finanzielle und organisatorische Konsequenzen haben wird" [24]). Niemand weiß, woher das Geld für die großen ausstehenden Zukunftsaufgaben wie allgemeine Bildungsreform, soziale Maßnahmen auf verschiedensten Gebieten und Umweltschutz genommen werden soll. Wenn es aber um Investitionen für die „Sicherheit" geht, die fast direkt der Wirtschaft zugute kommen werden, wird es solche Schwierigkeiten wohl kaum geben. Das Gutachten umschreibt das folgendermaßen: „Damit bedeuten die Ausbildungskosten dieses Soldaten nicht nur einen Beitrag für die äußere Sicherheit der Gesellschaft, sondern kommen ihr auch durch seine spätere zivile Tätigkeit zugute" [25]). Wenn man für „Gesellschaft" die Interessen des Kapitals setzt, dann stimmt es.

Zur Lage in Uruguay

Von Rudi Maslowski

I

Das kleinste Land Südamerikas (knapp drei Mio. Einwohner; ca. drei Viertel der Fläche der Bundesrepublik) unterscheidet sich zwar in mancherlei Hinsicht von anderen lateinamerikanischen Staaten, doch durch die nun schon seit langem schwelende Wirtschaftskrise verschärfte sich auch in Uruguay die soziale Lage. Das führte zu einer Krise des Staatsapparates, die zunehmend spektakulärere Ausmaße annahm und aus der einstigen Musterdemokratie (bekannt als „Schweiz Lateinamerikas") eine Art „demokratische Diktatur" machte. Uruguay verfügt heute wohl über einen der korrumpiertesten Staats- und Verwaltungsapparate Lateinamerikas.

Noch bis zu Beginn der sechziger Jahre war die seit 1957 deutlich erkennbare Wirtschaftskrise zwar ernst genug, „um die Fachleute zu interessieren, aber auf der anderen Seite wieder zu geringfügig, um die Politiker von Uruguay zu

24) Gutachten, S. 57.
25) Ebenda, S. 24.

beunruhigen" [1]). Heute zeigt sich zwar selbst jeder konservative Politiker Uruguays über die inzwischen sogenannte „Dauerkrise" seines Landes „beunruhigt", doch gegenwärtig sind es nicht so sehr die politischen und wirtschaftlichen Verfallserscheinungen der letzten Jahre oder die Aktivitäten der Tupamaros, die ihm Anlaß zur Beunruhigung sind, sondern die am 28. November dieses Jahres stattfindenden Wahlen. Denn — so sieht es beispielsweise die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" — die „Ende des vergangenen Jahres begründete volksfrontähnliche Parteienkoalition ‚Frente Amplio' droht das seit über hundert Jahren bestehende innenpolitische Kräfteverhältnis des Landes völlig zu verändern. Möglicherweise wird Uruguay bei den Novemberwahlen dieses Jahres nach Kuba und Chile der dritte kommunistische Staat Südamerikas werden" [2]).

II

Einige Besonderheiten der Situation Uruguays sollen durch eine Skizze der geschichtlichen Entwicklung des Landes erklärt werden. Von der ersten Phase der spanischen Kolonisation blieb das frühere Präriegrasland weitgehend unberührt. Uruguay wurde vor allem von Basken, Italienern und Engländern geprägt, die erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einwanderten. Doch ähnlich wie in anderen südamerikanischen Ländern verhinderten der Stadt-Land-Gegensatz, die Reibereien zwischen Liberalen und Konservativen aus der Oberschicht und obendrein zwischen den nicht minder interessengebundenen probrasilianischen und proargentinischen Kräften eine harmonische Entwicklung des Landes.

Die vorwiegend liberale Stadtbevölkerung gruppierte sich um die „Colorado"-(„Rote"-)Partei und die konservative Landbevölkerung unter der Ägide der Grundbesitzer um die „Blanco"-(Weiße-)Partei. Diese Parteibezeichnungen hatten und haben allerdings keinen ideologischen, sondern nur Emblemcharakter. Noch in den ersten Jahrzehnten nach der Unabhängigkeitserklärung der „República Oriental del Uruguay" (1830) führten ihre Streitigkeiten zu blutigen Auseinandersetzungen. Die Colorado-Partei konnte dann von 1880 bis 1958 regieren. Diese Partei wurde allmählich zu einer sozialliberalen Bewegung der sich infolge der nun stark einsetzenden europäischen Einwanderung ständig verbreiternden Mittelschicht und konnte während der Präsidentschaft ihres Führers Batlle y Ordóñez (1903—1907 und 1911—1915), des ersten erfolgreichen Sozialreformers Lateinamerikas, trotz der Monoproduktion des Landes (Fleisch und Wolle) einen breitgestreuten Wohlstand schaffen, der dazu führte, daß der durchschnittliche Lebensstandard noch vor etwa drei Jahrzehnten höher war als in den USA. Das Bruttosozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung ist noch heute trotz des wirtschaftlichen Niedergangs nach Venezuela und Argentinien vor Chile das drittgrößte Lateinamerikas. Die Analphabetenquote (ca. 10 %) ist nach Kuba und Argentinien die niedrigste Lateinamerikas. Die durchschnittliche Lebenserwartung liegt bei etwa 70 Jahren und hat damit einen mitteleuropäischen Standard. Die durchschnittliche Bevölkerungswachstumsrate, die in Lateinamerika bei etwa 3 % liegt, beträgt in Uruguay nur etwas mehr als 1 % und ist damit die niedrigste Lateinamerikas. Uruguay kennt also nicht das Bevölkerungsproblem anderer lateinamerikanischer Länder, wo eine starke Bevölkerungszunahme wirtschaftliche und soziale Erfolge weitgehend zunichte macht.

[1]) Marcel Niedergang, 20mal Lateinamerika (Uruguay), München 1963, S. 112.
[2]) Fritz Otto Ehlert, Uruguay auf den Spuren Chiles, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 7. 7. 1971.

III

Bis zur endgültigen Machtübernahme der Colorados (1880) hatte sich nur die dünne Oberschicht mit politischen Angelegenheiten befaßt. Außerdem hatte sich immer wieder die britische Kolonialpolitik eingeschaltet, die darauf bedacht war, Uruguay die Funktion eines Pufferstaates zwischen Argentinien und Brasilien zukommen zu lassen. Da die Zahl der Einwanderer aus Europa nach 1870 außerordentlich stark zunahm und nur eine Minderheit aufs Land ging, entstand allmählich in bevölkerungspolitischer Hinsicht ein relativ gut ausbalanciertes Gleichgewicht zwischen der Metropole und dem Hinterland. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts lebte schon fast ein Drittel der Gesamtbevölkerung in Montevideo. Heute lebt dort jeder zweite Uruguayer. Batlle und seinen Anhängern, in erster Linie Angehörige des Kleinbürgertums, gelang es schon frühzeitig, die Schlüsselpositionen in der Wirtschaft Montevideos mit Parteifreunden und Sympathisanten zu besetzen. Da Battle keine Agrarreform anstrebte, erkannten die konservativen Landbesitzer recht bald, daß ihre Gewinnmöglichkeiten aus der Viehzucht durch die Regierungsübernahme der „Batllistas" auch auf lange Sicht leichter ansteigen würden, als sie durch die in der Hauptstadt dauernd auszutragenden Machtkämpfe zu erreichen waren. Der „Batllismus" sorgte für die zügige Errichtung einer Fleischverarbeitungsindustrie (sogenannte „Frigorífico"-Industrie) und bemühte sich auch um den Export von Fleisch und Wolle, so daß für die Viehzüchter ein reibungsloser und vor allem dank der sich erhöhenden Konsumfähigkeit breiter Schichten kontinuierlich ansteigender Absatz ihrer Produkte gewährleistet war. Durch diese „kooperative Koexistenz" wurden die üblichen Stadt-Land-Kontroversen anderer Entwicklungsländer von den Colorados unter einer Glasglocke konserviert, zumal die beispiellose Sozialgesetzgebung Batlles nur teilweise die Landarbeiter, die „Peones", und erst recht nicht die Kleinbauern erfaßte und sich im großen und ganzen auf den Frigorífico-Komplex und die Bürokratie beschränkte.

Daß der „Batllismo" in Montevideo die Vorherrschaft erringen konnte, verdankte er unter anderem auch dem Umstand, daß Klerikalismus und Militarismus infolge der relativ rudimentären Kolonisation durch die Spanier in der uruguayischen Politik zwei fast unbedeutende Machtfaktoren waren und somit nicht wie in anderen lateinamerikanischen Ländern liberale Reformmaßnahmen der Regierung torpedieren konnten. 1904 mußte Batlle zwar noch einen letzten Auflehnungsversuch der Blancos unterdrücken, doch schon bald waren sie gezwungen, auf verfassungsmäßigem Wege zu opponieren, wenn sie sich nicht die verbliebenen Sympathien der Bevölkerung völlig verscherzen wollten. Hinzu kommt, daß Uruguay kein Indio-„Problem" kennt, denn die wenigen „angriffslustigen" Charrúa-Indios waren schon zu Beginn der Kolonisation ausgerottet worden. In dieser Hinsicht kam dem Batllismo auch zugute, daß auf den Viehweiden nie Sklaven beschäftigt worden waren. Heute sind lediglich 10 % der Bevölkerung Mestizen, Mulatten und Neger.

Batlle konnte einen Obersten Gerichtshof errichten, überführte die Bank der Republik, die Stromversorgung, das Post- und Transportwesen in Staatseigentum und etablierte auch eine gut funktionierende staatliche Wirtschaftsaufsicht. Daneben begünstigte eine flexible protektionistische Zollgesetzgebung (z. B. erleichterte Einfuhr von Industrieausrüstungsgütern gegenüber hohen Zollsätzen auf Konkurrenzerzeugnisse aus dem Ausland) die Industrialisierung des Landes. Neben Argentinien wies Uruguay daher schon frühzeitig eine verhältnismäßig gut entwickelte Wirtschaftsstruktur auf.

In der Verfassung von 1917 konnte die Trennung von Kirche und Staat verankert werden. Etliche Jahre zuvor war schon der Religionsunterricht an den öffentlichen Schulen untersagt worden. Uruguays Ehescheidungsgesetze gehören noch heute zu den liberalsten der Welt. Ein anderes Gesetz regelte Rechtskonflikte zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, wobei der Staat zugunsten der Arbeiter vermittelnd eingreifen konnte. Des weiteren mußte der Arbeitgeber Unfallverhütungsmaßnahmen einleiten und auch eine entsprechende Haftpflichtversicherung abschließen. Krankenversicherung, Familienbeihilfe, Altersversorgung mit einem Pensionierungsanspruch nach dem 60. Lebensjahr, bezahlter Urlaub und ein Acht-Stunden-Arbeitstag gehörten schon bald zu den Selbstverständlichkeiten der uruguayischen Wirtschaft. Auf diese Weise konnte die batllistische Partei jahrzehntelang regieren, ohne einen entscheidenden Machtverlust befürchten zu müssen. Wohldosierte Wahlgeschenke, wie beispielsweise die Pensionierung von Müttern, die sich um die Erziehung ihrer Kinder kümmern wollten, nach nur fünf Arbeitsjahren, haben dazu geführt, daß auch breite Bevölkerungsschichten entproletarisiert wurden. 1960 gehörten in Montevideo 6 % dem Großbürgertum, 64 % dem Mittelstand und nur 30 % der Arbeiterklasse an [3]). Allerdings überschätzte die Regierung zuweilen ihre finanziellen Möglichkeiten und weckte damit gerade in der Mittelschicht Erwartungen, die sich nunmehr auch gegenüber Korruption und Patronage, die in Uruguay mittlerweile „demokratisierter" sind als anderswo, nicht gerade ablehnend verhalten. Obendrein hatte man es versäumt, ein wirkungsvolles Steuersystem einzuführen: Ein- und Ausfuhrzölle sowie indirekte Steuern sind die wichtigsten Einnahmequellen des Staates.

IV

Der Erste und Zweite Weltkrieg und auch die Koreakrise steigerten die Nachfrage nach Fleisch und Wolle erheblich. Amerikaner und Engländer waren Uruguays Hauptabnehmer. Aus der Weltwirtschaftskrise konnte sich die Regierung mit Hilfe elastischer dirigistischer Maßnahmen fast völlig heraushalten. Noch immer umfassen mehr als drei Viertel der uruguayischen Ausfuhren Erzeugnisse aus Ackerbau und Viehzucht und mehr als die Hälfte der gesamten Industrieproduktion entfällt auf die Weiterverarbeitung dieser Produkte. Uruguay weist noch vor Neuseeland den dichtesten Viehbestand in der Welt pro km² auf. Von der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche (rund vier Fünftel Uruguays) gehören mehr als die Hälfte Latifundien mit einer Betriebsgröße von mehr als 1000 Hektar, die nicht einmal ein Zwanzigstel sämtlicher landwirtschaftlicher Betriebe ausmachen. Da nun die Viehzucht nach wie vor das Rückgrat der Volkswirtschaft bildet und die wenigen extensiv bewirtschafteten Großviehzuchtbetriebe sowie die Legion der unwirtschaftlichen Kleinbetriebe auf Grund ihrer unrentablen Betriebsgröße mit ihren Erzeugnissen auf dem Weltmarkt gegenüber der Konkurrenz (vor allem der argentinischen und neuseeländischen) nicht mehr sattelfest sind und sich obendrein für Uruguay auch die Terms of Trade erheblich verschlechtert haben (die Preise für Uruguays Exportprodukte sanken auf dem Weltmarkt ständig; die Preise für Industrieausrüstungsgüter stiegen), verringerten sich dementsprechend die Deviseneinnahmen. Außerdem gab es einige verheerende Überschwemmungen und ausgedehnte Dürreperioden, denen ein beträchtlicher Teil des Rinderbestandes zum Opfer fiel.

Als die Nachfrage nach uruguayischen Erzeugnissen noch stark anstieg, vermieden die Latifundisten, die seinerzeit noch über ein ansehnliches liquides

3) Alain Labrousse, Die Tupamaros — Stadtguerilla in Uruguay, München 1971, S. 19.

Kapitel verfügten, eine Modernisierung ihrer Betriebe und zogen es vor, ihre Gewinne im scheinbar profitversprechenderen Frigorífico-Bereich anzulegen, so daß dieser zwangsläufig noch exportorientierter werden mußte. Nach 1954 stagnierte dann die Wirtschaft und seit 1957 verschärfte sich diese Krise zunehmend und wurde zu einem Dauerzustand. Für den Ausbau der weiterverarbeitenden Industrie, die für ein rohstoffarmes Land noch am ehesten langfristige Exportchancen gewährleisten kann, mußte Auslandskapital herangezogen werden, da sich einheimische Kapitaleigner lieber Spekulationsgeschäften widmeten, obgleich Uruguays Einwohner konsumfähiger (und somit auch profitverheißender) sind als die Bevölkerung der meisten anderen lateinamerikanischen Länder. Daneben wurde auch durch Importrestriktionen die Einfuhr von Industrieausrüstungsgütern behindert. Die ständig steigenden Defizite des Staatshaushalts mußten durch Anleihen gedeckt werden, womit die wirtschaftspolitische Unabhängigkeit des Landes preisgegeben wurde.

Alain Labrousse bilanziert in seinem faktenreichen Bericht über Uruguay und „Die Tupamaros" die Ära des uruguayischen Wohlstands mit der Feststellung, daß dieser „künstlich war und ... der Wille mancher national-kapitalistischer Kreise, ihre Gewinnspanne zu wahren, ja zu vergrößern, zu einer Krise geführt hat, die von den traditionellen Parteien offenbar nicht verhindert werden konnte" [4]). Der Beginn dieser Wirtschaftskrise wurde „weiter durch die Haltung der Kapitalgruppen verstärkt, welche die Viehzüchter und Exporteure vertreten, die auf dem Binnenmarkt einen Ersatz für die durch das Sinken der internationalen Kurse verursachten Gewinnverluste suchen, was sie mittels sukzessiver und radikaler Devaluation erreichen. Sie bilden Gruppen, die es darauf anlegen, durch Pressionen von dem Batllismus eingeführten Modus vivendi zu zerstören. Dieser Kampf, ihre Gewinne zu halten oder gar zu steigern, veranlaßt die Viehzüchter zum organisierten Viehschmuggel nach Brasilien und zur Errichtung von Vorratslagern (besonders von Wolle); veranlaßt die Exporteure dazu, den Wert und die Qualität der Exportgüter falsch anzugeben, Steuern zu hinterziehen und sich in Filialen ausländischer Trusts umzuwandeln; veranlaßt die Banken dazu, Devisen zu horten, mit Wechselkursen zu spekulieren und illegale finanzielle Operationen vorzunehmen usw. Schließlich bringen Kapitalbesitzer aus Angst vor den Folgen der Krise den größten Teil ihrer Exportgewinne ins Ausland, wo ihre Investitionen sicherer und einträglicher sind. Schätzungsweise beträgt das von 1962 bis 1967 im Ausland angelegte uruguayische Kapital 292 Millionen Dollar, d. h. das Fünffache des Handelsbilanzdefizits in derselben Zeitspanne (58,9 Millionen Dollar) und 50 % mehr als die Bruttoinvestitionen (Errichtung von Gebäuden und Ausrüstungen mit Maschinen) im Jahre 1968. Schätzungsweise wurden 90 % dieser Kapitalien in den USA angelegt, und 350 Millionen Dollar soll das uruguayische Guthaben bei ausländischen Banken betragen, von denen manche Uruguay kostspielige Darlehen gewähren. Zwischen 1965 und 1967 beläuft sich die öffentliche und private Verschuldung auf 440 Millionen Dollar, was zweieinhalb Jahren Export entspricht" [5]).

Dank der Unterstützung aus einflußreichen Wirtschaftskreisen konnten die Blancos 1958 die Wahlen gewinnen und bis 1966 regieren. Die durchschnittliche jährliche Inflationsrate zwischen 1961 und 1966 kletterte auf 60 %. 1967 waren es dann sogar 136 %, womit Uruguay seinerzeit einen einsamen Weltrekord vollbrachte. Die auf den Druck der Gewerkschaften hin zugestandenen Lohnerhöhungen, die weit hinter diesen Inflationsraten zurückblieben, wurden

4) Labrousse, a.a.O., S. 20.
5) Labrousse, a.a.O., S. 23.

auf die Preise abgewälzt, was wiederum die Inflation erneut anheizte. „Dieses Spekulationsfieber spiegelt sich von 1954 bis 1961 in einer heftigen Entwicklung des Privatbanksystems wieder. Ende 1961 gab es 61 Bankzentralen und 557 Bankfilialen — also eine Niederlassung auf 4500 Einwohner, was sicherlich ein Weltrekord ist! Diese Entwicklung der Privatbank, die ... das Eindringen von ausländischem Kapital verschleiert, nahm der Bank der Republik die Kontrolle über die wirtschaftliche Aktivität und begünstigte die Spekulation" [6]).

V

Als die Mittelschicht um die Jahrhundertwende die alte Feudalaristokratie, die sich auf die von ihr abhängigen Peones und sogar Kleinbauern stützen konnte, ablöste und sich somit ebenfalls um Parteigänger bemühen mußte, wenn sie ihre Standesinteressen langfristig absichern wollte, erreichte sie die Unterstützung der Arbeiterschaft durch relativ großzügige Konzessionen. Dieses Zweckbündnis geriet jedoch mit der sich verschärfenden Wirtschaftskrise ins Wanken, so daß die vorherrschende Mittelschicht gezwungen war, den Dienstleistungsbereich und den Behördenapparat stark auszuweiten. Die Folge davon war, daß ihre politische Einstellung im Laufe der letzten beiden Jahrzehnte zunehmend konservativer wurde und sie im Unterschied zur Epoche des Batllismus nunmehr zum Großteil daran interessiert ist, die bestehenden Verhältnisse aufrechtzuerhalten.

Heute sind wohl nur die Arbeiterschaft, deren Realeinkommen gegenüber früher erheblich zurückgegangen ist, die Intellektuellen, ein Teil der Mittelschicht, der ebenfalls Einkommenseinbußen hinnehmen mußte, und vor allem die unter der Wirtschaftskrise besonders stark leidenden Arbeitslosen, die nach Angaben des Statistischen Amtes in Montevideo schon seit Jahren mehr als 12 % aller Arbeitsfähigen repräsentieren, ein Teil der besitzlosen Bauern (vier von fünf Bauern verfügen über keinen eigenen Boden) sowie die Peones an grundlegenden sozialen Veränderungen interessiert. Das Unbehagen über die Wirtschaftskrise ist zwar im Mittelstand weitverbreitet, was sich vor allem im Ärger über die regelmäßigen kräftigen Mieterhöhungen (in Montevideo benötigt man heute beispielsweise die Hälfte des Monatseinkommens für die Miete) und die steigenden Lebensmittelpreise manifestiert. Die Reproletarisierung der Mittelschicht offenbart sich auch in der Zahl der Selbstmorde in Montevideo, die, relativ zur Einwohnerzahl, eine der höchsten der Welt ist. Doch die Mittelschicht befürchtet, daß für echte soziale Umwälzungen zu große Opfer gebracht werden müßten, denn sie ist ja vor allem von den Staatsausgaben abhängig. Politiker mit einem gemäßigten Reformprogramm finden daher nach wie vor Zuspruch. So ist es auch nicht verwunderlich, daß heute bei den etablierten Traditionsparteien, die sich beide hauptsächlich auf die Mittel- und Oberschicht und einen Teil der Landbevölkerung stützen, in den politischen Auffassungen nur in unwichtigen Details Nuancen bestehen. Seit den sechziger Jahren ist die Wahl zwischen Colorados oder Blancos mehr oder weniger zur Farce geworden und hat daher für die uruguayische Demokratie einen rein formalistischen Charakter.

Mit der „Helvetisierung" des uruguayischen Regierungssystems, die später dazu führte, daß bis 1966 die oberste Gewalt von einem direkt vom Volk gewählten neunköpfigen kollegialen Regierungsrat ausgeübt wurde, in dem auch die „Opposition" aufgenommen wurde, so daß sich alle neun Mitglieder der Exekutive als „Präsidenten" bezeichnen konnten, etablierte das Kollegialprinzip allmählich die sogenannte „coparticipación". Ursprünglich wollte man mit dieser

[6]) Labrousse, a.a.O., S. 24.

Regelung auch die Interessenvertretung der Minderheiten absichern. Doch in der Praxis lief es darauf hinaus, daß die die Politik als Nur-Lobbyismus verstehenden Repräsentanten der Traditionsparteien, die sich in zahlreichen Flügeln formiert hatten, ihre Anhänger vor allem im Tertiärsektor der Wirtschaft (Handel, Dienstleistungen und Verwaltung) unterbringen mußten, um ihre Machtansprüche und Anliegen durch einen entsprechenden Rückhalt auch in den unteren Etagen des Regierungs- und Verwaltungsapparates absichern zu können, wenn sie nicht im immobilen Räderwerk der Bürokratie versickern sollten. Dieses Patronagesystem eignete sich vor Wahlen auch vorzüglich zum Stimmenkauf. Die persönlichen Beziehungen vieler „Wähler" zu einem Vertreter der Colorados oder Blancos sind daher zum entscheidenden Charakteristikum prolitischer Organisation geworden. Vor allem gelten Parlamentssitze (unter bestimmten Voraussetzungen ist schon nach wenigen Wochen Zugehörigkeit zum Parlament eine Pensionierung möglich), Ministerposten (diese werden in Uruguay inzwischen viel häufiger neu besetzt als anderswo) und mittlere und höhere Beamtenposten als begehrte Pfründe. Es gibt daher „viele Beamte, die gar nicht zum Dienst erscheinen. Es sind politische Protektionskinder, denen irgendein einflußreicher Verwandter, Freund oder Bekannter eine Stellung verschafft hat. Diese Beamten sind nur einmal monatlich zu sehen — am Gehaltstag. Vielleicht ist ihr Verhalten aber auch von feinfühliger Rücksichtnahme auf ihre Kollegen bestimmt. In einer Reihe von Ämtern in Montevideo gibt es nämlich zuwenig Sitzgelegenheiten. Frühmorgens, wenn aufgesperrt wird, findet ein kurzer, aber intensiver Wettlauf statt: Wer dabei einen Stuhl erobert, dem gehört er für den ganzen Tag, wer Pech hat oder nicht in Form ist, muß den ganzen Tag stehen" [7]). Gegenwärtig gibt es ungefähr 220 000 Beamte und öffentliche Angestellte sowie rund 300 000 Pensionsempfänger; schon nach zwanzig Dienstjahren ist eine Pensionierung möglich. Selbst Verstorbene sind oft noch jahrelang in den Gehalts- und Pensionslisten registriert. Infolge der gnadenlosen Inflation gibt es aber kaum einen Beamten, der nicht einer Zweitbeschäftigung in der Privatwirtschaft nachgeht. Etlichen ist es sogar möglich, einen zweiten Beamtenposten oder mehrere Nebenberufe zu haben. Bei den Pensionären verhält es sich entsprechend.

Den Grundstein für dieses wuchernde Protektionssystem hatte ein Neffe Batlles gelegt, der von 1947 bis 1957 die Colorados anführte und einerseits die Sozialgesetzgebung weiterhin vorantrieb, andererseits erstmals auch den Pressuregroups immer mehr Gehör gewährte. Im früher musterdemorkatischen Uruguay ist die „coima" (Korruption) inzwischen zu einem integralen Bestandteil des Regierungssystems geworden. Die bekanntgewordenen Finanzskandale der letzten Jahre offenbarten von Mal zu Mal ein größeres Ausmaß. Kurz vor Abwertungen schafften eingeweihte Politiker stattliche Summen ins Ausland. Staatsbetriebe, die einst dank ihrer vorbildlichen Arbeitsweise gegenüber Privatunternehmen als gefürchtete Konkurrenz auftreten konnten, wurden mittels Ernennung neuer Direktoren innerhalb kurzer Zeit wettbewerbsunfähig. Beispielsweise wurden aus nichtigem Anlaß Streiks provoziert, so daß sich Privatbetriebe unterdessen eine neue Marktposition sichern konnten. Auf diese Weise mußten staatliche Unternehmen auch schon stillgelegt werden, was eine „Reprivatisierung" der Frigorífico-Industrie einleitete. Denn solange die Inflation herrscht, verspüren die Kapitaleigner wenig Neigung, ihre Mittel auch in solchen Branchen zu investieren, in denen trotz einer relativ schwachen Nachfrage die Produktion erweitert werden müßte, wenn einige Versorgungsschwierigkeiten beseitigt werden sollen. Da nichts dergleichen geschieht, steigt die

7) Robert Peter, Die Beamtin, die niemand angestellt hatte . . ., in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 6. 6. 1970.

Inflation zwangsläufig weiter an. Uruguays Importe werden daher immer teurer und eine Verbreiterung des Exportangebots ist kaum möglich, weil hierfür die Devisen fehlen. Zu diesem Teufelskreis kommt noch die auf Grund des Rückgangs des Reallohns nachlassende Inlandsnachfrage hinzu [8]).

Wegen des 1968 dekretierten monatelangen Lohnstopps, der nur dürftig durch den gleichzeitig verfügten Preisstopp ausgeglichen wurde, pendelte sich zwar die Inflationsrate auf unter 20 % ein und auch die Ausfuhren nahmen wieder zu, womit sich auch die Handelsbilanz harmonisierte, doch die Realverdienste der Arbeitnehmer sanken weiterhin, zumal die gewährten Lohnerhöhungen hinter der Inflationsrate zurückblieben. Nunmehr ist man nach venezolanischem, argentinischem und brasilianischem Muster auf Drängen des Internationalen Währungsfonds zur schrittweisen Abwertung übergegangen (jeweils etwa 1,5 %). Unlängst wurde aber bekanntgegeben, daß man wieder zu einem größeren Inflationsrahmen überzugehen gedenke; in Zukunft ist also wieder mit einer rascheren Geldentwertung zu rechnen. Zehntausende waren in den letzten Jahren infolge ihres Einkommenrückgangs gezwungen, nach Argentinien auszuwandern.

Die „Convención Nacional de Trabajadores" (CNT), der Nationale Arbeiterverband, dem sich seit 1961 die meisten Gewerkschaften angeschlossen haben und der besonders unter dem Einfluß der Kommunistischen Partei steht, muß sich mehr oder weniger darauf beschränken, die Inflation mit entsprechenden Lohnforderungen zu parieren. Trotz zahlreicher Streiks gelang es ihr in den letzten Jahren nicht, angemessene Lohn-„erhöhungen" durchzusetzen [9]). Unter diesen Umständen ist es der CNT kaum möglich, dafür Sorge zu tragen, daß auch andere Mißstände aus der Welt geschafft werden. Streiks wurden von der Regierung sogar dadurch unterbunden, daß sie, um „das Funktionieren der für das Land lebenswichtigen Dienste zu gewährleisten", wie es Mitte 1969 geschah, streikwillige Angestellte und Beamte der „militärischen Autorität und Gerichtsbarkeit" unterstellte, was im Klartext hieß, daß dieser Personenkreis „einberufen" wurde, dabei aber am Arbeitsplatz verbleiben mußte. Ein anderes Druckmittel der Regierung bestand darin, daß sie gegenüber Beamten monatelang mit der Gehaltszahlung im Rückstand blieb. Das schärfste Repressionsmittel gegenüber „Streiks und Gewalttätigkeiten" (mit letzterer Begründung waren die Tupamaros gemeint) schuf sich die Regierung mit der Verhängung der „Medidas Prontas de Seguridad", dem Ausnahmezustand, der von Mitte 1968 an für ein Jahr währte und dann 1969 kurz nach der Beendigung erneut verfügt wurde, da man das „Wirtschaftsleben gefährdet" sah. Das mehrheitlich regierungsergebene Parlament dachte nicht daran, den Ausnahmezustand aufzuheben, was an und für sich zu seinen Befugnissen gehört. Trotz des Ausnahmezustandes „flauten die Streiks in den folgenden Monaten nur allmählich ab. Ein zweimonatiger Ausstand der Privatbankangestellten hat die Wirtschaft besonders schwer getroffen" [10]).

Insbesondere haben auch die Tupamaros der Bevölkerung durch Aufdeckung einiger gravierender Finanzskandale gezeigt, daß die sich häufenden Probleme des Landes nicht mehr mit herkömmlichen politischen Maßnahmen gelöst werden können. Selbst die „teuflische Taktik der Tupamaros" [11]) hindert weite Kreise der Bevölkerung nicht daran, die ihr dank der Zensur oft unverständlichen Handlungen nur aus der emotionalen Perspektive zu beurteilen. Nach

8) Von 1960 bis 1966 sank das jährliche Pro-Kopf-Einkommen um durchschnittlich 0,3 %.
9) Z. B. belief sich 1966 die Inflationsquote auf über 50 %, die erzielten Lohnerhöhungen blieben bei 30 %.
10) Börsen- und Wirtschaftshandbuch 1970, Frankfurt, S. 323.
11) Martin Gerster, Die teuflische Taktik der Tupamaros, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 22. 8. 1970.

Kritische Sachbücher

Das Bewußtsein der Arbeiter
Studien zur politischen Soziologie des Arbeiterbewußtseins

von Frank Deppe

Kleine Bibliothek Band 12, 358 Seiten, DM 12,80

In der BRD haben vor allem die verschärften Klassenauseinandersetzungen der letzten Jahre, das wachsende Selbstbewußtsein der Arbeiter, das sich in den Streikaktionen vom September 1969 und 1970 dokumentierte, dazu beigetragen, das Thema des Arbeiter- und Klassenbewußtseins wieder in den Mittelpunkt sozialwissenschaftlicher Diskussionen zu rücken. Die Studien des Marburger Soziologen Frank Deppe bieten eine kritische Übersicht über die bisher erschienene Literatur und setzen sich mit den Hauptströmungen der bürgerlichen Soziologie auseinander. Breiten Raum nimmt die Frage ein, wie theoretische Kategorien der Klassenanalyse in die empirische Forschung umzusetzen sind. Historische Untersuchungen der Gewerkschaftspolitik verdeutlichen den praktischen Bezug dieser Studien.

Der Band enthält im Anhang einen Erfahrungsbericht von Helga Deppe-Wolfinger über die politische Bildungsarbeit in der Gewerkschaftsjugend.

BRD—DDR
Vergleich der Gesellschaftssysteme

Mit Beiträgen von Anne Hartmann — Stefan Schardt — Gerhard Weiß — Jürgen Harrer — Heinz Jung — Frank Deppe — Eberhard Dähne — Margarete Tjaden-Steinhauer — Karl Hermann Tjaden — Georg Fülberth — Helge Knüppel — Reinhard Kühnl — Peter Römer — Herbert Lederer — Hans-Jochen Michels — Helga Deppe-Wolfinger — Jutta v. Freyberg — Hans-Ullrich Deppe — Erich Wulff — André Leisewitz — Rainer Rilling — Dieter Kramer — Paul Schäfer — Helga Schuler — Michael Schuler — Kurt Steinhaus

Kleine Bibliothek Band 13, 442 Seiten, DM 12,80

Arbeitsprinzip der hier versammelten Beiträge junger Marburger Politologen, Soziologen und Ökonomen ist es, die gesellschaftlichen Strukturen in beiden deutschen Staaten historisch zu entwickeln und aus ihren materiellen Grundlagen zu begreifen. Sie behandeln zunächst die Wirtschafts- und Sozialverfassungen und die ihnen entsprechenden betrieblichen Strukturen der materiellen Produktion, dann die politischen Organisationsformen dieser Produktionsverhältnisse und die rechtlichen, kulturellen, überhaupt ideologischen Beziehungen, die die Verhältnisse der gesellschaftlichen Basis vermitteln. Besondere Aufmerksamkeit erfährt die — höchst unterschiedliche — gesellschaftliche Problematik der Entfaltung der wissenschaftlich-technischen Revolution in den beiden Systemen.

Pahl-Rugenstein

einer 1970 durchgeführten Gallup-Umfrage sympathisierte seinerzeit [12]) 45 % der Bevölkerung mit den Tupamaros [13]). „Für viele Studenten gilt nicht mehr der Aufstieg in die Geldaristokratie, sondern die Aufnahme in die revolutionäre Spezialistentruppe der Tupamaros als höchstes Ziel" [14]). Von Ende August bis Ende Dezember 1970 befahl die Regierung sogar die Schließung der Gymnasien, um eine Solidarisierung der Oberschüler mit den Tupamaros zu verhindern.

Dennoch können die Tupamaros ihre Mitgliederzahl [15]) angesichts ihres letztlich beschränkten Operationsspielraums und ihres auf absolute Geheimhaltung und Disziplin abgestellten zellenartigen Aufbaus in naher Zukunft wohl nicht nennenswert erhöhen, wenn sie nicht Gefahr laufen wollen, von den mittlerweile in der Anti-Guerilla-Strategie geschulten 22 000 Polizisten, die seit jeher „politisierter" sind als die Armee, und rund 15 000 Soldaten, deren Ausrüstungen in den letzten Jahren erheblich verbessert wurden, in die Enge getrieben zu werden. Durch wochenlange Haus-für-Haus-Razzien und erfolterte Geständnisse haben sie ihre Kenntnisse über die Tupamaros vertiefen können und sind durch ihre zahlreichen Einsätze und die Politisierung der oberen Chargen nunmehr auch eher bereit, allmählich eine politische Wächterfunktion zu übernehmen [16]). Hinzu kommt womöglich eine Interventionsgefahr aus einem Nachbarland. Ein Tupamaro erklärte gegenüber dem „Spiegel": „Selbst wenn wir die Macht erobern könnten, dann wären morgen auf einen Wink aus Washington die Armeen Argentiniens und Brasiliens in unserem kleinen Land. Eine isolierte Revolution hat hier keine Aussicht auf Erfolg" [17]). Dennoch hat die Tätigkeit der Tupamaros in den letzten Monaten stark zugenommen. Nunmehr ist es für sie von Vorteil, daß sie von den Staatsorganen nach wie vor als Banditen hingestellt werden und offensichtlich nicht mit auch die Bevölkerung überzeugenden politischen Maßnahmen bekämpft werden können. Vor wenigen Jahren wirkte sich diese Taktik für sie noch nachteilig aus.

VI

Bei den Wahlen von 1966 wurde per Referendum wieder das Präsidialsystem eingeführt. Eine weitere Verfassungsänderung, die auf Betreiben der Colorados und Blancos zustandekam, reglementierte, daß bei künftigen Wahlen noch nicht im Parlament vertretene Parteien ein mit einigen Fußangeln versehenes Zulassungsverfahren durchlaufen müssen.

Bei den bevorstehenden Novemberwahlen werden der Präsident der Republik, der Vizepräsident, die Generalversammlung (oder Kongreß), die aus zwei Kammern besteht (dem Repräsentantenhaus mit 99 Abgeordneten und dem Senat mit 30 Mitgliedern), die Departementsintendenten und die Gemeinderäte gewählt. Die Regierung unter Staatspräsident Pacheco hat zwar immer noch die Möglichkeit, unter irgendwelchen Vorwänden vom Parlament eine Art Blankovollmacht für eine „Verschiebung" der Wahlen zu erhalten, doch der bereits relativ hochtourig laufende Wahlkampf, an dem sich auch die Traditionsparteien beteiligen, deutet darauf hin, daß die Wahlen höchstwahrscheinlich stattfinden werden. Einer so offenkundigen Diktatur würde wohl die Mehrheit der Bevölkerung energisch widersprechen; bei einer Absage der Wahlen wären blutige Unruhen bestimmt nicht mehr auszuschließen. Auch Präsident Pacheco dürfte

12) Sie wurde vor der Ermordung des entführten Chefs des uruguayischen Geheimdienstes Moran Charquera und des amerikanischen Anti-Guerilla-Ausbilders Mitrione durchgeführt.
13) Erwähnt in: Carlos Widmann, Guerillas mit Pfiff und Bildung, in: „Süddeutsche Zeitung" v. 14. 8. 1970.
14) „Spiegel"-Serie über Lateinamerika: „Da hilft nur noch Gewalt", 3. Forts. v. 21. 9. 1970 (Nr. 39).
15) Je nach Einstellung gegenüber der Guerilla-Bewegung gibt es Schätzungen zwischen 500 und 3000 Mitgliedern.
16) Ein Anzeichen für die „schleichende" Militarisierung des Regierungsapparates ist die Ernennung von Generalen zu Innen- und Verteidigungsministern.
17) Erwähnt in „Spiegel"-Serie über Lateinamerika: „Da hilft nur noch Gewalt", 3. Forts. v. 21. 9. 1970 (Nr. 39).

sich darüber im klaren sein. Trotzdem kann man annehmen, daß hinter den Kulissen auch diese Möglichkeit immer wieder geprüft wird.

Der Abgeordnete Terra der Partido Demócrata Cristiano (PDC), die gegenwärtig drei Abgeordnete im Parlament hat und mit der von den Christdemokraten Chiles abgesplitterten MAPU [18]) vergleichbar ist, regte schon vor langem an, für die bevorstehenden Wahlen auch in Uruguay eine Art Volksfront zu organisieren. Die Frente Iziquierda de Liberación (FIDEL), die Linke Befreiungsfront, die unter der Führung der Kommunistischen Partei (PC) steht, stimmte diesem Plan sofort zu. Das so entstandene Wahlbündnis, die „Frente Amplio" („Breite Front"), stützt sich noch auf einige andere linkskatholische, antiimperialistische und sozialistische Gruppen, die sich nicht zuletzt auch deshalb der Frente Amplio anschlossen, um der diskriminierenden Zulassungsprozedur zu den Wahlen bei einem isolierten Auftreten zu entgehen.

Die Kommunistische Partei kann als die am besten organisierte Partei Uruguays angesehen werden. Die Colorados und Blancos sind kaum mehr als Parteienkonglomerate und „haben weder eine einheitliche Organisation, noch weisen sie sonstige Kennzeichen auf, die sie jeweils als Einheit charakterisieren. Im politischen Alltag greifbar sind sie nur in der Gestalt vieler fraktionalistischer Clubs und Gruppen, deren Interessen stark divergieren können. (. . .) Quer durch beide Traditionsparteien gibt es reiche und arme Clubs, bedeutende und unwichtige, solche, in denen eine herausragende Persönlichkeit oder eine ganz kleine Gruppe die Entscheidungen monopolisieren. (. . .) Ein Parteiapparat, in sehr rudimentärer Form, ist nur während der Wahlkampagnen vorhanden. Auf dem Lande ist die Organisation der politischen Gruppen noch informeller als in den Städten; oftmals konstituiert sich ein dörflicher Club erst eine Woche vor der Wahl in einer Kundgebung in der Dorschenke" [19]). Der Partido Comunista Uruguays wurde schon 1921 gegründet und ist heute neben der KP Chiles die wohl größte kommunistische Partei Lateinamerikas. Ihr Generalsekretär Rodney Arismendi gilt allgemein als Moskaus wichtigster Vertrauensmann bei den kommunistischen Parteien Südamerikas. Die PC hatte bislang keine das Parteiengefüge erschütternden Fraktionskämpfe zu bestehen. Ihr maoistischer Flügel, der nunmehr an der Frente Amplio beteiligt ist, trennte sich schon vor Jahren von ihr. In anderen lateinamerikanischen Ländern, in denen Kommunisten beträchtlichen staatlichen Schikanen ausgesetzt waren, ist der Fraktionalismus innerhalb der Kommunistischen Parteien viel ausgeprägter. Die KPU konnte schon nach den Wahlen von 1946 einen Senator und fünf Abgeordnete stellen. Bei den Wahlen von 1962 ging sie bereits ein Wahlbündnis mit marxistischen Intellektuellen, Castristen und Antiimperialisten ein und bildete mit ihnen die Linke Befreiungsfront (FIDEL), die als Vorläuferin der jetzigen Breiten Front angesehen werden kann. Die Wahlkoalition der FIDEL wurde auch bei den darauffolgenden Wahlen im Jahre 1966 fortgesetzt, obgleich sie von der PC beherrscht wurde und in Uruguay der Fraktionalismus bei der Linken weitaus sektiererischere Züge trägt als in anderen lateinamerikanischen Ländern. Noch bis vor wenigen Jahren wurde über Marxismus in zahlreichen esoterischen Intellektuellenzirkeln debattiert, deren Hauptfeinde jahrelang wiederum andere Splittergruppen der Linken waren. Nicht zuletzt diese uruguayische Eigenart begünstigte die Gründung der Tupamaro-Bewegung, deren Mitglieder des ewigen Polemisierens überdrüssig waren. Nach und nach hat dann der „tercerismo", der sogenannte „Dritte Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus",

18) Die MAPU ist an der Regierung Allendes beteiligt.
19) Hans-Jürgen Puhle, Politik in Uruguay, Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Vierteljahresberichte: Sonderheft 1, Hannover o. J. (1968), S. 33 f.

das Gros aller Linksgruppen Uruguays auf der Plattform des Antiimperialismus sich mehr oder weniger versöhnt zusammenfinden lassen. Die erste Gruppierung, die sich intensiv den Problemen der Arbeiterschaft widmete,war die PCU, die ihre Tätigkeit auf die Gewerkschaftsbewegung und die Studentenverbände konzentrierte.

Auch die Gewerkschaften waren noch vor einigen Jahren in zahlreiche Verbände aufgesplittert, die letztlich lediglich Standesinteressen vertraten. Mit der sich abzeichnenden Ausweglosigkeit der Wirtschaftskrise konnte dann die 1964 gegründete kommunistische gewerkschaftliche Dachorganisation, die Convención Nacional de Trabajadores (CNT) ihre Stellung kontinuierlich ausbauen, so daß ihr nunmehr rund neun Zehntel aller organisierten Arbeiter angehören. Nach eigenen Angaben hat sie mehr als eine halbe Million Mitglieder, was aber von nichtkommunistischen Gewerkschaftsverbänden immer wieder bezweifelt wird. Auch über den Organisierungsgrad der uruguayischen Arbeiterschaft, der wohl der höchste Lateinamerikas sein dürfte, gibt es unterschiedliche Angaben und Schätzungen, die von einem Drittel bis zu zwei Fünftel sämtlicher Arbeiter variieren. Unbezweifelbar ist jedoch, daß sich in den letzten Jahren immer mehr Arbeiter kommunistischen Gewerkschaften angeschlossen haben. Die Gewerkschaftstätigkeit beschränkte sich vor wenigen Jahren noch auf die Forderung nach höheren Löhnen. Als sich wiederholt zeigte, daß Arbeitgeber bereitwillig Lohnerhöhungen gewährten, um danach sogleich die Preise ihrer Waren umso leichter erhöhen zu können, wurden die Gewerkschaften von den Arbeitern bedrängt, den Gewerkschaftskampf auszuweiten. Die CNT bemühte sich beispielsweise in den letzten Jahren verstärkt darum, die Standesdünkel der Beamten gegenüber den Arbeitern auszuräumen. Als die CNT in den letzten Monaten Generalstreiks ausrief, wurden sie fast hundertprozentig befolgt, obwohl Presse und Rundfunk zuvor keine entsprechenden Streikaufrufe weitergegeben hatten. Auch in der Studentenbewegung konnte die PC ihre Stellung ausbauen, wenngleich sie hier mit den bei Studenten beliebteren Tupamaros konkurrieren muß, die ebenso immer mehr Studenten davon überzeugen konnten, daß sich ihre Hochschulpolitik nicht nur auf studentische Anliegen beschränken sollte.

Der Partido Socialista, die schon 1910 gegründet wurde und sich ebenfalls der Frente Amplio angeschlossen hat, ist Uruguays älteste Linkspartei. Sie vertrat früher eine Art „sozialdemokratischen Paternalismus" und setzt sich heute für einen „leninistischen Maoismus" ein. Bei den letzten Wahlen war die PS noch in Sozialdemokraten und Sozialisten aufgespalten. Insgesamt gesehen spielen Sozialisten und Linkskatholiken in Uruguay aber eine weitaus geringere Rolle als in Chile.

Bei den letzten Wahlen erhielten alle diese Gruppen etwa 15 % aller Stimmen. Bei einer Meinungsumfrage, die Anfang dieses Jahres durchgeführt wurde, sympathisierten bereits 27 % der Befragten mit der Frente Amplio. 29 % sprachen sich für die Colorados aus und nur 20 % für die Blancos [20]). Inzwischen dürfte sich das Stimmenverhältnis noch weiter zugunsten der Wahlfront geändert haben, obgleich sich nach einer Meinungsumfrage, die im Juli in Montevideo durchgeführt wurde, seinerzeit angeblich „nur" 26 % für die Breite Front aussprachen [21]). Ihre intensive Wahlkampfarbeit führte nach chilenischem Vorbild zur Gründung von gut organisierten Wahlkomitees in Fabriken, Handelsfirmen, Banken, Büros, Oberschulen und Universitäten [22]) sowie in den Behörden. Zahl-

[20]) Erwähnt in: Claude Kiejman, Les Tupamaros s'appuient sur le mécontentement de l'opinion, in: „Le Monde Diplomatique" v. März 1971 (Paris, Nr. 204).
[21]) Vgl. „Le Monde" v. 5. 8. 1971.
[22]) In Uruguay darf man schon mit 18 Jahren wählen. Es gibt gegenwärtig rund 260 000 Studenten und Oberschüler.

reiche, immer wieder stark besuchte Versammlungen werden laufend durchgeführt. Der Wahlfront gelang es inzwischen, Massendemonstrationen mit über 100 000 Beteiligten durchzuführen. „Keine der beiden großen alten Parteien ... wäre gegenwärtig in der Lage, eine solche Massendemonstration zustande zu bringen" [23]). Von Woche zu Woche verstärkt sie ihre Straßenagitationen und -diskussionen, die in Uruguay seit jeher von allen Parteien vor Wahlen betrieben werden.

Die Traditionsparteien verlassen sich nach wie vor auf die im großen und ganzen konfektionierte Presse, denn der Wahlfront steht nur eine Tageszeitung zur Verfügung, und auf die Rundfunksender, die zwar kaum politische Informationen bringen, aber der Regierung ergeben sind. Die Colorados möchten Pacheco wiederwählen lassen. Die Verfassung untersagt jedoch zwei aufeinanderfolgende Amtsperioden eines Präsidenten. Für eine entsprechende Verfassungsänderung bemüht sich nun die Colorado-Partei um Unterschriften von mindestens 10 % aller registrierten Wahlberechtigten. Diese Unterschriften braucht sie, damit über diese Frage ebenfalls am 28. November entschieden werden kann. Pacheco, der im Wahlkampf die „Verteidigung der Freiheit" auf sein Banner geschrieben hat, hatte noch im Juli den Ausnahmezustand per Dekret erneut verlängert, obwohl der Kongreß diesen zuvor aufgehoben hatte. 52 Abgeordnete beschlossen daraufhin, gegen Pacheco einen politischen Prozeß einzuleiten, dessen Folgen gegenwärtig noch niemand voraussagen kann. Allerdings wird es nicht ohne weiteres möglich sein, den Präsidenten abzusetzen. Gerüchten zufolge soll Pacheco angedeutet haben, daß er unter Umständen als Botschafter nach Spanien gehen möchte. Die Colorados haben immer noch die Möglichkeit, einen weniger bekannten Präsidentschaftskandidaten zu präsentieren.

Präsidentschaftskandidat der Breiten Front ist der einst jüngste General Uruguays, Liber Seregni, der vor drei Jahren aus Protest gegen die diktatorischen Maßnahmen der Regierung von seinem Posten als Generalinspekteur der Armee zurücktrat. General Seregni war noch vor kurzem ein erklärter Anhänger der linksnationalistischen peruanischen Militärs. Als diese mehr und mehr einen technokratischen Weg einschlugen, scheint er sich von ihnen etwas distanziert zu haben. Sich selbst hat er wiederholt als „Nichtmarxisten" bezeichnet. Seine Freunde halten ihn für einen fortschrittlichen Sozialdemokraten.

Das Fünf-Punkte-Hauptprogramm der Wahlfront sieht vor allem die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Freiheiten vor, die Wiedererlangung der vollen Unabhängigkeit Uruguays sowohl in wirtschaftlicher als auch in politischer Hinsicht, grundlegende Wirtschafts- und Sozialreformen, wozu eine Agrarreform und eine Nationalisierung der Banken und Großunternehmen gehört, des weiteren eine Steuerreform, eine forcierte Industrialisierung, ferner eine Reform des Unterrichtswesens und grundsätzlich den Aufbau einer „direkten Demokratie".

Die Colorados und Blancos können kein konkretes Programm nachweisen. Die Colorados glauben jedoch an ihre Wiederwahl. Präsident Pacheco behauptet unermüdlich, daß hinter der Breiten Front die UdSSR und die Tupamaros stünden. Die Frente Amplio und die Tupamaros scheinen sich darauf geeinigt zu haben, miteinander auf koexistenzieller Basis umzugehen.

Die Endphase des Wahlkampfes pflegt in Uruguay karnevalistische Züge anzunehmen, so daß man grundsätzlich mit Überraschungen beim Wahlergebnis

23) Vgl. Ehlert, a.a.O.

rechnen muß, da viele Wähler erfahrungsgemäß dazu neigen, in diesem Trubel den angestauten Überdruß zu vergessen und dann auf dem Stimmzettel wieder einer versöhnenden Geste gegenüber nicht abgeneigt sind. Ein „Nachteil" für die Breite Front liegt nun darin, daß sie sich absolut korrekt verhalten muß, wenn sie keine Wahlanfechtung riskieren will; die Colorados und Blancos dagegen können mit ihren üblichen Werbemaßnahmen taktieren [24]). Obendrein ist die Machtverfilzung in Uruguay viel weitgespannter als im heute demokratischeren Chile. Exgeneral Aguerrondo, der als Sprachrohr der extremen Rechten figuriert, befürwortet bereits ganz offen einen Staatsstreich noch vor den Wahlen. Bei der Linken wird ernsthaft mit der Möglichkeit einer brasilianischen Intervention gerechnet [25]). „Als Folge der unklaren Verhältnisse in Uruguay haben sich die Kapitalflucht und der Druck auf die Währung verstärkt. Das Inflationstempo nimmt zu. Im gleichen Maße wächst die Arbeitslosigkeit, während die Industrieproduktion zurückgeht. Angesichts der politischen Ungewißheit sind im Augenblick alle Investitionen suspendiert. Abwarten bis zu den Wahlen, so lautet die Parole, die man heute in Uruguay überall hören kann" [26]).

United States versus „New York Times"

Spielräume liberaler Verfassungsjustiz

Von Helmut K. John

I

Der Supreme Court der Vereinigten Staaten (Oberstes Bundesgericht) hat bekanntlich durch Urteil vom 30. Juni 1971 [1]) mit einer 6:3-Mehrheit den Antrag der amerikanischen Regierung auf Erlaß eines Verbots bzw. auf Bestätigung eines vorinstanzlichen Verbots gegen die „New York Times" und gegen die „Washington Post" zurückgewiesen, durch den die weitere Veröffentlichung von Dokumen-

24) Z. B. beklagten sich die Privatbetriebe aus dem Frigorífico-Komplex dieses Jahr immer wieder über ihre angeblichen „Liquiditätsschwierigkeiten", obwohl auf dem Weltmarkt für Rindfleisch höhere Preise gezahlt werden als auf dem uruguayischen Binnenmarkt, der in erster Linie von Staatsbetrieben beliefert wird. Da gerade Privatbetriebe vorwiegend exportieren und 1970 pro Tonne exportierten Fleisches fast 70 Dollar netto verdient werden konnten, müssen sie unbedingt Gewinne erzielt haben. Dennoch gewährte die Regierung in diesem Wahljahr privaten Schlachthäusern mehrmals Subventionen und billige Kredite. Vgl. „Neue Zürcher Zeitung" v. 21. 8. 1971. Der Fleischexport nach Brasilien, Italien, der Bundesrepublik, Frankreich und Holland konnte in letzter Zeit sogar gesteigert werden, so daß dieses Jahr erstmals wahrscheinlich wieder eine aktive Handelsbilanz erzielt werden kann. Der Staatshaushalt bleibt jedoch defizitär.

25) Vgl. Christopher Roper, Uruguay fears invasion by Brazil, in: „The Guardian" v. 4. 8. 1971. Argentinien hat bei der Begegnung zwischen Präsident Allende und Präsident Lanusse in der „Erklärung von Salta" im Juli d. J. verbindlich zugesichert, daß es das Prinzip der Nichteinmischung als Leitlinie der internationalen Politik respektiere.

26) Vgl. Ehlert, a.a.O.

1) Bei Niederschrift dieser Zeilen liegen seitens des Gerichts nur die sogenannten preliminary sheets vor; die amtliche Veröffentlichung des Urteils steht aber unmittelbar bevor. Unter Mängeln, was die Übersetzung einiger juristischer Fachausdrücke und den repräsentativen Charakter der Auswahl angeht, leidet die auszugsweise Wiedergabe (in der Übertragung durch Rosmarie Trenkel) in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung" Nr. 158 v. 13. 7. 1971, S. 10; immerhin hat die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" im Gegensatz zu anderen überregionalen Tageszeitungen der BRD eine volle Seite für die Direktwiedergabe an Stelle orakelnder Berichterstattung zur Verfügung gestellt. Den kompletten Urteilstext findet man vorerst in dem Taschenbuch „The Pentagon Papers as published by The New York Times", Bantam Books, Inc., Toronto-New York-London (1971), S. 652 ff.

ten aus der geheimen Pentagon-Studie über den Vietnam-Krieg [2]) unterbunden werden sollte. Mit dieser Entscheidung werden hierzulande vielfach falsche politische und juristische Erklärungen verbunden. In der liberalen — und nicht minder, sondern eher mehr in der pseudoliberalen — Presse lief die Berichterstattung weltweit auf so etwas wie die Feier eines Jahrhundertsiegs von Demokratie und Pressefreiheit hinaus, hatten doch auch die beiden mit den Verbotsverfahren überzogenen amerikanischen Zeitungen, die wir hier einmal grob in das Feld zwischen „liberal"und „pseudoliberal" einordnen wollen, mit ihrem publizistischen Vorgehen selbst eine breite, immer mehr anschwellende Gefolgschaft gefunden. In tatsächlicher wie in rechtlicher Hinsicht mehr oder weniger unzulängliche Vergleiche mit dem „Spiegel-Fall" und seiner juristischen Verarbeitung durch das Bundesverfassungsgericht [3]) spinnen sich an, deren Ergebnis jedenfalls nach den bisher vorliegenden Erfahrungen mit dem landläufigen Betrieb in Sachen „Rechtsvergleichung", dem sich ganze Mannschaften rechtswissenschaftlicher Institute hingebungsvoll widmen, ein bestenfalls diffuses Licht verbreiten dürften.

Eine differenzierte Betrachtung des den Kenner der inneren Situation der USA und des entscheidungseinschlägigen Rechtsstoffs keineswegs überraschenden Judikats ist also vonnöten. Sie wird die Überschwenglichkeit vorzeitigen Lobs dämpfen, andererseits aber, nicht zuletzt im Bescheidenheit der Erwartungen hervorrufenden vergleichenden Blick auf den Stand der bundesdeutschen Verfassungsjustiz, Meriten hervorheben müssen, deren Wahrnehmung allerdings ein gegen geschichtslos-anarchistische Plattheit gefeites kritisches und ideologieresistentes Verständnis des bürgerlichen Rechtsstaats voraussetzt.

Die sechs Mehrheitsrichter (Black, Brennan, Douglas, Marshall, Stewart und White) konnten freilich der Zustimmung der großen Mehrheit einer kriegsmüden und verunsicherten Nation und, wie schon erwähnt, fast aller amerikanischen Zeitungen sicher sein. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß in der abgrundtief gewordenen Vertrauenskrise, der sich die Nixon-Administration mittlerweile auch seitens der Mehrheit der oberen Ränge der etablierten, nicht unmittelbar militärischen Kräfte ausgesetzt sieht, diese elitäre Mehrheit sich durch die Fortsetzung der Veröffentlichungen aus der Pentagon-Studie mit einer durch das Urteil des Supreme Court noch stärker mobilisierten öffentlichen Meinung im Rücken einen verstärkten Schutz gegen neue abenteuerliche Entschlüsse der nachhaltig blamierten Exekutive verschafft, die diese nach gängiger Lesart der Verfassung an sich „in Einsamkeit und Freiheit" fassen und ins Werk setzen dürfte. Daß all das nicht über die Grenzen systemstabilisierend-korrektiver Rationalität hinausgeht, sollte natürlich keinen Augenblick verkannt werden; die „New York Times" hat das auch in ihren mehreren Leitartikeln zur Veröffentlichung der Dokumente [4]), in denen sie die diensttuenden Spitzenfunktionäre des Regimes blank und eindeutig vor dem Forum der ganzen Welt der Verlogenheit, des Leichtsinns, der Irrationalität [5]) und mehr als andeutungsweise sogar der Unmoral [6])

---

2) Vgl. die in den „Blättern" 7/71, S. 745—768; 8/71, S. 851—854; 9/71, S. . . . in deutscher Übersetzung abgedruckten Dokumente. Alle Materialien, die die „New York Times" bislang veröffentlicht hat, sind in dem in Anm. 1 genannten Taschenbuch enthalten.

3) Vgl. vor allem die wichtigste der abschließenden Entscheidungen in BVerfGE 20, 162 ff.

4) Vgl. die Editorials v. 16. 6., 20. 6., 21. 6. und 1. 7. 1971 („Papers", S. 644 ff.).

5) Besonders in bezug auf den inflationistischen Geheimhaltungsunfug der Bürokratie. Schon der Leitartikel v. 16. 6. 1971 erhofft sich eine radikale Reduzierung und Rationalisierung dieser Praxis („Papers", S. 645) als unmittelbare Konsequenz des Verfahrens vor dem Supreme Court und steht damit voll in der Tradition der Bürokratiekritik Max Webers.

6) So macht sie auch die Sätze, in denen Richter Blacks Urteilsbegründung unverblümt davon handelt, daß die Regierung „Volksbetrug" begangen habe und die Söhne des Landes in ferne Länder verfrachte, wo sie umkämen („. . . deceiving the people and sending them off to distant lands to die of foreign fevers and foreign sholt and shell . . ."), zum Motto der ganzen Dokumentation. Strikt tabuiert bleiben aber auch hier die Kriegsverbrechen und sonstigen Völkerrechtsverletzungen, die seit Beginn der amerikanischen Intervention in Indochina bis heute

bezichtigt, ganz klar zum Ausdruck gebracht. Das Urteil ist sicher auch zu einem erheblichen Teil der relativen Gunst einer komplexen Entscheidungsumgebung zu verdanken, zu deren wichtigsten Elementen der politische und militärische Mißerfolg der Regierung im Vietnam-Krieg gehört. Die enormen Ermessensräume, die die amerikanische Präsidentenverfassung der Staatsspitze zur Verfügung stellt und die Nixon bis zur Neige und auch über den vielberufenen „Rand der Legalität" hinaus ausgeschöpft hat, implizieren auch einen ebenso enormen Erfolgszwang mit rabiaten Sanktionen auf eine erfolglose Inanspruchnahme. Denn zwischen der weithin unter Publizitätsausschluß agierenden Regierungsspitze und dem Publikum als Ganzem liegt, systembedingt, nicht jene für die westeuropäischen Staaten kennzeichnende manipulationsträchtige und integrationsintensive Zwischenschicht von „Öffentlichkeit", die dank der debattorisch-inquisatorischen Allzuständigkeit des Parlaments der Erfassung eines großen Fächers virulenter Themen versichert sein kann [7]). Was aber letztlich unbezüglich von Gunst oder Ungunst der Entscheidungsumgebung das über den konkreten Fall hinausweisende Positivum der Entscheidung des Supreme Court ausmacht, ist ihr Verharren auf der „Bindung an Gesetz und Recht" (um die unter Art. 20 Abs. 3 GG geläufig gewordene Formel für die Bezeichnung eines wesentlichen Elements formaler Rechtsstaatlichkeit zu benutzen) jedenfalls auf den unteren (d. h. zugleich auch immer: detaillierteren) Ebenen der aktuellen Gesetzlichkeit — eine bare und minimale Selbstverständlichkeit zwar für eine sich und den Rechtsstaat beim Worte nehmende Justiz, wie man meinen sollte, tatsächlich jedoch alles andere als selbstverständlich in weiten Teilbereichen vom Antikommunismus ruinierter Systeme der politischen Justiz, mithin ein gewisse Hoffnungen zulassendes Prognosticum für ein Land, dem nach der Erholungspause vom McCarthyismus nunmehr in Gestalt einer F.B.I.-affiliierten Mordfeme der nackte Faschismus bis ins Haus der staatlichen Organisation selbst steht.

II

Was die rechtliche Essenz des Urteils angeht, liegen seine vielen großen Worte (auch die der abweichenden Richter: Blackmun, Burger — Chief Justice — und Harlan) und die der auf den Wogen des Erfolgs schwimmenden Presse über Pressefreiheit, Verfassung und erstes Amendment [8]), so sehr sie Atmosphäre schaffen, ziemlich neben der Sache — genauer: über der Sache; die entscheidungsrelevanten Rechtsfragen erreichen nämlich die allseitig emphatisch beschworene Ebene der Verfassung und ihrer Grundrechte nur mittelbar, soweit überhaupt. Dennoch ist mit dieser mittelbaren Beziehung, die das Wirksamwerden einer bestimmten publizistischen und Rechtsprechungs-„Philisophie" [9]) erkennen läßt, ein die Einhaltung rechtsstaatlicher Minima begünstigender Effekt verbunden.

Auszugehen ist von der „Philosophie" des „klassischen" amerikanischen Liberalismus, als dessen geistige Ahnherren etwa John Milton, Thomas Jefferson und

---

von einzelnen amerikanischen Bürgern und durch die amerikanische Staatsgewalt begangen worden sind und werden; und vom Schneeballeffekt der inneren Korruption (etwa von der massenhaften Rückkehr „unehrenhaft" ausgestoßener Armeeangehöriger an den Schauplatz ihres schwunghaften Handels) ist ebenfalls nicht die Rede.

7) Der Leitartikel der „New York Times" gefällt sich in einer retrospektiven Vergleichssituation: „If . . . a full and frank debate and discussion in Congress and outside had been undertaken, it is quite possible that events would have moved in a different way" („Papers", S. 647). Er ist sicher von jemandem geschrieben, der sich über die begrenzte Reichweite des Aufklärungseffekts „parlamentarischer Öffentlichkeit" keine Illusionen macht, aber seinen dennoch vorhandenen Wert für die Disziplinierung der Funktionäre zu schätzen weiß.

8) Die ersten zehn amendments (verfassungsmäßig zustandegekommene Zusätze zur ursprünglichen Verfassung) enthalten den „Grundrechtskatalog" (die sogenannte Bill of Rights) der jetzigen Verfassung. Der hier einschlägige Text des ersten amendment lautet: „Congress shall make no law . . . abridging the freedom of speech or of the press . . ."

9) Mit dem locker, oft fast jargonartig gebrauchten Wort „philosophy" hat man die Vorstellung von einem Gemenge aus Elementen der Ethik und Ideologie mit Spuren von Mystik zu verbinden.

John Stuart Mill gelten können. Für die Verfassungsrechtslehre des 20. Jahrhunderts hat Zech. Chafee, Jr., ihn unter partieller Entlastung von ideologischen Hypotheken am hervorragendsten fortentwickelt [10]; dem auch in der vorliegenden Entscheidung am profiliertesten in Erscheinung tretenden Bundesrichter Black war diese „Philosophie" während der vielen Jahre seiner Zugehörigkeit zum Supreme Court Grundlage für die Entwicklung einer kompromißlosen „absoluten Theorie" der politischen Grundrechte [11] (die ungeachtet ihrer eigenen Leidensgeschichte [12]) und Frustrationen vor den epidemisch wiederkehrenden Wellen des politischen Meinungs- und Gesinnungsterrors strengste Systemimmanenz beobachtet). Das Heiligtum der so entstandenen Doktrin, das auch Pathos und Terminologie bestimmt, ist vor allem das erste Amendment zur hypostasierten und hochgradig textbeständigen Verfassung der Union. Doch bleiben alle konkreten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenhänge aus der Argumentation der richterlichen „Absolutisten" ausgeklammert.

Noch anfälliger sind ihre Versuche, den „Vätern" weitblickende Entscheidungen im Sinne einer konsistenten modernen Demokratietheorie zu unterschieben. Die mehr pfiffigen als weisen Mitglieder der 1787 in Philodelphia zusammengetretenen Verfassungsversammlung, die nachmalig als „Founding Fathers" zur Ehre der profanpolitischen Altäre erhoben worden sind, hielten ja sogar den Parlamentarismus für eine unzumutbare Bedrohung der von ihnen repräsentierten Besitzinteressen. Was das von ihnen geschaffene streng gewaltenteilende und repräsentative Präsidialsystem am wenigsten vorsah, war eine Öffentlichkeit der Regierungssphäre. Die Verhandlungen der hochansehnlichen Versammlung selbst fanden unter totalem Ausschluß der Öffentlichkeit statt [13], die an manchen Vorgängen sonst hinreichend Anstoß genommen und Transaktionen wie die gewinnbringende Übereignung wertloser Ländereien Washingtons an die Union zwecks Errichtung der Bundeshauptstadt vielleicht vereitelt hätte.

Die wirkliche Quelle der Vertreter der „absoluten Theorie" und anderer liberaler Juristen ist das teilweise viel ältere honorige Traditionsgut der auf weiten Strecken neben der Verfassung herlaufenden, aber ihre Interpretation influenzierenden, oft religiös motivierten Bürgerrechtsbewegungen, deren antikolonialistische Vorläufer sich nicht mit dem Abschütteln der englischen Kontrolle begnügen wollten. Außerdem speist sich die Doktrin der liberalen Juristen sehr substantiell aus einem relativ autonomen Prozeß prolongierter Aufklärung mit hohen ethischen Ansprüchen innerhalb der Intelligenz, die nach Werttafeln amerikanischen Sozialprestiges als solche permanent den Kampf um eine beschränkte Anerkennung durchzustehen hat. Wenn diese Minderheit dabei als Stilmittel und Legitimierungstechnik den Rückgriff auf den glorifizierten Willen der glorifizierten Verfassungsväter einsetzt, findet das seine weltweiten Entsprechungen, leistet aber naturgemäß nichts an wissenschaftlicher Überzeugungskraft. Subtile Gelehrte wie Emerson lassen denn auch keinen Zweifel daran, daß für ihre grundrechtliche Theoriebildung „the prior judgement embodied in the first amend-

---

10) Vgl. z. B. seine Arbeit „Free Speech in the United States" (1948).
11) Vgl. dazu Harald K. Voss, Meinungsfreiheit und verfassungsmäßige Ordnung — Verfassungsrechtsprechung und Verfassungslehre in den Vereinigten Staaten von Amerika (Schriften zum öffentlichen Recht, Bd. 53), Berlin 1968, bes. S. 162 ff. Im Bereich der akademischen Lehre hat Prof. Thomas J. Emerson von der Yale Law School sich vor allem in aktuellem Zusammenhang mit den Kommunistenprozessen nach dem Auslaufen der Roosevelt-Ära der Ausformung und Ausformulierung dieser gegen die Relativierung der Grundrechte gerichteten Doktrin angenommen.
12) Richter Black und Richter Douglas bilden seit langem einen liberalen Eckpfeiler des Supreme Court, der in den brisantesten Fällen der antikommunistischen Hochkonjunktur regelmäßig in der Minderheit blieb. Mit vollem Recht konstatiert Richter Blackmun in der vorliegenden Entscheidung: „First Amendment absolutism has never commanded a majority of this Court" („Papers", S. 676).
13) Materialien zur Verfassungsgebung sind zum erstenmal nach dem Tode von James Madison publiziert worden; die Debatten blieben bis heute unveröffentlicht.

ment" nur ein — allerdings unverzichtbarer — Anker und erster Ausgangspunkt ist, dem eine sozialwissenschaftlich einwandfreie, demokratiegerechte, kohärente und konkrete Theorie erst folgen muß [14]).

Man kann nicht behaupten, daß die Mehrheit der Supreme Court-Richter mit ihren Kollegen Black und Douglas in der Ablehnung jeder Art von „Güterabwägung" und der Erfindung anderer „immanenter Grundrechtsschranken" jemals harmoniert hätten [15]). Aber die Präsenz dieses Zweiergespanns impliziert einen heilsamen Druck auf alle Mitglieder des Gerichts, mit den Texten pfleglich umzugehen. Daß der Einbruch von stammelnd-schwimmender „Sozialadäquanz", „Güterabwägung" und ähnlichen Mechanismen der völligen Lösung vom Normenwortlaut in breiter Front der Anfang vom Ende jeder „dritten Gewalt" als eines relativ eigenständigen politischen Faktors ist, war allen Richtern des Supreme Court immer bewußt; und dieses Bewußtsein hat sie auch in wenig ruhmvollen Phasen vor einer völligen Anbindung ihrer Entscheidungen an die Tageszuckungen der Regierung bewahrt. Dabei spielt gewiß auch das naturwüchsige Autoritätsgefühl einer Justiz eine Rolle, die nie anonym und im Namen eines Monarchen, sondern stets unter Offenlegung der Namen und der Mehrheitsverhältnisse und mit der Möglichkeit der Veröffentlichung von „dissenting opinions" (abweichenden Minderheits- und Einzelvoten) judiziert hat. Schließlich hat das Autoritäts- und Selbstbewußtsein des Gerichts auch meist die einigermaßen schnelle Entscheidung brisanter Fälle begünstigt (und erklärt gelegentliches propädeutisches Vorgehen, wie in manchen Sprüchen zur Rassentrennung). Den Regierungsantrag gegen die beiden Zeitungen hat der Supreme Court in fünf Tagen erledigt; ganze drei Wochen hat die Inanspruchnahme der gesamten Justizmaschine von der ersten Instanz an gedauert.

III

Die Kombination von Autoritäs- und politischem Selbsterhaltungswillen mit Sensorium für die Gesetzesbindung als Rationalitätsgarantie und unentbehrliche Voraussetzung für die Legitimierung der eigenen Entscheidungen — mit einem Wort: das Begreifen der klassischen Formel von der Unabhängigkeit und Gesetzesunterworfenheit der Richter — hat denn auch zwangsläufig die Niederlage der Regierung herbeigeführt. Der Regierungsantrag ging auf Erlaß einer „injunction" gegen die beiden Zeitungen. Eine „injunction" ist nach Charakter und geschichtlicher Herkunft [16]) eigentlich ein administratives Verbot von rechtswidrigen Handlungen. Aber es war für das Gericht auch nicht die Spur einer Rechtsgrundlage für ein solches Verbot sichtbar. Besonders die Richter Douglas und Marshall haben in ihren Begründungen des längeren und näheren dargetan, daß der gesetzgebende Kongreß sich mehrfach und ausgiebigst mit Vorschlägen zur Einführung gesetzlicher Verbote im Sinne des aktuellen Regierungsauftrags befaßt und sie nach gründlicher Debatte ausnahmslos verworfen hat. Nachdem fer-

14) Vgl. Thomas J. Emerson, Toward a General Theory of the First Amendment, in: Yale Law Journal, 5/72 (April 1963), S. 877 ff.

15) Sie teilt also auch nicht Emersons ganz generelles Verdikt über die „Güterabwägung" in der Verfassungsrechtssprechung, das — paradox genug — ein Motto für einige Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts bis zur Mitte der fünfziger Jahre hätte abgeben können: BVerfGE 3, 225 ff. (240) — eine Entscheidung des Ersten, sensibleren, Senats v. 18. 12. 1953 — entlarvte noch den „circulus vitiosus" des Zurückspielens von Grundentscheidungen der Verfassung an den Gesetzgeber, d. h. an die Machtträger des Tages. Emerson sagte 1963: „The issue before the court cannot . . . be a de novo balancing of different social values and objectives involved in each case" (a.a.O., S. 956). Zu dieser Zeit hatte das Bundesverfassungsgericht die zehn Jahre zuvor gewahrten Standards längst preisgegeben und mit der Hochstilisierung machtaffiner Tageswerte sein eigenes Siechtum eingeleitet.

16) Die Herkunft hat mit der „Equity"-Provinz zu tun. Über „Equity" konnte im hohen Mittelalter die Kanzlei des englischen Monarchen (also im modernen Sinne eine Verwaltungsbehörde) gegen Rigorismen aus der Anwendung archaisch-formenstrengen Rechts einschreiten. Der Supreme Court der USA hat die Einschmelzung der „Equity" ins „Common Law" von der späteren englischen Gerichtsbarkeit übernommen.

ner der Solicitor General (Parteivertreter der Regierung in Verfahren vor dem Supreme Court) erst in letzter Minute nur wenige, konfuse und inkohärente Angaben zur Begründung der Geheimhaltungsbedürftigkeit einiger vereinzelter Dokumente aus dem riesigen Material vorzutragen wußte (das die Zeitungen unter äußerster Rücksichtnahme auf akute militärische Sicherheitsbelange der US-Streitkräfte überhaupt nur für die Zeit bis Mitte 1968 verwertet hatten und zur weiteren Verwertung vorgesehen haben), lag auch für die einer „Güterabwägung" zulasten der Pressefreiheit nicht so prinzipiell wie Black und Douglas abgeneigten Richter der Mehrheitsfraktion vollends auf der Hand, daß es der demoralisierten und von ersten Abgangsfiebern geschüttelten Nixon-Regierung mit ihrem in der 182jährigen amerikanischen Verfassungsgeschichte in der Tat einmaligen Zensurersuchen an den Supreme Court — der Antrag also ist das (im schlechtesten Sinne) Sensationelle an dem ganzen Vorgang, nicht das Urteil — nicht einmal beiläufig um den Schutz des Lebens amerikanischer Soldaten in Vietnam, sondern ausschließlich darum ging, mit Hilfe des Gerichts den ganzen Sumpf von eigener Unfähigkeit, eigenem Fehlverhalten und Schlimmerem unter den Teppich zu kehren. Die bis heute kaum angeschlagene Autorität des Supreme Court sollte die fehlende Rechtsgrundlage ersetzen. Eine irreparable Kompromittierung des Gerichts wäre die Folge gewesen, wenn der Supreme Court sich zum bloßen Nachvollzugsorgan der Regierung degradiert und in dieser Situation das im äußersten Fall „theoretisch" noch Mögliche getan und unter anachronistischem Rückgriff auf die Entstehungsgeschichte der „injunction" gegen den dezidierten und evidenten Willen des Kongresses ein regierungsfreundliches Sonder-„Recht" kreiert hätte. Nicht von ungefähr zieht Richter Douglas Parallelen zum „common law of seditious libel", das noch nach den Anfängen der Union im wesentlichen der privilegisierenden Freistellung des Ränkespiels und des Versagens der politischen Machthaber von öffentlicher Kritik diente [17]) (dann durch die Einführung des Jury-Verfahrens in solchen Beleidigungsprozessen allmählich gemildert werden konnte und dem die milde Opposition der Gründerzeit mit den von ihr durchgesetzten Grundrechtamendments begegnen wollte).

Den teils vielleicht recht handfesten Motivationen der dissentierenden Minderheitsrichter können wir hier leider nicht nachgehen. Ganz allgemein haben sie die aus einer Nachvollzugsentscheidung dem Gericht selbst erwachsenden Gefahren unterschätzt. Ihre Argumentation übergeht das Phänomen der Gesetzlosigkeit [18]) und erschöpft sich im wesentlichen in einem Lamento über die „unziemliche Eile" („undue haste") sowie (Richter Blackmun undd Richter Harlan) einem gänzlich der Überzeugungskraft entbehrenden Versuch, den gesamten Vorgang in die (nach englischem und amerikanischen Recht justizfreie) Zone der Außenpolitik zu verlagern.

IV

Statt eines Epilogs empfiehlt sich ein Blick auf die Szenerie, die die bundesdeutsche Welt des Rechts dem Auge des unvoreingenommenen Betrachters hinsichtlich der Wahrung der Minima des Rechtsstaates auf dem Gebiet der Verfas-

17) Erzvater Jefferson, von dem auch ein reizvolles Rezept für das Mischungsverhältnis des Inhalts einer guten Zeitung stammt (Wahrheiten, Wahrscheinlichkeiten, Möglichkeiten, Lügen), hat diese frühzeitige Lex Soraya persönlich hochgeschätzt.

18) Übrigens dürfte auch die inzwischen gegen D. Ellsberg erhobene Anklage über dessen Präventivmaßnahmen jenseits des Rechtlichen nur Mutmaßungen angestellt werden können, auf nicht sehr starken Füßen stehen. D. Ellsberg hatte die Pentagon-Studie xerographiert. Eigentumsdelikte scheiden daher aus. Aber auch Copy Right-Verletzungen bleiben außer Betracht, da an geistigen Produkten des Staatsbetriebs keine Urheberrechte entstehen können. Ebenso ist in keine Intimsphäre (zu gängigem Juristendeutsch etwa „Persönlichkeitsrecht") eingedrungen worden. Das Raster der sehr detaillierten Spionagegesetzgebung will offenbar auch nicht recht passen. Freilich wird D. Ellsberg nicht von dem unstreitig im ersten amendment enthaltenen Verbot von „prior restraint" (Vorzensur) profitieren können, das die „herrschende Lehre" mit Nachgiebigkeit gegen „subsequent

sungsjustiz in den Testfällen des Jahres 1971 — im 23. Jahr nach dem Erlaß des Grundgesetzes — darbietet. Hier wurde die Ursünde wider den Geist des bürgerlichen Rechtsstaats gleich in die Verfassung eingebaut. Den Teufel durch Beelzebub auszutreiben, gilt zwar seit biblischer Zeit selbst unter wenig Bibelfesten als ein seines fatalen Bumerangeffektes wegen dubioses Unternehmen. A minore: Die Austreibung noch gar nicht vorhandener Teufel mit höllischer Hilfe sollte „bey denen Christlichen Völckern für dero Constituionen" erst gar nicht in Erwägung gezogen werden. Die solchem Verfassungserbe verpflichteten Väter des Grundgesetzes haben dennoch, wenngleich ohne das Anvisieren von präventiven Roß- und Dauerkuren, durch die „streitbaren" Verfassungsartikel, insbesondere das Institut des „Parteiverbots" (Art. 21 Abs. 2 GG), ihre eigene historische Plattform bereits dezent angesägt [19]). Daß sie die exzeptionelle homöopathische Therapie gegen „Freiheitsfeinde" im wesentlichen beim Bundesverfassungsgericht konzentriert hatten, wurde in der Praxis der Regierung, der Verwaltung und der sonstigen Gerichtsbarkeit von allem Anfang an übersehen — teils unwissentlich, teils wissentlich, teils geflissentlich. Zwanzig Jahre ebensowohl schrittmachender wie indizierender richterlicher Entscheidungspraxis in politischen Straf- und Verwaltungssachen seit 1951 haben ausgereicht, den Rechtsstaat mit seiner formalen Komponente der Bindung an Recht und Gesetz und Verfassung auf diesen Gebieten der Endlösung nahezubringen, die Verschrottung heißt. Diese Justiz kann das Recht nicht beugen (und sie will es natürlich auch nicht beugen), weil sie es gar nicht finden kann. Sie kann es nicht finden, weil sie es vor lauter „Werteschöpfung" des Tages gegen die von Verfassung und/oder Gesetz schon getroffenen Entscheidungen gar nicht sieht. Sie verzichtet von vornherein auf den sonst ihre relative Eigenständigkeit absichernden Filter der Rechtsanwendung, den selbst — und gerade — ein so überzeugter Adjunkt systemimmanenter Fortschrittlichkeit wie Niklas Luhmann als geschickter Vernebler der Machtfrage für unentbehrlich hält [20]). Sie exekutiert und affirmiert nach einem der juristischen Normbezüglichkeit gänzlich entleerten Ritual die Entscheidungen einer repristinierten und durch die derzeitigen „industiegesellschaftlichen" Versetzungen zugleich modernisierten „Policey" [21]). Damit beendet sie für einen beträchtlichen Bereich des Verfassungsrechts auf nicht überbietbar progressive Weise auch den „Positivismusstreit" (dessen Problemperspektive in der isolierten Welt des Rechts in Vergleich zu den anderen Fakultäten stets eine besonders schlichte gewesen ist [22])): An die Stelle des Grundgesetzes, das nach den „sachzwanghaft" orientierten Reformvorstellungen von „rechts" ohnehin einer „Totalrevision" unterzogen werden müßte und nach damit objektiv zielkonvergenten Vorstellungen von „links" als vermeintlich ausschließliches Herrschaftsinstrument ohnehin zu beseitigen wäre, tritt als Oberverfassung unter

punishment" (Nachzensur durch Strafsanktionen) verbindet. (Die sehr dezidierte Abwehrstellung gegen Systeme der Vorzensur erklärt sich geschichtlich aus der Erinnerung an den Kampf um eine nicht lizenzpflichtige Presse, der in England gegen Ende des 17. Jahrhunderts stillschweigend durch Nichterneuerung der 1640 von der Star Chamber der Stuarts an Sonderbeauftragte des Parlaments übertragenen Lizenzierungskompetenzen beendet wurde).

19) Es kann letztlich nicht geleugnet werden (wenn es auch von „Linken" vielfach bestritten wird), daß ein gegen den vorausgegangenen praktizierten Faschismus gerichtetes Verfassungswerk dieses Instituts nicht bedurft hätte, zumal schon vom teils besatzungsrechtlich kreierten Verfassungssockel her alle Versuche der Neugründung nazistischer Vereinigungen schlicht administrativ inhibiert werden konnten. Die Stoßrichtung des Instituts war mithin nach „links" festgelegt; und dem entsprach, nachdem das SRP-Verbot den Anforderungen an eine paritätische Anti-Radikalismus-Optik Genüge getan hatte, auch die gesamte Praxis — längst vor dem KPD-Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das freilich, zweifellos gegen den Willen seiner Verfasser, nun noch zur Beschleunigung beitrug.

20) Vgl. Niklas Luhmann, Funktionen der Rechtsprechung im politischen System, jetzt in Luhmann, Politische Planung (1971), S. 46 ff., insbes. S. 49 ff. Zur Korrektur- und Balancierungsfunktion der Rechtsprechung zwecks Erhaltung „hochdifferenzierter Systeme".

21) Die Praxis läuft also auch auf einen partiellen Rückfall in die vorverfassungsstaatliche Trennung von Recht und Politik („Dual State") hinaus.

22) Das Spektrum der Naivitäten zwischen dem Recht als „moralischer Weltverfassung" und dem rechtlich reaktionsunfähigen Positivismus wurde nach der Entstehung der BRD erstmals in den Verhandlungen der Staatsrechtslehrervereinigung von 1951 über „Ungeschriebenes Verfassungsrecht" ausgebreitet (VDStRL 10, S. 1 ff.).

dem Namen „freiheitliche demokratische Grundordnung" die tatsächliche gesellschaftliche Machtstruktur: Die vorgezogene Konterrevolution frißt den Rechtsstaat mindestens so geschwind, wie man es der Revolution in bezug auf ihre Kinder nachsagt.

Fassen wir kurz zusammen: Nicht die grundgesetzliche Verfassung der BRD wird hypostasiert, vielmehr wird aus ihr die ideologiebefrachtete „freiheitliche demokratische Grundordnung" hervorgetrieben und hypostasiert, zu deren begrifflicher Konkretion nicht einmal das Bundesverfassungsgericht auf der Grundlage einer Demokratietheorie etwas beizutragen in der Lage gewesen ist, und praktisch fällt die „freiheitliche demokratische Grundordnung" mit der jeweiligen „Verfassungswirklichkeit" entsprechend den jeweiligen Kräftekonstellationen zusammen. Der Flug der Rechtsfindung in die Höhenlagen der Verfassung endet mit einer jähen Bauchlandung auf dem Boden der „Realitäten", bevor er überhaupt begonnen hat. Und da die „freiheitliche demokratische Grundordnung" dennoch den Rang formellen Verfassungsrechts beansprucht, durchschlägt die Wirklichkeit auch noch die unter der Verfassung liegenden normativen Ebenen. Zur Illustration diene die folgende Originalminiatur, die der ungenierten fallbezogenen Proklamation der Befreiung der Staatsgewalt von politisch unliebsamen normativen Zwängen durch Theodor Eschenburg [23]) sehr bald gefolgt ist [24]). Ein ausgewachsener Verwaltungsgerichtspräsident, zwei unter dem Grundgesetz ausgebildete und promovierte Verwaltungsgerichtsräte und zwei weitere unbescholtene Bundesbürger als ehrenamtliche Verwaltungsrichter wiesen an Johanni 1971 die Klage des zweimal mit Prädikatserfolg staatsexaminierten Assessors Michels auf Übernahme in den richterlichen Dienst ab [25]). Über die Vorgeschichte hat die Tagespresse und auch Eschenburg in dem genannten Aufsatz berichtet; auch vom Gericht wurde dem Kläger, der in der 1970 erschienenen „Rechtsfibel für Demokraten" eine juristische Handreichung zur Ausschöpfung rechtsstaatlicher Möglichkeiten durch Demonstranten etc. mitverfaßt hatte, attestiert, er biete keine Gewähr dafür, „daß er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintrete" (§ 9 Abs. 2 des Deutschen Richtergesetzes). Die Entscheidungsgründe entwickeln das ideale Schema in Formularbuchreife. Vorangestellt werden die vom Bundesverfassungsgericht mühsam kollektierten heterogenen Grundprinzipien einer „freiheitlichen demokratischen Grundordnung". Aber das hängt beziehungslos in der Luft. Dann folgt die wahrlich erstaunliche Behauptung, ein Bewerber für ein Richteramt brauche „nicht (!) für jede Bestimmung des Grundgesetzes einzutreten oder gar (!!) mit der jeweiligen Regierungspolitik übereinzustimmen". Im Himmel dieser richterlichen Werthierarchie steht das Grundgesetz eben ganz unten; dann kommt die „jeweilige Regierungspolitik"; und der Superlativ ist die „freiheitliche demokratische Grundordnung", allerdings nicht „im Sinne des Grundgesetzes", sondern im Sinne der Richter, die sich mit dem etablierten Ärger über das Gebrauchmachen vom staatsbürgerlichen Grundrecht der Meinungsfreiheit identifizieren. Kein Gedanke an eine mögliche Verletzung dieses Grundrechts oder des Gleichheitsgrundrechts

23) Eschenburg hat die Sache ganz adäquat zum „Thema der Zeit" erhoben: Revoluzzer als Beamte?, „Die Zeit", Nr. 2 v. 8. 1. 1971, S. 36.

24) Fälle dieser Art werden selbst in den höheren Etagen der bundesdeutschen akademischen Rechtstheorie kraft stillschweigenden, tiefgründigen und symptomatischen Konsensus der beteiligten Autoren nicht erörtert. Die gesamte „Drecksarbeit" ist ausgespart. Sie fehlt auch beispielsweise in dem Buch, mit dem Josef Esser unlängst die staatliche und erfolgreiche Reihe seiner gepflegten Untersuchungen über die Rationalität der richterlichen Entscheidungspraxis verlängert hat (Vorverständnis und Methodenwahl in der Rechtsfindung — Rationalitätsgarantien der richterlichen Entscheidungspraxis, Frankfurt/M. 1970). So eckt man nicht an und bleibt zitierbar. Nur die Stellungnahme zur Kardinalprobe aufs Exempel entfällt, ebenso der Bericht über die Kardinalprobe. Solche Lückenhaftigkeit ist zwar bloß Unterlassung. Doch wäre Handeln am Platze, das den vorhandenen Einsichten entspricht. Das ist freilich nie die Sache deutscher Akedemiker gewesen, die kaum Emersons gestellt haben, welche als Spitze der akademischen amerikanischen Intelligenz keiner Vollintegration teilhaftig geworden sind.

25) Urteil des Verwaltungsgerichts in Gelsenkirchen v. 24. 6. 1971 (Az.: 1 K 1103/70).

oder sonstiger — nun eben minderwertiger — „Bestimmungen des Grundgesetzes" durch den ablehnenden Verwaltungsakt oder das Richtergesetz: Zeit der (Schrott-) Reife des Grundgesetzes!

Wer angesichts eines solchen Urteils seine Hoffnungen auf das letztlich verfassungshütende Bundesverfassungsgericht setzen wollte, könnte bittere Enttäuschungen erleben. Zwar hat dieses Gericht bisher noch nicht den etablierten Ärger im Wege der „Güterabwägung" zum Gegenwert eines Grundrechts gemacht, aber seine Abwägungsmethoden sind wesentlich leichthändiger als die des Supreme Court, der doch in manchen Punkten Modell für das Bundesverfassungsgericht gestanden hat, und auch beim Bundesverfassungsgericht werden die Dämme gegen den Einbruch fordernder Wirklichkeiten in letzter Zeit immer heftiger unterspült [26]). Muß man schließlich — auch das ist ein symptomatischer Fall — einer oberverwaltungsgerichtlichen Entscheidung entnehmen, daß verfassungsmäßige Grundrechte bereits beim bloßen Verdacht von Angriffen geistiger Art gegen die mit der Wirklichkeit identische freiheitliche demokratische Grundordnung zu Boden gehen müssen [27]), so ist auch damit ein (inzwischen überwundener) Tiefstand von Verfassungsjustiz des Supreme Court [28]) noch unterboten — und das ohne Anzeichen für eine Wende in absehbarer Zukunft.

United States versus „New York Times" bietet sicher keine strotzende Fülle von rechtsstaaatlichem Gewinn. Aber wenig ist mehr als weniger, und weniger ist immer noch mehr als nichts. Das Nichts an Rechtsstaatlichkeit wäre europaweit in greifbare Nähe gerückt, wenn der Berichterstatter über die letzte Konferenz der europäischen juristischen Fakultäten den Inhalt der Verhandlungen richtig angegeben hätte [29]). Hoffen wir, daß er nur ein Tölpel mit progressivem Zungenschlag ist, der nichts begriffen hat.

Modernes Management (II)*)

Von Gerd Peter

Moderne Managementmethoden und ihre Integrationswirkungen auf die „Mitarbeiter". Beschreibung eines Modells

Die Unternehmensstruktur ist von der Konzernspitze bis zum einzelnen Arbeitsbereich im Organisationsplan des Unternehmens festgelegt. Die Organisation

26) Vgl. etwa BVerfGE 28, 243 ff., wo „die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte" im Frieden über das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung hinauswächst.
27) Beschluß des VGH Bad.-Württ. v. 5. 8. 1970 zum Verbot des Heidelberger SDS, JZ 71, S. 457 ff.
28) Das war die Reihe der Entscheidungen, in denen die „clear and present danger"-Doktrin nebst ihren Varianten zur Repression „linker" Agitation entwickelt wurde (vgl. dazu die in Anm. 11 zitierte Arbeit von Voss, bes. S. 67 ff.).
29) „Die Teilnehmer befaßten sich vornehmlich mit der schöpferischen Rolle des Juristen und der Notwendigkeit, ihm eine Erweiterung seiner Kenntnisse in den Sozialwissenschaften und der Politologie zu ermöglichen, um ihn auf seine Rolle als Former des Rechts vorzubereiten, die angesichts des unaufhörlichen Wandels unserer pluralistischen Gesellschaft, in der die Anpassung des Rechts an die Praxis des täglichen Lebens auf zahlreiche Hindernisse stößt (!), immer schwieriger wird" (Konferenznotiz in: Mitteilungen des Europarats, 2/71, S. 36).

*) Vgl. „Blätter", Heft 8/71.

ist produktorientiert und arbeitet nach dem Stab-Linie-Prinzip. Das heißt, daß von jedem einzelnen Arbeitsplatz an der Basis sich eine gedachte Linie bis zur Unternehmensleitung erstreckt, deren zwischengeschaltete Instanzen sich aus dem unterschiedlichen Weisungsrecht ergeben (Linienorganisation). Unterschiedliches Weisungsrecht ergibt sich aus abgestufter Verantwortung und Befugnis. Sie sind festgelegt in der für jeden Arbeitsplatz vorhandenen Stellenbeschreibung, sind also unabhängig von der Person. Die Instanzen der Linienorganisation werden fachlich von den Stäben unterstützt [49]).

Die Führung im Unternehmen erfolgt nun durch „Management by systems", „Management by objectives", „Management by delegation", „Management by exception" und „Management by motivation" [50]) „Management by objectives" meint die Führung durch Vorgabe von Zielen. D. h., die vom Top-Management formulierte allgemeine Zielfunktion des Unternehmens wird in Teilziele unterteilt, gemäß der Struktur des Gesamtsystems in Untersysteme. Aufgabe des Managers ist es, jeweils aus der eigenen Zielvorgabe für jeden Einzelnen seiner Abteilung ein Ziel abzuleiten. Bei der Erarbeitung der Zielsetzung im Vorlauf soll der jeweilige „Mitarbeiter" beteiligt sein [51]).

Management by objectives wird ergänzt durch „Management by delegation". Dies entspricht etwa der im „Harzburger Modell" von R. Höhn propagierten „Führung im Mitarbeiterverhältnis" [52]). Hierbei werden nicht nur die Ziele in Zielvorgaben für den einzelnen Mitarbeiter unterteilt, sondern auch die jeweils zur Erfüllung der Einzelziele notwendige Verantwortung und Weisungsbefugnis delegiert. Dabei gilt allgemein das Prinzip, soviel Entscheidungsgewalt zu delegieren wie möglich. Der Vorgesetzte sollte möglichst nur über Dinge entscheiden, die „ihrem Wesen nach" zur Managertätigkeit gehören. Hinter „Managment by delegation" steht die Absicht, die erwähnte Informationskrise zu bewältigen. Die Führungskraft soll von Routineentscheidungen entlastet werden, um sich den eigentlichen Problemen der Organisation, Integration und Entscheidungsfällung zu widmen. Deshalb spricht man auch von „Management by exception" [53]). Der Vorgesetzte entscheidet nur in Ausnahmefällen, in Fällen übergeordneter Bedeutung. Für normal anfallende Arbeit sind Regeln schriftlich fixiert. Eine wichtige Funktion hat in diesem Rahmen die Team-Arbeit, die sich vor allem bei der Lösung komplexer Aufgaben als notwendig erweist. Die Arbeit in einem gut funktionierenden Team hilft sowohl die Leistung des Einzelnen steigern als auch allgemein die Arbeitszufriedenheit heben [54]).

Haben diese Managementtechniken bereits eine nachhaltige Wirkung auf die abhängig Arbeitenden, die bisher nur an autoritäre, an die persönliche Macht des Vorgesetzten gebundene Führungstile gewöhnt waren, so wird sie vor allem verstärkt durch „Management by motivation" [55]). Diese Technik beinhaltet die Steuerung des individuellen Leistungsverhaltens durch systematisch gesetzte Antriebe. Dem Untergebenen wird nichts befohlen, sondern er wird „motiviert", etwas zu tun. Er tut es dann lieber, genauer und wahrscheinlich effektiver, da er glaubt, aus eigenem Antrieb zu handeln. Im vorliegenden Modell-Unternehmen kann man sogar sagen, das Management by motivation die zentrale,

49) Vgl. Reinhard Höhn, Die Führung mit Stäben in der Wirtschaft, Bad Harzburg 1961; Das Zusammenwirken von Unternehmensorganisation und Personalführung, Neuwied/Berlin 1968.
50) Vgl. Blohm, a.a.O.; Horst Groenewald, Prognosen über die Zukunft des Managements (Literaturbericht), in: Personal Nr. 4/1969, S. 109 ff.; *Die neuen Managementtechniken*, München 1969.
51) Vgl. S. Odiorne, Management by objectives. Führung durch Vorgabe von Zielen, München 1967; Grochla, a.a.O. (Anm. 1).
52) Reinhard Höhn / Gisela Böhme, Führungsbrevier der Wirtschaft, Bad Harzburg 1969.
53) Vgl. L. R. Bittel, Management by exeption, New York/Toronto/London 1964.
54) Vgl. Höhn/Böhme, a.a.O., S. 225 ff.
55) Vgl. grundlegend Douglas McGregor, Der Mensch im Unternehmen (The Human Side of Enterprise), Düsseldorf 1970.

integrierende Methode ist. Eine im Unternehmen durchgeführte Meinungsumfrage hatte nämlich ergeben, daß die „Mitarbeiter" folgende Punkte als besonders wichtig ansahen:

Anspruchsvolle Aufgabenstellung („die Arbeit an sich");

selbständige Gestaltung der Arbeit („eigene Verantwortung");

Weiterbildungsmöglichkeiten („Innerbetriebliche Schulung");

Aufstiegschancen („berufliche Entwicklung und Karriere");

gute Bezahlung („leistungsgerechte Entlohnung");

Sicherheit („sicherer Arbeitsplatz") [56].

„Management by motivation" knüpft nun an diese Hauptinteressen an. Dabei wird das Bedürfnis nach „anspruchsvoller Aufgabenstellung" in erster Linie durch „Management by objectives" befriedigt. „Management by delegation" schafft die Voraussetzung für „selbständige Gestaltung der Arbeit". Weiterbildungsmöglichkeiten, Aufstiegschancen und gute Bezahlung sind im „Entwicklungs- und Nachfolgeprogramm" und im „Gehaltsprogramm" festgelegt, die die Personalverwaltung einheitlich für das Unternehmen ausgearbeitet hat. Um das zu unterstreichen, wurde firmenintern der Unterschied zwischen Arbeitern und Angestellten abgeschafft. Kündigungsfristen, Gehaltszulagen und Urlaub gelten für alle gleich, jeder ist Gehaltsempfänger (bargeldlose Überweisung). Die alten Unterschiede sind nur noch festzumachen an den verschiedenen Versicherungsarten (Arbeiterrentenversicherte und Angestelltenversicherte) oder an dem Vergleich der firmeninternen Wertstufen zu den außerhalb des Unternehmens gültigen Tarifgruppen.

Wieweit die Gleichstellung vollzogen ist, wird schon äußerlich sichtbar. Großraumbüro und Produktion sind z. T. auf einer Ebene in gemeinsamen Hallen untergebracht. Beleuchtungs-, Belüftungs- und Klimaverhältnisse sind dieselben. Es gibt nur eine Kantine für alle „Mitarbeiter" bis hin zur Geschäftsleitung, deren Mitglieder, soweit sie am Ort sind, sich mittags in die allgemeine Warteschlange einreihen. Negativ besteht die Gleichstellung in dem allgemeinen Zwang, zu „stechen", eine Voraussetzung für kybernetische Kontrolle.

Fließarbeit im Sinne des Taylorismus gibt es in der Firma nicht mehr. Mit Hilfe der Prinzipien „job enlargement" und „job rotation" wurde die Monotomie der Arbeit im Produktionsbereich weitgehend zurückgedrängt. Zwar stellt die Firma auch ungelernte Arbeitskräfte ein. Deshalb sind die Arbeitsvorgänge, wie beim Taylor-System, so einfach wie möglich angeordnet. Doch wird jeder, auch der ungelernte Arbeiter, auf mehrere Arbeitsvorgänge geschult und er führt auch immer mehrere Arbeitsvorgänge aus, wobei der Arbeitsrhythmus nicht vorgeschrieben ist, also von ihm selbst bestimmt werden kann. Außerdem legt man Wert darauf, daß jeder Mitarbeiter den Produktionsprozeß in seiner Gesamtheit ungefähr kennt, vor allem das Endprodukt, an dem ihm zu Anfang erklärt wird, welchen Teil davon er anzufertigen hat [57]). Dies macht den Arbeiter kenntnisreicher und gibt dem Unternehmen Hinweise auf „verborgene Talente".

Es gibt in der Firma keine Akkordentlohnung mehr. Alle bekommen Gehalt nach einem unternehmenseinheitlichen Schema der Analytischen Arbeitsbewer-

[56]) Vgl. Friedrich Fürstenberg, Soziallage der Chemiearbeiter, Neuwied/Berlin 1969; Horst Kern, Michael Schumann, Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein, 2 Bde., Frankfurt/M. 1970; Siegfried Braun, Jochen Fuhrmann, Angestelltenmentalität, Neuwied/Berlin 1970; Zur Beurteilung dieser Untersuchungen vgl. Kern/Schumann, Die soziale Haltung wird privatisiert (Kritik an Fürstenberg), in: Der Gewerkschafter VII/1970, S. 268 f.; Fürstenberg, Emanzipierte Haltung oder kleinbürgerlicher Spießer? Antwort auf Kern/Schumann, in: Der Gewerkschafter X/1970; S. 388; Frank Deppe, Hellmuth Lange, Wissenschaft im Dienste der Unternehmer (Kritik an Fürstenberg), Informationsbericht Nr. 5, Institut f. Marxistische Studien und Forschung (IMSF), Frankfurt/M. Juni 1970.

[57]) Vgl. Geheimniskrämerei gibt es bei uns nicht, in: Der Gewerkschafter, IX/1969, S. 348.

tung [58]). Die gesamtbetriebliche Entlohnungsstruktur lehnt sich dabei durch Gehaltsvergleiche mit anderen Unternehmen an die allgemeine Tendenz der Lohn- und Gehaltsentwicklung an, wobei darauf geachtet wird, immer „überdurchschnittlich" zu bezahlen. Die Gehaltsermittlung basiert auf einer analytischen Bewertung des Arbeitsplatzes in Anlehnung an das Genfer Schema. Dabei wird den Punkten „Wissen und Können" sowie „Verantwortung" ein höherer Rang eingeräumt. Der Wert eines Arbeitsplatzes, der sich in der Einordnung in eine Werstufe bzw. Vergleichsreihe ausdrückt, entspricht dem relativen Wert für das Unternehmen. Er wird durch eine Bewertungskommission ermittelt, die sich aus dem Abteilungsleiter, dem der entsprechende Arbeitsplatz unterstellt ist, einem Arbeitsbewerter des Unternehmens und einem Mitglied des Betriebsrates zusammensetzt. Die Bewertung soll einstimmig erfolgen [59]).

Zweiter Schritt bei der Gehaltsfindung ist die Leistungsbeurteilung. Sie ist ein Soll-Ist-Vergleich und ergibt sich aus der Zielsetzung und Planvorgabe und der Kontrolle der Zielerreichung in quantivativer und qualitativer Hinsicht. Diese Leistungsbeurteilung durch den Vorgesetzten erfolgt einmal jährlich, wobei der „Mitarbeiter", den es angeht, in einem „Beratungs- und Förderungsgespräch" mit hinzugezogen wird [60]).

In diesem Gespräch gibt der Manager seinem Untergebenen (firmenintern sagt man: der Mitarbeiter, der an ihn berichtet) seine Leistungsbeurteilung bekannt. Der „Mitarbeiter" wird zur Stellungnahme aufgefordert und muß durch Unterschrift sein Einverständnis erklären oder seine abweichende Meinung schriftlich auf dem Formular festhalten. Es wird dann in einem weiteren Gespräch der nächsthöhere Vorgesetzte hinzugezogen. Mit der Besprechung der vergangenen Leistung werden gleichzeitig die Ziele für das kommende Jahr erörtert. Dabei wird die mögliche weitere berufliche Qualifikation, Schulung und Laufbahn besprochen.

Im Anschluß an die einzelnen Gespräche erfolgt eine Integration der Einzelbeurteilungen durch ein besonderes Gremium, das 40 Mann zu einer Integrationsgruppe zusammenfaßt und daraus eine Rangreihe bildet. Der Rangplatz gibt die relative Leistung des einzelnen wieder [61]). In bestimmten Bereichen des Unternehmens, so im Vertrieb, wird das durch die Einordnung in eine Rangreihe verursachte Konkurrenzverhalten der „Mitarbeiter" untereinander gefördert, indem man eine Art permanente Rangreihe veröffentlicht, in der aufgezeigt wird, wo der Einzelne jeweils steht. Es soll als Anreiz dienen, wie in einem Leistungswettbewerb. Dabei versucht man, diesen Prinzipien einen sportlichen Anstrich zu geben, um durch die Betonung der Fairneß ruinösen Wettbewerb zu vermeiden [61a]).

Dazu dient auch die „Besitzstand-Klausel". Sie beinhaltet, daß niemand wegen längerer Krankheit, niedriger Leistung o. ä. zurückgestuft werden darf. Eine einmal erreichte Gehaltsstufe bleibt sozusagen persönlicher Besitz des Einzelnen. Geringere Leistung hat höchstens zur Folge, daß keine weitere Beförderung, Gehalts- oder Leistungszulage gewährt wird. So versucht natürlich jeder, möglichst schnell, d. h. in jungen Jahren, soweit, wie es nur irgendwie geht, zu kommen.

58) Vgl. Peter Drucker, Gesellschaft am Fließband, Frankfurt/M. 1952; ders., Praxis des Managements, a.a.O., S. 272 ff.
59) Bei außertariflich bezahlten Angestellten ist der Betriebsrat (noch) nicht beteiligt. Vgl. allg. Konrad Scholz, Walter Steiner, Leistungsbewertung und Leistungsentlohnung für Angestellte, Frankfurt/M. 1968.
60) Vgl. Anm. 57.
61) Vgl. „Karriere. Planung nach Maß", in: Der Volkswirt, Nr. 34/1970, S. 33 ff.; „Arbeitsplatzbewertung und Leistungsbeurteilung. Wer hat den Vorteil", in: Analysen, hrsg. von der Bundesanstalt für Arbeit, Nr. 2/1971, S. 37 ff.
61a) Vgl. Brock/Hindrichs/Hoffmann/Negt/Pöhler/Sund/Welteke, Der Konflikt um Lohn und Leistung, hrsg. von Arbeit und Leben, Niedersachsen, o. O. o. J.

Ist die Leistung des „Mitarbeiters" weniger als befriedigend, so wird mit ihm im Rahmen des „Beratungs- und Förderungsgespräches" ein Sonderprogramm durchgeführt. Es wird ein Aktionsprogramm entworfen, welches den „Mitarbeiter" bei der Verbesserung seines „Leistungsverhaltens" unterstützen soll. Sollte der Leistungsabfall dadurch nicht behoben werden, wird versucht, einen den Fähigkeiten des „Mitarbeiters" entsprechenderen Arbeitsplatz zu finden. Denn Unternehmensgrundsatz ist: „Der richtige Mann an den richtigen Platz". Der Manager ist dafür verantwortlich. Wenn keine gravierenden Verstöße gegen die Arbeitsordnung vorliegen (Diebstahl u. ä.), wird nach Möglichkeit kein auf Dauer eingestellter „Mitarbeiter" wieder entlassen. Auch nicht in Phasen der Rezession, in denen man deshalb vorher an Zulieferbetriebe vergebene Aufträge kündigt und diese Produktion in das Unternehmen für die Dauer der Krise verlegt.

Um die durch das Leistungsprinzip möglicherweise verursachten Aggressionen nicht destruktiv werden zu lassen sondern in für das Unternehmen profitable Bahnen zu lenken, wurden in das weitgehend objektivierte System noch zahlreiche Ventile eingebaut für subkektive Aktivitäten. Hierzu gehört bereits das ausgebaute System der Schulung und Fortbildung der „Mitarbeiter", eine Notwendigkeit, die aus dem raschen technologischen Wandel in dem vorliegenden Industriebereich erwächst [62]). Um z. B. den nötigen Managernachwuchs zu bekommen (grundsätzlich aus den eigenen Reihen), ist jeder Manager verpflichtet, für einen „führungsverdächtigen Mitarbeiter" im Anschluß an das „Beratungs- und Förderungsgespräch" einen induviduellen Entwicklungsplan auszuarbeiten. Sollte sich der Verdacht im Führungskräfte-Grundkurs bestätigen, so liegt die Führungslaufbahn fest, und der neue Manager wird fortan einer regelmäßigen Folge von Schulungs- und Trainingskursen unterworfen, und zwar solange er aufsteigt. Ein Ausruhen gibt es nicht. Für die übrigen „Mitarbeiter" stehen neben Kursen zur fachlichen Qualifizierung, zu denen der Einzelne delegiert wird (Ablehnen ist undenkbar und verstößt gegen die Prinzipien des Unternehmens), noch ein allgemeines Mitarbeiterförderungsprogramm im Abendkursen zur Verfügung, in denen man zusätzliche Fähigkeiten erwerben kann [63]).

Nützlich sind diese möglicherweise bei der innerbetrieblichen Stellenausschreibung [64]). Es ist ein weiterer Grundsatz des Unternehmens, jede offene Stelle zunächst mit eigenen „Mitarbeitern" versuchen zu besetzen. Dazu wird die Stelle mit konkreten Anforderungen und Tätigkeitsbeschreibung intern offen ausgeschrieben. Jeder mit der erforderlichen Qualifikation kann sich bewerben und muß, wenn er angenommen wird, von dem früheren Manager innerhalb einer bestimmten Frist freigegeben werden. Hierdurch kann sich also auch persönliche Unzufriedenheit mit einem Vorgesetzten oder Kollegen Luft machen [65]).

Weiter gibt es ein weitgehendes Beschwerderecht, einmal direkt über die Linie der Vorgesetzten, einmal indirekt über eine dafür geschaffene Stelle, die auch anonym angeschrieben werden kann. Man kann darauf bestehen, daß die Beschwerde veröffentlicht wird. Ebenfalls systematisch ausgebaut ist das Verbesserungsvorschlagswesen. Das Unternehmen zahlt dem „Mitarbeiter", der einen brauchbaren Verbesserungsvorschlag eingereicht hat, 20 % der im ersten Jahr eingesparten Geldsumme. Bei einem Techniker waren das 1970 einmal 130 000

62) Vgl. Manfred P. Wahl, Technologische Lücke und Mängel des Managements, in: Das 198. Jahrhundert, Hamburg 1970, S. 397 ff.
63) Vgl. Hanns-Martin Schönfeld, Die Führungsausbildung im betrieblichen Funktionsgefüge, Wiesbaden 1967; Nagel, a.a.O. (Anm. 4).
64) Vgl. Heinz Knebel, Verbesserung der innerbetrieblichen Mobilität, in: Personal Nr. 2/1968, S. 261 ff.
65) Vgl. Kurt Braunreuther, Fred Oelssner und Werner Otto (Hrsg.), Aspekte der Arbeitskräftebewegung, Berlin (DDR) 1967.

DM. Die Wirkung gerade derart hoher Einzelprämien ist enorm. Die Beteiligung am VV-Wesen steigt ständig und bringt dem Unternehmen nicht unbeträchtliche Zusatzprofite [66]).

Eine wichtige Ventilfunktion nimmt der Betriebsrat wahr. Er wird von der Unternehmensleitung, vor allem der Personalleitung, weitgehend informiert und über den gesetzlich vorgeschriebenen Rahmen hinaus bei Entscheidungen, die das Personal betreffen, hinzugezogen [67]). Dies hat zur Folge, daß der Betriebsrat gezwungen wird, zumindestens ungefähr die Qualifikation der Sachbearbeiter und Manager zu bekommen. Damit wird eine „Versachlichung" des Gesprächs erreicht. Bei der letzten Urabstimmung in dem betreffenden Gebiet empfahl so der Betriebsrat auf einer vorher einberufenen Betriebsversammlung, gegen den Streik zu stimmen, da die gewerkschaftlichen Forderungen bereits alle im Unternehmen erfüllt seien und man die Firmenleitung nicht noch dafür, daß sie fortschrittlich sei, bestrafen dürfe, indem man streikt. Vielmehr wolle man ein Zeichen setzen für die rückständigen Firmen, daß es sich lohne, den Arbeiter „als Mensch" zu behandeln. Im „Um-System" stimmten ca. 80 % für Streik, in unserem Unternehmen knapp unter 15 %.

Die Basis für alles stellt nun der Bereich „soziale Sicherheit" dar [68]). Er bildet, wie Meinungsumfragen aus fast allen Industriebereichen bestätigen, die Voraussetzung, daß vor allem Arbeiter für die Unternehmenspolitik ansprechbar sind. In unserem Modell-Unternehmen ist Sicherheit vor allem, wie schon erwähnt, garantiert durch das Prinzip, möglichst keine Entlassungen vorzunehmen, niemanden zurückzustufen und freie Stellen, einschließlich des Nachwuchses für Managertätigkeiten, möglichst durch eigene „Mitarbeiter" zu besetzen.

Dazu kommt noch ein breites Spektrum von Sozialleistungen sowie eine Reihe von Maßnahmen im Sinne der Human Relations: Gleitende Arbeitszeit, Aktienkaufplan, Sondervergütungen, 13. Monatsgehalt, Zusatzversicherungen, Unterstützungskassen, Versorgungswerk, Werksärztlicher Dienst, Krankenbetreuung, Wohnungsbeschaffung, Fremdsprachenprogramm, Studienförderungsprogramm, Militärdienstbetreuung, Werkszeitschriften, Familien- und Kinderadventsfeiern, ein Klub mit zahlreichen Sparten (von Fußball bis Chorsingen), Pensionärsbetreuung, um die wichtigsten zu nennen. Großen Wert wird auf die Qualität des Kantinenessens gelegt: täglich zwei Mahlzeiten zur Auswahl (mit detaillierten Kalorienangaben). Dazu kommt die entsprechende Farbgestaltung der Räume, Grünanlagen etc. Um dem Ganzen noch zusätzlich einen mehr familiären Anstrich zu geben, wurde auch räumlich weitgehend dezentralisiert. Man versucht, bei einer Gesamtbelegschaftszahl von ca. 20 000 die Zahl von 3000 „Mitarbeiter" für einen in sich geschlossenen Bereich nicht zu überschreiten [69]).

Das Ergebnis dieser systematischen Managertätigkeit sei kurz in einer Tabelle zusammengefaßt. Sie ist Teil einer Meinungsumfrage im Bereich Produktion aus dem Jahre 1970 [70]):

---

66) Vgl. Konrad Scholz, Jochen Fuhrmann, Das betriebliche Vorschlagswesen aus gewerkschaftlicher Sicht, Frankfurt/M. 1967.
67) Eine Übersicht über die Zahl der IG-Metall-Vertrauensleute findet sich in: Der Gewerkschafter, X/1970, S. 394.
68) Vgl. Kern/Schumann, Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein, a.a.O., S. 276.
69) Vgl. noch Christian Gasser, Der Mensch im modernen Industriebetrieb, Köln und Opladen 1958.
70) Vgl. L. v. Friedeburg, Betriebsklima, a.a.O. (Anm. 12).

Verglichen mit dem, was ich im Idealfall erwarte, bin ich mit

	in %		
	sehr zufrieden oder zufrieden	*Es geht*	*Unzufrieden oder sehr unzufrieden*
den Chancen einer guten Gehaltsentwicklung	*55*	*34*	*11*
mit der Sicherheit des Arbeitsplatzes (ständige Beschäftigung)	*86*	*11*	*2*
der Gewißheit, nicht in eine für mich geringerwertige Tätigkeit versetzt zu werden	*66*	*25*	*8*
den Sozialleistungen	*86*	*12*	*1*
mit der Zeit, die mir die Arbeit für mein Privat- und Familienleben läßt,	*60*	*29*	*10*
der guten Zusammenarbeit mit anderen Mitarbeitern	*72*	*25*	*4*
dem Spielraum, den ich für die selbständige Gestaltung der Arbeit habe,	*62*	*29*	*10*
dem Erfolg, mit dem meine Abteilung geführt wird ,	*61*	*30*	*10*
meinen Schulungs- und Fortbildungsmöglichkeiten	*59*	*27*	*14*
der Möglichkeit, mit meiner Arbeit einen wirklichen Beitrag zum Gesamterfolg des Unternehmens zu leisten,	*68*	*27*	*5*
den äußeren Arbeitsbedingungen	*29*	*29*	*42* [71])
der Anerkennung für gute Leistung	*47*	*39*	*14*
dem Ausmaß, in dem das Unternehmen als erfolgreiches Unternehmen anerkannt wird,	*89*	*10*	*0*
den Ansprüchen, die meine Arbeit an mich stellt, und dem Gefühl der persönlichen Befriedigung, die mir meine Arbeit gibt,	*62*	*29*	*10*
der Arbeitsatmosphäre	*59*	*33*	*8*
meinen Aufstiegsmöglichkeiten	*34*	*40*	*25*
meinem Wohnort	*82*	*13*	*5*
der Zusammenarbeit mit meinem Vorgesetzten	*70*	*22*	*9*

[71]) Durch die starke Expansion des Unternehmens verursacht, arbeitet ein beträchtlicher Teil in Fertigbau-Hallen mit unzureichenden Klimaverhältnissen.

dem Ausmaß, in dem ich mit der technischen Entwicklung meiner Aufgabe auf dem laufenden bleiben kann,	*56*	*36*	*8*
dem Ausmaß, in dem ich meine Kenntnisse und Fähigkeiten bei der Erfüllung meiner Aufgabe verwenden kann,	*57*	*32*	*11*
den Möglichkeiten, bei der Erfüllung meiner Aufgaben laufend etwas hinzuzulernen	*61*	*30*	*9*

Zusatzfragen: Wie oft fühlen sie sich bei der Arbeit nervös oder zu stark angespannt?

Immer	*2 %*
Meistens	*14 %*
Manchmal	*58 %*
Selten	*23 %*
Nie	*3 %*

Wie ist ihre persönliche Auffassung über die von ihnen geforderte Arbeitsmenge?

Zuviel	*30 %*
Gerade richtig	*64 %*
Mehr wäre mir lieber	*6 %*

Diese Ergebnisse sind nur insoweit kritisch zu bewerten, als erst mit Hilfe von Tiefeninterviews geklärt werden müßte, inwieweit die wiedergegebenen positiven Bekundungen sich wirklich mit innerer Überzeugung decken. Tatsache ist aber wohl, daß sie die aktuelle Meinung der „Mitarbeiter" darstellen. Interessant ist, daß in den Bereichen Fortbildung, Aufstieg, Anerkennung die kritischen Stellungnahmen relativ zahlreich sind. Hier macht sich zweifellos bemerkbar, daß das Unternehmen mehr Aufstiegsmöglichkeiten verspricht, als vorhanden sind. Denn noch braucht man Arbeiter, die produzieren. Der Weg zur vollständigen Automation wird im vorliegenden Fall sobald nicht beschritten werden können. Gewerkschaften oder Arbeiterparteien hätten also auf betrieblicher Ebene hier anzusetzen, nicht an der „Lohnfrage".

Sicher ist, daß das hier beschriebene Beispiel in dieser inneren Logik eher noch das Besondere als das Allgemeine für die BRD darstellt. Doch es ist ein Modell für die Zukunft (vgl. Anhang) [72]). Denn das Unternehmen hatte mit den höchsten Produktivitätszuwachs in den letzten Jahren. Es beherrscht seinen Markt zu fast 70 %, die Mitarbeiterzahl hat sich seit 1966 verdreifacht, der Umsatz versechsfacht. Und das ist, was zählt in Unternehmerkreisen.

Ist aus dem beschriebenen Modell nun die These von der Integration der Arbeiterklasse in das kapitalistische System abzuleiten („Organisierter Kapitalismus")? Zweifellos nicht. Denn die Irrationalität der kapitalistischen Produktoinsweise ist im vorliegenden Modell lediglich in den gesellschaftlichen Raum verschoben, in das „Um-System", wo von einer Entwicklung nach Zielen überhaupt nicht

72) Für Westeuropa einen guten Überblick gibt: Das Personalwesen in der Zukunft. Ein Kongreßbericht (4. Kongreß der Europ. Vereinigung für Personalfragen im Juni 1969 in München), Neuwied/Berlin 1969.

gesprochen werden kann [73]). Von daher kann sie jederzeit wieder auf das Unternehmen zurückschlagen, da hier die zentralen Fragen der „Demokratie" und des Sinnes dieser Teilrationalität, bezogen auf die gesamtgesellschaftliche Entwicklung, keinesfalls gelöst sind. Doch gerade gesellschaftliche Probleme sind es auch, die z. B. den qualifizierten Arbeiter oder Techniker oder wissenschaftlichen Spezialisten interessieren, wenn auch vielleicht von einem anderen Standpunkt, als man gemeinhin den abhängig Arbeitenden zuschreibt. Kritisierte und bekämpfte der Industriearbeiter die Gesellschaft, soweit sie von der herrschenden Klasse geprägt war, weil er die Ausbeutung am Arbeitsplatz tagtäglich am eigenen Leibe auch subjektiv erfuhr, so wird der Techniker-Arbeiter aus obigen Modellunternehmen vielleicht durch die formale Rationalität des eigenen Unternehmens auf die Irrationalität der gesellschaftlichen Organisation kommen [74]), deren Grundwiderspruch nicht zu beseitigen ist, ohne eben diese Gesellschaftsform zu beseitigen. Die Zusammenführung der mehr traditionellen Arbeiterschichten mit den qualifizierten aus modernen Wachstumsindustrien wird so zu einer Hauptaufgabe der Arbeiterorganisationen in den 70er Jahren [75]). Dabei wird man sich mit dem modernen Managementtechniken noch eingehender befassen müssen, als es im vorliegenden Falle möglich war.

Anhang: Zum Stand der Managementausbildung in der BRD

Einen zumindestens ungefähren Anhaltspunkt, wieweit die Entwicklung im gesamtindustriellen Bereich der BRD in obiger Richtung vorangekommen ist, sollen folgende Tabellen geben:

Merkmal vorhanden in Prozent der befragten Angestellten	*in Betrieben mit* [76]) *bis 100*	*100—500*	*500—2000*	*2000—10 000*	*über 10 000*
Stellenbeschreibung	*6*	*11*	*19*	*28*	*32*
Arbeitsbewertung	*20*	*11*	*20*	*13*	*12*
*Personalbeurteilung *)*	*30*	*35*	*36*	*41*	*42*
geregelte Stellenvertretung	*37*	*46*	*55*	*55*	*57*

*) Jeweils zur Hälfte ohne Information des Mitarbeiters über die Beurteilung.

Ein Gutes Indiz ist auch die Führungskräfteausbildung, da ohne geschulte Führungskader und weitgehender Förderung des Managernachwuchses „wissenschaftliche Unternehmensführung" kaum praktiziert werden kann. Dies erfordert zudem die Anerkennung der Tatsache, daß Unternehmensführung lehr- und lernbar ist, ein in Westdeutschlands Unternehmerkreisen keinesfalls selbstverständliche Einsicht [77]).

73) Vgl. Kern/Schumann, Industriearbeit, a.a.O.; Frank Deppe, Das Bewußtsein der Arbeiter, Köln 1971; Mitbestimmung als Kampfansage, Köln 1971; Beiträge über „Wissenschaftlich-technische Intelligenz und Angestellte im Spätkapitalismus", in: Marxismus Digest, Nr. 1/1971; T. T. Timofejew, Wissenschaftlich-technische Revolution, soziale Revolution und die Rolle der Arbeiterklasse, in: Sowjetwissenschaft . . ., Nr. 2/1971, S. 113 ff.; zu Planung im Kapitalismus: Alfred Bönisch, Wirtschaftsprogrammierung im Kapitalismus, Berlin (DDR) 1969; Jürgen Kuczynski, Propheten der Wirtschaft, Berlin (DDR) 1970.

74) Vgl. G. Gausner, Die wissenschaftlich-technische Revolution und ihre sozialen Folgen, in: Sowjetwissenschaft . . ., Nr. 2/1970, S. 195 ff.

75) J. A. Wassiltschuk, Hauptgesetzmäßigkeiten der sozialökonomischen Entwicklung der Arbeiterklasse im Kapitalismus, in: Sowjetwissenschaft . . ., Nr. 1/1971, S. 12 ff.

76) Dieter Schittek, Theorie und Praxis der Personalorganisation, Umfrageergebnisse zu einigen Grundsatzfragen, in: Personal Nr. 8/1970, S. 244 (Befragt wurden 957 Studenten im WS 1969/70 des 1. Semesters in 16 HWFn und einer Ingenieurakademie, zu deren Immatrikulationsbedingungen einschlägige Berufserfahrung gehört).

77) „Aber bald wurde in unseren Aussprache deutlich, daß wir in Deutschland vor allem den Eindruck vermeiden mußten, als ob Unternehmer auf einer Art Schule herangebildet werden könnten. Unternehmerische Leistung, oft verglichen auch mit schöpferischer, künstlerischer Leistung, beruht nun einmal entscheidend auf angeborenen Voraussetzungen, wie Phantasie und Wagemut, Fähigkeit zu wirtschaftlichem Denken und zur Menschenführung." Ludwig Vaubel, Rückblick und Ausblick auf zehn Jahre Baden-Badener Unternehmergespräche, in: Führungskräfte für die Zukunft der Unternehmen. Zehn Jahre Baden-Badener Unternehmergespräche, Essen 1966.

Einführung der Führungkräfteausbildung

(befragt 60 Unternehmen über 1000 Beschäftigte) [78])

Zeitraum	*Zahl der Unternehmen*	*%*
vor 1950	*4*	*6,7*
1951—1955	*11*	*18,3*
1956—1960	*11*	*18,3*
1961—1964	*21*	*35,0*
ab 1965	*13*	*21,7*

Dabei gilt, daß, je größer ein Unternehmen ist, desto mehr die Ausbildung innerbetrieblich vorgenommen wird und umgekehrt [79]). Eine Ausnahme bewirken dabei wohl die Baden-Badener Unternehmergespräche, an denen sich die wesentlichen Konzerne mit ihren Top-Managern beteiligen [80]). Sie wurden 1954 vom BDI begründet, der Anstoß kam von L. Vaupel (Glanzstoff). Das daraus hervorgehende „Deutsche Institut zur Förderung des industreillen Führungsnachwuchses (Rodenkirchen) bekam die jährliche Vorbereitung der „Gespräche" übertragen und erhielt auch die Geschäftsführung des „Wuppertaler Kreises", einer losen Vereinigung aller in der BRD tätigen Manager-Schulen. Hauptziel ist eine sinnvolle Koordination des Veranstaltungskalenders [81]).

Die größten Schulen haben folgende Teilnehmerzahlen (1969): Institut für Führungslehre, Wuppertal, 14 000 (Middle-Management), Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Betriebsführung und soziale Betriebsgestaltung, Heidelberg, 6000 (Middle-Management), Deutsches Institut für Betriebswirtschaft (Frankfurt/München) 19 000 (Unteres Management).

Zu den nach den Baden-Badener Unternehmergesprächen bedeutendsten Schulen zählen: Mannheimer Unternehmerseminar (Münster/Mannheim); Universitätsseminar der Wirtschaft (USW) (Köln, St. Augustin); Rudolf Poensgen-Stiftung, Düsseldorf und Akademie für Führungskräfte, Bad Harzburg, unter der Leitung von R. Höhn [82]).

Prof. Höhn, 1935 Direktor des Instituts für Staatsforschung der Universität Berlin, Träger des „Ehrendegens des Reichsführers SS" und Generalleutnant der Waffen-SS [83]), nimmt zweifellos eine Schlüsselstellung ein. Als einer der ersten propagierte er seit 1956 die „Führung im Mitarbeiterverhältnis" und entwickelte darauf aufbauend ein relativ geschlossenes Führungs- und Organisationsmodell, das u. a. von VW, Phoenix Rheinrohr und Karstadt weitgehend übernommen wurde. Allerdings war die Verknüpfung zu EDV und „wissenschaftlicher Unternehmensführung" zu Anfang nicht gegeben. Der Begründungszusammenhang ergab sich aus dem gesamtgesellschaftlichen „Demokratisierungsprozeß" nach der Niederlage des Faschismus [84]).

An bedeutenden ausländischen Schulen, die von deutschen Managern besucht werden, sind zu nennen: Insead in Fontainbleau, der 1970 das Kasseler IMA-Institut nachgebildet wurde; Imede von Nestlé in Lausanne und schließlich „das

---

78) Nagel, a.a.O. (Anm. 4), S. 27.
79) Ebenda, S. 23; vgl. „Nach dem Studium: ein Studium ‚on job'. Ausbildungsprogramme der Industrie" (I), in: Analysen, Nr. 1/1971, S. 49 ff.; „Mit dem Bleistift in der Hand", Capital Interview mit IBM-Manager Dr. Manfred Wahl, in: Capital Nr. 4/1970, S. 139.
80) Vgl. Führungskräfte für die Zukunft, a.a.O. (Anm. 77).
81) Vgl. „Der arme Kreis von Wuppertal", in: Plus, Nr. 5/1970.
82) Vgl. „Schulen für Manager", in: Capital Nr. 4/1970, S. 131 ff.; „Manager nach Maß", in: Frankfurter Rundschau, 25. 4. 1970, S. III; „Hohe Schule des Managements", in: VDI-Nachrichten Nr. 3/20. 1. 71, S. 10.
83) Nach Braunbuch, Berlin (DDR) 1968³, S. 343 f.
84) Vgl. Höhn/Böhme, Führungsbrevier, a.a.O. (Anm. 51), S. 1 ff. (dort weitere Literatur zum „Harzburger Modell").

Mekka der Manager", die Harvard Business School in den USA [85]). Doch dürfte es in absehbarer Zeit durch Dozentenaustausch u. ä. zu einer Angleichung der Qualität kommen, zumal die modernsten Methoden, wie programmierte Unterweisung, Rollenspiele, Gruppendynamik, Brainstorming, Sensitivity Training bereits von fast allen deutschen Schulen angewandt werden. Im ebenfalls von Vaupel begründeten USW beteiligen sich 76 Unternehmen mit je 5000 DM Einlage. Sie bezahlen für einen zehnwöchigen Lehrgang ihrer Manager nochmals 5000 bis 7000 DM. Der Trainingskurs wird unter strengster Klausur, bei etwa 14stündigen Arbeitspensum täglich, im Kloster St. Augustin bei Bonn durchgeführt. Allerding ist es in der BRD noch nicht soweit, wie in den USA, wo man Manager wie Ranger in menschenleeren Gebieten absetzt, um — gleich der Situation auf dem kapitalistischen Markt — die Kunst des Überlebens zu üben [86]).

Bemerkungen zu den Feierlichkeiten anläßlich der Gründung des persischen Reiches vor 2500 Jahren

Von Hassan Nazari

Aus Anlaß der 2500-Jahr-Feier im Iran haben wir Hassan Nazari um seine Auffassung zu dem umstrittenen Ereignis gebeten. Nazari gehörte als Offizier der iranischen Luftwaffe der „Nationalen Front" Mohammed Mossadeghs an. Nach dem Sturz der Regierung Mossadegh, die neben anderen antiimperialistischen Maßnahmen die Verstaatlichung der iranischen Erdölindustrie angeordnet hatte, mußte Hassan Nazari das Land verlassen. Der Autor hat sich inzwischen habilitiert und übt ein wirtschaftswissenschaftliches Lehramt in Berlin aus.

Die bevorstehenden Feierlichkeiten haben verstärkte Aufmerksamkeit auf die Politik Schah Reza Pahlevis und die Situation im heutigen Iran gelenkt. Hassan Nazari entwickelt zu diesem kontroversen Thema, das in dem nachstehenden Beitrag in die Perspektive der geschichtlichen Entwicklung Persiens gestellt ist, in mancher Hinsicht unkonventionelle Einschätzungen. Dabei werden Fragen aufgeworfen, die sicherlich zu einer Verbreiterung und Vertiefung verschiedener Punkte und zu einer Auseinandersetzung mit neuen Aspekten der iranischen Entwicklung anregen. D. Red.

I

Am 12. Oktober 1971 werden in Teheran die Jubiläumsfeierlichkeiten anläßlich der Gründung des ersten iranischen Großreiches vor 2500 Jahren durch den

85) Zu Harvard vgl. Harald Scheuplein, Der soziale Aspekt in der Lehre von der Unternehmensführung in den USA, in: Personal Nr. 3/1968, S. 27 f.
86) Der Spiegel, Nr. 36/1. 9. 1969, S. 90 f.

Schahinschah von Persien offiziell eröffnet. Fast eine Woche dauern die Feierlichkeiten in Anwesenheit von mehr als fünfzig ausländischen Königen und Staatsoberhäuptern. Man hat schon vierzig ebenso prächtige wie kostspielige Teppiche mit den Konterfeis von Oberhäuptern der befreundeten Teilnehmerstaaten fertiggestellt, um sie den hohen Gästen während der Feierlichkeiten zu präsentieren.

Höhepunkt dieser gigantischen Zeremonie in Persepolis soll eine Parade sein, an der Einheiten der Armee in der prächtigen Kleidung der verschiedenen Epochen der iranischen Geschichte teilnehmen und die über Satelliten vom Fernsehen der ganzen Welt ausgestrahlt wird. Anläßlich dieses denkwürdigen Festes wird in Teheran ein riesiges Monument — fast 45 m hoch — namens „Schahyad Aryamehr" eingerichtet, das alle Entwicklungsperioden des Iran widerspiegelt. Außerdem werden mit der materiellen Hilfe der Bevölkerung 2500 Schulen und 2500 Ambulatorien fertiggestellt.

Die Organisation und Durchführung dieser umfassenden Feierlichkeiten obliegt Franzosen. Zunächst wurde der Bau eines großen Hotels geplant, das aber wahrscheinlich für die Organisatoren nicht profitabel genug war. Der Franzose Pierre Dalbée, der die Hauptrolle in diesem Vorhaben spielt, schlug daher dem Schah im September 1970 vor, ein Dorf zu bauen, wie das „Camp du Drap d'Or", das Francois I. für den Empfang Henrys VIII. im Juni 1520 errichtete. Das Projekt wurde gebilligt und alle Baumaterialien, von Zelten und Teppichen bis zu den zweihundert Luxusbädern, in Frankreich gekauft und mit hundert Flugzeugen sowie vierzig Lastkraftwagen nach Persepolis transportiert. Das größte Zelt für die Zeremonie ist fünfundsechzig m lang, fünfundzwanzig m breit und fünfzehn m hoch. Für das vierundsechzig ha große Dorf wurden ein riesiger Wasserturm, der den hohen Gästen täglich 500 000 Liter Wasser anbieten kann, sowie ein Landeplatz für Hubschrauber gebaut. Fünfzig direkte Telefonleitungen mit dreihundert Telefonanschlüssen werden das Dorf mit der ganzen Welt verbinden. Eine neue sechzig km lange Autobahn führt von der Stadt Schiras nach Persepolis. Für das dreißigminütige Spektakel „Ton und Licht" über die Geschichte von Persepolis haben sich die Franzosen André Castelot und Pierre Arnaud mit einer elektronischen Anlage vorbereitet. Alexandre Cartia und Elisabeth Arden sorgen in einundzwanzig Kabinen und Salons für die Schönheit der Gäste. Louis Vandable, der Direktor des „Maxim", wird mit seinen fünfunddreißig Köchen und einhundertfünfzig Kellnern die Festtafel mit fünfzig Tonnen persischem Kaviar lukullisch bereichern und 5000 Flaschen Champagner aus Frankreich knallen lassen.

Allerdings — über diese Ausgaben bleibt man diskret, denn „le silence est d' or", wie der Pariser „France Soir" am 2. 4. 1971 schrieb, „Schweigen ist Gold"!

II

Um dies große Jubiläumsfest verstehen zu können, ist es notwendig, einen Blick auf die Geschichte des Altertums vor 2500 Jahren zu werfen. Mit den elementaren Kenntnissen über die alte Welt ausgerüstet, lassen sich bessere Schlußfolgerungen ziehen.

Der Weg der Perser zur Weltmacht beginnt 800 Jahre v. u. Z., als die persischen Stämme vom Norden des iranischen Hochlands nach Süden ziehen mußten. Seit dem Ende des 8. Jahrhunderts v. u. Z. stießen volkreiche Stämme von Reiterkriegern aus dem Kaukasus herab in den Süden. Diese Stämme waren Skythen, Meder und Perser, ihrer Sprache nach alle Iraner. Die Meder gründeten im 8. Jahrhundert im Nordwest-Iran ihr Reich mit der Hauptstadt Uschkaja und später Ekbatana

(Hamadan). Die Perser zogen in den Süden Irans und mußten sich im Jahre 700 v. u. Z. den Elamiten beugen. Fünfundzwanzig Jahre später waren sie den Medern unterworfen. 653 v. u. Z. wurden die Perser durch die Skythen von der Mederherrschaft befreit und bildeten unter Chischpisch, Sohn des Achaimenes, den ersten persischen Staat in Parsa. Vor seinem Tode 640 v. u. Z. teilte Chischpisch sein Reich zwischen seinen Söhnen Ariaramna und Kurasch. Ariaramna (640 bis 595 v. u. Z.) wurde Großkönig des Landes Parsa, heute Fars, mit der Hauptstadt Pasargadai, und Kurasch (Kyros I.) Großkönig von Parsumasch, heute Khusistan, mit der Hauptstadt Masdschidi-Sulaiman.

Nach dem Tode des assyrischen Königs Assurbanipal (626 v. u. Z.) und der Niederlage der Skythen (625 v. u. Z.) errichtete der König Uakschatar (Kyaxares) ein medisches Reich, das auch die beiden persischen Staaten umfaßte. In dieser Periode waren die persischen Könige Vasallen der Meder. Zu Beginn des 6. Jahrhunderts verwüsteten die Meder mit Hilfe des neubabylonischen Staates die beiden asssyrischen Städte Ninive und Harran, und damit schied das assyrische Reich für immer aus der Geschichte aus (609 v. u. Z.). In dieser Zeit herrschten drei Mächte in Vorderasien: die Lyder in Kleinasien, die Meder im Bergland und die Neubabylonier im Tiefland von Susa bis Jerusalem. Der Frieden unter ihnen dauerte fast vierzig Jahre. Inzwischen vereinigten sich die Perser [1]) unter Kurasch (Kyros) II., dem Sohn des Perserkönigs Kambudschija I. (Kambyses) und Neffen des Mederkönigs Ischtuwegu (Astyages). Die Voraussetzungen für den Aufstieg Kurasch' II. waren die Vertiefung der Widersprüche des Mederreiches, die Korruption am Hofe, sein militärisches Talent, seine persönliche Energie, geschickte Toleranzpolitik und nicht zuletzt die Gleichberechtigung zwischen Medern und Persern. Im Jahre 550 v. u. Z. zog Ischtuwegu (Astyages) mit seinen Truppen gegen Kurasch II., König von Anschan, um ihn zu besiegen, wurde aber selbst geschlagen.

Der Aufstieg des Kurasch beunruhigte die Nachbarstaaten Lydien und Neubabylon. Lyderkönig Kroisos rüstete sich zum Zuge gegen die Perser. Aber ein kluger Lyder, Sandanis, der wahrscheinlich über die Kräfteverhältnisse beider Staaten Bescheid wußte, warnte Kroisos vor der Gefahr und sagte: „Herr, was willst du gegen diese Leute ziehen, die lederne Hosen und lederne Kleider tragen, nicht essen was sie mögen, sondern was sie haben, und in einem rauhen Lande wohnen? Sie haben keinen Wein, sondern müssen sich mit Wasser begnügen, auch keine Feige noch sonst was Gutes . . ." [2]). Tatsächlich waren die Perser nicht so reich wie die Lyder und die Babylonier. Sie hatten keinen „Handelsverkehr und überhaupt keinen Marktplatz" [3]), hatten sich aber auf den Krieg gut vorbereitet und lehrten ihre Knaben „vom fünften bis zum zwanzigsten Jahre nur dreierlei: Reiten, Bogenschießen und die Wahrheit zu sagen" [4]).

Kroisos schätzte die Gefährdung durch Kurasch II. genau ein und versuchte, ihr zuvorzukommen. Im Jahre 547 v. u. Z. zog er mit seinen Heeren gegen die Perser. Die persischen Heere waren organisierter, schneller und mit ihren Reitereinheiten beweglicher als die Lyderarmeen. Sie besaßen eine ausgezeichnete Kriegstaktik, so daß sie durch all diese Vorteile in einem vierzehntägigen Blitzkrieg die Hauptstadt Sardeis erobern und Kroisos gefangennehmen konnten.

Kroisos wurde nicht, wie es damals üblich war, umgebracht, sondern erhielt einen Ehrenplatz neben dem Großkönig. Acht Jahre später zog Kurasch II. in Baby-

1) Zu den damaligen Persern gehörten folgende Stämme: „Die Pasargader, die Maraphier, die Maspier, . . . die Panthialaier, die Derusialier, die Germanier, die alle Ackerbau treiben, dann aber auch die Daer, die Marder, die Dropiker, die Sagartier, und das sind Hirtenvölker.", Herodot, Erstes Buch, Kleio, Kapitel 125.
2) Herodot, Erstes Buch, Kapitel 71.
3) Ebenda, Kapitel 151.
4) Ebenda, Kapitel 136.

lon ein und erhielt von der babylonischen Priesterschaft den Titel „König aller Länder". In kurzer Zeit drangen die persischen Heere weit nach Westen und Osten vor. Sie gründeten vom Bosporus bis zum Oxus (Oxus-Amu-Darja-Fluß) ein großes Reich. Der Krieg gegen die Massagaten im fernen Mittelasien und der Tod des Großkönigs verhinderten den Marsch nach Ägypten. Der Sohn von Kurasch, der Große Kambyses befestigte zunächst die Grenzen zu den Massagaten und Sacken, eroberte dann Syrien und stieß 525 v. u. Z. nach Ägypten vor. Seine Heere drangen nach Westen bis Karthago und nach Süden bis Äthiopien. Während der Herrschaft von Darius I. (Dareios-Dariusch) wurde das Reich weiter ausgedehnt und erreichte den Höhepunkt seines historischen Glanzes. Der Großkönig mußte neunzehn Schlachten gegen die abfallenden Länder führen, um die Einheit des Reiches mit Gewalt zu gewährleisten. Das Achämenidenreich erstreckte sich in dieser Zeit „gegen Süden bis dahin, wo Menschen vor Hitze, und gegen Norden bis dahin, wo sie vor Kälte nicht wohnen können", alles in der Mitte liegende Land aber „wurde von Satrapen ... verwaltet" [5]).

Obwohl viele Völker freiwillig und vor Angst dem Großkönig „Erde und Wasser" gaben, wurden alle durch die persische Macht unterdrückt. Die Satrapen waren die Statthalter, die Machtvertreter des Großkönigs und mußten die Steuern von den dreiundzwanzig Provinzen einziehen [6]). Die Aufteilung der Gesellschaft in Arme und Reiche, die durch die permanenten Kriege unvermeidbar war, beschleunigte den Übergang von der Gentilordnung zur Klassengesellschaft. Die neue Gesellschaftsordnung brachte neue Widersprüche, die mit der Entwicklung des Reiches vertieft wurden. Der Athener Offizier Xenephon, der den Marsch und die Niederlage von 10 000 griechischen Söldnern im Jahre 401 v. u. Z. miterlebte, schrieb, „daß das Reich des Großkönigs zwar durch die Menge der Länder und Menschen mächtig, durch die Länge der Wege und die Zersplitterung der Heeresmacht eben schwach ist, wenn jemand den Krieg rasch zu führen versteht" [7]).

Obwohl die Größe des Reiches und die Zersplitterung der Heerführung die schwachen Seiten des Imperiums darstellten, waren dies aber nicht die Hauptgründe des Unterganges der Achämenidendynastie. Die Herrschaft der Achämeniden hatte allmählich die Privilegien der oberen Schicht der Perser ausgedehnt, und damit verschlechterte sich das ursprüngliche Verhältnis zwischen den unterdrückten Völkern und dem Perserstaat. Steuern, Zwangsarbeit zum Wohle des Perserreiches, Unterdrückung der Völker, Korruption, der Purpur der Oligarchen, Intrigen innerhalb des Königshofes usw. waren die Hauptursachen des Niederganges der Achämenidendynastie. Je länger die Herrschaft der Achämeniden dauerte, desto stärker verbreitete sich der Kampf gegen die Perser im weiten Imperium. Während die Achämeniden ihren Sieg genossen, vereinigten sich die griechischen Stadtstaaten gegen die Perserherrschaft. Die Vertiefung der Widersprüche schwächte das Fundament der Achämenidendynastie, und das Reich brach im Krieg gegen Alexander den Großen zusammen.

Die Perser haben über 220 Jahre lang den größten Teil der alten Welt beherrscht und einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Zivilisation geleistet. Aber die Geschichtsschreiber, sogar die modernen Historiker, haben bis zum 19. Jahrhundert die Rolle, die die Perser in der Geschichte gespielt haben, nicht richtig eingeschätzt. Die Europäer haben sich mit der iranischen Geschichte durch griechische und römische Quellen vertraut gemacht. Die Länder Afrikas und Asiens wurden zum Objekt der europäischen Kolonialpolitik. Die Industrieländer wähn-

5) Xenephon, Anabasis (Hinaufmarsch), Verlag Philipp Reclam Jun., S. 24.
6) Bei Herodot, 20 Provinzen, Drittes Buch, Thalia, Kapitel 89.
7) Xenephon, Anabasis, a.a.O., S. 25.

ten eine „Mission der Zivilisation" gegenüber den „Barbaren" zu haben und sahen nichts Positives in der Rolle der Chinesen, Inder, Ägypter und Perser in der Entwicklungsgeschichte. Oft wurden die Angaben der alten Geschichtsschreiber wie Herodot, Xenophon usw. über die Rolle der Perser für falsch gehalten oder einfach „vergessen".

III

Man fragt sich, ob die Perser die Gründung des ersten Großreiches der Geschichte feiern dürfen oder nicht. Meiner Ansicht nach haben die Perser das Recht, dieses Datum zu feiern. Dabei geht es nicht um die Organisatoren des Jubiläums, sondern um eine bedeutende Erscheinung in der Entwicklungsgeschichte der Menschheit sowie um ein Volk, das in diesem Prozeß eine führende Rolle gespielt hat. Es geht nicht um den Kaviar- und Sektverbrauch, sondern um das Bewußtsein des iranischen Volkes, das danach strebt, eine moderne und progessive Gesellschaft aufzubauen. Natürlich haben die Organisatoren der Feierlichkeiten, insbesondere die Franzosen, viel mehr an ihre Taschen gedacht als an die historische Bedeutung dieses Phänomens. Gewiß wäre es wünschenswert, wenn man die Ausgaben für die Feierlichkeiten auf das Minimum reduzierte, dennoch aber sollte niemand die Bedeutung dieses Vorhabens ignorieren.

Die Entstehung und Verstärkung des Achämenidenstaates war eine positive und progressive Erscheinung vor 2500 Jahren. Die geographische Lage des Hochlands von Iran, Mesopotamiens sowie Kleinasiens verwickelte diese Gebiete oft in kriegerische Auseinandersetzungen. Das Eindringen der feindlichen Stämme von vielen Seiten war einer der wichtigsten Gründe der Verwüstung von Städten, manchmal sogar der Vernichtung von tausendjähriger Kultur und Zivilisation. Außerdem war die gesamte Menschheit gegenüber der Natur sehr schwach. Das Eindringen kriegerischer Nomaden, Naturkatastrophen, Hunger und Krankheiten vernichteten zum Teil die Bevölkerung ganzer Landstriche. Es dauerte eine sehr lange Zeit, bis die Folgen der Ausplünderung und Verwüstung durch Kriege und Naturereignisse beseitigt werden konnten. Nach der Gründung des Achämenidenreiches konnte die Vernichtung und Verwüstung der Stadtstaaten und ihrer Kultur fast 250 Jahre lang verhindert werden. Das war das eindeutige und große Verdienst des Achämenidenreiches.

Der politisch zentralisierte Staat ermöglichte die Ausdehnung des Warenaustausches innerhalb des Großreiches. Der Warenaustausch führte zur weiteren Arbeitsteilung, Produktion neuer Waren, zur Blüte der Heimindustrie, zu Kooperation und Manufakturen. Die weitere Entwicklung des Handels wiederum schuf neue Beziehungen unter den Völkern. Während der Regierungszeit Darius I. wurden die „Dareiken" geprägt. Sie waren die ersten Großgold- und Welthandelsmünzen des Altertums [8]). Die Erscheinung des Weltgeldes war objektiv notwendig und wirkte stark auf den Kulturaustausch innerhalb des Reiches. Es vermittelte die Annäherung der Völker und den Austausch ihrer Erfahrungen und Erfindungen. Durch die Einheit des Reiches wurde es zum Beispiel möglich, die Feldmeßkunst und Mathematik der Ägypter, die Sonnenuhr der Babylonier

8) Nach der Unterwerfung des Lyderreiches durch Kyros II. (559 bis 529 v. u. Z.), hatten die Perser die Prägung von Goldmünzen übernommen. Nach Kyros' Nachfolger, Dareiros I. (521 bis 485 v. u. Z.), wurden die Goldmünzen bis in die Zeit Alexanders des Großen „Dareiken" genannt. Sie stellten den persischen Großkönig im Knielaufschema (auf einem Knie ruhend) als Bogenschützen dar, weshalb man sie auch als toxotai (Bogenschützen) bezeichnete. Die „Dareiken" wogen 8 Gramm. Dieses Gewicht weisen die meisten Weltgoldmünzen bis in die Gegenwart auf. Die „Dareiken" sind in ungeheuren Mengen ausgegeben worden und dienten im Perserreich, das vom Hellespont bis zum Persischen Golf, vom Kaspischen Meer bis zum Nil reichte, als Umlaufmittel. Neben den „Dareiken" wurden von den Persern bei einem Wertverhältnis von Gold zu Silber wie 1 : 13½ noch silberne Sigloi oder Schekel mit demselben Typus ausgegeben. Vgl. Arthur Suhle, Die Münze, Koehler & Amelang, Leipzig ,S. 13.

und ihre Einteilung des Tages in zwölf Stunden, die Medizin und Philosophie der Griechen und die Schiffahrt und den Brückenbau der Phönizier unter den Völkern zu verbreiten. Die anderen Völker übernahmen von den Persern Kenntnisse im Gartenbau, zum Beispiel in der Blumenzucht, im Obstbau, in der Anlage von Parks, der Zucht des Haushuhns [9]), der Pferdezucht und der Reiterkunst, der unterirdischen Bewässerung, in der Monumentalarchitektur, im Verkehrswesen und in der Staatsorganisation [10]). In diesem Sinne war der Achämenidenstaat ein Vermittler, eine Brücke zwischen Asien, Europa und Nordafrika.

Die Perser haben zum ersten Mal die Führungslehre eines Groß- und Vielvölkerstaates anderen Völkern vermittelt. Darius I. hat das Steuersystem, den Umfang der Abgaben für jede Provinz, die Aufgaben und Rechte der Satrapen festgelegt. Die Satrapen des Großkönigs hatten freie Hand für die Durchführung ihrer Staatsaufgaben. Auch die Glaubensgebräuche und die Kulturen der verschiedenen Völker des Imperiums wurden geachtet. Solange die humanitäre Methode der Staatsführung andauerte, zahlten die Völker ihre Steuern regelmäßig an den persischen Staat. Einige Völker wie zum Beispiel die Araber, die Äthiopier aus der Stadt Nysa, die Kolcher vom Kaukasus sowie einige griechische Stadtstaaten leisteten die Abgaben an den persischen Schatz sogar freiwillig. Die Steuern und Abgaben waren Zeichen der Freundschaft und des Bündnisses mit den Persern, die diese Völker vor dem Eindringen der kriegerischen Nomaden schützen mußten. Die Konzentration der Steuern und des Geldes in der Hand des Achämenidenstaates ermöglichte die Errichtung der „Königsstraße" von Persepolis bis Sardeis [11]), von Staudämmen, Kanälen usw. Der reiche Schatz ermöglichte auch die kostspielige Seefahrt [12]). Die Perser versuchten als erste, eine Rundfahrt um Afrika zu unternehmen. Sie entdeckten mit ihrer Flotte, wie Herodot schrieb, große Teile Asiens [13]). Die finanzielle Macht des Staates sowie die Zusammenarbeit der Völker ermöglichten den Bau eines Kanals „zwischen Nil und Arabischem Meerbusen" [14]). Das war die erste Verbindung zwischen Mittelmeer und Rotem Meer. Der Kanal verkürzte den Seeweg zwischen Asien, Europa und Nordarika und erleichterte die direkte Handelsverbindung zwischen vielen Ländern. Die Perser haben auch zum ersten Mal eine Brücke zwischen Kleinasien und Europa geschlagen. Zur besseren Verwaltung wurden außer den Reichsstraßen eine Staatspost-Angareion eingerichtet. Eilige Nachrichten konnten nun durch Botendienste und Fackelzeichen weitergegeben werden. „Es gibt nichts Schnelleres in der Welt als den Botendienst, welchen die Perser eingerichtet haben. Soviel Tagereisen nämlich die ganze Wegstrecke beträgt, soviel Pferde und Leute sind angestellt, und zwar für jede Tagereise ein Pferd und ein Mann, und sie dürfen sich nicht durch Schnee und Regen, durch Nacht oder Tageshitze abhalten lassen, die ihnen angewiesene Strecke so schnell als möglich zurückzulegen" [15]).

Die Perser der Achämenidenepoche fanden die richtige pädagogische Methode für die Erziehung der Kinder. Gutes Denken, gutes Reden und gutes Handeln galten als das erste materialistische pädagogische Prinzip, das im allgemeinen frei von religiösen Phantasien und Idealismus war. Die Perser lernten die Arbeit und die militärische Ausbildung nebeneinander. Sogar die Könige und ihre Söhne mußten in der Arbeit, körperlicher Arbeit, stärker und besser als die anderen

9) C. Löwe, H. A. Stoll, Die Antike in Stichworten, Koehler & Amelung, Leipzig 1967, S. 243.
10) Burchard Brentjes, Die orientalische Welt, Berlin 1970, S. 190.
11) Mehr als 2000 km.
12) Die Beute an Gold und Silber, die sich Alexander der Große in Babylon, Susa und Persepolis angeeignet hat, betrug etwa 250 000 kg Edelmetall. B. Brentjes, Die orientalische Welt, Berlin 1970, S. 209.
13) Herodot, Viertes Buch, Kapitel 44.
14) Herodot, Viertes Buch, Kapitel 39, Siebentes Buch, Kapitel 124.
15) Herodot, Achtes Buch, Kapitel 98.

sein. Die Lüge, die Eitelkeit bei der Beurteilung der Taten sowie Haß gegen andere Völker waren den Persern fremd. Sie waren in der Tat die ersten „Internationalisten".

Die Perser, schrieb Herodot, schätzten die Vorzüge und Kultur anderer Völker. „Kein Volk neigt so zur Fremdtümelei wie die Perser. Sie tragen medische Kleidung, weil sie diese hübscher finden als ihre eigene, und im Kriege ägyptische Panzer. Wo sie von ausländischer Torheit und Lastern hören, müssen sie es gleich nachmachen..." [16]). Die Tapferkeit, Ehrlichkeit, Sauberkeit und Achtung anderer Völker standen bei ihnen, wie Herodot äußerte, in höchsten Ehren. Die moralische Kraft fanden die Perser in ihrem Glauben, der mit dem Namen Zarathuschtra (Zarathustra) [17]) verbunden ist. Zarathuschtra, der wahrscheinlich im 7. Jahrhundert vor Christus lebte, erklärte die Weltordnung mit einer religiös begründeten Dialektik. In seiner Lehre gab er dem uralten Lichtgott Ahura Mazda die moralische Wertung des Guten und dem Ahriman die des Bösen. Der Kampf zwischen Ahura Mazda und Ahriman endete immer mit dem Sieg des Guten. Die Lehre Zarathuschtras sprengte ideeologisch die Fesseln der persischen Urgesellschaft und half der entstehenden Klassengesellschaft, einen neuen, ihr entsprechenden Überbau auszubilden. Seine Lehre stellte also einen realen Fortschritt dar, obwohl sie bald zum Mittel der Klassenherrschaft von Ausbeutern wurde [18]). Zweifelsohne war Zarathuschtras Lehre eine humanistische Lehre, die dem Menschen Leistungsfähigkeit, Mut im Kampf gegen die Naturgewalten und Schöpferkraft in der Produktion, besonders in der Landwirtschaft, gab.

Mit der Entwicklung der damaligen Klassengesellschaft verschwanden die Vorzüge der pädagogischen und religiösen Lehre. Die Vertiefung der Widersprüche führte zum Zerfall der Achämenidengesellschaft. Trotz der Niederlage Persiens im Jahre 331 v. u. Z. dauerte die Herrschaft der Griechen nicht lange. Alexander der Große starb im Jahre 323, war also nur acht Jahre Herrscher in Persien. Mit seinem Tode zerfiel sein Imperium; das Seleukidenreich konnte seine Herrschaft nicht im ganzen Land durchsetzen. Die geistige Kraft der Perser triumphierte über die Griechen, und die Befreiungsbewegung führte zum Zusammenbruch der Seleukidendynastie. Im größten Teil des Perserreiches kämpften die Parther, die im Jahre 247 v. u. Z. die Seleukidendynastie stürzten und wiederum eine neue persische Dynastie — die Arsakidendynastie — gründeten. Das Partherreich hatte in der Geschichte des Iran die längste Existenzdauer (fast 500 Jahre, von 247 v. u. Z. bis 226 u. Z.). Der Partherstaat war ein Reich der Oligarchen; der Hochadel herrschte über das Imperium. Die Könige hatten also nicht die ganze Staatsmacht in der Hand, sie mußten mit dem Willen und den Wünschen des Partheradels rechnen.

Die permanenten Kriege zwischen den Parthern und Römern schwächten ihre Macht, vertieften die Widersprüche und führten das persische und römische Imperium zum Zerfall. Die Partherherrschaft wurde durch die Sassaniden fortgesetzt, und die neue persische Dynastie vollendete die Eroberung des alten Achämenidenreiches. Die Sassanidenherrschaft dauerte von 226 u. Z. bis 651. Diese Periode der iranischen Geschichte war voller sozial-politischer Konflikte. Innerhalb des Staates verschärfte sich der Kampf zwischen den Königen und Priestern, zwischen Reichtum und Armut. Außerhalb des Reiches waren die Nomaden des Nordens und das byzanthinische Imperium Hauptfeinde der Perser. Die Christen wurden verfolgt, die religiöse Lehre von Zarathuschtra verlor ihre Kraft, der neue Religionsreformator, Mani, wurde hingerichtet (227) und die Mazdakiden, die

16) Herodot, Erstes Buch, Kapitel 134/135.
17) Persisch Zardusdht.
18) B. Brentjes, Die orientalische Welt, a.a.O., S. 166—170.

ersten Religionskommunisten, wurden vernichtet. Die Probleme des Sassanidenstaats waren dadurch nicht zu lösen, der Glanz der ersten Sassanidenherrschaft nicht wieder zu beleben. Das persische Reich befand sich in einer tiefen Krise. Die sozial-politische Krise erleichterte den Sieg der durch Mohammed geeinigten Araber bei Kadisiya (636) und Nehavend (641). Mit der Niederlage der persischen Armee und der Ermordung Jezdegerds III. wurde der Iran ein Bestandteil des arabischen Kalifats.

Das arabische Imperium war zwar nicht organisatorisch, dafür aber ideologisch sehr mächtig. Mit der Ausnutzung der islamischen Religion als Herrschaftsideologie, als Unterdrückungsinstrument gegen andere Völker, beginnt der Zerfall des arabischen Reiches. Das islamische Imperium, das ein Territorium vom Industal bis Spanien umfaßte, wurde schon während der Omaiyadendynastie (661 bis 750) gespalten.

Die Schiabewegung [19]) im Jahre 680 versuchten die Perser gegen die arabische Herrschaft auszunutzen. Der Kampf gegen die arabische Herrschaft führte zur Bildung der lokalen Dynastie und zur Renaissance der persischen Kultur. Um wieder einen einheitlichen Staat aufzubauen, brauchten die Perser allerdings fast 850 Jahre. Erst mit der Gründung des Safawidenreiches (1501 bis 1722) erschien ein Teil des alten Perserreiches als einheitlicher Perserstaat wieder in der Geschichte.

Die Safawiden waren vom Türknomadenstamm „Weißer Hammel". Der Herrscher des „Weißen Hammels" war Safi-oddin-Ishaq (1252 bis 1334), der als Stammvater der Safawiden gilt. Sie erklärten den Schiiten-Glauben zur Staatsreligion. Damit wendeten sie sich gegen die Osmanen, die danach strebten, sich als einziger Nachfolger des islamischen Kalifats zu behaupten.

Nadir Kuli Khan, der berühmte Heerführer, der später als Nadir-Schah im Iran herrschte, war auch ein iranischer Türke. Er eroberte im Jahre 1736 den ganzen westlichen und nördlichen Teil des alten Perserreiches bis Indien. Die ununterbrochenen Kriege (fast 150 Jahre) zwischen den Persern und Türken verschlechterten die ökonomische und finanzielle Lage der persischen und osmanischen Staaten.

III

Unter den Kadschariden (Kadjaren, 1787 bis 1925) erlebte der Iran eine neue Krise seiner Geschichte. In Europa siegte die industrielle Revolution, und die kapitalistische Produktionsweise konnte ihre Herrschaft in vielen westeuorpäischen Ländern und in Nordamerika durchsetzen. Aber der Iran blieb weiter im Rahmen der Feudalverhältnisse. Die rasche Entwicklung der Industrie und der Konkurrenzkampf führten in Europa und Nordamerika am Ende des 19. Jahrhunderts zur Konzentration der Produktion, der Banken, zur Entstehung und Herrschaft der Monopole. Mit dem Beginn der imperialistischen Epoche wird der Iran, wie alle anderen schwach entwickelten Länder, zur Kampfarena der großen kapitalistischen Mächte. Obwohl das Land seine Unabhängigkeit formell behaupten konnte, wurde es in der Tat, wie W. I. Lenin schrieb, „Fast eine Kolonie" des zaristischen Rußland und des britischen Imperialismus. Der Ausgang des 19. und der Beginn des 20. Jahrhunderts sind die Übergangsperiode vom alten zum modernen Kapitalismus. Diese Zeitspanne ist der Beginn der Vormachtstellung

[19]) Schiiten waren Anhänger Alis, der der Cousin, Schwiegersohn Mohammeds und vierter Kalif war. Sie sammelten sich um Hussain, den zweiten Sohn Alis, gegen Yazid, Sohn von Muawiya. Hussain und seine Anhänger wurden im Jahre 680 bei Kerbelas erschlagen. Die Perser haben diese Ereignisse gegen die arabische Herrschaft in ihrer Befreiungsbewegung ausgenutzt.

des Finanzkapitals auf dem gesamten Wirtschaftssektor. In der Herrschaftsperiode des Finanzkapitals ist die Kapitalausfuhr in den verschiedenen Formen das Hauptmittel zur Teilung der Welt und zur Erhaltung der gewinnbringenden Konzessionen. Zu dieser Zeit war der Iran ein sehr schwaches Land. Er stand im Mittelpunkt des Kampfes der Großmächte und mußte viele Konzessionsabkommen zugunsten der ausländischen Monopole abschließen. Die politische und soziale Situation des Iran war ebenso schlecht wie seine Wirtschaftslage. In allen Kriegen, in die das Land im 19. Jahrhundert verwickelt war, erlitt es Niederlagen. Die Hauptursachen dieser Niederlagen waren das Fehlen von modernen Waffen und Munition, Militärausbildung und Taktik. Die kontinuierlichen Niederlagen brachten die Kadscharenherrscher auf den Gedanken, eine neue Armee aufzubauen. Sie bedienten sich der zaristischen Offiziere als Experten und Ausbilder. Diese Offiziere rissen jahrelang die Schlüsselpositionen der Politik an sich und untergruben die labile politische Unabhängigkeit des Iran.

Als Staatsform herrschte im Iran ein despotisches Regime, das mit den Produktionsverhältnissen übereinstimmte. An der Spitze des Staates stand der Schah, der den Kanzler, die Minister und die Gouverneure ernannte oder absetzte. Die Befehle des Schahs mußten von den Regierungsstellen bedingungslos ausgeführt werden. Die Volksmassen hatten keinerlei Bürgerrechte. Trotz des Despotismus des Schahs wurden seine Befehle schon in nächster Umgebung von Teheran nicht ausgeführt. Der Schah, seine Minister und Gouverneure wurden ausführende Organe der ausländischen Mächte. Nasser-oddin-Schah schrieb in seinen Erinnerungen folgende Zeilen über seine Lage: „Will ich nach dem Norden des Landes fahren, protestiert der englische Botschafter, will ich nach dem Süden, protestiert der russische Botschafter. Pfui, einem Königreich, in dem der König weder nach dem Norden noch nach dem Süden seines Landes fahren darf" [20]). Dieses Geständnis des Kadscharenschahs zeigt, in welcher Situation er und sein Regime sich befanden.

Die intensive Ausbeutung der Bauernschaft durch die Großgrundbesitzer und Wucherer, die Räubereien der Gouverneure und Regierungsbeamten einerseits sowie des ausländischen Kapitals andererseits führten zur Ruinierung der Dörfer und zur Hungersnot im ganzen Land. Die Veränderungen innerhalb des Irans und die neuen Beziehungen zu den europäischen Ländern untergruben den alten Überbau und seine Verwaltungsformen. Die Perser, die vor kurzem noch in einem stillen und sklavenhaften Leben schlummerten, niedergehalten in mittelalterlicher Stagnation, wurden zum Kampf um die neue Gesellschaftsordnung, für die elementaren Menschenrechte und die Demokratie aufgerüttelt. Die revolutionäre Bewegung im Iran hielt sechs Jahre an (1905 bis 1911) und erschütterte das Fundament der Kadscharendynastie. Der Erste Weltkrieg (1914 bis 1918), die Befreiungsbewegung der Dschangaliden (1916 bis 1921), die demokratischen Bewegungen von Khiabani, Colonel Pessjan und der Staatsstreich von Reza-Khan waren die letzten Schläge gegen die Kadscharendynastie, die im Jahre 1925 durch eine neue Dynastie — die Pahlevidynastie — ersetzt wurde. Mit der Gründung der Pahlevidynastie ergriffen die Perser nach 900 Jahren erneut die Staatsmacht. Die junge iranische Bourgeoisie sah in Reza-Schah ihren Interessenverteidiger und unterstützte deshalb alle positiven Vorhaben dieser neuen Dynastie. In den zwanziger und dreißiger Jahren unternahm die iranische Regierung wichtige Schritte zur Ausbildung der Infrastruktur und maschinellen Industrie. Obwohl Reza-Schah die Macht der Feudalherren zerbrach, blieben die Feudalverhältnisse im Lande weiterhin bestehen.

[20]) H. Makki, Kurzer Abriß über das politische Leben Ahmed-Schah-Kadschar, Teheran, 1944, Seite 5.

Am 25. August 1942 wurde der Iran von den Truppen der UdSSR, Großbritanniens und später der USA besetzt. Mit der Besetzung wurde die Industrialisierung des Irans unterbrochen, die Stagnation dauerte fast fünfzehn Jahre an. Abgesehen von den negativen Seiten hatten der Krieg und die Besetzung des Landes ein sehr positives Ergebnis für die Iraner. Die Verbreitung demokratischer Literatur brachte eine neue ideologische und organisatorische Beweglichkeit der iranischen Nation mit sich. Diese neue Dynamik, die die Iraner auf einen neuen Weg des sozialen Kampfes führte, ist in keinem Nachbarland in gleicher Weise vorhanden. Die neue gesellschaftliche Triebkraft, die zur Organisation der Parteien führte, konnte man bis jetzt nicht untergraben. Sie wurde sogar zur Befestigung des Herrschaftssystems ausgenutzt.

Die Industrialisierung des Iran wurde seit 1955 fortgesetzt und mit der Durchführung der Agrarreform im Jahre 1963 beschleunigt. In den letzten Jahren betrug das jährliche Wachstumstempo mehr als 10 Prozent. Das war nur mit Hilfe der sozialistischen Länder und durch die Steigerung der Erdöleinkommen möglich. Höchstwahrscheinlich stellt ein Durchschnittstempo bis zu 10 Prozent in den siebziger Jahren eine realistische Möglichkeit dar. Mit den neuen Industrialisierungsplänen rechnet man, den Iran zu einem Industrieland umwandeln zu können. Die siebziger Jahre stellen das Ende der Übergangsperiode für den Iran dar. Soweit unser kurzer Überblick über die 2500jährige Geschichte des Iran.

IV

In diesen Tagen bejubeln die Iraner die 2500jährige Gründung ihres Großreiches, das auf der Basis der ersten menschlichen Charta, der von Kurasch dem Großen, entstand. Damals sollte sie neue Verhältnisse zwischen den Menschen schaffen. Solange diese menschliche Charta als Grundlage der Staatspolitik beachtet wurde, war der Staat durch seine Einheit gegenüber den Feinden mächtig. Doch als die Politik der ersten Achämeniden durch die Ausplünderung, Vergeltungsmaßnahmen und Unterdrückung der Völker ersetzt wurde, vertieften sich die Widersprüche innerhalb des Imperiums. Die Veränderung der Staatspolitik und die Vertiefung der sozialen Widersprüche führten zum Zusammenbruch der Achämenidendynastie. Trotzdem war das sechste Jahrhundert ein Wendepunkt in der Geschichte der damaligen Völker.

Die Perser feiern heute dieses wichtige Datum und erhoffen einen neuen Wendepunkt in ihrer Geschichte, den sie mit einer modernen Methode schaffen müssen. Wenn man heute die Entstehung des großen Perserreiches feiern will, muß man den Zusammenhang zwischen dem Reich und der Kurasch-Charta in Betracht ziehen. Nach dieser Charta durfte kein Volk, kein Mensch wegen seines Glaubens oder seiner Überzeugung verfolgt oder unterdrückt werden. Die Charta ersetzte die Vergeltungsmaßnahmen der Sieger durch Freundschaft und Zusammenarbeit unter den Völkern, und das spiegelte den Geist Ahura-Mazdas des Guten — wider. Mit dem Jubiläum muß auch der Geist der Kurasch-Charta wiederbelebt werden. Das bedeutet, daß die Iraner alle demokratischen Rechte erhalten, daß alle politischen Häftlinge ihre Freiheit bekommen müssen, daß alle verbotenen politischen Organisationen, insbesondere die Tudeh-Partei und die Nationale Front, ihre legale Tätigkeit wieder aufnehmen dürfen. Mit diesen progressiven Maßnahmen würde der Geist der Kurasch-Charta auf die Verhältnisse unserer Zeit angewandt und das Jubiläum würde dadurch seinem Sinn gerecht.

Natürlich gibt es nicht wenige Staatsmänner, Religionsvertreter, sogar manche Professoren und Publizisten, die Gegner der Wiederzulassung der verbotenen Par-

teien und der Freilassung ihrer Mitglieder sind. Indem sie das heutige Regime verteidigen, stellen sie sich aber keinesfalls auf die Seite der menschlichen Charta von Kurasch dem Großen. Sie stellen ein Hindernis auf dem Wege der geistigen Entwicklung der Perser dar. Mit diesem Jubiläum bringen die Perser zum Ausdruck, daß sie den Sieg Ahura-Mazdas über den Ahriman wünschen. Der Sieg Ahura-Mazdas bedeutet für die Iraner die Beteiligung des Volkes an der Staatsgewalt, wie es Otanes vor fast 2500 Jahren vorgeschlagen hat. „Nach meiner Meinung", sagte er „darf die Herrschaft über uns nicht wieder an einen einzigen gelangen, denn das ist weder erfreulich noch gut. Ihr wißt ja, wie weit der Hochmut des Kambyses gegangen ist, ihr habt auch des Magiers Übermut gekostet [21]). Wie kann auch Alleinherrschaft etwas Gutes sein, da dem Herrscher gestattet ist, ohne Verantwortlichkeit zu tun, was er will? Auch wenn man den Besten in diese Stellung brächte, ließe sie ihn seiner früheren Gesinnung untreu werden. Denn die Fülle der Macht verführt zum Hochmut, und der Neid ist dem Menschen angeboren. Ist er mit beidem behaftet, hat er alle Schlechtigkeit zusammen. Denn bald aus Überhebung, bald aus Neid, wird er Frevel über Frevel begehen. Und doch sollte ein solcher Herr nicht neidisch sein, denn er hat ja alles, was er sich wünschen kann. Doch das Gegenteil davon ist gegenüber den Untertanen der Fall. Den Besten mißgönnt er Wohlstand und Leben, und gerade die Schlechtesten sind ihm die Liebsten. Verleumdungen fallen bei ihm auf guten Boden. Das Sonderbarste von allem aber ist: Wenn man ihn ohne Übertreibung lobt, so verdrießt ihn, daß man ihm nicht ehrerbietiger begegne und wenn man ihn zu sehr herausstreicht, ist ihm die Schmeichelei zuwider ... Wenn aber das Volk herrscht, so hat das erstens den schönsten Namen von allem, nämlich Gleichheit aller vor dem Gesetz, zum anderen tut es nichts von dem, was der Alleinherrscher tut, die Beamten werden durchs Los gewählt und sind für ihre Verwaltung verantwortlich, alle Beschlüsse aber werden von der ganzen Gemeinde gefaßt. Ich schlage also vor, ... das Volk zum Herrscher zu machen, denn alles hängt vom Volk ab" [22]). Diese Rede von Otanes kommt manchen Persern unglaublich vor, sie ist die demokratische Idee eines Achämeniden-Adligen. Er wurde dafür nicht verfolgt und bestraft.

---

[21]) Wie man vermutet, hat Kambyses vor seinem Feldzug nach Ägypten seinen Bruder Bardiya (bei Herodot Smerdis) ermorden lassen. Davon wußte nur ein medischer Magier namens Guamata. Er hat die Abwesenheit des Großkönigs ausgenutzt, sich als Bardiya-Smerdis Sohn von Kurasch dem Großen genannt und die Macht an sich gerissen. Kambyses starb auf dem Rückmarsch von Ägypten. Vor seinem Tode hat er ein Geheimnis, das heißt, die Ermordung seines Bruders, seinen hohen Offizieren anvertraut. Die sieben Offiziere des Achämenidenadels, die sich gegen Guamata vereinigt hatten, waren folgende: Dareios (Dariusch I.), Otanes, Intaphrenes, Gobryes, Magabyzos, Aspathines und Hydarmes. Die sieben Verschwörer haben am 16. Oktober 522 vor Christi den Guamata (falscher Bardiya) getötet und über die Verfassung des persischen Reiches verhandelt. Otanes war für die Herrschaft des Volkes, Magabyzos war für Oligarchie und Dareios für Monarchie.
Herodot, Drittes Buch, Kapitel 70, 80, 81, 82.
Brentjes, Die iranische Welt vor Mohammed, Seiten 73, 82.

[22]) Herodot, Drittes Buch, Kapitel 80.

Fernseh-Spalte

EIN PLATZ AN DER SONNE

„Nichts gegen die ehrbare Absicht des ZDF", heißt es in einem Artikel der Gewerkschaftszeitung „druck und papier" (12. 7. 1971), „den Sorgenkindern der Nation zu helfen — doch Schande über diese Gesellschaft, die solcher Mittel bedarf, damit den Ärmsten der Armen geholfen werden kann! Wäre diese Gesellschaft in Ordnung, dann hätte sie diese ... Millionen in einem ordentlichen Sozialetat, dann gäbe es nicht den grotesken Gegensatz zwischen privatem Reichtum und öffentlicher Armut ..."

Der Kollege von „druck und papier" möge mir gestatten, seine Anmerkungen zur „Aktion Sorgenkind" anläßlich des Auftakts der ARD-Fernsehlotterie „Ein Platz an der Sonne für jung und alt" (5. 9.) im gleichen Sinne zu zitieren. — Und dann interessiert mich, so ganz am Rande, noch etwas anderes: Was ist das für ein Apparat, der solch „ehrbare Absicht" signalisiert? Geboten sind tausend Reisen zu zweit, Autos, Farbfernsehgeräte, goldene Uhren und viele, viele andere schöne Dinge. Wer fünf inflationsgeschädigte Demark spendet, darf mithoffen. Der Fünf-Mark-Slogan geisterte durch den ganzen Film, in dem es von Prominenz nur so wimmelte. Die alte Ufa-Elite, die TV-Entertainer aller Jahrgänge (von Frankenfeld bis Heintje und — Lou van Burg), sogar das nicht mehr ganz taufrische Nacktfröschlein Andrea Rau: sie alle trugen gagenfrei zum Gelingen der guten Sache bei. Es war — Titel: „Glückspilze" — eines der übelsten Produkte aus der Eigenfabrikation der ARD überhaupt: infam dumm, bis in die letzten Winkel der Terminologie hinein konsumorientiert, darstellerisch unerträglich, regielich eine absolute Null. Im ARD-Pressedienst war von einem „heiter-turbulenten Spiel" die Rede.

Alles, was sich an Pseudo-Konflikten in den Familienserien des deutschen Fernsehens kumuliert hat, kann nicht so vernichtend beurteilt werden wie das reaktionäre Konzentrat, aus dem Handlung und Ideologie dieses Machwerks modelliert wurden. Der Apparat (siehe oben) disqualifizierte sich damit selbst so eindeutig, daß sich jeder Kommentar erübrigt. Zur Ideologie bliebe zu sagen, daß die soeben vom Bundespräsidenten Heinemann kritisierte bundesdeutsche Gartenzwerg-Mentalität hier prototypisch in Erscheinung trat. Das junge Paar in diesem Film illustriert exakt eine Modellsituation repressiver Familienpolitik. Er will Kinder, sie nicht. Zerwürfnis. Da sie aber in der Fernsehlotterie (!) ein trautes Einfamilienhaus gewinnt und der Anspruch nicht verlorengeht, heiraten sie dennoch. ARD-Pressedienst: „... diese Zweckehe um des Gewinns willen ist eine harte Prüfung für alle Beteiligten." Denkste. Sie finden sich im breiten Ehebett. Sie dürfen ja. Mehr noch: sie sollen ja. Jetzt ist sogar die Mutter dafür, die den Kinderwunsch des künftigen Schwiegersohns zuvor als „geschmacklos" bezeichnete (auch das übrigens eine infame ideologische Sequenz des Films: wer keine Kinder will, gehört zur pervertierten Klasse reicher Egoisten). Sie ist dafür, weil ihr ständiger Begleiter dem jungen Paar einen „Preis" von hunderttausend Mark offeriert, wenn bis zu einem bestimmten Zeitpunkt das erste Kind geboren wird!!! Das ist nicht nur unappetitlich, das ist skandalös: so sieht die Pornographie der heilen Konsumwelt aus, genau so. Wenn in der Schlußsequenz die junge Mama mit bereits drei Kindern präsentiert wird, so fühlt man sich in die reaktionärste Phase bundesdeutscher Familienpolitik zurückversetzt: in die Ära Wuermeling. Denn der Film „Glückspilze" propagierte unverhüllt das anti-emanzipatorische Ideal der „Hausfrau und Mutter"; die (unterdrückte) „Zierde" der Klassengesellschaft bekam ihren „Platz an der Sonne" einmal mehr zugewiesen.

E. H. Wahl

Bücher

„Tradition" wider geschichtliches Bewußtsein

Martin Greiffenhagen, Das Dilemma des Konservatismus in Deutschland. Piper-Verlag, München 1971, 405 S., 38,— DM.

Wenn sich die CSU in ihrem jüngsten Parteiprogramm auf den Vorschlag von Franz Josef Strauss hin ausdrücklich als „konservativ" bezeichnet und damit zum ersten Male seit dem Ende der Weimarer Republik eine deutsche Partei mit entscheidendem politischen Einfluß diese so umstrittene Etikettierung offen für sich reklamiert, ist der Zeitpunkt günstig für das Erscheinen eines Buches wie das von Greiffenhagen.

Greiffenhagen legt damit nach einigen früheren Veröffentlichungen zum selben Thema das Gesamtergebnis seiner jahrelangen Beschäftigung mit dem konservativen Denken vor, speziell dem deutschen, um dessen philosophische und theologische Voraussetzungen es ihm geht. Er unternimmt es, eine kritisch-distanzierte Theorie dieses Denkens zu versuchen, und er tut es gründlich und systematisch.

Einleitend bezeichnet es der Auor als eine methodische Beschränkung, daß er das Dilemma des Konservatismus rein geistesgeschichtlich als ein der Theorie immanentes darlegen will — tatsächlich besteht hierin jedoch die grundsätzliche Schwäche seines Ansatzes. Denn es wäre ja nicht etwa darum gegangen, zusätzlich eine ökonomische und sozialpsychologische Kritik vorzunehmen, sondern vielmehr darum, den Konservatismus von vornherein als historisches Problem in der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft, der Konstellation ihrer Klassen und Schichten zueinander, zu begreifen. Wie fruchtbar gerade bei diesem Thema eine kritische Theorie der Gesellschaft auf dem Boden des historischen Materialismus sein könnte, wird besonders am Schluß des Buches deutlich, wo der Autor moderne intellektuelle Ausdrucksformen des Konservatismus im Nachkriegsdeutschland (Schelsky, A. Gehlen) behandelt und vielsagend auf die ideologische Gemeinsamkeit z. B. Armin Mohlers mit F. J. Strauss hinweist. Gibt dieser die schillernde, für manchen erstaunliche Definition, konservativ sei es, „an der Spitze des Fortschritts zu marschieren", so will jener im gleichen Sinne einen Frontwechsel des Konservatismus zugunsten der Industriegesellschaft vornehmen, unter Absage an romantische Vorstellungen von einer „heilen Welt".

Was Greiffenhagen dabei idealistisch als geistiges Dilemma konservativen, in Deutschland meist romantisch-irrationalistischen Denkens auffaßt (dem angelsächsischen Konservatismus dagegen billigt er kontinuierliche Rationalität zu), ist doch in Wirklichkeit veränderter Ausdruck der gewandelten ideologischen Bedürfnisse des deutschen Kapitalismus. Der romantische Konservatismus, der früher infolge des Ausbleibens einer politischen Emanzipation des deutschen Bürgertums über den optimistisch-rationalistischen Liberalismus dominierte, wird gegenwärtig in seiner Funktion von technokratischen Ideologien abgelöst, nachdem mit irrationalen Absagen an die Industriegesellschaft keine Massenbasis für die bestehende soziale Ordnung mehr zu gewinnen ist. Die entscheidende Frage nach den gesellschaftlichen Produktions- und Eigentumsverhältnissen zu verschleiern, leisten heutzutage „modernere", metaphysikfreie Vorstellungen besser; unreflektierter Positivismus ist jetzt fürs Kapital nützlicher.

Die ideologiekritische Perspektive könnte also erst im Zusammenhang mit den konkreten Veränderungen des gesellschaftlichen Prozesses fruchtbare Ergebnisse zeitigen. Ungeachtet dieses grundsätzlichen Einwandes fördert das Buch viele wichtige Erkenntnisse. Eine der wichtigsten ist der Aufweis konservativer Fixierung an den aufklärerischen Rationalismus des 18. Jahrhunderts, indem nämlich dieser den Konservatismus zur rationalen Selbstdarstellung, zur vernünftigen Argumentation provozierte. Voraussetzung war der Verlust des ungebrochenen Traditionalismus. Aus dieser Reflexionssituation will der Konservatismus heraus ins vermeintlich „Ursprüngliche", was Greiffenhagen treffend als Flucht in

den Mythos kennzeichnet. Er führt hier ein Zitat aus der „Dialektik der Aufklärung" von Horkheimer und Adorno an, wonach das moderne mythische Denken aus der Furcht der vor ihrer eigenen Wahrheit erstarrenden Aufklärung geboren sei. Im Klartext, d. h. auf den realen geschichtlich-gesellschaftlichen Prozeß bezogen, heißt das doch nichts anderes, als daß das Bürgertum nach seiner vollzogenen Revolution vor den Konsequenzen seiner eigenen Parolen zurückschreckt, die nunmehr dem Proletariat zugute kommen könnten. Die etablierte Bourgeoisie setzte sich — wie Horkheimer es einmal an anderer Stelle ausdrückte — durch Verklärung einstmals bekämpfter Vorgänger (also hier des Adels) noch fester ins Recht; sie ist mit abgetretenen Herrscherklassen gegen die Beherrschten solidarisch und entwickelte sehr schnell eine konservative Mentalität, zunächst noch parallel zum angestammten Liberalismus, später ihn aus sozioökonomischen Gründen verdrängend.

Dieser Zusammenhang wäre zu verdeutlichen: Greiffenhagen aber spricht aufgrund seiner ideengeschichtlichen Methode unscharf davon, daß zukunftsfreudiger, optimistischer Rationalismus wie auch skeptischer Konservatismus Kennzeichen der „revolutionären Epoche" seien, letzterer ein Krisenphänomen jener Periode. Diese Revolution exakt als die des Bürgertums zu bestimmen, hätte Klarheit gebracht: sein auf der dynamischen Kapitalverwertung beruhendes Wirtschaftsprinzip wälzte die menschlichen Beziehungen fortlaufend um. In demselben Maße, wie die bürgerliche Revolution die statischen, auf verschiedenen Arten von Grundeigentum beruhenden Sozialordnungen zerbrach, entzog sie auch der mehr oder minder naiven Naturgebundenheit vorkapitalistischer Gesellschaftsformen den Boden. Versprach die aufsteigende bürgerliche Gesellschaft dem Individuum autonome Bestimmung seines sozialen Standortes als Folge selbstbewußter eigener Tätigkeit, so weckte sie auch überhaupt erst geschichtliches Bewußtsein in dem Sinne, daß die jeweilige Gegenwart ihr eigenes historisches Gewordensein reflektiert, Vergangenheit konnte begrifflich von Gegenwart und Zukunft geschieden werden. Hiermit hängt auch das konservative Geschichtsbewußtsein zusammen, dessen eigentlich unhistorischen Charakter nachzuweisen Greiffenhagen schlüssig gelingt. Denn der konservative Traditionsbegriff will stets den historischen Konsequenzen des von ihm Bejahten entgehen und es konservieren. Der Überlieferungsvorgang wird praktisch zu Stillstand und Selbstzweck, das solchermaßen gebrochene Verhältnis zur Gegenwart und Zukunft beeinträchtigt auch das zur Vergangenheit; besonders ausgeprägt im deutschen Konservatismus mit seinem gespannten Verhältnis zur historischen Kontinuität, das einen immer ferneren Rückgriff in eine abstrakte Vorzeit nahelegte, bis die Flucht in den Mythos schließlich nur noch die alten Germanen gelten ließ. Absurdes Ziel der „Konservativen Revolution" der Zwanziger Jahre war dann folgerichtig die Rückgewinnung eines konservierungswürdigen Zustandes via Umsturz alles Bestehenden. Greiffenhagen charakterisiert die „Konservative Revolution" treffend als „Todessprung des deutschen Konservatismus".

Obwohl der Autor einmal von der faktischen Verschleierungsfunktion des modernen Konservatismus im Dienste des kapitalistischen Wirtschaftssystems spricht, greift er im ganzen mit seinem Ansatz zu kurz, weil er die konservative Kulturkritik am Kapitalismus als dem „sekundären System" mit der sozialistischen vergleicht. Dabei hätte ihn doch der von ihm selbst — allerdings nur in einer Fußnote — gegebene Hinweis eines Besseren belehren müssen, daß nämlich die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse grundsätzlich bejaht werden. Die Stoßrichtung des Konservatismus richtet sich eben nur gegen die liberale Phase des Kapitalismus. Dessen organisiert-monopolistische Phase mit ihrem Erfordernis ständiger staatlicher Interventionen konvergierte mit den gesellschaftlichen Vorstellungen des Konservatismus. Hatte er doch schon immer die liberale Unterscheidung von Staat und Gesellschaft abgelehnt zugunsten eines übergreifenden Staates, der angeblich substantielle Gemeinsamkeit verkörpern soll gegenüber der von „parteilichen Interessen" bestimmten Gesellschaft. Infolge des kapitalistischen Konzentrationsprozesses und seiner politischen Erfordernisse erlebte so in unserem Jahrhundert konservative „Staatsgesinnung" mit ihrer antiindividualistischen Grundeinstellung eine Renaissance.

Auf das eigentümliche Spannungsverhältnis des Konservatismus zwischen Betonung der Person einerseits und Hochschätzung

von Institutionen andererseits weist Greiffenhagen hin und legt es am Dilemma konservativen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus dar: die Person und ihre Würde werden in den Vordergrund gerückt, wenn Staat und Gesellschaft fundamentalen ethischen Vorstellungen der Konservativen entgegenstehen; doch gehen die eigenen Vorstellungen nicht vom Glücksstreben des Individuums aus, sondern betonen stets die Notwendigkeit seiner Unterordnung unter ein vorgegebenes Ganzes. Hier kann Greiffenhagen auch einen weiteren Ansatzpunkt seiner Kritik am konservativen Denken finden. Explizit auf dem theologisch-protestantischen Standpunkt stehend, lehnt er ontologisch vorgeordnete Seinsverhältnisse ab, gegen die er die christliche creatio ex nihilo hält und zutreffend sieht, daß die Religion beim Konservativen immer in der Gefahr steht, vorab als soziales Integrationsmittel geschätzt zu werden. Dem Konservativen war es stets weniger um spezifische Glaubensinhalte zu tun, als darum, daß überhaupt „die Religion dem Volke erhalten bleibt".

Greiffenhagen geht es darum, den wissenssoziologischen Ansatz Karl Mannheims wiederaufzunehmen, dessen berühmte Arbeit über das konservative Denken Ende der Zwanziger Jahre erschien. Zwar überwindet er bestimmte Positionen Mannheims (etwa indem er die Annahme eines historisch-anthropologischen Beharrens als Boden des „Urkonservatismus" verwirft), doch bleibt er den Fragwürdigkeiten der Wissenssoziologie mit ihrem relativistischen Ideologiebegriff in vielem verhaftet. Das bringt ihn manchmal zu solchen Einschätzungen wie jener der Dialektik, die er als letzten vergeblichen Versuch des Konservatismus interpretiert, der in ihm angelegten Gefahr der Restauration zu entgehen und sich als jeweils aktuelles Denken zu behaupten. Da der Autor ja aber Konservatismus und Emanzipation unterscheidet, dürfte diese Auffassung unhaltbar sein. Jedoch sein Resümee bleibt nur zu unterstreichen: erklärt er doch neokonservativ-technokratische Hoffnungen auf soziale Stabilisierung in einem „post-histoire" für nichtig; der Versuch, die technisch-zivilisatorischen Ergebnisse der Aufklärung auszunutzen, aber ihre politischen Emanzipationskonsequenzen abzubiegen, könnte erneute Katastrophen heraufbeschwören. Das Schicksal der bürgerlichen Gesellschaft, so sollte man Greiffenhagen konkretisieren, wird sich um so schmerzhafter erfüllen, je mehr sie der in ihr selbst angelegten Möglichkeit ihrer eigenen Überwindung zu entgehen sucht.

Michael-Viktor Graf Westarp

Arabischer Nationalismus

1) Die arabische Linke, hrsg. und eingeleitet von Bassam Tibi. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt 1969, 182 S., 12,— DM.

2) Mehdi Ben Barka, Revolutionäre Alternative, hrsg. und eingeleitet von Bassam Tibi. Trikont Verlag, München 1969, 111 S., 4,80 DM.

3) Muhammad Kischli, Kapitalismus und Linke im Libanon, hrsg., übersetzt, eingeleitet, mit Anmerkungen und einem Nachwort versehen von Bassam Tibi. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt 1970, 135. S., 9,— DM.

4) Bassam Tibi, Nationalismus in der Dritten Welt am arabischen Beispiel. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt 1971, 289 S., 20,— DM.

Der Krieg Israels gegen Ägypten, sein militärischer Sieg im Jahre 1967 und die sich daraus ergebenden politischen Folgen haben in der allgemeinen politischen Berichterstattung der westlichen Staaten, auch der Bundesrepublik, einen breiten Raum eingenommen. Daß dabei von dem Bemühen um journalistische Genauigkeit nur selten etwas zu spüren war, haben die Untersuchungen von Lewan [1]) eindrucksvoll nachgewiesen. Auf einem in der Nähe gelegenen Feld ließe sich sein Untersuchungsergebnis ebenso nachweisen: der Grad an Informiertheit auch unter denjenigen, die sich energisch für demokratische Politik engagieren, über die politisch-ideologische Diskussion in den arabischen Ländern ist in der Regel hierzulande äußerst niedrig.

Von hierher rührt ein Gutteil der ungenauen, verzerrten oder sogar völlig falschen Urteile über die arabische Politik. Ein Bei-

[1]) Kenneth M. Lewan, Der Nahostkrieg in der westdeutschen Presse, Köln 1971.

spiel: Ein kleiner, jedoch bemerkbarer Teil der anti-autoritären Studenten versuchte, die Flugzeugentführungen der Volksdemokratischen Front zur Befreiung Palästinas als konsequente linke Politik darzustellen. Ihre Ahnungslosigkeit über den rechtsextremistischen Charakter dieser Organisation spricht Bände!

Für den deutschsprachigen Leser in der BRD hat sich nun die Situation in den letzten zwei Jahren ein wenig gebessert, weil neben den üblichen, Herrschaftswissen zu vermitteln beabsichtigenden Arbeiten über die „unterentwickelten" Länder in Nordafrika und dem Nahen Osten eine wachsende Zahl von Publikationen zu verzeichnen ist, die sich um eine grundlegende Beschreibung und Analyse der politischen, ökonomischen und sozialen Situation dieser Länder bemühen. Neben der Arbeit von Steinhaus über die Türkei [2]) ist in diesem Zusammenhang vor allem auch das Wirken von Bassam Tibi hervorzuheben, der seit einigen Jahren die schwierige und in gewissem Sinne selbstlose Arbeit der Übersetzung und Kommentierung von Texten arabischer Politiker und Philosophen der „Linken" (im weiteren Sinne des Wortes) ausübt und sich dafür von Mitarbeitern offizieller Entwicklungshilfe-Forschungsstätten in ziemlich grober Manier der Manipulation verdächtigt sieht [3]).

Ein solcher Vorwurf ist nicht nur ungerecht, sondern auch bösartig. Denn die drei von Bassam Tibi herausgegebenen Textbände mit Aufsätzen von Mehdi Ben Barka, Muhammad Kishli und einer Reihe repräsentativer arabischer Autoren sind editionstechnisch vorbildlich aufbereitet worden. Sie vermitteln ein facettenreiches Bild von der Diskussion innerhalb der arabischen Linken, die recht vielgestaltig ist. Und wenn man auch durchaus mit einer Reihe von streitlustigen Kommentaren Tibis nicht einverstanden ist, wenn man seine Kritik am Nasserismus z. B. als ein wenig zu einseitig betrachtet, so kann dennoch keine Rede davon sein, daß hier manipuliert würde. Die Aufsätze der arabischen Autoren, die z. T. programmatischen Charakter (Ben Barka) tragen, z. T. ziemlich präzise Analysen der Verhältnisse in einem Land (Kishli über den Libanon) sind oder die Rezeption und Weiterentwicklung westlichen und traditionellen Gedankenguts zu Ansätzen einer linken politischen Theorie des arabischen Sozialismus widerspiegeln (Sammelband über die arabische Linke), sind sehr gut dazu geeignet, den anachronistischen Informationsmangel über arabische Länder und ihre Probleme zu verringern. Die Erläuterungen und Kommentare von Bassam Tibi erleichtern dabei wesentlich die Lektüre.

Seit neuestem nun liegt ferner eine umfangreiche Analyse Tibis über einige der Wurzeln des arabischen Nationalismus vor, die aus seiner Frankfurter Dissertation hervorgegangen ist. Ursprünglich konzipiert als eine ideengeschichtliche und ideologiekritische Monographie über einen der einflußreichsten Theoretiker des panarabischen Nationalismus, Sati' Husri (der 1968 gestorben ist), geriet diese Studie zu dem Versuch, den Nationalismus in kolonialen und postkolonialen Ländern zu erklären und auf seinen Wert als Antriebskraft für einen sozialen Wandel in Richtung auf eine anti-imperialistische, anti-feudale und demokratische Gesellschaft hin zu untersuchen. Diese beiden Zielpunkte der Arbeit ließen sich nicht immer zum Vorteil der Lesbarkeit in Einklang bringen — während eine Minderheit der künftigen Leserschaft dieses Buches, eine Minderheit von Orientalisten nämlich, sich intensiv mit den Kapiteln 3 und 4 (über Sati' Husris Nationalismus-Konzept, seine Quellen und sein Stellenwert unter anderen politischen Strömungen) befassen wird, interessieren die ersten beiden Kapitel und das Nachwort wohl eine größere Zahl der Leser. Hier geht es einmal um eine Diskussion der verschiedenen sozialwissenschaftlichen Interpretationen des Nationalismus in der „Dritten Welt" (systematischer Ansatz) und um die Entwicklung des Nationalismus im arabischen Orient bis zum Zweiten Weltkrieg (historischer Ansatz). Die Schlußthese von Bassam Tibi lautet: „Der arabische Nationalismus, der bei der Emanzipation von der türkischen Vorherrschaft und dann von der anglo-französischen Kolonialherrschaft durchaus einen progressiven Beitrag leistete und der den arabischen verwestlichten Intellektuellen, die ihrer Gesellschaft entfremdet waren, eine neue Identität vermittelte, dient in der postkolonialen Phase in den einzelnen arabischen Ländern als Ideo-

2) Kurt Steinhaus, Soziologie der türkischen Revolution. Zum Problem der Entfaltung der bürgerlichen Gesellschaft in sozioökonomisch schwach entwickelten Ländern, Frankfurt 1969.
3) Vgl. Peter Walzinger, Ideologie und Revolution in der arabischen Welt, in: Internat. Europa-Forum, H. 3/1970, S. 241 ff.

logie, die über die sozialen Widersprüche und die herrschenden Mißstände hinwegtäuscht" (S. 194).

Diese These erscheint zugleich einleuchtend und problematisch: einleuchtend in ihrer ideologiekritischen Schärfe und problematisch wegen der ihr innewohnenden Tendenz zum unpolitischen Sektierertum (ihrer Tendenz, wohlgemerkt). Immerhin weiß Bassam Tibi seine umfangreichen Forschungen wissenschaftlich gut abzusichern; seine Arbeit kann als nicht eben häufig anzutreffendes Vorbild für eine meistens geglückte Verknüpfung historischer und sozialwissenschaftlicher Fragestellungen angesehen werden.

So ist zu wünschen, daß die Arbeiten von Bassam Tibi mit dazu beitragen, daß auch unter den Linken in der Bundesrepublik die zahlreichen Diskussionen über die „Dritte Welt" mit mehr informiertem Engagement geführt werden.

Wilfried v. Bredow

Leitende Angestellte

Helge Pross/Karl W. Boetticher, Manager des Kapitalismus. Untersuchung über leitende Angestellte in Großunternehmen. Mit Anhangtabellen und den Fragebogen im Wortlaut. edition suhrkamp 450, Frankfurt/Main 1971, 141 S., 4,— DM.

Von allen Bereichen des öffentlichen Lebens haben sich die Betriebe und Organisationen der Wirtschaft am längsten ihre „innere Ruhe" bewahrt; gerade jener Bereich, der sich nach dem Selbstverständnis seiner maßgebenden Führer weniger dem Prinzip von Maximierung der Gleichheit und Freiheit verpflichtet fühlt als dem der Maximierung des Profits. So gesehen ist die vorliegende Studie zum Selbstverständnis der leitenden Angestellten in Großunternehmen äußerst verdienstvoll, indem sie den fachwissenschaftlich ohnehin unterrepräsentierten Bereich „Unternehmensforschung" zunächst einmal um wertvolles statistisches Material bereichert: solche Erhebungen waren bislang sehr rar und lagen in diesem Umfange überhaupt noch nicht vor.

Dennoch sind schon bei den Erhebungsmethoden Zweifel an der darauf verwendeten Wissenschaftlichkeit anzumelden. So hat eine Problematisierung der Auswahlmodi für die zu befragenden Kreise anscheinend nie stattgefunden, wenigstens ist sie innerhalb der Studie nicht ausgewiesen. Es heißt dazu lediglich: „Als ‚leitende Angestellte', die Fragebogen erhalten sollten, wurden alle Personen der drei obersten Rangstufen des jeweiligen Unternehmens definiert: Vorstandsmitglieder oder Geschäftsführer; Direktoren einschließlich Werksleiter, Betriebsleiter, Generalbevollmächtigte und Leiter zentraler Abteilungen; Prokuristen" (S. 19). Wie problematisch indes der Begriff der Führungskraft ist, sei durch ein Zitat aus einer Unternehmer-Selbstdarstellung belegt: „Der Begriff ‚Führungskraft' bedeutet heute in jedem Unternehmen noch etwas anderes. Er ist also abhängig von der Struktur und der Größenordnung eines jeden Unternehmens" (Hans Georg Schu, in „Der Weg zur Spitze", München 1970, S. 19).

Und wenn gar Rücklaufquoten der Fragebogen von 95 % solchen von 29,5 % (chemische bzw. Stahlindustrie) gegenüberstehen, ist die Notwendigkeit einer Gewichtung und Normierung erzielter Ergebnisse unumgänglich, doch wurde hier offensichtlich darauf verzichtet. Zwar wird jede wissenschaftliche Strapazierfähigkeit des versammelten Materials sofort in Abrede gestellt, weil die Auswahl zugegebenermaßen nicht repräsentativ ist; dennoch wird durchgängig das statistisch unsinnige Unterfangen einer genauen Aufrechnung in Absolutzahlen und Prozenten unternommen, wodurch die wissenschaftliche Unzulänglichkeit des Materials hinwegsuggeriert wird.

Das statistisch aufbereitete Material der dreigegliederten Studie selbst unterteilt sich in mehrere Bereiche: Lebensweisen, soziale Herkunft, Ausbildung, Karriere, Entscheidungsstile, soziale Selbsteinschätzung. Was an Stichhaltigkeit des Materials nicht erzielt werden konnte, wird jedoch zum Teil wieder wettgemacht durch die Breite der Fragestellungen, die noch die Schulbildung der Großväter reklamiert oder die Größe der Geburtsgemeinde kombiniert mit dem Studienfach. Der Anhang bringt noch einmal die drei Fragebogen im Origi-

nal, was von der Methode der Ergebnispräsentation her Schule machen sollte.

Die eigentlichen Ansatzpunkte zur Kritik indes ergeben sich aus der Diskrepanz zwischen der eingangs entwickelten kritischen Position und den in Kapitel IX („Leitende Angestellte und politische Demokratie") eingenommenen reformistischen Anschauungen. So heißt es in der Einleitung: „Die Leiter großer Unternehmungen nehmen in der westdeutschen Gesellschaft Schlüsselpositionen ein. Von ihren Entscheidungen hängt die ökonomische Zukunft des ganzen Landes und seiner wichtigeren Partnerstaaten ab", und: „Würden sie (die Leiter großer Unternehmungen, Anm. d. Verf.) in großer Zahl sachlich inkompetent verfahren, so würde der Bankrott der von ihnen gesteuerten Firmen auch den Niedergang der vorhandenen Gesellschaftsordnung besiegeln" (S. 14 und 14/15). Doch anstatt hier mit der Entwicklung eines demokratisch-emanzipativen Begriffsapparates und objektiver Kriterien einzusetzen, die in der Diskussion um die langfristige Veränderung innerbetrieblicher Entscheidungs- und Herrschaftsstrukturen von Nutzen wären, bestreitet das Autorenteam in schöner Naivität die marxistische These einer „Unvereinbarkeit von kapitalistischen Interessen und politischer Demokratie" (Pross/Boetticher). Zu dieser Aussage gesellt sich später die in Kapitel IX geäußerte, daß „aus dem spezifisch(!) kapitalistischen Interesse heute und in der absehbaren Zukunft auch unter den Bedingungen einer Krise keine Gefahr für die politische Demokratie" bestünde, „weil für die kapitalistischen Gruppen nicht die faschistische, sondern die gegenfaschistische Aktion interessenrational wäre" (S. 109). Ob das für den Fall einer Krise so gilt, sei dahingestellt, sicher aber wäre ein interessenrationales Verhalten der kapitalistischen Gruppen nicht gegen-faschistisch, zumindest nicht in dem Sinne, daß der Faschismus deren erklärter Feind sei. Das jedenfalls widerspräche jeder historischen Erfahrung. Zudem aber unterläuft die hier völlig unangebrachte Polarisierung der Begriffe „faschistisch — gegenfaschistisch" die kritische Position, die hier und gerade hier angebracht wäre. Zudem verdeckt diese Polarisierung das Entscheidende: es kann hier nur darauf ankommen, zu verhindern, daß bestimmte Gruppen zur Ergreifung weitreichender Entscheidungen, zum Verfolg ihrer Kapitalinteressen sich auch nur entfernt faschistischer Praktiken bedienen können.

Und auch die daran anschließende These, daß leitende Angestellte durch die aus ihrer Erwerbsposition resultierenden Interessen politisch auch nicht in Krisenzeiten auf die Unterstützung rechtsautoritärer Parteien verwiesen seien, könnte leicht durch eine (zudem für „Friedenszeiten" geltende) Erhebung der Parteipräferenzen leitender Angestellter widerlegt werden. Das Fehlen einer solchen Erhebung innerhalb der Studie übrigens ist unverständlich.

Übereinstimmung der Autoren mit der Almond'schen Ansicht herrscht vor, daß „die Leiter großer Unternehmen in der Bundesrepublik ... die bestehende Form der Demokratie eher aus Gründen der Opportunität als aus solchen der Überzeugung" bejahen. Die scheinbar kritische Attitüde, mit der dieser Satz daherkommt, läßt die Autoren vorliegender Studie anscheinend vergessen, die verbale Demokratiebejahung zu hinterfragen, denn. „Was für einen Begriff diese Interessengruppen (u. a. der Chemieverband, in dem die Leitungen der chemischen Industrie immerhin zusammengeschlossen sind, Anm. d. Verf.) von Demokratie haben, geben sie unumwunden bekannt: Verfassungsrechtlich besteht Einigkeit darüber, daß der Begriff der Demokratie sich nur auf den staatlichen und sonstigen öffentlichen Bereich bezieht, nicht aber auf den gesellschaftlichen Bereich." „Damit ist haargenau der groteske und skandalöse Zustand unseres Gemeinwesens bezeichnet, damit ist genau der Grund für alle gegenwärtige Unruhe bezeichnet, die nämlich entstanden ist, weil Demokratie bei uns eingeschränkt wurde auf eine Wahlkampf-Schau und Parlamentsdarbietung ..." (Martin Walser in „konkret", Nr. 2/1971, S. 63).

Der Almond'sche Befund indes wird noch erweitert um eine neue Hoffnung: „Andererseits ist dieser Opportunismus in Deutschland aber auch eine Chance für die politische Demokratie. Wenn schon nicht die Überzeugung, so gebietet doch die Opportunität den wirtschaftlichen Führungsgruppen, auch in Krisenzeiten demokratische politische Parteien zu unterstützen und nicht auf antidemokratische Angebote zu rekurrieren" (S. 116). Hier wird schlicht unterschlagen, daß es sich nicht um Op-

portunismus zur Demokratie schlechthin handelt, sondern um Opportunismus per se, der gerade in Krisenzeiten sich als unzuverlässig erweisen dürfte.

Noch in einem anderen Punkt bleiben die Autoren bei ihrer Analyse auf halbem Wege stehen: Zwar wird die Fähigkeit leitender Angestellter, in sozialwissenschaftlichen Kategorien denken zu können, entschieden verneint, zwar wird deren Kenntnis gesellschaftlicher Zusammenhänge nicht minder heftig verneint, doch wird die tatsächlich ausgeübte gesamtgesellschaftliche „Verfügungsgewalt" in ihrer Berechtigung nirgendwo ausdrücklich angezweifelt. Für die Existenz dieser gesamtgesellschaftlichen „Verfügungsgewalt" sei abschließend ein symptomatisches Wort von Fritz Berg, damals noch Präsident des BDI, zitiert: „Wir Geschäftsleute können die Verhandlungen unserer Regierungen fördern oder scheitern lassen" (vgl. Martin Walser, „Kapitalismus oder Demokratie", s. o.)

Manfred Bosch

Brechtbilder

Von den Nachgeborenen. Dichtungen auf Bertolt Brecht, hrsg. von Jürgen P. Wallmann. Arche-Verlag, 83 S., 4,80 DM.

Der Literaturkritiker Jürgen P. Wallmann hat ein Bändchen mit Gedichten zusammengestellt, aus dem man ersehen kann, welche Bilder sich einige Schriftsteller des deutschsprachigen Raumes von Bertolt Brecht gemacht haben. So ist auf kulinarische Weise ein Bilderbogen der Brechtrezeption entstanden. In der Mehrzahl: einige Paßbilder aus der DDR, einige Wunsch- und Haßbilder aus Westdeutschland, und einige Variationen von Brechtmotiven aus beiden deutschen Staaten. Viele dieser literarischen Porträts sehen formal Brechts Gedichten ähnlich, inhaltlich einige dem Brecht, die meisten ihren Verfassern. Die Bilder lassen sich wie folgt katalogisieren.

Das erste: das Brechtbild der Eklektiker. Sie nehmen von Brecht nur an, was ihnen paßt. Nehmen einen Teil, einen wirklichen oder eingebildeten, einen Lebensabschnitt, ein Werk, für das Ganze. Am liebsten schrumpft ihnen „der Brecht" zum „Gnom aus schwarzen Wäldern" (Walter Gallasch). Die wiederum aber zu schwindelnder Größe. Es ist die Landstreicher- und Bänkelsängerbrechtologie, wie sie ein Günter Bruno Fuchs pflegt. Man starrt verzückt auf die „Kraft" (Brecht) der Hauspostillenjahre. Die fehlende „Weisheit" wird nicht vermißt. Diesen Apologeten tut leid, daß Brecht zunahm, an Jahren und marxistischem Wissen. Letzeres, sofern mit einer Partei verbunden, ist ihnen ein Kunst- und Talentgreuel. Die Vermehrung des Wissens versehen sie mit einer Verarmung an Poesie. „Einstmals in Dreigroschen-Zeiten ein Rebell und ein Talent", beklagen sie Brecht und eigene Unkenntnis mit Friedrich Torberg. Diesen sich gern antibourgeois gebenden Brechtschätzern des Anarchen und Bohemen ist gemeinsam nur ein Kummer: daß die Bourgeoisie ihre Neigung teilt.

Das zweite Brechtbild: die Heimführung des verlorenen Sohnes durch die bürgerlichen Literaturpäpste. Oder: Brecht war doch unser. („Die Mutter" spielen diese Brechtrezipienten notfalls als bürgerliches Rührstück von Armut und Not). Ihre Chuzpe bedarf eines Dogmas: daß, wer Dichter sei, kein Kommunist sein könne, und wer Kommunist ist, kein Dichter. Die Lüge geht dann mit den Beweisen Hand in Hand: daß da ein unaufhebbarer Widerspruch gewesen war zwischen Dichter und Partei. Marianne Kesting, Herrschaftsbiologin von „ZEIT" zu „ZEIT", hat eine Brechtbiografie daraus gemacht. Der Hauptmann der westdeutschen Literatur, Günter Grass, eilfertig ein Drama. (Es führt die „Plebejer" im Titel und der Bourgeoisie zum Gaudium.) Gerhard Zwerenz pinselt im vorliegenden Bändchen mit. Er bevorzugt die modernere Version: Bert Brecht in Rosa. Der Feind der Ausbeuter verschwimmt dabei zum nebulosen „Feind der Gesellschaft" überhaupt. Und Zwerenz malt sich weiter aus: „Kommunist geworden, verachtete er die Kommunisten". Zwerenz weiß, was die Herrschenden hierzulande wünschen.

Das dritte: das Brechtbild selbsternannter literarischer Ärzte und Quacksalber, welche dem Werk Brechts unermüdlich Altersschwäche und Museumsreife attestieren. Die wundgeschriebenen Finger gehören meistens Peter Hamm, Reinhard Baumgart

und Joachim Kaiser. Margarete Hannsmann hat da nur nachdenken und -dichten müssen. Brechts „Schulbuch des Jahrhunderts" sei „mit jeder Auflage weiter vom Tatort entfernt". Die Antwort kann der Leser, in der Sammlung eine Seite umblätternd, Karlhans Franks „Nekrolog" entnehmen. „Tot ist/Bert Brecht./Immer noch lebt/Macky Messer."

Zum vierten Brechtbild: was sich die Hersteller von kalter Kriegskunst aus Bertolt Brecht gemacht haben. Die Quantität ihrer Bilder in der üblichen „BILD"-Qualität. Boenische Horrorszenen vom lakaienhaften Parteibarden, vom Anhänger „der Diktatur" an sich (P. W. Gerhard), vom sich mißbrauchen lassenden, seinen Geist aufgebenden Dichter „in dem Bordell, das Diktaturstaat heißt" (Friedrich Torberg). Was Torberg, für lange Zeit Spezialist für Brecht-Negative (er hat auch sonst wenig Eigenes entwickelt), stellvertretend für viele andere bei Brecht für aufgegeben wähnt, ist bei Brecht in der Tat aufgegeben worden. Es ist der vorwurfsvollen Herren eigener Geist: der des nur sich selbst verantwortungsbereiten Dichters, der des elitären Literaten, der des schreibenden Einsiedlers und Hofnarren der Ausbeuter. So trifft, von H. J. Heise über Robert Neumann bis Richard Salis, der Vorwurf gegen Brecht seine Werfer besser. So: wenn Richard Salis einen Brechttext nachäfft, und der entstandene Text äfft Richard Salis reaktionäres Menschenbild nach: „Prolet, der Mensch ist sehr brauchbar./Er kann fressen und gefressen werden./Aber er hat einen Fehler:/Er kann nicht denken." Was von diesen Brechtbildern bleiben wird: Ihr Zeugnischarakter als literarische Ruinen des Kalten Krieges, der Zeit der monopolherrlichen Hexenjagden auf Kommunisten und Andersdenkende. Die Grundtorheit dieses Jahrhunderts aber ist im Abnehmen.

Und das fünfte: das Brechtbild der seiner Literatur Nachgeborenen und Entwachsenen. Heinz Kahlau, Günter Kunert in der DDR, Gerd Semmer und Erich Fried in Westdeutschland. Sie haben an Brechts Werk Hand angelegt, es begriffen, sich etwas herausgenommen, sich etwas daraus gemacht. Seine Vorschläge: sie haben sie angenommen, weitergetrieben, für die Heutigen entwickelt. Dies auf zweierlei Weise: sie haben Brechttexte in ihren Texten verarbeitet, überarbeitet, aktualisiert. Wie in Gerd Semmers „Neuem Courage-Lied": „Die halbe Mark steckt in Kanonen,/Kanonen kosten sehr viel Geld./ Und so ein Kauf, der soll sich lohnen,/ darum ‚bedroht' uns dann die Welt." Sie haben sich „Beim Lesen der Gesammelten Werke Bertolt Brechts" Notizen gemacht wie Erich Fried. Haben „Das Bleibende" gesucht, die Verbindung zu den Kämpfen unserer Tage. „Sein zwölfjähriger Sohn/ fragte verwundert:/ war denn auch damals schon/Krieg in Vietnam?" Und, dies ist das zweite, sie haben Brechts Haltungen beim Schreiben der Wahrheit übernommen. Seine Parteilichkeit für die Sache der Ausgebeuteten, seine Unbestechlichkeit gegenüber den Ausbeutern, seine Wissenschaftlichkeit in Fragen der Kunst. „Porträt des B.B.": „Kennt viel,/zweifelt oft,/genießt alles./War kaum gut,/oft gerecht,/immer tätig./Sein Trost/sind Naturgesetze./Er ist belehrbar" (Heinz Kahlau). Das Selbstverständnis der Nachgeborenen ist nicht mehr das derjenigen, „die dichten wie der Vogel singt" (Brecht). Ihren Dichterbegriff zeichnen aus: das Wissen um die Bewegungsgesetze von Natur und Gesellschaft, der Zweifel, „der kein Verzweifeln ist" (Brecht), der Genuß am Denken, die Güte, die sich nicht zur Nachgiebigkeit verführen läßt, und die Arbeit mit und unter den gesellschaftsverändernden Kräften der Ausgebeuteten und Unterdrückten. Von allen Brechtbildern ist dies, im Brechtsinne, das nützlichste.

Peter Maiwald

Neuerscheinungen Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

Bertrand Russell, Autobiographie 1944 bis 1967. Aus dem Englischen übersetzt von Rudolf Weys. Insel Verlag, Frankfurt, 336 S., Ln. 26,— DM.

E. Wiehn, Intellektuelle in Politik und Gesellschaft. Enke Verlag, Stuttgart, XII, 140 S., kart. 22,— DM.

Wilhelm Raimund Beyer, Das Sinnbild des Kreises im Denken Hegels und Lenins. Verlag Anton Hain, Meisenheim, X, 57 S., br. 8,80 DM (Beiheft zur Zeitschrift für philosophische Forschung Nr. 26).

Christopher Caudwell, Bürgerliche Illusion und Wirklichkeit. Beiträge zur materialistischen Ästhetik. Aus dem Englischen von Horst Bretschneider. Herausgegeben von Peter Hamm. Hanser Verlag, München, 348 S., br. 12,80 DM (Reihe Hanser, Bd. 76). Martin Schneller, Zwischen Romantik und Faschismus. Der Beitrag Othmar Spanns zum Konservativismus in der Weimarer Republik. Klett Verlag, Stuttgart, 225 S., Linson 42,— DM (Kieler Historische Studien, Bd. 12).

Kurt Lenk, „Volk und Staat". Strukturwandel politischer Ideologien im 19. und 20. Jahrhundert. Verlag Kohlhammer, Stuttgart, 196 S., kart. 17,80 DM.

Ist die Epoche des Faschismus beendet? Herausgegeben von Detlef Horster und Marios Nikolinakos. Melzer Verlag, Frankfurt, 276 S., Paperback 15,— DM.

Margaret Mead, Der Konflikt der Generationen. Jugend ohne Vorbild. Deutsche Ausgabe von „Culture and Commitment". Aus dem Amerikanischen von Thomas M. Höpfner. Walter-Verlag, Freiburg, 136 S., kart. 12,— DM.

Joseph Strelka, Die gelenkten Musen. Dichtung und Gesellschaft. Europa Verlag, Wien, 416 S., Ln. 32,— DM.

Verwaltete Musik. Analyse und Kritik eines Zustandes. Herausgegeben von Ulrich Dibelius. Hanser Verlag, München, 136 S., br. 7,80 DM (Reihe Hanser, Bd. 63).

Broder Carstensen, Spiegel-Wörter, Spiegel-Worte. Zur Sprache eines deutschen Nachrichtenmagazins. Max Hueber Verlag, Ismaning b. München, 140 S., kart. 10,— DM.

Andreas Werner, Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels nach 1945. Herausgegeben vom Deutschen Bucharchiv, München. Verlag Dokumentation, München-Pullach, 184 S., br. 20,— DM (Buchwissenschaftliche Beiträge, Bd. 3).

Pal Vezenyi, Bibliographie Academica Germaniae. Bd. 1. Verlag Dokumentation, 732 S., Linson 98,— DM. — Die Bibliographie verzeichnet die Veröffentlichungen (Abhandlungen, Sitzungsberichte, Jahrbücher usw.) sämtlicher wissenschaftlicher Akademien im deutschen Sprachraum. Jedem Band (das Gesamtwerk soll vier Bände umfassen) ist ein Autorenregister beigegeben.

Grundkatalog Philosophie 1970/71. Werbegemeinschaft Elwert und Meurer, Berlin, X, 546 S., kart. 19,80 DM. — Nachgewiesen werden 4288 Titel (Gesamtausgaben, Primär- und Sekundärquellen), systematisch geordnet. Die Bibliographie enthält außerdem ein Personen- und Sachregister.

Heinz Küpper, DTV-Wörterbuch der deutschen Alltagssprache. Bd. 1: A—Pep; Bd. 2: Per—Z. Deutscher Taschenbuch Verlag, München, zus. 484 S., Kunststoffeinbd. je 4,80 DM (DTV Bd. 3034/35).

Geschichte und Zeitgeschichte

Georg G. Iggers, Deutsche Geschichtswissenschaft. Eine Kritik der traditionellen Geschichtsauffassung von Herder bis zur Gegenwart. Autorisierte Übertragung aus dem Englischen von Christian M. Barth. Deutscher Taschenbuch Verlag, München, 398 S., Kunststoffeinbd. 7,80 DM (DTV/Wissenschaftliche Reihe/Bd. 4059). — Es handelt sich um die vom Autor durchgesehene und erweiterte Ausgabe des Buches „The German Conception of History. The National Tradition of Historical Thought from Herder to the Present" (Wesleyan University Press, 1968).

Hajo Holborn, Deutsche Geschichte in der Neuzeit. Oldenbourg Verlag, München. Bd. 1: Das Zeitalter der Reformation und des Absolutismus (bis 1790), XX, 641 S., Ln. 38,— DM; Bd. 2: Reform und Restauration. Liberalismus und Nationalismus (1790 bis 1871), VIII, 464 S., Ln. 38,— DM; Bd. 3: Das Zeitalter des Imperialismus (1871 bis 1945), VIII, 663 S., Ln. 48,— DM. Bei Abnahme des Gesamtwerkes zus. 110,— DM. Die Kreuzzüge in Augenzeugenberichten. Herausgegeben und eingeleitet von Régine Pernoud. Deutscher Taschenbuch Verlag, München, 375 S., br. 6,80 DM (DTV Bd. 763). Napoleon und Europa. Herausgegeben von Heinz Otto Sieburg. Verlag Kiepenheuer und Witsch, Köln, 400 S., br. 26,— DM, Ln. 38,— DM (Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Bd. 44).

Socialismus und Anarchismus in Europa und Nordamerika während der Jahre 1883 bis 1886. Nach amtlichen Quellen. Neudruck der Ausgabe Berlin 1887. Verlag Gerstenberg, Hildesheim, IV, 155 S., kart., Vorbestellpreis 24,— DM, späterer Ladenpreis 28,— DM. — Im gleichen Verlag erscheint: A. Vandermeulen, Enthüllungen aus der höheren Region der politischen Spionage ... nebst sonstigen Aufklärungen in Bezug auf das Treiben der Polizei. Neudruck der Ausgabe Berlin 1862 (124 S., kart., Vorbestellpreis 20,— DM, späterer Ladenpreis 24,— DM).

Klaus Schwabe, Deutsche Revolution und Wilson-Frieden. Droste Verlag, Düsseldorf, 711 S., Ln. 87,— DM.

Herbert Schindler, Mosty und Dirschau. Zwei Handstreiche der Wehrmacht vor Beginn des Polenfeldzuges. Verlag Rombach, Freiburg, 167 S. mit 2 Kt., geb. 9,— DM (Einzelschriften zur militärischen Geschichte des Zweiten Weltkrieges, Bd. 7).

Ronald Searle / Heinz Huber, Anatomie eines Adlers. Ein Deutschlandbuch. Deutscher Taschenbuch Verlag, München, 150 S. + viele Zeichnungen, br. 4,80 DM (DTV Bd. 768).

Peter Rindl, Indienreport. Kasten, Konfessionen, Klassen. Europa Verlag, Wien, 132 S., Paperback 12,— DM.

Aktuelle Themen

Indochina im Kampf gegen den US-Imperialismus. Dokumente und Materialien. Herausgegeben von Gabriele Sprigath und Kurt Steinhaus. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt, 129 S. + Karte, br. 5,— DM (Marxistische Taschenbücher). — In zweiter und überarbeiteter Auflage erscheint: Robert Farle / Peter Schöttler, Chinas Weg. Marxismus oder Maoismus? (170 S., kart. 7,50 DM).

Das Rechtskartell. Reaktion in der Bundesrepublik. Herausgegeben von Harald Jung und Eckart Spoo. Hanser Verlag, München, 164 S., br. 7,80 DM (Reihe Hanser, Bd. 70). Günter Witzsch, Deutsche Strafgerichtsbarkeit über die Mitglieder der US-Streitkräfte. Verlag C. F. Müller, Karlsruhe, XXII, 232 S., Ln. 64,— DM (Berkeley-Kölner Rechtsstudien, Bd. 12).

Günter Burghardt, Die Eigentumsordnungen in den Mitgliedstaaten und der EWG-Vertrag. Zur Auslegung von Art. 222 EWGV. Verlag Appel & Sohn, Hamburg, 114 S., kart. 18,50 DM (Hamburger Abhandlungen aus dem Seminar für Öffentliches Recht, Heft 57).

F. K. Liebich, Das GATT als Zentrum der internationalen Handelspolitik. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 224 S., Balacron 28,— DM (Schriftenreihe Europäische Wirtschaft, Bd. 46). — Dem Band sind eine Bibliographie sowie der vollständige Text des „General Agreement on Tariffs and Trade" beigegeben.

Helmut R. Meyer / Wilhelm Schirmer / Klaus Stadtmüller, Flexible Wechselkurse. Dokumentation zur Freigabe des Wechselkurses der Deutschen Mark am 9. Mai 1971. Verlagsgesellschaft Recht und Wirtschaft, Heidelberg, XX, 156 S., kart. 10,— DM.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Die geheimen Vietnam-Dokumente des Pentagon (III)*)

Im Juli haben die „Blätter" mit dem Abdruck der geheimen Vietnam-Dokumente des Pentagon, die in einer Auswahl der „New York Times" an die Öffentlichkeit gelangt sind, begonnen. Nachstehend die dritte Folge unserer Dokumentation. Da die „Blätter" sich bisher als einzige Publikation dazu verstanden haben, den Wortlaut der Pentagon-Studie in deutscher Sprache zugänglich zu machen, haben wir dieser Dokumentationsserie einen beträchtlichen Anteil an den letzten drei Heften eingeräumt. Zahlreiche Zuschriften bestätigten uns die Zustimmung unserer Leser zu dieser Entscheidung. Inzwischen wird nun für diesen Monat das Erscheinen einer deutschen Buchausgabe mit dem vollständigen Text der „New York Times"-Veröffentlichungen von Pentagon-Papieren angekündigt (Droemer/Knaur, Preis voraussichtlich DM 9,80).

Da eine weitere Fortsetzung des Abdrucks der bisher bekannten Dokumente in den „Blättern" unter Beibehaltung des bisherigen Umfangs noch ca. acht weitere — den Raum für andere Beiträge erheblich einschränkende — Folgen erfordern würde, glauben wir im Sinne unserer Leser zu handeln, wenn wir angesichts der Verfügbarkeit einer Buchausgabe auf die weitere Fortsetzung unserer Serie zunächst verzichten. Sollten bisher zurückgehaltene weitere Teile der Pentagon-Studie an die Öffentlichkeit gelangen, werden wir, sofern Interesse besteht, die Möglichkeiten prüfen, diese Dokumente unseren Lesern verfügbar zu machen. D. Red.

XXVI

Auszüge aus einem Telegramm von Botschafter Taylor an das State Department, das Verteidigungsministerium und den Oberkommandierenden im Pazifik, bezüglich eines Treffens der US-Botschafter zur Prüfung der Lage in Laos

Datiert 19. 9. 1964

Das Folgende ist eine mit Vientiane und Bangkok koordinierte Zusammenfassung der Schlußfolgerungen, die auf einem Treffen der drei Botschafter in Saigon am 11. September zur Prüfung der Luft- und begrenzten Bodenoperationen im laotischen Korridor ausgearbeitet wurden:

1) *Luftoperationen im Korridor.* Diese sollen Angriffe auf 22 Ziele umfassen, über die Broschüren in Vientiane und Saigon vorhanden sind. Wenn der Zweck hauptsächlich militärisch ist, d. h. wenn den Angriffszielen der größtmögliche Schaden zugefügt werden und VN/PL daran gehindert werden sollen, sich zu zerstreuen und Schutzmaßnahmen zu ergreifen, wenn ferner eine schnelle Reaktion von seiten der VN/PL verhindert werden soll, dann, so wurde übereinstimmend angesehen, muß eine Reihe von heftigen und schweren Angriffen innerhalb ziemlich kurzer Zeit ausgeführt werden, wozu der Einsatz beträchtlicher amerikanischer und/oder VNAF/Farmgate Streitkräfte notwendig wäre. Ist der Zweck in erster Linie psychologisch, so würden die militärischen Nachteile

*) Vgl. „Blätter" 7/71, S. 745—768, und 8/71, S. 851—882.

von Angriffen, die sich über eine längere Zeit erstrecken, annehmbar sein, und man könnte sich hauptsächlich auf RLAF-Angriffe mit T-28 verlassen, unter Einsatz von Yankee Team-Flugzeugen gegen die härteten Angriffsziele, wie z. B. fünf Brücken. Die Anzahl der erforderlichen Einsätze für diese zweite Option wird auf 188 T-28-Einsätze und 80 USAF [35])-Einsätze geschätzt. Erforderliche Zeit: (Zahl unleserlich) Tage. Die Vertreter von Vientiane glauben, daß Souvanna (unleserliche Wörter) es wahrscheinlich vorziehen würde (unleserliche Wörter), daß diese Angriffe über eine beträchtliche Zeitspanne ausgedehnt würden. Sie meinten auch, daß es ihm lieber sein würde, wenn VNAF keine Luftangriffe im Korridor unternehmen würde. Es wurde allgemeine Übereinstimmung dahingehend erzielt, daß die beste Zielverteilung für die nahe Zukunft eine Mischung von RLAF und Yankee Team sein würde.

Vientiane würde es sehr ungerne sehen, wenn VNAF an solchen Angriffen teilnähme, und hofft, daß die psychologischen Notwendigkeiten der GVN durch Mitteilung der von RLAF und amerikanischen Flugzeugen im Korridor geflogenen Einsätze recht gut erfüllt werden könnten. Saigon wird versuchen, dementsprechend zu handeln, wenn aber zwingende Gründe für versteckte Teilnahme der VNAF vorlägen, würde Vientiane vorher von der Notwendigkeit, dem Zeitpunkt und dem Ort solcher Angriffe unterrichtet werden.

Man kam alternativ überein, daß, wenn möglich, gemeinsame Teilnahme laotischer, thailändischer, südvietnamesischer und amerikanischer Streitkräfte an einer gemeinsamen Anstrengung gegen den gemeinsamen Feind wünschenswert wäre, doch wurde anerkannt, daß die notwendigen Arrangements für eine solche Anstrengung, insoweit überhaupt möglich, einige Zeit in Anspruch nehmen würden. Wenn solche Verhandlungen geführt werden, sollten jedoch RLAF/Yankee Team-Angriffe nicht ausgeschlossen werden. Vientiane hat seitdem erklärt, seiner Ansicht nach sei es nicht wünschenswert, eine solche 4-Länder-Teilnahme an Operationen im Korridor zu formalisieren, weil dadurch die Frage nach dem Grad von Souvanna Phoumas Kenntnis und Mitwirkung gestellt würde, und das, meint Vientiane, könnte den Erfolg der Operationen gefährden.

2) Bodenoperationen

A. Obwohl Übereinstimmung darüber herrscht, daß das Gebiet der nördlichen Nationalstraße 9 die gewinnbringendsten Ziele biete, ging die Konferenz von der Annahme aus, daß Vientiane zur Zeit Operationen beiderseits der Straße 9 politisch unannehmbar finden würde. Jedoch gibt Vientianes Botschaft 448 an das State Department, die nach der Rückkehr der Konferenzteilnehmer abgesandt wurde, jetzt zu erkennen, daß „leichte Einfälle (20 km) ... im Gebiet der Straße 9 durch Einheiten in Kompaniestärke" annehmbar sein würden, auch ohne vorherige Genehmigung durch RLG ...

E. Die Saigoner Gruppe vertrat die Auffassung, daß die Ermächtigung für amerikanische Berater, die Einheiten zu begleiten, eine Voraussetzung für erfolgreiche Operationen sein würde. Ohne eine solche amerikanische Teilnahme werden die Erfolgsaussichten so gering eingeschätzt, daß es fraglich wäre, ob solche grenzüberschreitenden Operationen überhaupt ratsam wären. Die Vertreter von Vientiane waren jedoch entschieden gegen die Teilnahme von US-Beratern wegen der Schwierigkeit mit laufenden SAR-Operationen in Laos und weil es politisch wichtig sei, daß die USA sich in glaubhafter Weise den Anschein gäben, die Bestimmungen der Genfer Verträge einzuhalten.

F. Die Botschaft in Vientiane hatte früher zu erkennen gegeben, daß man dort auf vorhergehender Zustimmung zu grenzüberschreitenden Operationen bestehen würde. Alle Vertreter kamen überein, daß dieses Erfordernis dadurch erfüllt würde, daß Vientiane Gelegenheit erhielte, zu allen Plänen Stellung zu nehmen, die in Washington zur Genehmigung vorgelegt würden. Sobald die Genehmigung zur Ausführung vorläge, würde Vientiane als Addressat für Informationen über den Operationsbetrieb zwischen Saigon, Washington und CINCPAC [36]) von Tag zu Tag auf dem laufenden gehalten.

---

35) USAF = United States Air Force = USA-Luftwaffe.
36) CINCPAC = Commander in Chief, Pacific = Pazifisches Oberkommando.

XXVII

Taylor und die „Jungtürken". Auszüge aus einem Luftpostbrief von Saigon an das State Department über ein Treffen zwischen Botschafter Taylor und seinem Stellvertreter U. Alexis Johnson einerseits und den sogenannten Jungtürken unter den südvietnamesischen Führern, darunter den Generalen Nguyen Cao Ky, Nguyen Van Thieu und Nguyen Chanh Thi, sowie einem nur als Cang identifizierten Admiral

Datiert 24. Dezember 1964

... *Botschafter Taylor:* Verstehen Sie alle Englisch? (Die vietnamesischen Offiziere gaben zu verstehen, daß das der Fall ist, obwohl bekannt war, daß General Thi nur wenig Englisch verstand.) Ich habe Ihnen allen auf dem Abendessen bei General Westmoreland deutlich genug gesagt, daß wir Amerikaner die Putsche satthaben. Anscheinend habe ich meine Worte verschwendet. Das mag vielleicht daran liegen, daß es mit meinem Französisch nicht weit her ist, denn Sie haben offenbar nicht verstanden. Ich habe Ihnen klargemacht, daß alle militärischen Pläne, von denen ich weiß, daß Sie sie ausführen möchten, von der Stabilität der Regierung abhängen. Jetzt haben Sie ein schönes Durcheinander angerichtet. Wir können Sie nicht dauernd tragen, wenn Sie solche Geschichten machen. Wer spricht für Ihre Gruppe? Haben Sie einen Sprecher?

General Ky: Ich bin nicht der Sprecher der Gruppe, aber ich spreche Englisch. Ich werde erklären, warum die Bewaffneten Streitkräfte in der vergangenen Nacht diese Aktion unternommen haben. Wir verstehen Englisch sehr gut. Wir sind uns unserer Verantwortung bewußt und auch der Opfer, die unser Volk seit 20 Jahren gebracht hat. Wir wissen, daß Sie Stabilität haben wollen, aber es gibt keine Stabilität ohne Einigkeit... Aber dennoch gibt es Putschgerüchte und Zweifel unter den Gruppen. Wir glauben, daß diese Gerüchte von dem HNC[87]) herstammen, nicht von der Organisation, sondern von einigen seiner Mitglieder. Sowohl die militärischen wie auch die zivilen Führer sind der Ansicht, daß die Anwesenheit dieser Leute im HNC infolge ihres Einflusses die Bewaffneten Streitkräfte spaltet. Vor kurzem hat uns der Premierminister einen Brief gezeigt, den er von dem Vorsitzenden des HNC erhalten hatte. Darin wurde der Premierminister aufgefordert, sich vor dem Militär in acht zu nehmen, da das Militär vielleicht wieder die Macht an sich reißen wolle. Der HNC hat auch illegal versucht, sich der Verabschiedung der Generale zu widersetzen, deren Versetzung in den Ruhestand der Rat der Bewaffneten Streitkräfte einstimmig empfohlen hatte, um die Einigkeit der Bewaffneten Streitkräfte zu stärken.

General Thieu: Der HNC kann wegen der Verfassung nicht Boß sein. Seine Mitglieder müssen beweisen, daß sie kämpfen wollen.

General Ky: Es sieht so aus, als ob der HNC keine Einigkeit will. Er will nicht gegen die Kommunisten kämpfen. Gerüchtweise ist verlautet, daß unsere Aktion der vergangenen Nacht eine Intrige Khanhs gegen Minh war, der zum Abschied gezwungen werden soll. Warum wollen wir diese Generale verabschieden? Weil sie ihre Chance hatten und sich nicht bewährt haben... Wir haben gestern getagt, 20 von uns, von 14.30 Uhr bis 20.30 Uhr. Wir kamen überein, daß wir handeln müßten. Wir beschlossen, die schlechten Mitglieder des HNC, schlechte Politiker, schlechte Studentenführer sowie die Führer des Ausschusses für Nationale Rettung, einer kommunistischen Organisation, zu verhaften. Wir müssen die Organisationen, die Unruhe stiften, unschädlich machen und den Premierminister und den Staatschef bitten, im Amt zu bleiben. Nachdem wir der Bevölkerung auf einer Pressekonferenz erklärt haben, warum wir das getan haben, möchten wir zu unseren Kampfeinheiten zurückkehren. Wir haben keinen politischen Ehrgeiz. Wir wollen starke, einige und stabile Bewaffnete Streitkräfte haben, um den Kampf und eine

[87]) HNC = High National Council = Oberster Nationalrat (Südvietnam).

stabile Regierung unterstützen zu können. Staatschef Suu stimmt mit uns überein. General Khanh hat mit Huong gesprochen, der auch einverstanden war. Wir haben getan, wovon wir glaubten, es sei gut für unser Land; wir haben versucht, eine zivile Regierung dazu zu bringen, daß sie im Hause aufräumt. Wenn uns das gelungen ist, so ist das gut. Wir sind jetzt bereit, zu unseren Einheiten zurückzukehren.

Botschafter Taylor: Ich respektiere Ihre Offenheit, meine Herren. Jetzt möchte ich mit Ihnen über die Folgen dessen, was Sie getan haben, reden. Zuerst aber: möchte einer von den anderen Offizieren sprechen?

Admiral Cang: Ich habe den Eindruck, daß man uns behandelt, als ob wir schuldig wären. Was wir getan haben, war gut, und wir haben es nur zum Besten des Landes getan.

Botschafter Taylor: Lassen Sie mich jetzt Ihnen sagen, was ich davon halte und was nach meiner Überzeugung die Folgen sind: erstens einmal, es handelt sich dabei um einen Militärputsch, der das Verfahren zur Regierungsbildung zerstört hat, das im vergangenen Herbst, zur Bewunderung der ganzen Welt, großenteils durch die staatsmännischen Handlungen der Bewaffneten Streitkräfte eingeführt worden war. Sie können nicht zu ihren Einheiten zurückkehren, General Ky. Die Militärs sind jetzt wieder an der Macht. Sie stecken bis zum Halse in der Politik. Aus Ihrer Erklärung geht hervor, daß Sie sich im wesentlichen wieder als einen militärischen Revolutionsausschuß konstituiert haben. Die Auflösung des HNC war ganz und gar illegal. Ihr Dekret erkannte den Staatschef und die Regierung Huong an, doch könnten Sie diese Anerkennung jederzeit zurückziehen. Das wird als eine Rückkehr der Militärs an die Macht ausgelegt werden ... Wer ist der Oberbefehlshaber über die Bewaffneten Streitkräfte? General Khanh?

General Ky: Jawohl ...

General Thieu: Trotz dem, was Sie sagen, muß bemerkt werden, daß sich der vietnamesische Oberbefehlshaber in einer besonderen Lage befindet. Er braucht darum Berater. Wir wollen General Khanh nicht zwingen. Wir werden tun, was er befiehlt ...

Botschafter Taylor: Wären Sie bereit, meine Herren Offiziere, in eine neue Regierung einzutreten, wenn Huong Sie dazu auffordern würde? Ich bin beeindruckt gewesen von der hohen Qualität vieler vietnamesischen Offiziere. Ich bin sicher, daß viele der tüchtigsten Leute hier im Lande in Uniform sind. Als im vergangenen Herbst der HNC und die Regierung Huong gebildet wurden, schlug ich General Khanh vor, daß die Militärs daran teilnehmen sollten, doch wurde mein Vorschlag nicht angenommen. Es wäre daher nur natürlich, wenn einige von Ihnen jetzt den Ruf annehmen würden, in der Regierung zu dienen. Würden Sie dazu bereit sein? ...

General Ky: Ich bin trotzdem dagegen, daß das Militär jetzt gleich wieder in die Regierung eintritt. Die Leute würden sagen, es sei ein Militärputsch.

Botschafter Taylor und Botschafter Johnson (zusammen): Das werden die Leute auf jeden Fall sagen ...

Botschafter Taylor: Sie haben die Verfassung zerstört. Der Staatschef wird trotzdem Wahlen vorbereiten müssen. Kein Mensch glaubt, daß der Staatschef die Macht oder die Fähigkeit hätte, dies ohne HNC oder eine andere beratende Körperschaft zu tun. Wenn ich der Premierminister wäre, würde ich mich einfach über die Zerschlagung des HNC hinwegsetzen. Aber wir behalten den HNC selbst bei. Sie brauchen eine gesetzgebende Körperschaft, und Sie müssen diesen Schritt tun, um zu einer Regierung mit einer Nationalversammlung zu gelangen ...

Botschafter Taylor: Es muß bemerkt werden, daß Premierminister Huong die Auflösung des HNC nicht angenommen hat ...

General Thieu: Was für eine Konzession will Huong von uns haben?

Botschafter Taylor machte noch einmal auf die Notwendigkeit der Funktion eines HNC aufmerksam.

General Ky: Vielleicht ist es am besten, wenn wir jetzt General Khanh und Premierminister Huong miteinander reden lassen.

General Thieu: Schließlich haben wir nicht alle Mitglieder des HNC verhaftet. Von neun Mitgliedern haben wir nur fünf festgenommen. Diese Leute sind nicht in Haft. Sie stehen nur unter Hausarrest ...

Botschafter Taylor: Unser Problem ist jetzt, meine Herren, unsere Arbeit für den Rest des Tages zu organisieren. Auf jeden Fall wird die Regierung ein Kommuniqué herausgeben müssen.

General Thieu: Wir werden doch noch heute nachmittag eine Pressekonferenz haben, aber nur um zu sagen, warum wir so gehandelt haben, wie wir es taten.

Botschafter Taylor: Ich habe drüben in Amerika richtige Schwierigkeiten. Ich weiß nicht, ob wir Sie nach dieser Geschichte weiterhin unterstützen werden. Warum reden Sie denn nicht mit Ihren Freunden, bevor Sie handeln? Es tut mir leid, daß ich heute so unverblümt sprechen muß, aber es steht viel für uns auf dem Spiel ... Und war es wirklich so dringend notwendig, die Verhaftungen noch in der gleichen Nacht durchzuführen? Hätte man damit nicht ein oder zwei Tage warten können? ...

Indem er freundlichen Abschied nahm, sagte Botschafter Taylor noch: Ihr habt eine Menge Geschirr kaputt gemacht, Leute, und jetzt müssen wir sehen, wie wir aus diesem Durcheinander wieder herauskommen.

XXVIII

Persönlicher Brief von Walt W. Rostow, dem Vorsitzenden der Politischen Planungsabteilung im State Department, an Verteidigungsminister McNamara betreffend „Militärische Dispositionen und politische Signale"

Datiert 16. November 1964

Im Anschluß an unsere Unterhaltung von gestern abend, bin ich darüber besorgt, daß man sich soviele Gedanken über den tatsächlichen Schaden macht, den wir im Norden anrichten, und nicht genug Gedanken über das Signal, das wir geben möchten.

Dieses Signal besteht aus drei Teilen:

a) Schaden soll jetzt dem Norden zugefügt werden, weil sie die Verträge von 1954 und 1962 verletzen;

b) wir sind bereit und imstande, über den anfänglich zugefügten Schaden weit hinauszugehen;

c) wir sind bereit und imstande, jedem Grad der Eskalation, zu dem es die andere Seite bringen mag, wenn sie Lust hat, zu begegnen.

Vier Punkte folgen.

1) Ich bin überzeugt, daß wir nicht in das nächste Stadium eintreten sollten ohne einen gewissen Einsatz amerikanischer Bodentruppen:

a) Der Abzug dieser Bodenstreikkräfte könnte ein ausschlaggebend wichtiger Teil unserer diplomatischen Verhandlungsposition sein. Bodentruppen können während einer Konfe-

renz leichter dort verbleiben, wo sie sind, als wir eine Reihe sich steigernder Luft- und Seeoperationen als Druckmittel einsetzen können.

b) Wir müssen klarmachen, daß Gegeneskalation durch die Kommunisten direkt auf amerikanische Bodenstärke stoßen wird, und damit entfällt für sie die Möglichkeit, ihre Bodenstellungen unter Inkaufnahme lediglich von Schaden aus der Luft und von See her radikal auszudehnen.

c) Es besteht eine gewisse Möglichkeit, daß sie bei dem Angriff auf den Flugplatz zwei Schritte im voraus im Sinne gehabt haben, nämlich eine weitreichende („pre-emptive") Bodenreaktion als Antwort auf einen erwarteten amerikanischen Vergeltungsschlag für den Angriff auf Bien Hoa.

2) Die erste kritische militärische Aktion gegen Nordvietnam sollte nur dazu dienen, das Prinzip festzulegen, daß sie von jetzt an im Norden Vergeltungsschlägen wegen fortgesetzter Verletzung der Verträge von 1954 und 1962 ausgesetzt sein werden. Mit anderen Worten, wir würden einen Wandel des Prinzips, das dem Vergeltungsschlag für den Vorfall im Golf von Tonkin zugrundelag, signalisieren. Das bedeutet, daß die Anwendung von Gewalt im Norden anfänglich so begrenzt und unblutig wie möglich sein sollte. Es kommt für uns zuerst auf eine Festlegung des Prinzips an, nicht auf eine „tit-for-tat"-Vergeltung.

3) Dabei sollte jedoch die Disposition unserer Streitkräfte, die mit diesem Beginn der Vergeltung gegen den Norden Hand in Hand geht, klar verständlich drei Signale geben:

a) daß wir unsere Kapazität ausbauen, um später den direkten Druck auf Nordvietnam, auch von See her, verstärken zu können, wenn sich das als notwendig erweisen sollte;

b) daß wir darauf vorbereitet sind, jede Form der Eskalation, die Nordvietnam auf dem Boden zuwegebringen könnte, zurückzuschlagen; und

c) daß wir Streitkräfte aufstellen, die einen Vergeltungsschlag direkt gegen das kommunistische China ausführen könnten, falls Peking an einer Eskalation von seiten Hanois teilnehmen sollte. Zu diesem Zweck sollten weitere Luftstreitkräfte auf Formosa stationiert werden und vielleicht auch eine Flotte von Flugzeugträgern, die von unserer Streitmacht im Südchinesischen Meer verschieden ist, in der Nähe der chinesischen Küste kreuzen.

4) Wenn wir diesen Kurs einschlagen, wird der Präsident sich fast sicher an unser Volk und die Weltmeinung wenden müssen, um unsere Ziele und Absichten zu erklären. Das wird wohl auch die überzeugendste Form, mit Ho und Mao in Verbindung zu treten, sein. Außerdem bin ich geneigt zu glauben, daß es wünschenswert wäre, eine möglichst direkte Verbindung herzustellen (vielleicht über Vientiane oder Warschau), statt Zwischenträger („cut-outs") zu benutzen. Die Gegenseite muß merken, daß sie es jetzt mit einem fest entschlossenen LBJ zu tun hat. Entgegen einer früher ausgedrückten Besorgnis glaube ich jetzt, daß es durchaus möglich ist, die Grenzen ebenso wie den Ernst unserer Absichten der Gegenseite mitzuteilen, ohne daß Hanoi im Ernst zu befürchten braucht, daß wir nach Belieben vorhaben, im Delta des Roten Flusses, in China zu landen, oder irgendein anderes Ziel anstreben als die Wiedereinsetzung der Verträge von 1954 und 1962.

XXIX

Memorandum von Mr. Rostow an Außenminister Rusk, betitelt „Einige Beobachtungen, während wir uns der entscheidenden Phase in Südostasien nähern"

Datiert 23. November 1964

Ich reise am kommenden Samstag nach Lima ab, um an den Treffen des CIAP und CIES teilzunehmen. Ich nehme an, daß Anfang Dezember wichtige Entscheidungen betreffend

Südostasien getroffen werden. Ich möchte Ihnen daher einige Beobachtungen zur Lage vorlegen. Ich habe diese schon Bill Bundy übermittelt.

1) Wir müssen damit beginnen, daß wir uns geistig so intensiv wie möglich mit der Frage beschäftigen, wie Hanoi und Peking das südostasiatische Problem ansehen. Ich stimme fast vollkommen mit SNIE[38]) 10-3-64 vom 9. Oktober überein. Hier sind die wichtigsten Abschnitte:

„Die Gegenseite wird zwar versuchen, die sich verschlechternde Lage in Saigon auszunützen und ihre Kämpfer zu ermutigen, aber doch wahrscheinlich Aktionen vermeiden, die ihrer Ansicht nach in unerwünschtem Maße die Chancen eines scharfen amerikanischen Vorgehens gegen Nordvietnam (DRV) oder das kommunistische China erhöhen würden. Wir sind fast sicher, daß sowohl Hanoi wie Peking daran liegt, nicht in die Art von Krieg verwickelt zu werden, in dem das große Gewicht der überlegenen amerikanischen Waffentechnik gegen sie eingesetzt werden könnte. Selbst wenn Hanoi und Peking der Meinung wären, daß die USA keine Atomwaffen gegen sie einsetzen würden, könnten sie dessen doch nicht sicher sein ...

Angesichts des neuen amerikanischen Druckes auf die DRV werden die weiteren Aktionen Hanois und Pekings in beträchtlichem Maße von ihrer Einschätzung unserer Absichten abhängen, d. h. von der Frage, ob die USA tatsächlich entschlossen sind, den Druck so weit wie notwendig zu verstärken. Ihre Schätzungen in dieser Frage sind wahrscheinlich ungewiß, doch glauben wir, daß die Furcht vor strengen Gegenmaßnahmen der USA dazu angetan sein wird, ihnen bei ihren Reaktionen ein gutes Maß Vorsicht einzuflößen ... Wenn die amerikanischen Angriffe trotz der kommunistischen Anstrengungen fortgesetzt würden, dann würden die Führer in Hanoi sich doch fragen müssen, ob es nicht besser wäre, ihre Unterstützung der militärischen Aktion des Vietkong einzustellen, als die Zerstörung ihrer wichtigsten militärischen Einrichtungen und des industriellen Bereichs ihrer Wirtschaft hinnehmen zu müssen. Es könnte dabei sein, daß sie in dem Glauben, daß die Entwicklung in Südvietnam fast unumkehrbar zu ihren Gunsten verläuft, damit rechnen würden, daß die Vietkong ihre militärischen Angriffe wohl vorläufig einstellen könnten, um dann den Aufstand zu einem späteren Zeitpunkt erneut zu entfachen. Ihre Beurteilung dieser Frage könnte durch die Besorgnis der chinesischen Kommunisten über die Möglichkeit, in einen Konflikt mit der amerikanischen Luft- und Seemacht verwickelt zu werden, verstärkt werden."

Unser grundlegendstes Problem ist daher, sie davon zu überzeugen, daß eine Fortsetzung ihrer gegenwärtigen Politik das Risiko großer Zerstörung in Nordvietnam mit sich bringt; daß ein Versuch, als Vorspiel zu Verhandlungen erheblich an Land zu gewinnen, auf amerikanische Bodentruppen stoßen wird; und daß das kommunistische China nicht verschont bleiben wird, wenn es Nordvietnam bei der Gegeneskalation hilft.

2) Was die Disposition unserer Streitkräfte anbelangt, so glaube ich, daß die wichtigsten Schritte folgende wären:

a) Der Einsatz gewisser Bodenstreitkräfte in Südvietnam und möglicherweise im Korridor von Laos;

b) eine Mindest-Festlegung des Prinzips, daß Nordvietnam von jetzt an wegen fortgesetzter Verletzungen der Verträge von 1954 und 1962 Vergeltungsangriffen ausgesetzt sein wird;

c) was vielleicht am wichtigsten von allem ist: die Verlegung massiver Streitkräfte auf den Pazifischen Schauplatz, um mit jeder Art von Gegeneskalation fertigzuwerden. Dazu gehören selbstverständlich auch Streitkräfte, die gegen China sowohl wie gegen Nordvietnam gerichtet sind, sollten die chinesischen Kommunisten sich aktiv beteiligen. Ich bin immer mehr davon überzeugt, daß wir das in einer Art und Weise tun könnten,

---

[38]) SNIE = Special National Intelligence Estimate = Sondergutachten, ausgearbeitet von der Gemeinschaft der Nachrichtendienste.

die in Hanoi und Peking verstanden — und nicht in gefährlicher Weise falsch ausgelegt — werden würde.

3) Die Truppenbewegungen und sogar die Bombardierungen im Norden werden jedoch an und für sich noch kein entscheidendes Signal darstellen. Die Gegenseite wird mit größter Aufmerksamkeit die Antwort auf die Frage suchen: Kommt es dem Präsidenten der Vereinigten Staaten wirklich im Grunde darauf an, daß die Verträge von 1954—1962 wieder in Kraft gesetzt werden, oder setzt er bloß eine Demonstration der Stärke in Szene, hauptsächlich um für den Fall einer amerikanischen Niederlage auf einer diplomatischen Konferenz das Gesicht zu wahren? In dieser Hinsicht wird ihr Urteil nicht nur von unserer Gewaltanwendung und den Dispositionen unserer Streitkräfte abhängen, sondern auch von der Haltung des Präsidenten, einschließlich der Verpflichtungen, die er gegenüber unserem eigenen Volk und der Welt eingeht, und von der Art und Weise, wie diese erfüllt werden. Das SNIE-Gutachten spiegelt richtig das Ausmaß ihrer Hoffnung und ihres Einsatzes in Südvietnam und Laos wider. Sie werden eine Niederlage nicht hinnehmen, es sei denn, daß sie ganz sicher sind, daß wir es wirklich ernst meinen. Sie werden in dieser Angelegenheit so tief schürfen, wie Chruschtschow es getan hat, bevor er seinen Versuch, unser Festhalten an Berlin zu brechen, aufgab, und wie er es tat, als er uns wegen der Raketen in der Türkei auf die Probe stellte, bevor er schließlich seine Raketen abbauen und aus Kuba entfernen ließ. Rhetorik und Truppenbewegungen allein werden nicht ausreichen, um die Gegenseite zu überzeugen.

4) In Anbetracht der grundlegenden Einschätzung der Lage in diesem SNIE-Gutachten bezweifle ich nicht, daß wir die Fähigkeit haben, die Wiederherstellung der Verträge von 1954—1962 durchzusetzen, wenn wir uns an diese Aufgabe mit der gleichen Entschlossenheit und Zähigkeit heranmachen, mit der wir uns auf die lange Kraftprobe um Berlin und die kurze Kraftprobe um die Raketen in Kuba eingelassen haben. Aber es wird die gleiche Art von Einsatz und Festigkeit von seiten des Präsidenten erfordern.

5) In dieser Hinsicht hatte SNIE ganz recht, daß die Gegenseite versuchen wird, wenn wir es ihr erlauben, entweder den Krieg in Südvietnam nur scheinbar abzublasen, ohne es wirklich zu tun, oder ihn wiederaufleben zu lassen, sobald der Druck nachläßt. (Wir können sehen, wie Castro das jetzt in Venezuela macht.) Das Wesen des Guerillakrieges, der Infiltration usw. begünstigt diese Art von zweideutigem Nachgeben und Wiederanspornen. Darum ist es von größter Wichtigkeit, daß wir genau definieren, was die Gegenseite tun muß, damit der Druck auf den Norden aufhört. Eben weil es uns angelegen sein könnte, den Druck eine Weile aufrechtzuerhalten, um sicher zu gehen, daß die Gegenseite die Bedingungen erfüllt, sollten wir uns die Verlegung von Truppen nicht nur nach Südvietnam, südlich des 17. Breitengrades, sondern auch in den Infiltrationskorridor von Laos gründlich überlegen. Das gleiche gilt für ein nicht-blutiges, aber wichtiges Druckmittel in der Form einer Seeblockade, die sich in einer Phase von Verhandlungen, bzw. Halb-Verhandlungen leichter aufrechterhalten ließe als Bombardierungen.

6) Zu den Prüfsteinen der Einhaltung von Bedingungen sollten die folgenden gehören: die Entfernung der Viet-Minh-Truppen aus Laos; das Aufhören der Infiltration Südvietnams von Norden her; das Abschalten des taktischen Rundfunknetzes und die offene Erklärung über Radio Hanoi, daß die Vietkong ihre Operationen einstellen und ihre Ziele in Südvietnam mit politischen Mitteln weiterverfolgen sollten. Was den letztgenannten Punkt angeht, selbst wenn versteckte gegenteilige Instruktionen gegeben werden sollten, würde doch eine offene Erklärung bedeutende politische und psychologische Wirkung haben.

7) Wie ich schon in meinem Memorandum für den Präsidenten vom 6. Juni sagte, kann und sollte auch niemand dogmatische Ansichten darüber äußern, wieviel Krieg — und für wie lange — uns noch bevorstehen würde, wenn das äußere Element auf diese Weise radikal reduziert oder beseitigt würde. Ich meine, daß eine erhebliche Wahrscheinlichkeit dafür besteht, daß, wenn wir so vorgehen, der Krieg entweder sofort ein Ende nehmen wird oder daß wir dann in Südvietnam dieselbe Art von Auseinanderbrechen der kommunistischen Bewegung sehen werden wie in Griechenland, nachdem die jugoslawische

Grenze infolge des Zerwürfnisses zwischen Stalin und Tito gesperrt worden war. Wir können uns jedoch von dieser Annahme nicht leiten lassen. Wir müssen versuchen, diese ganze Operation mit der größten Anstrengung zur Aufstands-Unterdrückung zu verzahnen, die wir mit unseren vietnamesischen Freunden außerhalb des Landes unternehmen können; und wir dürfen die amerikanischen Streitkräfte nicht aus Vietnam zurückziehen, bis wir den Krieg wirklich im Griff haben. In dieser Beziehung hoffe ich, daß alle zuständigen Stellen sich sorgfältig mit dem RAND-Vorschlag vom 17. November 1964 befassen werden, der den Titel trägt: SIAT: Single Integrated Attack Team (integriertes einzelnes Angriffsteam), ein Konzept für offensive militärische Operationen in Südvietnam.

8) Ich sehe nicht, wie wir, wenn wir diesen Kurs verfolgen, vermeiden können, daß unsere Verbündeten erhöhten Druck auf uns ausüben, damit entweder die chinesischen Kommunisten in die UN aufgenommen werden oder aber die UN den chinesischen Kommunisten ein Angebot auf der Grundlage einer 2-China-Politik macht. Damit werden der Präsident und die Regierung leben können, wenn — aber auch nur wenn — die Probleme Laos und Südvietnam sauber gelöst werden. Die Veröffentlichung eines guten Jordan Reports *) würde dabei helfen, unsere Verbündeten hinsichtlich der Notwendigkeit, erst die Verträge von 1954 und 1962 wieder in Kraft zu setzen, an die Wand zu drücken.

9) Wenn ich mir diese Beobachtungen noch einmal als Ganzes überlege, so will ich wohl damit sagen, daß unsere Mittel meiner Auffassung nach ausreichen, um mit dieser Angelegenheit fertigzuwerden, wenn wir uns an die Aufgabe mit angemessener Entschlossenheit zum Erfolg heranmachen. Ich kenne sehr wohl die Ängste und Komplikationen auf unserer Seite. Aber vielleicht gibt es eine gewisse Tendenz, die Ängste und Komplikationen auf der anderen Seite zu unterschätzen und auch den begrenzten, aber doch echten Einfluß auf das Endergebnis zu unterschätzen, der von der einfachen Tatsache ausgeht, daß wir in diesem Stadium der Geschichte die größte Weltmacht sind — wenn wir uns dementsprechend verhalten.

10) Was nun die öffentliche Stellungnahme des Präsidenten zu seiner Politik anbelangt, möchte ich noch etwas zu dem Entwurf hinzufügen, den ich als Begleitpapier zu meinem Memorandum vom 6. Juni an den Präsidenten aufgesetzt habe. Ich glaube, er wollte die Vision einer asiatischen Gemeinschaft aufstellen, die über den Mekong-Abschnitt des genannten Entwurfes hinausgeht. Diese Vision sollte im wesentlichen die Hoffnung zum Ausdruck bringen, daß, wenn die Verträge von 1954 und 1962 wieder in Kraft gesetzt sind, diese Dinge möglich wären:

a) Frieden; b) beschleunigte wirtschaftliche Entwicklung; c) die Asiaten nehmen größeren Anteil an der Gestaltung ihrer Geschicke; d) soviel friedliche Koexistenz zwischen asiatischen Kommunisten und Nicht-Kommunisten, wie die Kommunisten haben wollen.

11) Ein Szenarium zur Verfolgung dieser Politik könnte wie folgt beginnen:

a) Eine Entscheidung des Präsidenten, die den Führern des Kongresses mitgeteilt, aber von diesen geheimgehalten wird. Ein bißchen gezielte Indiskretion könnte nicht schaden.

b) Sofortige Verlegung entsprechender Streitkräfte in den Pazifik.

c) Sofortige direkte Nachricht an Hanoi, um ihnen eine Chance zum Nachgeben zu geben, bevor unsere Aktionen ausgeführt werden; in dieser Nachricht sollte eine klare Abgrenzung unserer Ziele enthalten sein, aber auch die unzweideutige Bekanntgabe, daß wir unbedingt daran festhalten werden.

d) Sollte diese erste Benachrichtigung erfolglos bleiben (was wahrscheinlich ist), dann Entsendung von Bodentruppen und Seeblockade, samt erstem Angriff auf den Norden unter gleichzeitiger Veröffentlichung des auf den letzten Stand gebrachten Jordan Reports sowie einer Rede des Präsidenten.

---

*) Der Jordan Report — an anderer Stelle Jorden Report genannt — ist ein Geheimdokument des State Department, 1964 von William J. Jorden verfaßt, über das nichts weiter bekannt ist.

XXX

Anhang A: „Eine Politik anhaltender Vergeltung" zu einem Memorandum von McGeorge Bundy, dem Sicherheitsberater des Präsidenten, an Präsident Lyndon B. Johnson

Datiert 7. Februar 1965

I. Einleitung

Wir glauben, daß für uns die beste vorhandene Möglichkeit, unsere Erfolgsaussichten in Vietnam zu erhöhen, darin besteht, daß wir eine Politik der anhaltenden Vergeltung („sustained reprisal") gegen Nordvietnam entwickeln und ausführen — eine Politik, bei der Luft- und Seeoperationen gegen den Norden durch die ganze Vietkong-Kampagne der Gewalt und des Terrors im Süden gerechtfertigt werden und sich darauf beziehen.

Wenn wir auch glauben, daß das Risiko einer solchen Politik annehmbar ist, müssen wir doch betonen, daß die Kosten erheblich sind. Es wird dabei zu spürbaren amerikanischen Verlusten in der Luft kommen, auch wenn kein voller Luftkrieg ausbricht, und es erscheint als wahrscheinlich, daß letzten Endes eine umfassende und teuere Anstrengung, die sich gegen das ganze Luftabwehrsystem von Nordvietnam richtet, notwendig sein wird. Amerikanische Verluste würden größer — und für das amerikanische Publikum deutlicher sichtbar — sein als diejenigen, die bisher mit dem Kampf in Südvietnam verbunden waren.

Gemessen an den Kosten einer Niederlage in Vietnam, erscheint das Programm dennoch als billig. Und auch wenn es nicht gelingt, damit eine Wende zu erzielen — was der Fall sein kann —, scheint uns doch der Wert der Anstrengung größer zu sein als ihre Kosten.

II. Umrisse der Politik

1) Im Verein mit der Regierung von Vietnam sollten wir die Option einer Vergeltung für *jeden* Gewaltakt des Vietkong gegen Menschen oder Eigentum entwickeln und durchführen.

2) In der Praxis mag es sein, daß wir am Anfang unsere Vergeltungsschläge auf ziemlich stark sichtbare Handlungen wie den Zwischenfall von Pleiku beschränken. Später mag es dahin kommen, daß wir Vergeltung üben wegen des Mordes an einem Provinzchef, jedoch nicht unbedingt wegen eines an einem Dorfbeamten verübten Mordes; wir könnten Vergeltung üben wegen einer Granate, die in ein vollbesetztes Café in Saigon geschleudert wurde, jedoch nicht unbedingt wegen eines Schusses, der auf einen kleinen Laden auf dem Lande abgefeuert wurde.

3) Sobald das Vergeltungsprogramm deutlich angelaufen ist, sollte es nicht mehr notwendig sein, jede bestimmte Handlung gegen Nordvietnam mit einer Gewalttat im Süden in Verbindung zu bringen. Es sollte möglich sein, z. B. wöchentliche Listen der im Süden begangenen Gewalttaten zu veröffentlichen und deutlich darauf aufmerksam zu machen, daß diese Gewalttaten der Grund für die jeweils im Gange befindliche Aktion gegen den Norden seien. Ein so allgemein gehaltenes Muster der Vergeltung würde einen guten Teil der Schwierigkeit beheben, die darin besteht, genau entsprechende Angriffsziele zur Vergeltung für bestimmte Greueltaten zu finden. Doch ist es auch bei diesem allgemeineren Muster wichtig, darauf zu achten, daß das allgemeine Ausmaß der Vergeltung dem Ausmaß der Gewalttaten im Süden entspricht. Wir müssen in jedem Stadium sowohl Hanoi wie auch der Welt klarmachen, daß unsere Vergeltungsschläge geringer werden oder aufhören, wenn die Gewalttaten im Süden geringer werden oder aufhören — und daß wir nicht den Versuch machen wollen, Nordvietnam zu zerstören oder zu erobern.

4) In den Frühstadien eines solchen Programms sollten wir geeignete Gelegenheiten benutzen, um unsere feste Absicht, Vergeltung zu üben für jede größere oder kleinere Handlung, die nach unserer Meinung oder nach Ansicht der GVN auf Unterstützung durch Hanoi schließen läßt, klar herauszustellen. Wir würden ankündigen, daß unsere beiderseitigen Regierungen geduldig und nachsichtig gewesen sind, in der Hoffnung, daß Hanoi zur Besinnung kommen würde, ohne daß wir weiter einzugreifen brauchten, doch gingen die Gewalttaten weiter, und wir müßten jetzt gegen die Verantwortlichen vorgehen; wir würden nicht provozieren; wir würden auch unsere Stärke nicht rücksichtslos einsetzen; aber wir könnten angesichts der wiederholten Gewalt- und Terrorakte, für die DRV verantwortlich ist, nicht länger die Hände in den Schoß legen.

5) Nachdem wir diese Ankündigung einmal gemacht haben, sollten wir unsere Vergeltungspolitik der Öffentlichkeit gegenüber möglichst geräuschlos durchführen. Es liegt uns daran, daß unsere Handlungen gesehen werden — doch wollen wir uns derselben nicht in einer Weise brüsten, die für Hanoi ein Einlenken erschweren würde. Wir sollten stattdessen die Aufmerksamkeit soviel wie möglich auf die weitergehenden Gewalttaten lenken, die der Grund unserer fortgesetzten Vergeltungsschläge sind.

6) Diese Vergeltungspolitik sollte auf niedrigem Niveau beginnen. Das angewandte Niveau von Gewalt und Druck sollte nur allmählich gesteigert werden — und sollte, wie oben erwähnt, verringert werden, wenn der Vietkong-Terror ersichtlich nachläßt. Das angestrebte Ziel sollte nicht sein, einen Luftkrieg gegen Hanoi zu „gewinnen", sondern vielmehr den Verlauf des Ringens im Süden zu beeinflussen.

7) Gleichzeitig sollte jedoch erkannt werden, daß ein „Luftkrieg" tatsächlich notwendig werden kann, um unsere Vergeltungsmacht ohne ein Risiko zu hoher Verluste aufrechterhalten zu können. Wir sollten daher bereit sein, eine getrennte Rechtfertigung für energische Flak-Beseitigung und wenn nötig die Zerstörung der kommunistischen Luftmacht zu entwickeln. Eine solche Erklärung sollte im wesentlichen darauf hinausgehen, daß diese Aktionen nur darauf abzielen, die Wirksamkeit unserer Vergeltungspolitik zu sichern, und daß sie in keiner Weise die Absicht darstellen, einen Offensivkrieg gegen den Norden zu führen. Es sollte nicht zu schwer sein, diese Unterscheidungen zu entwickeln.

8) Es ist jedoch durchaus möglich, daß diese Vergeltungspolitik uns schnell auf das in der sogenannten Phase II unserer Dezember-Planung vorgesehene Niveau militärischer Tätigkeit bringt. Vielleicht wird es uns sogar gegenüber sowohl Hanoi wie auch Peking noch darüber hinaus bringen, wenn eine kommunistische Gegenaktion stattfindet. Wir und GVN sollten auch darauf vorbereitet sein, daß es infolgedessen zu einem Anschwellen des Vietkong-Terrors kommen mag, besonders in den städtischen Gebieten, das alles bisher Dagewesene in den Schatten stellt. Das sind die Risiken jeder Aktion. Sie sollten sorgfältig geprüft werden — doch glauben wir, daß sie annehmbar sind.

9) Wir sind überzeugt, daß die Vergeltungspolitik nur Wert hat, wenn sie **fortgesetzt** betrieben wird. Episodische Vergeltungsschläge für jeweils eine „spektakuläre" Gewalttat würden nicht die gleiche Überzeugungskraft besitzen wie anhaltender Druck. Was noch wichtiger ist, sie würden es den Kommunisten ermöglichen, Vergeltungsschläge ganz zu vermeiden, indem sie nur einen kleinen Teil ihres eigenen Programms aufgeben. Die Golf-von-Tonkin-Affäre führte zu einer stark spürbaren Hebung der Moral in Südvietnam. Als sich dann aber zeigte, daß es nur eine isolierte Episode war, kam es zu einem schweren Rückfall. Es ist das große Verdienst des vorgeschlagenen Planes, daß die Kommunisten, wenn sie ihm ein Ende bereiten wollen, ihre Tätigkeit im Süden soweit beendigen müßten, daß eine entschiedene Anstrengung, die Befriedung durchzuführen, wahrscheinlich Erfolg haben würde.

III. *Erwartete Wirkung der Politik anhaltender Vergeltung*

1) Wir betonen, daß unser Hauptziel bei der Befürwortung einer Vergeltungspolitik darin besteht, eine Verbesserung der Lage in *Süd*vietnam herbeizuführen. Aktion gegen den Norden wird für gewöhnlich empfohlen als ein Mittel, um den Willen Hanois zur Leitung

und Unterstützung des Vietkong zu beeinträchtigen. Wir sehen das als ein wichtiges, aber langfristiges Ziel an. Die sofortigen und kritischen Ziele sind im Süden — in den Gemütern der Südvietnamesen und denjenigen der Vietkong-Kader.

2) Voraussagen, wie sich ein bestimmtes Aktionsprogramm auf die Gemütsverfassung der Menschen auswirken wird, sind immer schwierig. Es scheint ziemlich klar zu sein, daß, wenn die Vereinigten Staaten und die Regierung von Vietnam gemeinsam eine Vergeltungspolitik in Angriff nehmen, im Süden sofort der Optimismus bei fast allen ausdrucksfähigen Gruppen, die sich äußern, stark ansteigen wird. Die amerikanische Botschaft in Saigon glaubt — und unsere eigenen Unterhaltungen bestätigen das —, daß in allen Teilen der öffentlichen Meinung von Vietnam die Ansicht stark vertreten ist, daß die Vereinigten Staaten viel mehr tun könnten, wenn sie nur wollten, und daß man die Tatsache, daß wir unsere so offensichtlich gewaltige Macht nicht stärker einsetzen, mit Argwohn betrachtet. Kurzfristig gesehen zumindest würde die Reaktion auf die Vergeltungspolitik sehr günstig sein.

3) Diese günstige Reaktion sollte eine Gelegenheit bieten für verstärkte amerikanische Einflußnahme, um eine tüchtigere Regierungsweise herbeizuführen — wenigstens auf kurze Sicht. Gemeinsame Vergeltungsschläge würden militärische Planung voraussetzen, bei der die amerikanische Rolle notwendigerweise vorherrschend sein würde, und aus dieser neuen Beziehung sollte sich für uns größerer Spielraum ergeben, um andere militärische Anstrengungen durchzusetzen — vielleicht auch in größerem Umfang, wenn eine stabile Regierung gebildet wird. Gerade in der Frage der Vergeltung sind wir obenan wie vielleicht auf keinem anderen Gebiet.

4) Die gesteigerte Hoffnung der Vietnamesen könnte wohl zu einer größeren Bereitschaft der verschiedenen politischen Gruppierungen führen, sich zur Bildung einer tüchtigeren Regierung zusammenzutun.

5) Wir meinen, daß wirksame und anhaltende Vergeltungsschläge, auch wenn sie nur in beschränktem Umfang vorgenommen werden, sich auf die Moral der Vietkong-Kader in Südvietnam in erheblichem Maße deprimierend auswirken werden. Diese Ansicht wird vom CIA in Saigon nachdrücklich vertreten. Sie stützt sich auf zuverlässige Berichte über die erste Reaktion der Vietkong auf den Zwischenfall im Golf von Tonkin und auch auf die begründete allgemeine Auffassung, daß die Entschlossenheit Hanois und die scheinbare Schüchternheit der mächtigen USA beide das Vertrauen der Vietkong in starkem Maße beeinflussen.

6) Die langfristige Wirkung der Vergeltungsschläge im Süden ist erheblich weniger klar. Es kann sein, daß, wie bei anderen stimulierenden Mitteln, ihr Wert im Laufe der Zeit zurückgehen würde. In der Tat ist das Risiko eines solchen Ergebnisses groß genug, um uns zu der Ansicht zu veranlassen, daß eine sehr große Anstrengung auf der ganzen Linie unternommen werden sollte, damit man in Südvietnam die sofortige stimulierende Wirkung der Vergeltungspolitik in ihren Frühstadien voll und ganz ausnützt. Unser Ziel sollte es sein, diese neue Politik dazu zu benutzen, daß bei der Befriedung, in der Leistungsfähigkeit der Regierung, bei den Operationen gegen den Vietkong und in dem ganzen Verhältnis zwischen USA und GVN sichtbare Fortschritte gemacht werden. Veränderungen auf diesen Gebieten können auf lange Sicht von dauernder Wirkung sein.

7) Auch wenn wir die Bedeutung der Vergeltungsschläge für den Süden betonen, schließen wir doch eine Wirkung auf Hanoi nicht aus. Wir glauben nämlich, daß es von großer Wichtigkeit ist, daß das Ausmaß der Vergeltung schnell und sichtbar den Auf- und Abwärtsbewegungen im Ausmaß der Vietkong-Verbrechen angepaßt wird. Wir wollen Hanoi ständig das Zuckerbrot der Einstellung der Vergeltungsschläge ebenso wie die Peitsche fortgesetzten Druckes vor Augen halten. Wir müssen die Gewaltanwendung auch so gestalten, daß die Gegenseite immer damit rechnen muß, daß alles noch schlimmer werden wird.

8) Wir können nicht die Behauptung aufstellen, daß eine Politik anhaltender Vergeltung den Ausgang des Ringens in Vietnam entscheidend beeinflussen wird. Sie kann

mißlingen, und es ist uns nicht möglich, die Erfolgsaussichten mit einiger Genauigkeit zu berechnen — sie können irgendwo zwischen 25 % und 75 % liegen. Was wir sagen können, das ist, daß eine solche Politik, auch wenn sie fehlschlägt, den Versuch wert sein wird. Zumindest wird man dann nicht mehr behaupten können, daß wir nicht alles getan hätten, was wir hätten tun können, und eine solche Beschuldigung würde in vielen Ländern, einschließlich unseres eigenen, von Wichtigkeit sein. Außerdem würde die Vergeltungspolitik — indem sie die Bereitschaft der USA, dieses neue Mittel zur Aufstandsbekämpfung einzusetzen, demonstriert — für die Zukunft die Kosten aller Abenteuer der Guerillakriegsführung erhöhen, und sie sollte daher unsere Fähigkeit, solche Abenteuer abzuschrecken, stärken. Wir müssen uns jedoch darüber klar werden, daß unsere Fähigkeit dazu arg geschwächt werden würde, wenn wir aus irgend einem Grunde in Vietnam einen Mißerfolg erleiden.

IV. *Empfehlungen für Sofortaktionen*

1) Diese allgemeine Empfehlung wurde in intensiven Diskussionen in den Tagen kurz vor den Angriffen auf Pleiku ausgearbeitet. Diese Angriffe und unsere Reaktion darauf haben eine ideale Gelegenheit für die rasche Ausarbeitung und Durchführung von anhaltenden Vergeltungsschlägen geschaffen. Wenn andererseits jetzt keine solche Politik zustandekommt, dann stehen wir der ernsten Gefahr gegenüber, daß auch Pleiku, wie der Golf von Tonkin, zwar auf kurze Sicht stimulierend, auf lange Sicht aber deprimierend wirken wird. Wir empfehlen daher, daß die notwendigen Vorbereitungen getroffen werden, um fortgesetzte Vergeltung durchzuführen. Die wichtigsten Maßnahmen, die unserer Ansicht nach jetzt ergriffen werden sollten, wären die folgenden:

a) Wir sollten die Evakuierung von Angehörigen zu Ende führen.

b) Wir sollten in aller Stille damit beginnen (ein Wort unleserlich), die für den Ernstfall notwendigen Streitkräfte nach Westen zu verlegen.

c) Wir sollten ein laufendes Verzeichnis der vom Vietkong begangenen Verbrechen aufsetzen und verbessern, damit es regelmäßig veröffentlicht und in Verbindung zu unseren Vergeltungsschlägen gebracht werden kann. Als Grundlage für ein solches Verzeichnis sollte vielleicht vorher ein Weißbuch herausgegeben werden.

d) Wir sollten eine gemeinsame Planung mit GVN sowohl auf zivilem wie auch auf militärischem Gebiet in die Wege leiten. Insbesondere sollten wir den Leuten, die jetzt die Regierung bilden, klar und deutlich zu verstehen geben, daß wir für diese Politik bereit sind, sobald sie es sind.

e) Wir sollten die notwendigen öffentlichen und diplomatischen Erklärungen, von denen die Einleitung und Fortsetzung dieses Programms begleitet werden sollten, ausarbeiten.

f) Wir sollten dafür sorgen, daß einem Vergeltungsprogramm eine erneuerte öffentliche Verpflichtung zur Durchführung aller unserer Programme im Süden gegenübergestellt wird, damit die zentrale Bedeutung des Kampfes im Süden niemals vernachlässigt wird.

g) Wir sollten Hanoi, Peking und Moskau geräuschlos auf diplomatischem Wege genau auseinandersetzen, was wir tun und was wir nicht tun.

h) Wir sollten bereit sein, diese neue Politik zu verteidigen und zu rechtfertigen, indem wir immer wieder und überall auf die Ursache aufmerksam machen, nämlich die Aggression im Süden.

i) Wir sollten uns auf eine Erörterung dieser Dinge vor jedem Forum einlassen, jedoch nicht jetzt den Gedanken von Verhandlungen irgendwelcher Art annehmen, es sei denn, daß damit ein Aufhören der Vietkong-Gewalttaten verbunden ist. Ein Programm anhaltender Vergeltung, das mit den fortgesetzten aggressiven Handlungen Hanois im Süden direkt in Verbindung steht, wird uns bei weitem nicht dem gleichen Ausmaß internatio-

naler Vorwürfe aussetzen, das bei einem nicht damit verbundenen Vorstoß gegen den Norden zu erwarten wäre. Aus diesem Grunde dürfte der internationale Druck zu Verhandlungen nicht so groß sein, daß man nicht damit fertig werden könnte.

XXXI

Entwurf einer Denkschrift von William Bundy, betitelt „Wohin gehen wir?"

Datiert 18. Februar 1965

In dem vorliegenden Memorandum werden mögliche Weiterungen und Probleme geprüft, die sich ergeben können, wenn die USA die folgende Politik hinsichtlich Südvietnams verfolgen:

a) Intensivierte Befriedung innerhalb von Südvietnam. Um das Sicherheitsproblem zu lösen, könnte dabei eine beträchtliche Verstärkung der jetzt dort befindlichen US-Streitkräfte angezeigt sein.

b) Ein Programm von gemessenen, begrenzten und gestaffelten Luftangriffen, zusammen mit GVN, gegen den Infiltrationskomplex in der DRV. Diese Angriffe würden ungefähr einmal wöchentlich stattfinden, es sei denn, daß irgendeine spektakuläre Tat des Vietkong eine sofortige Vergeltung außerhalb der Reihe diktieren sollte. Nach dem Normalmuster dieser Angriffe würden bei jeder Gelegenheit jeweils ein amerikanischer und ein GVN-Einsatz geflogen werden, die sich auf Ziele südlich des 19. Breitengrades richten und deren Strenge je nach dem Tempo der VC-Aktionen variieren würde, wobei jedoch der Grad der Strenge im Laufe der Wochen langsam ansteigen sollte.

c) Daß die USA selbst keine Initiative zu Besprechungen ergreifen würden, jedoch damit einverstanden wären, an Beratungen teilzunehmen — nicht an einer Konferenz —, die von England und der UdSSR als gemeinsame Vorsitzende der Genfer Konferenz anberaumt würden. Als erster Schritt würden die Engländer um eine Erläuterung unseres Standpunkts nachsuchen, und wir würden diese Gelegenheit benutzen, unsere Position genau darzulegen, unter Angabe unserer Ziele und was wir als wesentlich für die Wiederherstellung des Friedens erachten. Wir würden ferner unsere Anklagen gegen die DRV in der Form eines langen schriftlichen Dokuments niederlegen, das an den Präsidenten des UN-Sicherheitsrates gerichtet und unter den Mitgliedstaaten der UN verbreitet werden sollte.

1) *Wie die Kommunisten reagieren würden*

a) Es kann als fast sicher gelten, daß Hanoi sich nicht zu einem frühen Zeitpunkt gezwungen sehen würde, in fruchtbare Verhandlungen einzutreten oder seine Tätigkeit irgendwie abzublasen. Man würde sich dort über die fortgesetzten Luftangriffe laut beschweren und versuchen, in der Welt soviel Opposition wie möglich dagegen anzustacheln. Vielleicht würden die Kommunisten in Südvietnam spektakuläre Aktionen vermeiden, aber doch sicher im wesentlichen ihre bisherige Tätigkeit fortsetzen, wahrscheinlich unter Betonung der Art von Zwischenfällen, wie wir sie in dieser Woche erlebt haben, als kommunistische Agenten einen Dorf-„Protest" gegen Luftangriffe der Regierung und gegen die USA anstachelten. Im Grunde würden sie die Dinge so ansehen, daß sich die Lage in Südvietnam weiter verschlechtern werde („abbröckeln", wie sie es genannt haben) und daß es zu gegebener Zeit dahin kommen werde, daß irgend jemand in der GVN mit ihnen hinter unserem Rücken zu verhandeln beginnt.

b) Das kommunistische China könnte weitere Ausrüstung zur Luftabwehr an DRV liefern, doch glauben wir nicht, daß sie sich auf Luftoperationen von Rotchina aus einlassen

würden, jedenfalls nicht bis zu dem Punkt, wo die MIGs in der DRV engagiert würden und wir es notwendig finden würden, Fukien anzugreifen oder womöglich — falls die MIGs dorthin verlegt würden — Vinh.

c) Die Sowjets würden der DRV Ausrüstung für die Luftabwehr liefern und würden weiterhin gegen unsere Luftangriffe in scharfen Wendungen protestieren. Wir glauben jedoch nicht, daß sie im jetzigen Stadium neue Verpflichtungen eingehen würden, und zwar würden sie das wahrscheinlich auch dann nicht tun, wenn die chinesischen Kommunisten noch tiefer in die Sache verwickelt würden — vorausgesetzt, daß wir nicht selbst Rotchina angreifen. Bei diesem Punkt würde die Belastung („Hitze" steht im Original — J. J.) für sie sehr groß werden, und es würde für sie sehr schwierig sein, weiter aktiv als Mitvorsitzende (der Genfer Konferenz) zu wirken. Jedoch weist ihr Ansuchen an die Engländer betreffend den gemeinsamen Vorsitz gewiß darauf hin, daß es ihnen eine Erleichterung sein würde, in dieser Rolle wieder tätig zu werden, und daß sie darin einen Ausweg aus einem weitergehenden Engagement sehen würden, indem sie vielleicht Hanoi darauf hinweisen, daß die Sache mit dem gemeinsamen Vorsitz uns daran hindert, radikal durchzugreifen und daß Hanoi letzten Endes ebenso gut abschneiden würde, wenn eine politische Maschinerie besteht und wenn Südvietnam tatsächlich zerbröckelt. Sie würden vielleicht auch Hanoi darauf aufmerksam machen, daß das Vorhandensein einer politischen Maschinerie dazu beitragen würde, daß die chinesischen Kommunisten sich nicht allzu tief engagieren — und das, glauben wir, will Hanoi gar nicht, wenn es nicht gezwungen wird, sich damit abzufinden.

2) *In Südvietnam* gibt es jetzt eine etwas bessere Regierung, doch haben die Angriffe bisher nur bestenfalls dazu beigetragen, daß einiges etwas besser geworden ist. Der letzte Bericht von MACV weist auf eine sich wieder verschlechternde Lage hin, ausgenommen im äußersten Süden, und es ist unwahrscheinlich, daß diese Entwicklung in kurzer Zeit aufgehalten werden kann, selbst wenn die Regierung gut zusammenhält und die Militärs ihre Pflicht tun. Wenn wir Glück haben, wird sich die Lage im Laufe der nächsten beiden Monate stabilisieren, kaum jedoch wirklich bessern. Kurz gesagt, wir müssen darauf gefaßt sein, daß ziemlich lange Zeit vergehen wird, bevor wir auf eine verbesserte Lage in Südvietnam hoffen können — und gerade das ist der Schlüssel zu jeglicher Verhandlungsposition, die wir je haben werden.

3) *Was nun die politische Maschinerie anbelangt,* so glauben wir, daß die Engländer ihre Rolle energisch spielen werden und daß die Sowjets sich reservierter verhalten werden. Die Sowjets können kaum hoffen, Hanoi im gegenwärtigen Zeitpunkt stark beeinflussen zu können, und auf das kommunistische China können sie gar keinen Einfluß ausüben. In den ersten Runden werden die Sowjets wahrscheinlich in ziemlich scharfer Form zum Ausdruck bringen, daß der wirkliche Schlüssel zur Lage darin bestünde, daß wir Vietnam verlassen und mit unseren Angriffen aufhören, und die gegensätzlichen Positionen klaffen so weit auseinander, daß man sich auf längere Zeit kaum einen Fortschritt vorstellen kann. Es mag sehr wohl dahin kommen, daß die Sowjets — oder sogar die Kanadier — uns ausforschen, ob wir bereit seien, unsere Angriffe zu beenden, als Gegenleistung für eine gewisse Mäßigung in der Tätigkeit des Vietkong. Das wäre ganz einfach unannehmbar, und wir sollten uns mindestens vorbehalten, daß die Infiltration nachweislich aufgehört hat (und das Radio schweigt), bevor wir unsere Angriffe einstellen. Unsere Betonung, daß die Infiltration aufhören muß, mag womöglich dazu führen, daß die Inder sich erbieten, Kontrollbeamte zur Verfügung zu stellen — ein Vorschlag, den sie schon früher einmal gemacht haben —, und das wäre ein konstruktiver Schritt, dem wir uns anschließen könnten. Jedoch ist es, wie schon oben bemerkt, höchst unwahrscheinlich, daß wir mit Hanoi in absehbarer Zeit auf diese Weise ins Geschäft kommen könnten.

4) *Zusammengefaßt:* Am wahrscheinlichsten ist eine längere Periode ohne größeres Risiko der Eskalation, aber auch ohne ein Nachgeben von seiten Hanois. Sollte GVN, entgegen unserer gegenwärtigen Beurteilung, Besseres leisten, (hier endet der Satz mit einem Komma — der Übersetzer).

XXXII

Auszüge aus einem Kabel des Weißen Hauses an Taylor betreffend die Entscheidung über „Rollenden Donner"[39]

Datiert 13. Februar 1965

Der Präsident hat heute das nachfolgende Programm für Aktionen in der nächsten Zukunft genehmigt, anschließend an die Entscheidungen, die Ihnen mit Telegramm des State Department 1953 mitgeteilt worden sind (die erste „Flammender Pfeil" —[40]) Vergeltungsentscheidung).

1) Wir werden mit allen verfügbaren Mitteln das Programm der Befriedung innerhalb von SVN intensivieren.

2) Wir werden gemeinsam mit GVN ein Programm gemessener und begrenzter Luftaktion gegen ausgesuchte militärische Ziele in DRV durchführen, wobei wir bis auf weiteres südlich des 19. Breitengrades bleiben. Zur gefl. Kenntnisnahme: Es wird zur Zeit damit gerechnet, daß diese Angriffe etwa ein- bis zweimal wöchentlich stattfinden und an jedem Operationstag zwei oder drei Ziele umfassen. Ende Z.g.K.

3) Wir werden diese Politik gemessener Aktion in allgemeinen Wendungen ankündigen und uns gleichzeitig an den UN-Sicherheitsrat wenden, um klar herauszustellen, daß Hanoi der Angreifer ist. Wir werden auch klar darauf hinweisen, daß wir gerne zu „Besprechungen" bereit sind, um der Aggression ein Ende zu bereiten.

4) Wir glauben, daß dieses dreiteilige Programm mit SVN abgesprochen werden muß, und haben zur Zeit vor, es gleich nach der nächsten autorisierten Luftaktion durch eine Erklärung des Präsidenten anzukündigen. Wir glauben, daß diese Aktion so früh wie möglich nächste Woche stattfinden sollte.

5) Sie werden daher angewiesen, sofort das Einverständnis der GVN zu diesem Programm einzuholen. Sie sind ermächtigt, zu betonen, daß wir überzeugt sind, daß eine Ankündigung unserer Bereitschaft zu Besprechungen eine stärkere diplomatische Position darstellt, als wenn wir die unvermeidliche Vorladung vor den Sicherheitsrat durch Dritte abwarten. Wir hoffen, daß Nachricht von angemessenem Einverständnis der GVN wenn möglich bis Montag (14. Februar) hier vorliegen wird.

Bei der Darlegung des Obengesagten für GVN sollten Sie sich, nach Ihrem Ermessen, vollauf der folgenden Argumente bedienen:

a) Wir sind entschlossen, die militärischen Aktionen fortzusetzen, ohne Rücksicht auf die Beratungen im Sicherheitsrat und irgendwelche „Besprechungen" und Verhandlungen (unleserliche Wörter). (Anfang des Satzes unleserlich) daß sie aufhören (unleserliche Wörter) und auch die Tätigkeit, die sie im Süden leiten.

b) Wir halten eine Initiative im UN-Sicherheitsrat nach einem weiteren Angriff für wesentlich, um zu vermeiden, daß wir uns wirklich schädlichen Initiativen von seiten der UdSSR oder vielleicht solcher Mächte wie Frankreich, Indien oder sogar der UN selbst gegenübergestellt sehen.

c) Zu einem frühen Zeitpunkt im Verlauf dieser Initiative im UN-Sicherheitsrat würden wir mit einer Vorladung von DRV vor die UN rechnen. Wenn sie, wie im August, nicht erscheinen, würde dadurch doppelt klargestellt werden, daß sie es sind, die nicht aufhören wollen, und unsere Stellung würde bei der Fortsetzung der militärischen Aktionen

---

[39] „Rolling Thunder" = Rollender Donner = Kodename der Operation, durch die die anhaltende Bombardierung von Nordvietnam eingeleitet wurde.
[40] „Flaming Dart" = Flammender Pfeil = Kodename von Vergeltungsschlägen für Vietkong-Überfälle auf amerikanische Einrichtungen in Südvietnam.

gegen DRV gestärkt sein. Aus diesem Grunde möchten wir auch hoffen, daß die GVN jetzt selbst in der UN auftritt und mit uns eng zusammenarbeitet.

d) Mit oder ohne Hanoi rechnen wir bestimmt damit, daß jede Art von „Besprechungen", die sich aus unserer Initiative im Sicherheitsrat ergeben könnten, sich tatsächlich über einen Zeitraum von vielen Wochen oder gar Monaten hinziehen würde und daß dabei immer wieder hervorgehoben werden würde, daß eine Einstellung der Aggression Hanois die Voraussetzung dafür ist, daß die militärischen Aktionen gegen DRV ein Ende finden. Wir rechnen ferner damit, daß eine eingehende Erörterung der Frage, ob man sich letzten Endes darüber einig werden könnte, zu den wesentlichen Punkten der Verträge von 1954 zurückzukehren, hinausgeschoben und dem Hauptproblem untergeordnet werden würde . . .

XXXIII

Kabel des State Department an die Leiter von neun diplomatischen Vertretungen der USA im Fernen Osten

Datiert 18. Februar 1965

Die heute angenommene Vietnam-Politik sieht vor:

1) Ein mit GVN gemeinsames Programm fortgesetzter Luft- und Seeaktionen gegen Nordvietnam, wann immer und wo immer notwendig. Diese Aktionen sollen sich gegen ausgesuchte militärische Ziele richten und eine begrenzte, passende und angemessene Antwort auf die von Hanoi geleitete und weitergehende Aggression in Südvietnam darstellen. Die Luftangriffe werden mit GVN gemeinsam geplant und abgesprochen werden, und sie werden auf gemeinschaftlicher Basis ausgeführt werden.

2) Intensivierung des Befriedungsprogramms in Südvietnam mit allen verfügbaren Mitteln, darunter jede mögliche Maßnahme, um Vietkong-Ansammlungen und Hauptquartiere in SVN aufzuspüren und sie mit allen konventionellen Mitteln, die der GVN oder den USA zur Verfügung stehen, anzugreifen.

3) Eine baldige ausführliche Darlegung unserer dokumentierten Anschuldigungen gegen DRV als Aggressor, die für die Völker der Welt und das Publikum bestimmt ist. Über die Form dieser Darlegung und das Forum, vor dem sie vorgetragen werden soll, ist noch nicht entschieden, doch haben wir nicht — wiederhole, nicht — vor, im jetzigen Zeitpunkt auf unsere Bereitschaft zu Besprechungen oder Verhandlungen einzugehen. Wir beabsichtigen, in naher Zukunft unsere Ziele in irgendeiner Form erneut zu bekräftigen.

4) Sorgfältige öffentliche Erklärungen der amerikanischen Regierung, in Verbindung mit der Tatsache, daß die Luftaktion weitergeht, dürften hinreichend klarmachen, daß die militärische Aktion so lange fortgesetzt werden wird, wie die Aggression anhält. Das Schwergewicht der Darstellung für die öffentliche Meinung soll aber soweit wie möglich auf die Aggression der DRV gelegt werden, nicht auf die gemeinsamen militärischen Operationen von GVN und USA. Über zukünftige Aktionen sollen keinerlei Kommentare abgegeben werden, außer daß alle solchen Aktionen angemessen, passend und der Aggression entsprechend sein werden. (Sie werden die gestrige Erklärung des Präsidenten zur Kenntnis genommen haben, an der voraussichtlich nichts geändert werden wird.)

Die Empfänger der vorliegenden Botschaft sollten die Staats- oder Regierungschefs (je nachdem, wer zuständig ist) von dem Obenstehenden streng vertraulich unterrichten und über ihre Reaktionen berichten. Im Falle von Canberra und Wellington (mehrere

Wörter unleserlich) entsprechend den Sicherheitserwägungen der jeweils stattfindenden Operation, so wie wir es hinsichtlich der Operationen vom 7. und 11. Februar gemacht haben.

XXXIV

Memorandum von John A. McCone, Direktor des CIA, an Außenminister Rusk, Verteidigungsminister McNamara, McGeorge Bundy und Botschafter Taylor

Datiert 2. April 1965

Ich habe mir das Papier, das wir auf unserer gestrigen Sitzung besprochen haben und das zu studieren ich leider nur wenig Zeit hatte, durch den Kopf gehen lassen und ebenso die getroffene Entscheidung, daß die Aufgabe unserer Bodentruppen in Südvietnam von Beratung und statischer Verteidigung zu einer Rolle aktiver Kampftätigkeit gegen die Vietkong-Guerillas abgeändert werden soll.

Ich meine, daß die letztgenannte Entscheidung nur dann richtig ist, wenn unsere Luftangriffe gegen den Norden schwer genug sind und genügend Schaden anrichten und den Nordvietnamesen wirklich wehtun. Das Papier, mit dem wir uns gestern beschäftigt haben, sieht nicht die Art von Luftoperationen gegen den Norden vor, die Nordvietnam zwingen würden, seine Politik zu überdenken. Im Gegenteil, es stellt fest: „Wir sollten

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

entschieden
demokratisch

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

ungefähr das jetzige, langsam ansteigende Tempo der Rolling-Thunder-Operationen fortsetzen", und später, bei der Beschreibung der Art von Zielen, die angegriffen werden sollten, heißt es: „Das Zielsystem sollte weiterhin die wirksame GCI-Reichweite der MIGs vermeiden." In diesen Bedingungen liegt eine Beschränkung, die nicht dazu angetan ist, die Nordvietnamesen zu überzeugen, und die wahrscheinlich als ein Beweis dafür ausgelegt werden wird, daß die USA Zeit zu gewinnen suchen.

Ich habe berichtet, daß die Angriffe bisher keine Änderung in der nordvietnamesischen Politik, die darin besteht, den Aufstand der Vietkong zu leiten, Kader zu infiltrieren und Material zu liefern, hervorgebracht haben. Wenn sich überhaupt etwas geändert hat, dann nur in dem Sinne, daß sich ihre Haltung infolge der Angriffe versteift hat.

Ich habe jetzt Gelegenheit gehabt, das von General Wheeler vorgelegte 12-Wochen-Programm zu überprüfen, und es ist meine persönliche Meinung, daß dieses Programm nicht streng genug ist und (unleserliche Wörter) die Nordvietnamesen zu (unerleserliche Wörter) Politik.

Wir müssen andererseits unsere Position bei einem Programm des langsam ansteigenden Tempos der Luftangriffe sorgfältig überdenken. Mit jedem Tag und jeder Woche, die vorübergehen, müssen wir damit rechnen, daß der Druck auf uns, die Bombardierungen einzustellen, größer wird. Dieser Druck wird von verschiedenen Elementen des amerikanischen Publikums, von der Presse, von den Vereinten Nationen und von der Weltmeinung ausgeübt werden. Die Zeit wird also bei dieser Operation gegen uns arbeiten, und ich denke, daß die Nordvietnamesen sich darauf verlassen.

Ich meine daher, daß das, was wir jetzt tun, uns auf eine Bahn bringen wird, bei der Operationen mit Bodentruppen notwendig werden, die höchstwahrscheinlich gegenüber den Guerillas nur begrenzt wirksam sein werden, wenn sie auch zugegebenermaßen das Vorrücken des Vietkong an einigen Stellen bremsen werden. Jedoch müssen wir damit rechnen, daß immer größere Anforderungen zum Einsatz weiterer amerikanischer Truppen gestellt werden, ohne daß sich die Aussichten auf einen Sieg wesentlich bessern werden. Ich bin mit dieser Entscheidung einverstanden und unterstütze sie, muß aber dabei darauf hinweisen, daß meiner Ansicht nach eine Unterwerfung des Vietkong nur durch eine Entscheidung in Hanoi erzwungen werden kann. Da die geplanten Aktionen gegen den Norden von bescheidenem Ausmaß sind, werden sie diesem keinen unannehmbaren Schaden zufügen und auch nicht die lebenswichtigen Interessen der DRV bedrohen. Sie werden der DRV zwar Schmerz und Unbehagen bereiten, sie aber nicht vor eine unerträgliche Situation stellen.

Ich glaube, daß der vorgeschlagene Kurs die große Gefahr in sich schließt, daß dadurch die chinesischen Kommunisten und die Sowjets ganz einfach dazu ermutigt werden, die Sache der DRV und des Vietkong zu unterstützen, wenn nicht aus einem anderen Grunde, dann einfach weil das Risiko für sie beide minimal ist. Ich stelle mir vor, daß die Reaktion der Nordvietnamesen und der chinesischen Kommunisten darin bestehen wird, vorsätzlich, sorgfältig und wahrscheinlich allmählich die Kampfkraft des Vietkong durch versteckte Infiltration von nordvietnamesischen und möglicherweise chinesischen Kadern aufzubauen und auf diese Weise immer stärkeren Druck auf unsere Streitkräfte auszuüben. Das wird dazu führen, daß wir in einem Dschungelkrieg versumpfen, in einer militärischen Anstrengung, die wir nicht gewinnen können und aus der wir uns nur mit allergrößten Schwierigkeiten werden wieder loslösen können.

Ich bin daher der Meinung, daß wir, wenn wir die Aufgabe unserer Bodenstreitkräfte ändern, auch die Spielregeln für die Angriffe auf Nordvietnam ändern müssen. Wir würden sie stärker und häufiger angreifen und ihnen größeren Schaden zufügen. Anstatt den MIGs aus dem Wege zu gehen, müssen wir sie zum Kampf herausfordern. Eine Brücke hier und dort wird es nicht schaffen. Wir müssen ihre Flugplätze, ihre Erdölversorgung, ihre Kraftwerke und ihre militärischen Anlagen angreifen. Das muß meiner Meinung nach sofort und mit einem Minimum an Zurückhaltung geschehen.

Wenn wir nicht dazu bereit sind, diese Art von Entscheidung jetzt zu treffen, dann sollten wir aus den obenerwähnten Gründen (unleserliche Wörter) in der Frage der Aufgabe unserer Bodentruppen jetzt nicht handeln.

Rede Richard M. Nixons über wirtschafts- und währungspolitische Maßnahmen der USA vom 15. August 1971

(Wortlaut)

Ich habe während der letzten zwei Jahre oft zur Nation über die Probleme der Beendigung eines Krieges gesprochen. Wegen des Fortschritts, den wir in Richtung auf dieses Ziel erreicht haben, ist heute abend der angemessene Zeitpunkt gekommen, unsere Aufmerksamkeit auf die Aufgaben des Friedens zu richten.

Amerika hat die beste Chance in diesem Jahrhundert, zwei seiner höchsten Ideale zu verwirklichen — eine volle Generation des Friedens hervorzubringen und eine neue Prosperität ohne Krieg zu schaffen.

Dazu bedarf es nicht nur einer kühnen Führung — bereit zum kühnen Handeln —, es erfordert auch die Größe eines großen Volkes.

Prosperität ohne Krieg erfordert ein Handeln an drei Punkten: Wir müssen mehr und bessere Arbeitsplätze schaffen; wir müssen dem Ansteigen der Lebenshaltungskosten Einhalt gebieten; wir müssen den Dollar vor den Angriffen internationaler Währungsspekulanten schützen.

Wir werden diese Maßnahmen treffen — nicht zaghaft, nicht halbherzig und nicht hier und da. Wir werden zu der neuen Prosperität ohne Krieg voranschreiten, wie es sich für ein großes Volk geziemt — alle geschlossen und auf breiter Front.

Jetzt ist die Zeit für eine neue Wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten gekommen: Sie richtet sich gegen Arbeitslosigkeit, Inflation und internationale Spekulation. Und so werden wir die Dinge anpacken:

Erstens, Arbeitsplätze:

Wir alle wissen, warum wir das Problem der Arbeitslosigkeit haben: zwei Millionen Arbeitskräfte sind aus den Streitkräften und der Verteidigungsindustrie freigesetzt worden, weil es uns gelang, den Krieg in Vietnam herunterzuschrauben. Diese Menschen wieder in den zivilen Arbeitsprozeß einzugliedern, ist eine der Aufgaben des Friedens, und wir haben begonnen, hier Fortschritte zu erzielen. Unsere Arbeitslosenrate liegt heute unter dem Durchschnitt der vier Friedensjahre in den sechziger Jahren.

Aber wir können und müssen Besseres leisten.

Für die amerikanische Industrie, die mehr Arbeitsplätze bei höheren Reallöhnen bereitgestellt hat als irgendeine andere Industriegesellschaft in der Geschichte, ist nunmehr die Zeit gekommen, ein kühnes Programm neuer Investitionen für die Friedensproduktion zu beginnen.

Um dieser Industriegesellschaft einen nachhaltigen neuen Auftrieb zu geben, werde ich den Kongreß, sobald er nach seiner Sommerpause wieder zusammentritt, ersuchen, mit Vorrang das Arbeitsplatzbeschaffungsgesetz (Job development act) von 1971 zu verabschieden.

Ich schlage vor, den stärksten kurzfristigen Anreiz in der Geschichte unseres Landes für Investitionen in neuen Maschinen und Ausrüstungen zu geben, der neue Arbeitsplätze für Amerikaner schaffen wird: nämlich mit Wirkung von heute auf die Dauer eines Jahres einen zehnprozentigen Arbeitsplatzbeschaffungskredit und nach dem 15. August 1972 einen fünfprozentigen Kredit. Dieser Steuerkredit für Investitionen in neue Ausrüstungen wird nicht nur neue Arbeitsplätze schaffen, sondern wird auch die Produktivität steigern und unsere Erzeugnisse in den kommenden Jahren wettbewerbsfähiger machen. Ich schlage die Aufhebung der siebenprozentigen Verkaufssteuer auf Automobile mit dem heutigen Tage vor. Dies wird eine Preissenkung von etwa 200 Dollar pro Wagen

bedeuten. Ich werde darauf bestehen, daß die amerikanische Automobilindustrie diese Steuersenkung an ihre fast acht Millionen Kunden weitergibt, die dieses Jahr Kraftfahrzeuge kaufen werden. Niedrigere Preise bedeuten, daß mehr Menschen sich neue Wagen leisten können, und ein Mehr von je 100 000 verkauften Kraftwagen bedeutet 25 000 neue Arbeitsplätze.

Ich schlage die Vorverlegung der für den 1. Januar 1973 vorgesehenen Einkommensteuervergünstigungen auf den 1. Januar 1972 vor, so daß der Steuerzahler bereits ein Jahr früher als vorgesehen zusätzlich 50 Dollar pro Freibetrag absetzen kann. Diese Steigerung der Verbraucherkaufkraft wird der Wirtschaft im allgemeinen und dem Arbeitsmarkt im besonderen einen starken Auftrieb geben.

Die von mir empfohlenen Steuersenkungen werden — zusammen mit dem in der ersten Hälfte dieses Jahres stattgefundenen allgemeinen Wirtschaftsaufschwung — uns dem Ziel wesentlich näherbringen, das Amerika seit 1956 nicht mehr erreicht hat — Prosperität mit Vollbeschäftigung in Friedenszeiten.

Mit dem Blick auf die Zukunft habe ich den Finanzminister angewiesen, dem Kongreß im Januar neue Steuervorschläge zur Förderung der Forschung und Entwicklung neuer Industrien und Technologien zu empfehlen, um zur Bereitstellung der 20 Millionen neuen Arbeitsplätze beizutragen, die Amerika für die jungen Menschen benötigt, die in den nächsten zehn Jahren neu in das Berufsleben eintreten werden.

Um den durch diese die Bereitstellung neuer Arbeitsplätze direkt fördernden Steuersenkungen entstehenden Einnahmenausfall auszugleichen, habe ich eine Kürzung der Regierungsausgaben um 4,7 Milliarden Dollar angeordnet.

Steuersenkungen zur Erhöhung des Beschäftigtenstandes müssen entsprechende Ausgabenkürzungen zur Eindämmung der Inflation gegenüberstehen. Um den steigenden Regierungskosten Einhalt zu gebieten, habe ich einen Aufschub der Gehaltserhöhungen und eine fünfprozentige Kürzung der Zahl der im Regierungsdienst Beschäftigten angeordnet.

Ich habe eine zehnprozentige Kürzung der wirtschaftlichen Auslandshilfe verfügt.

Darüber hinaus werde ich, da der Kongreß bereits die Verabschiedung von zweien der größeren Vorlagen dieser Administration vertagt hat, diesen ersuchen, meine Vorschläge dahingehend zu ändern, daß die Verwirklichung der Pläne über den Finanzausgleich um drei Monate und die Sozialreform um ein Jahr hinausgeschoben werden.

Auf diese Weise setze ich eine neue Dringlichkeitsskala für die Haushaltsausgaben fest, um den Schwerpunkt auf die Erreichung der Vollbeschäftigung zu verlagern.

Das zweite unerläßliche Element der neuen Prosperität besteht darin, dem Anstieg der Lebenshaltungskosten Einhalt zu gebieten.

Die Inflation gehört zu dem grausamen Erbe der künstlichen Prosperität, die der Krieg hergebracht hat. Die Inflation beraubt jeden einzelnen Amerikaner, und sie trifft vor allem jene 20 Millionen, die Altersrente beziehen und von einem festen Einkommen leben müssen. Den Familien fällt es heute schwerer als je zuvor, mit dem Geld auszukommen, und 80 Millionen Lohnempfänger sind in eine Tretmühle eingespannt: in den vier Jahren zwischen 1965 und 1969 wurden die ihnen gewährten Lohnerhöhungen vollständig von Preiserhöhungen aufgezehrt. Ihre Lohnstreifen wiesen steigende Beträge aus, aber es ging ihnen nicht besser.

Wir haben in unseren Bemühungen, den Lebenshaltungskostenanstieg zu bremsen, Erfolge erzielt: von jährlich sechs Prozent im Jahr 1969 wurde der Anstieg der Verbraucherpreise auf vier Prozent in der ersten Jahreshälfte 1971 vermindert. Doch hier wie in unserem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit können und müssen wir Besseres leisten.

Die Zeit für entscheidende Maßnahmen ist gekommen, um den Circulus vitiosus der Preis-Kosten-Spirale zu durchbrechen.

Mitbestimmung als Kampfaufgabe

Grundlagen–Möglichkeiten–Zielrichtungen. Eine theoretische, ideologiekritische und empirische Untersuchung der Mitbestimmungsfrage in der Bundesrepublik. Herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) Frankfurt/M. Redaktion: Dr. Johannes Henrich v. Heiseler, Dr. Heinz Jung, Prof. Dr. Josef Schleifstein, Dr. Kurt Steinhaus. 348 Seiten, glanzkartoniert, DM 17,80

Inhalt: Grundlagen einer marxistischen Mitbestimmungskonzeption – Auffassungen der Gewerkschaften, der SPD und der DKP – Das Problem der Mitbestimmung in der sozialwissenschaftlichen Literatur – Strategie der herrschenden Klasse in der Mitbestimmungsfrage – Empirische Untersuchung in drei Großbetrieben – Kampfstrategien zur Durchsetzung von Mitbestimmungsforderungen – Anhang mit den Interviewfragen etc.
Hier sind Erfahrungen festgehalten, zu denen Arbeiter und Angestellte in Büros und Betrieben, in Gewerkschaften und politischen Organisationen selbstbewußt gekommen sind. Für Verwässerungen und Ablenkungsmanöver der Gegenseite sind die Verfasser nicht anfällig. Ihre wissenschaftliche Arbeit dient konsequent dem Ziel, die undemokratische Macht der Monopole wirksam zu schwächen. Mit der eindeutigen Stellungnahme für die Interessen der Arbeiter und Angestellten sind auch die weiteren Vorzüge dieser Mitbestimmungsstudie verbunden. Sie hält sich nicht bei juristischen Entwürfen oder nur nebulösen Beteiligungen am „Management" auf, sondern stellt die Frage: Wer genau – mit welchen Mitteln, mit welchen Erfolgen – baut die demokratische Gegenmacht zur Kontrolle der Monopole auf? Das Kernstück des Buchs ist die Beantwortung dieser Frage durch die empirische Erforschung der Verhältnisse in drei Großbetrieben: Initiativen der Belegschaften, der Vertrauenskörper, der Betriebsräte, ihre Schwierigkeiten, ihre besonderen Beziehungen zueinander und die Störungen, ihre Kampfformen und Praktiken bei der Umgehung oder Ausschöpfung von Gewohnheitsrechten, Betriebsvereinbarungen, des Betriebsverfassungsgesetzes oder der Montanmitbestimmung, die Hebel der Politisierung, die Entwicklung von taktischem und strategischem Bewußtsein in den betrieblichen Kadern und den Belegschaften. In zahlreichen Interviews haben die Kollegen der Betriebe dazu beigetragen, die tatsächlich tauglichen Wege demokratischer Machtentfaltung zu ermitteln. So ist ein beispielhaftes Standardwerk, ein Lehrbuch für Arbeiter und Angestellte entstanden.

Pahl-Rugenstein

Ich ordne heute eine Einfrierung aller Preise und Löhne im gesamten Gebiet der Vereinigten Staaten für einen Zeitraum von 90 Tagen an. Darüber hinaus fordere ich die Unternehmen auf, diesen Lohn-Preis-Stopp auf alle Dividenden auszudehnen.

Ich habe heute innerhalb der Regierung einen Lebenshaltungskostenrat ernannt, ich habe diesen Rat angewiesen, mit führenden Vertretern der Gewerkschaften und der Unternehmerseite zusammenzuarbeiten, um einen Mechanismus zu schaffen, der geeignet ist, den Fortbestand der Preis- und Lohnstabilität in der Zeit nach Ablauf der 90-Tage-Periode zu gewährleisten.

Lassen Sie mich zwei Wesensmerkmale dieses Vorgehens besonders hervorheben: es ist befristet. Die starke und lebensfähige amerikanische Wirtschaft auf die Dauer in eine Zwangsjacke stecken zu wollen, hieße die Unbilligkeit zementieren und die Expansion unseres Systems des freien Wettbewerbs unterbinden. Zweitens wird der Lohn-Preis-Stopp, hinter dem nötigenfalls staatliche Sanktionen stehen werden, nicht von der Schaffung einer gewaltigen Preiskontroll-Bürokratie begleitet sein. Ich vertraue auf die freiwillige Mitarbeit aller Amerikaner — Arbeiter, Arbeitgeber und Verbraucher —, die dafür sorgen werden, daß dieser Stopp funktioniert.

Wir werden in enger Zusammenarbeit der Inflation das Rückgrat brechen, und wir werden dies ohne die zwangsweisen Lohn- und Preiskontrollen erreichen, die die wirtschaftliche und die persönliche Freiheit zunichte machen.

Das dritte unerläßliche Element in der Erzielung der neuen Prosperität steht in engem Zusammenhang mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze und der Abbremsung der Inflation. Wir müssen die Position des US-Dollar als den Stützpfeiler der Währungsstabilität überall in der Welt schützen.

In den letzten sieben Jahren kam es durchschnittlich jedes Jahr zu einer internationalen Währungskrise. Wer profitiert von solchen Krisen? Nicht der Arbeiter, nicht der Kapitalanleger, nicht der tatsächliche Produzent von Vermögenswerten. Die Gewinner sind die internationalen Geldspekulanten. Weil sie von Krisen leben, helfen sie mit, Krisen zu schaffen.

In den letzten Wochen haben die Spekulanten einen Krieg mit allen Mitteln gegen den US-Dollar entfacht. Die Stärke der Währung einer Nation beruht auf der Stärke ihrer Wirtschaft — und die amerikanische Wirtschaft ist die bei weitem stärkste der ganzen Welt. Dementsprechend habe ich den Finanzminister beauftragt, die zur Verteidigung des Dollar gegen die Spekulanten erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen.

Ich habe Finanzminister Connally angewiesen, die Konvertibilität des Dollar in Gold oder andere Reservemittel zeitweilig auszusetzen, ausgenommen in Beträgen und unter Bedingungen, wo dies als im Interesse der Währungsstabilität und als im besten Interesse der Vereinigten Staaten liegend angesehen wird.

Lassen Sie mich das Schreckgespenst der Abwertung bannen. Was bedeutet ein solches Vorgehen für Sie alle?

Wenn jemand ein ausländisches Auto kaufen will oder ins Ausland reisen möchte, dann mag es sein, daß er auf Grund der Marktlage mit seinem Dollar etwas weniger kaufen kann. Wenn Sie aber zur überwältigenden Mehrheit derjenigen gehören, die in Amerika produzierte Waren in Amerika kaufen, dann wird Ihr Dollar morgen genau so viel wert sein wie heute.

Dieser Schritt wird zur Stabilisierung des Dollar führen.

Diese Maßnahme wird uns keine Freunde unter den internationalen Geldhändlern einbringen, aber unsere Sorge gilt in erster Linie den amerikanischen Arbeitern und der Aufrechterhaltung eines fairen Wettbewerbs überall auf der Welt.

Unseren Freunden im Ausland, darunter den zahlreichen verantwortungsbewußten Mitgliedern der internationalen Bankwelt, die sich der Stabilität und dem Fluß des Handels

verschrieben haben, versichere ich: Die Vereinigten Staaten werden weiterhin, wie sie dies bisher stets waren, ein in die Zukunft blickendes Land und ein vertrauenswürdiger Handelspartner bleiben. In enger Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds und denen, die mit uns Handel treiben, werden wir auf die erforderlichen Reformen drängen, um ein dringend benötigtes neues internationales Währungssystem zu schaffen. Stabilität und gleiche Behandlung liegen im besten Interesse eines jeden. Ich bin entschlossen, dafür zu sorgen, daß der amerikanische Dollar nie wieder ein Spielball in den Händen der internationalen Spekulanten sein wird.

Ich ergreife einen weiteren Schritt zum Schutz des US-Dollars, zur Verbesserung unserer Zahlungsbilanz und zur Vermehrung der Arbeitsplätze in den USA. Als befristete Maßnahme habe ich heute eine zusätzliche zehnprozentige Steuer auf in die Vereinigten Staaten eingeführte Güter verfügt. Dies ist für den Welthandel eine bessere Lösung als direkte, mengenmäßige Importkontrollen.

Diese Importsteuer ist eine befristete Maßnahme, die nicht gegen irgendein anderes Land gerichtet, sondern vielmehr ein Schritt ist, der sicherstellen soll, daß amerikanische Erzeugnisse nicht auf Grund unfairer Wechselkurse benachteiligt werden. Sobald die unfaire Behandlung aufhört, wird die Importsteuer ebenfalls wegfallen.

Als Folge dieser Maßnahmen werden die Erzeugnisse der amerikanischen Arbeiter wettbewerbsfähiger sein, und der unfaire Vorteil, den einige andere Länder wettbewerbsmäßig hatten, wird beseitigt sein. Dies ist einer der Hauptgründe gewesen, warum unsere Handelsbilanz im Laufe der letzten 15 Jahre ausgehöhlt wurde.

Zu Ende des Zweiten Weltkrieges waren die Volkswirtschaften der großen Industriestaaten in Europa und Asien zerschlagen. Um ihnen wieder auf die Beine zu helfen und ihre Freiheit zu schützen, haben die Vereinigten Staaten 143 Milliarden Dollar an Auslandshilfe gewährt. Das war das Richtige, was wir tun konnten.

Heute haben sie, weitgehend mit unserer Hilfe, ihre Lebenskraft wieder zurückgewonnen und sind starke Konkurrenten geworden. Wir begrüßen ihren Erfolg. Aber da die anderen Länder jetzt wieder wirtschaftlich stark sind, ist der Zeitpunkt gekommen, daß sie ihren fairen Anteil an den Lasten der Verteidigung der Freiheit überall auf der Welt übernehmen. Es ist an der Zeit, daß die Wechselkurse bereinigt werden und daß die großen Länder den Wettbewerb untereinander auf gleicher Basis führen. Es besteht keinerlei Notwendigkeit mehr, daß die Vereinigten Staaten den Wettbewerb mit einer auf den Rücken gefesselten Hand antreten.

Die Vielzahl der Maßnahmen, die ich heute abend ergriffen und vorgeschlagen habe — auf dem Arbeitsmarkt, an der Inflationsfront und auf dem Währungssektor —, stellt die umfassendste neue Wirtschaftspolitik dar, die von den Vereinigten Staaten seit vier Jahrzehnten unternommen worden ist.

Wir haben das Glück, in einem Land mit einem Wirtschaftssystem zu leben, das seiner Bevölkerung den höchsten Lebensstandard auf der Welt geben kann; das flexibel genug ist, seinen Kurs auf dramatische Weise zu ändern, wenn die Umstände eine Änderung erfordern; und das — was am wichtigsten ist — über ausreichende Hilfsquellen verfügt, um Wohlstand in Freiheit und Chancengleichheit zu schaffen, wie dies in der Geschichte der Völker noch nie dagewesen ist.

Zweck der von mir heute abend bekanntgegebenen Regierungsmaßnahmen ist es, die Grundlage für ein erneutes Vertrauen zu schaffen, es uns zu ermöglichen, in fairer Weise den Wettbewerb mit der übrigen Welt aufzunehmen, und die Tür für eine neue Prosperität zu öffnen.

Aber eine Regierung mit all ihren Machtbefugnissen besitzt nicht den Schlüssel für den Erfolg eines Volkes. Dieser Schlüssel, meine amerikanischen Mitbürger, liegt in Ihren Händen.

Ein Volk muß wie ein Mensch einen gewissen inneren Antrieb besitzen, um Erfolg zu haben.

In der Wirtschaft nennt man diesen inneren Antrieb Wettbewerbsdenken.

Jede der von mir heute abend ergriffenen Maßnahmen ist darauf abgestellt, ein solches Wettbewerbsdenken zu nähren und zu fördern, uns dabei zu helfen, aus jenen Zweifeln an uns selbst und jenem Selbstmitleid herauszukommen, die nur unsere Kräfte verzehren und unser Vertrauen in uns selbst untergraben.

Ob die Vereinigten Staaten in der Weltwirtschaft weiterhin an erster Stelle bleiben oder von sich aus auf den zweiten, dritten oder vierten Platz zurücktreten; ob wir die Stärke bewahren, die Frieden und Freiheit auf dieser Welt ermöglicht, oder die Zügel aus der Hand verlieren — all das hängt von Ihrem Wettbewerbsdenken ab, von Ihrem Selbstvertrauen, von Ihrem Stolz auf Ihr Land und auf sich selbst.

Eines können wir sicher sein: Je geringer die Gefahr eines Krieges wird, um so größer wird die Herausforderung, vor die der friedliche Wettbewerb uns stellt.

Wir begrüßen diesen Wettbewerb, weil Amerika am stärksten ist, wenn es den Wettbewerb mit anderen bestehen muß. Und kein Land hat etwas durch den Wettbewerb mit uns zu befürchten, weil wir die anderen, im Wettbewerb mit uns Stehenden zu neuen Höhen für ihre eigenen Völker führen.

Wie stets in unserer Geschichte gibt es Stimmen, die uns auffordern, vor dieser Herausforderung zurückzuweichen, einen Schutzwall um uns herum zu errichten, uns abzukapseln, während die übrige Welt weiter voranschreitet.

Vor 200 Jahren schrieb ein Mann in sein Tagebuch: „Viele denkende Menschen glauben, Amerika habe seine besten Zeiten hinter sich." Das war im Jahre 1775 unmittelbar vor der amerikanischen Revolution, als die erregendste Epoche in der Geschichte der Menschheit anbrach. Heute hören wir das Echo dieser Stimmen, die von Finsternis und Niedergang predigen und das gleiche sagen: „Wir haben unsere besten Zeiten hinter uns."

Wir Amerikaner wollen darauf antworten: „Unsere besten Zeiten liegen noch vor uns."

Wenn wir jetzt in eine Generation des Friedens eintreten, wenn wir den Weg in Richtung auf eine neue Prosperität beschreiten, so möchte ich jedem Amerikaner zurufen: „Wir wollen alle alles in unseren Kräften Stehende beitragen zu diesem großen und guten Land, das soviel zum Fortschritt der Menschheit beiträgt."

Wir wollen in die Zukunft unseres Landes investieren; wir wollen den Glauben an uns selbst neu beleben, der in der Vergangenheit ein großes Land geschaffen hat und der die künftige Welt gestalten wird.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,— (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende DM 2,50), zuzüglich DM 0,25 Porto. Das Einzelheft kostet DM 4,—. Herausgeber: Prof. Gerhard Gollwitzer, Prof. Dr. Anton Neuhäusler, Knut Nevermann, Manfred Pahl-Rugenstein, Prof. Dr. Harold Rasch, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Hans Rheinfelder, Prof. Dr. Helmut Ridder, Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Karl Graf v. Westphalen, Prof. Dr. Ernst Wolf. Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln; Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, sämtliche in 5 Köln 51, Vorgebirgstraße 115, Tel. 37 41 01. Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschließlich Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfr. 24,—/48,—; öSch. 147,—/294,—; hfl. 20,40/40,80; belg. fr. 285,—/570,—; NF 31,50/63,—; £ 2.7.—/4.14.—; Lire 3650,—/7300,—; dkr 42,50/85,—; skr 29,50/59,—; nkr 40,—/80,—; $ 5,65/11,30. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Druck: Peter Millard & Co KG, Köln.

Autoren dieses Heftes

STEHL, Jan, geb. 1932 in Köln, studierte zunächst Philosophie und Theologie, dann Politologie und Geschichte, Promotion über ein politisch-theologisches Thema; Sprecher des Bensberger Kreises. *** *JUNG, Dr. Horst W.*, geb. 1938 in Daweiler, studierte Geschichte, Germanistik und Philosophie in Mainz und Wien, derzeit Lektor an der Universität Metz; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *SCHACHT, Kurt*, geb. 1932 in Hamburg, lebt dort und ist seit 1952 journalistisch tätig. *** *BANSAMIR, Gerd*, Diplomvolkswirt, geb. 1945 in Berlin, studierte Volkswirtschaft und Soziologie in Marburg. *** *RUFF, Konrad*, geb. 1947 in Witterda, studiert Soziologie, Politik und Erziehungswissenschaften in Marburg. *** *BROOCKMANN, Franz*, geb. 1940, Wirtschaftsabitur, Berufssoldat, am 1. 4. 1971 auf eigenen Wunsch wegen Unvereinbarkeit seiner Ansichten mit denen der Bundeswehr als Kapitänleutnant d. R. ausgeschieden, studiert gegenwärtig an der PH Ludwigsburg. *** *MASLOWSKI, Rudi*, geb. 1942 in Heydekrug/Memel, studierte an der Hochschule für Politische Wissenschaften München, lebt als freier Journalist in München; Buchveröffentlichung „Der Skandal Portugal", München (Hanser) 1971). *** *PETER, Gerd*, Diplom-Politologe, geb. 1941 in Wickenrode/Nordhessen, studierte in Westberlin Politologie, Publizistik und Wirtschaftswissenschaften, promoviert z. Z. am Otto-Suhr-Institut der FU in Westberlin bei Prof. Dr. Flechtheim; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *GRAF WESTARP, Michael-Viktor*, studierte Geschichte, Politologie und Soziologie an der FU in Westberlin und promoviert dort z. Z. über ein zeitgeschichtliches Thema; Rundfunk- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *BREDOW, Dr. Wilfried Frhr. v.*, geb. 1944 in Neustettin, studierte politische Wissenschaften, Soziologie und Germanistik in Bonn und Köln; jetzt als Wissenschaftlicher Assistent am Seminar für politische Wissenschaften in Bonn tätig. *** *BOSCH, Manfred*, geb. 1947 in Bad Dürrheim, Studium der Soziologie und publizistische Tätigkeit in München.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegen eine Unterschriftenliste der „Internationalen Vietnam-Solidarität" und eine Werbekarte des Pahl-Rugenstein Verlages bei, die wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.

Preisliste für Sonderdrucke

Von allen in der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" veröffentlichten Beiträgen können Sonderdrucke bezogen werden. Bestellungen sind bis 30 Tage nach dem Erscheinungstermin jeder Ausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag, 5 Köln 51, Vorgebirgstr. 115, möglich. Die in der untenstehenden Tabelle aufgeführten Preise verstehen sich zuzüglich Versandkosten.

	100 Exempl.	250 Exempl.	500 Exempl.	750 Exempl.	1000 Exempl.	2000 Exempl.	3000 Exempl.	4000 Exempl.
4 Seiten	44,–	50,–	64,–	77,–	88,–	138,–	185,–	227,–
8 Seiten	69,–	81,–	100,–	116,–	132,–	198,–	255,–	308,–
12 Seiten	102,–	116,–	138,–	160,–	182,–	250,–	312,–	370,–
16 Seiten	135,–	150,–	177,–	204,–	232,–	325,–	410,–	495,–
20 Seiten	168,–	187,–	215,–	242,–	270,–	380,–	484,–	585,–
24 Seiten	190,–	215,–	248,–	281,–	310,–	425,–	535,–	640,–
28 Seiten	220,–	245,–	282,–	319,–	355,–	476,–	594,–	708,–
32 Seiten	245,–	270,–	310,–	349,–	381,–	525,–	660,–	785,–
36 Seiten	260,–	287,–	326,–	360,–	390,–	540,–	685,–	805,–
40 Seiten	275,–	300,–	338,–	375,–	410,–	565,–	710,–	845,–

Autoren dieses Heftes

STEHL, Jan, geb. 1932 in Köln, studierte zunächst Philosophie und Theologie, dann Politologie und Geschichte, Promotion über ein politisch-theologisches Thema; Sprecher des Bensberger Kreises. *** *JUNG, Dr. Horst W.*, geb. 1938 in Daweiler, studierte Geschichte, Germanistik und Philosophie in Mainz und Wien, derzeit Lektor an der Universität Metz; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *SCHACHT, Kurt*, geb. 1932 in Hamburg, lebt dort und ist seit 1952 journalistisch tätig. *** *BANSAMIR, Gerd*, Diplomvolkswirt, geb. 1945 in Berlin, studierte Volkswirtschaft und Soziologie in Marburg. *** *RUFF, Konrad*, geb. 1947 in Witterda, studiert Soziologie, Politik und Erziehungswissenschaften in Marburg. *** *BROOCKMANN, Franz*, geb. 1940, Wirtschaftsabitur, Berufssoldat, am 1. 4. 1971 auf eigenen Wunsch wegen Unvereinbarkeit seiner Ansichten mit denen der Bundeswehr als Kapitänleutnant d. R. ausgeschieden, studiert gegenwärtig an der PH Ludwigsburg. *** *MASLOWSKI, Rudi*, geb. 1942 in Heydekrug/Memel, studierte an der Hochschule für Politische Wissenschaften München, lebt als freier Journalist in München; Buchveröffentlichung „Der Skandal Portugal", München (Hanser) 1971). *** *PETER, Gerd*, Diplom-Politologe, geb. 1941 in Wickenrode/Nordhessen, studierte in Westberlin Politologie, Publizistik und Wirtschaftswissenschaften, promoviert z. Z. am Otto-Suhr-Institut der FU in Westberlin bei Prof. Dr. Flechtheim; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *GRAF WESTARP, Michael-Viktor*, studierte Geschichte, Politologie und Soziologie an der FU in Westberlin und promoviert dort z. Z. über ein zeitgeschichtliches Thema; Rundfunk- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *BREDOW, Dr. Wilfried Frhr. v.*, geb. 1944 in Neustettin, studierte politische Wissenschaften, Soziologie und Germanistik in Bonn und Köln; jetzt als Wissenschaftlicher Assistent am Seminar für politische Wissenschaften in Bonn tätig. *** *BOSCH, Manfred*, geb. 1947 in Bad Dürrheim, Studium der Soziologie und publizistische Tätigkeit in München.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegen eine Unterschriftenliste der „Internationalen Vietnam-Solidarität" und eine Werbekarte des Pahl-Rugenstein Verlages bei, die wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.